

**Bundestag stellt sehr ungleiche Asytleistungen in Europa fest; Deutschland zahlt Asylbewerbern nicht die höchsten Sätze in Europa. Allerdings leistet es häufig auch nach der Abschiebung von ausreisepflichtigen Menschen Hilfe.**

ZEIT-online

Samstag 1. Juli 2023 11:57 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 319 words

**Byline:** Tina Groll

## Body

---

Arne Dedert

Eine **Flüchtlingsunterkunft** im hessischen Bensheim

Die Sozialleistungen für **Asylbewerberinnen** und **Asylbewerber** gehen in Europa sehr weit auseinander. Zu diesem Schluss kommen in einer Untersuchung die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags. So können Menschen aus sogenannten Drittstaaten in laufenden **Asylverfahren** in Frankreich pro Monat etwa 426 Euro erhalten, in Österreich 425 Euro und in Deutschland 410 Euro pro Monat.

In Großbritannien gibt es demnach umgerechnet etwa 210 Euro, in Schweden 180, in Griechenland 150 und in Ungarn nur 60 Euro. Die *Welt am Sonntag* berichtete zuerst über das Papier, das vom Wissenschaftlichen Dienst im Auftrag von CSU-Abgeordneten des Parlaments erarbeitet worden ist.

### Deutschland zahlt auch nach Abschiebung Sozialleistungen

Darin wird die vom Staat gewährte Grundsicherung für Staatsangehörige und Ausländer und der entsprechende Zugang zur Gesundheitsversorgung in neun europäischen Ländern untersucht. Gleich zu Beginn der Untersuchung wird allerdings auch darauf hingewiesen, dass ein Vergleich wegen der unterschiedlichen Sozialsysteme und unterschiedlichen Einstufung von Einwanderern nur "bedingt aussagekräftig" sei.

So zahlt Deutschland beispielsweise auch nach Rückführungen weiter Sozialleistungen. Die Zeitung zitiert den Konstanzer Ausländerrechtsexperten Daniel Thym mit den Worten, es gebe die deutsche Besonderheit, auch ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern weiter Sozialleistungen zu zahlen. In Frankreich etwa müssen den Bundestagsexperten zufolge abgelehnte Asylbewerber das Land schnellstens verlassen, die Zahlungen würden dann eingestellt.

Bundestag stellt sehr ungleiche Asylleistungen in Europa fest Deutschland zahlt Asylbewerbern nicht die höchsten Sätze in Europa. Allerdings leistet es häufig a....

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags recherchieren und analysieren im Auftrag einzelner Abgeordneter und Gremien des Parlaments zu bestimmten Themen und erstellen dazu Dokumentationen, Ausarbeitungen oder auch Gutachten.

**Load-Date:** July 1, 2023

---

End of Document

**Markus Söder fordert Regierungsbeteiligung der Union; Bayerns Ministerpräsident fordert den Kanzler auf, statt mit Grünen und FDP mit der Union weiterzuregieren. Deutschland brauche eine "Regierung der nationalen Vernunft".**

ZEIT-online

Freitag 20. Oktober 2023 9:57 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Bundesregierung; Ausg. 1

**Length:** 455 words

**Byline:** David Rech

## Body

---

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat Bundeskanzler Olaf Scholz aufgefordert, die Ampelregierung zu beenden und eine Regierung mit der Union zu bilden. "Meiner Meinung nach ist die Ampel stehend k. o.", sagte der CSU-Chef in Berlin. Sie habe nicht mehr die Kraft, die große Herausforderung bei der **Migration** zu lösen, deshalb brauche es eine neue Regierung. Nötig sei eine "Regierung der nationalen Vernunft". Söder sprach sich dafür aus, dass die Union als Juniorpartner in eine Regierung eintreten sollte.

Den Vorstoß begründete Söder mit den Wahlergebnissen der Landtagswahlen, Umfragewerten der AfD und der bevorstehenden Gründung einer Partei der bisherigen Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht. "Unser Land steht vor großen Problemen, die Demokratie vor ihrer schwersten Bewährungsprobe", sagte Söder. "Die Fliehkräfte aus dem Zentrum der Demokratie verstärken sich. Es gibt beginnende Warnsignale, wie wir sie in Weimar erlebt haben."

Deutschland sei beim Thema Migration "organisatorisch und emotional" überfordert. Vor einem halben Jahr hätte man das Problem noch mit kleineren Reformen lösen können, das sei nun nicht mehr möglich, sagte Söder. "Es braucht eine grundlegende Wende in der Migrationspolitik". Mit den Grünen in der Regierung sei dies jedoch nicht möglich.

### **"Die Union ist bereit, Verantwortung zu übernehmen"**

In dem Zusammenhang äußerte der bayerische Ministerpräsident auch Kritik an den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) und des Spitzentreffens im Kanzleramt vergangenen Freitag. Sie seien "halbherzig". Die Beschlüsse zum Thema Migration seien zudem "an einigen Stellen eher wachsw weich".

Es seien eine Integrationsgrenze nötig, wirksamer Grenzschutz, mehr sichere Herkunftsländer, Sach- statt Geldleistungen für Asylbewerber sowie eine deutliche Absenkung der Sozialleistungen für Asylbewerber, sagte

Markus Söder fordert Regierungsbeteiligung der Union Bayerns Ministerpräsident fordert den Kanzler auf, statt mit Grünen und FDP mit der Union weiterzuregieren.....

Söder. Die Ampel habe für solch grundlegende Änderungen nicht mehr die Kraft. "Die Union ist bereit, Verantwortung zu übernehmen", schrieb Söder zudem auf X.

Bereits auf dem CSU-Parteitag im September hatte auch CDU-Chef Friedrich Merz die Migrationsdebatte mit der Zukunft der Ampelkoalition verknüpft und eine große Koalition mit der Union angeboten.

Bernd von Jutrczenka Markus Söder (CSU), Ministerpräsident von Bayern, kommt am 4. Oktober zu den Beratungen von Bundeskanzler Scholz und der Bundesregierung mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder im Bundeskanzleramt. Bernd von Jutrczenka Markus Söder (CSU), Ministerpräsident von Bayern, kommt am 4. Oktober zu den Beratungen von Bundeskanzler Scholz und der Bundesregierung mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder im Bundeskanzleramt.

**Load-Date:** October 20, 2023

---

End of Document

**Ministerpräsidenten fordern kürzere Asylverfahren; Wer keine Bleibeperspektive hat, soll nach dem Willen der Länderchefs Deutschland nach drei Monaten wieder verlassen. Bayern beharrt auf einer Integrationsgrenze.**

ZEIT-online

Freitag 13. Oktober 2023 3:48 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migrationspolitik; Ausg. 1

**Length:** 633 words

## **Body**

---

**Asylverfahren** von Menschen mit geringer Bleibeperspektive sollen nach dem Willen der Länder künftig schneller abgewickelt werden. "Bund und Länder haben das gemeinsame Ziel, **Asylverfahren** für Angehörige von Staaten, für die die Anerkennungsquote weniger als fünf Prozent beträgt, zügiger als bisher rechtskräftig abzuschließen", heißt es in einem Beschluss, auf den sich die Ministerpräsidenten in Frankfurt am Main einigten. Erklärtes Ziel sei es, das **Asylverfahren** und das darauf häufig folgende Klageverfahren jeweils in drei Monaten abzuschließen. Sofern nötig, würden dafür die personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Ermöglicht werden solle die Beschleunigung der Asylverfahren durch eine prioritäre Bearbeitung der Anträge von Menschen aus Staaten mit einer geringen Anerkennungsquote, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Das sei ein praktischer Schritt, der mehr bewirke als die seit Jahren geführte Debatte darüber, welche weiteren Länder als sogenannte sichere Herkunftsländer eingestuft werden sollten.

### **Konferenz fordert Einführung einer Bezahlkarte**

Die Ministerpräsidenten forderten die Bundesregierung auf, in enger Abstimmung mit den Ländern "zeitnah die Voraussetzungen zur Einführung einer bundesweit einheitlichen Bezahlkarte zu schaffen und dabei die Umsetzbarkeit in den Kommunen sicherzustellen". Die Bundesregierung solle zudem prüfen, ob Abschiebungen unmittelbar aus Einrichtungen des Bundes erfolgen könnten, etwa an größeren Flughäfen.

Weil sagte, in der Runde habe große Einigkeit geherrscht. Bremen hielt allerdings in einer Protokollerklärung zu dem Beschluss fest, man sei gegen "diskriminierende Maßnahmen wie etwa weitere, über die gegenwärtige Rechtslage hinausgehende Arbeitspflichten oder Bezahlkarten, die keine Bargeldabhebungen ermöglichen". Auch Thüringen war mit einzelnen Punkten nicht einverstanden. Bayern wiederholte die Forderung von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) nach einer "Integrationsgrenze" bei der Asylzuwanderung und betonte, dafür seien "Rechtsänderungen auch verfassungsrechtlicher Art" zu prüfen und zu diskutieren.

Neben der schnelleren Bearbeitung von Asylverfahren wurde in Frankfurt auch über die Finanzierung und eine mögliche Begrenzung der Migration gesprochen. So heißt es in der Erklärung der Konferenz, dass Unterbringung,

Ministerpräsidenten fordern kürzere Asylverfahren Wer keine Bleibeperspektive hat, soll nach dem Willen der Länderchefs Deutschland nach drei Monaten wieder ver....

Versorgung und Integration die Länder und Kommunen vor immer größere Probleme stellten. Die Zahl aufzunehmender Geflüchteter in Deutschland müsse "deutlich und nachhaltig" gesenkt werden.

### **Länder wollen mehr finanzielle Unterstützung**

Vom Bund erwarten die Länderchefs, dass er sich bei der Finanzierung der Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten "signifikant" bewege, sagte der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU). Laut ihrer Erklärung verlangen die Länder vom Bund jährlich 1,25 Milliarden Euro sowie pro Migrant zusätzlich mindestens 10.500 Euro. Außerdem sollen die Unterkunftskosten vollständig vom Bund übernommen werden. Auch Rheins Stellvertreter Stephan Weil bekräftigte die Forderungen nach mehr finanzieller Unterstützung. "Unsere Erwartung ist, dass der Bund an dieser Stelle nachzieht."

Für Freitagabend ist in Berlin ein Spitzentreffen der Ländervertreter Rhein und Weil mit Bundeskanzler Scholz geplant, zu dem auch CDU-Chef Friedrich Merz erwartet wird.

Hannes P Albert Boris Rhein (CDU), Ministerpräsident von Hessen, gibt ein Pressestatement zur Ministerpräsidentenkonferenz (MPK). Die Auftaktkonferenz findet unter dem Vorsitz von Hessen in Frankfurt am Main statt. Hannes P Albert Boris Rhein (CDU), Ministerpräsident von Hessen, gibt ein Pressestatement zur Ministerpräsidentenkonferenz (MPK). Die Auftaktkonferenz findet unter dem Vorsitz von Hessen in Frankfurt am Main statt.

**Load-Date:** October 13, 2023

**Deutliche Mehrheit für Asylverfahren an EU-Außengrenzen; Vier von fünf Deutschen befürworten den Vorschlag, Asylverfahren bereits an den Außengrenzen der EU durchzuführen. Mehr als die Hälfte will weniger Flüchtlinge aufnehmen.**

ZEIT-online

Donnerstag 4. Mai 2023 4:59 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Deutschlandtrend; Ausg. 1

**Length:** 441 words

**Byline:** Anna-Lena Schlitt

## Body

---

Ralph Orlowski

Ein **Flüchtling** gibt im Rahmen des **Asylverfahrens** seinen Fingerabdruck ab.

Eine Woche vor dem **Migrationsgipfel** von Bund und Ländern hat sich eine deutliche Mehrheit der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger für den Vorschlag ausgesprochen, **Asylverfahren** bereits an den Außengrenzen der EU zu führen. Laut ARD-Deutschlandtrend geht das Vorhaben für 79 Prozent in die richtige Richtung, für elf Prozent in die falsche.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte angekündigt, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Geflüchtete bereits an den EU-Außengrenzen registriert, erfasst und identifiziert werden. Über Details wird vor einem für Mittwoch geplanten Bund-Länder-Gipfel im Kanzleramt diskutiert.

### **Mehrheit befürwortet Aufnahme von Kriegsflüchtlingen**

Mehr als die Hälfte (52 Prozent) spricht sich demnach dafür aus, weniger Flüchtlinge aufzunehmen als derzeit. Im Vergleich zu 2020 ist das ein Anstieg um zwölf Prozent. Fast jeder Dritte (33 Prozent) ist aktuell der Meinung, Deutschland sollte etwa so viele Flüchtlinge aufnehmen wie derzeit. Fast jeder Zehnte (acht Prozent) gab an, Deutschland sollte mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Der Umfrage zufolge gibt es unter den Wahlberechtigten in Deutschland weiterhin eine breite Akzeptanz für verschiedene Fluchtgründe, auch wenn diese leicht zurückgeht. So halten es 84 Prozent für richtig, dass Deutschland Menschen aufnimmt, die vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen. 70 Prozent unterstützen die Aufnahme von Menschen, die wegen Hunger- oder Naturkatastrophen geflohen sind. Gut zwei Drittel (68 Prozent) sprachen sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden.

### **Zustimmung für Fachkräfte**

Deutliche Mehrheit für Asylverfahren an EU-Außengrenzen Vier von fünf Deutschen befürworten den Vorschlag, Asylverfahren bereits an den Außengrenzen der EU durc....

Menschen in Deutschland aufzunehmen, die geflohen sind, weil sie in ihrem Heimatland keine Arbeit und kein Auskommen haben, fanden dagegen nur 30 Prozent richtig und 61 Prozent falsch.

Mehr Zustimmung gibt es für Fachkräfte aus dem Ausland. Vier von zehn Deutschen (41 Prozent) sind der Meinung, Deutschland sollte mehr Fachkräfte aus dem Ausland anwerben. Weitere 28 Prozent halten das derzeitige Niveau für passend. Knapp jeder Vierte (23 Prozent) findet hingegen, Deutschland sollte weniger Fachkräfte aus dem Ausland anwerben.

Mehr als drei von vier Deutschen (77 Prozent) sind der Meinung, die Politik kümmere sich viel zu wenig um die Probleme, die durch die Zuwanderung von Geflüchteten entstünden. Dagegen sagten 29 Prozent, sie tue zu viel für Geflüchtete.

Die Zahlen stammen aus einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap am Dienstag und Mittwoch unter 1.360 Wahlberechtigten.

**Load-Date:** May 4, 2023

---

End of Document



**Mehr als 1.000 Migranten erreichen Kanaren an einem einzigen Tag; Die Kanaren sind zum Hauptziel für Migranten aus afrikanischen Ländern geworden - insbesondere aus dem Senegal. Allein auf der Insel Hierro trafen 783 Menschen ein.**

ZEIT-online

Sonntag 22. Oktober 2023 2:09 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration nach Europa; Ausg. 1

**Length:** 408 words

**Byline:** Alena Kammer

## Body

---

Immer mehr **Flüchtlingsboote** kommen auf den kanarischen Inseln an. Über 1.000 **Migrantinnen** und **Migranten** haben an einem einzigen Tag die zu Spanien gehörenden Kanaren erreicht. Allein auf der Insel Hierro trafen 783 Menschen auf einem Holzboot ein, wie das Rote Kreuz mitteilte. Dies stellt einen Höchstwert für die Anzahl der Ankünfte in einem Boot dar. 98 neue **Flüchtlinge** wurden auf Teneriffa und 150 auf Gran Canaria gezählt.

Damit haben die kanarischen Inseln zwischen dem 1. Januar und dem 15. Oktober dieses Jahres 23.537 Migranten aufgenommen. Das entspricht einem Anstieg von 80 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

### **Ruhiges Meer begünstigt Flucht**

Die sieben Inseln im Atlantik sind zum Hauptziel für Migranten aus dem Senegal und anderen afrikanischen Ländern geworden, die Spanien zu erreichen versuchen. Andere Geflüchtete probieren, über das Mittelmeer auf das spanische Festland zu gelangen. Milderes Wetter und ein ruhigeres Meer im September, Oktober und manchmal auch im November führen in der Regel zu einem Anstieg der Migrantenankünfte. Nach Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex war die politische Instabilität im Senegal ebenfalls ein "Push-Faktor", der die Menschen dazu brachte, das Land über die westafrikanische Route zu verlassen.

Spanien hat sich besorgt über den Anstieg der irregulären Migration in diesem Jahr geäußert. Die Regierung teilte mit, dass sie die Situation ohne die Hilfe der EU nicht bewältigen könne. Die atlantische Migrationsroute zu den Kanarischen Inseln, die in der Regel von afrikanischen Migranten aus Ländern südlich der Sahara genutzt wird, ist eine der tödlichsten der Welt.

Desiree Martin Part of a group of 496 migrants sit on the pier following the arrival of the Spanish Civil Guard vessel Rio Segura at the Port of Granadilla, island of Tenerife, Spain, on October 5, 2023. About 1,200 migrants have arrived in the last 48 hours to the island of El Hierro, on the Canary Island of Tenerife. (Photo by DESIREE MARTIN / AFP) (Photo by DESIREE MARTIN/AFP via Getty Images) Desiree Martin Part of a group of 496

Mehr als 1.000 Migranten erreichen Kanaren an einem einzigen Tag Die Kanaren sind zum Hauptziel für Migranten aus afrikanischen Ländern geworden - insbesondere ....

migrants sit on the pier following the arrival of the Spanish Civil Guard vessel Rio Segura at the Port of Granadilla, island of Tenerife, Spain, on October 5, 2023. About 1,200 migrants have arrived in the last 48 hours to the island of El Hierro, on the Canary Island of Tenerife. (Photo by DESIREE MARTIN / AFP) (Photo by DESIREE MARTIN/AFP via Getty Images)

**Load-Date:** October 22, 2023

---

End of Document

**Junge Union fordert Merz zu anderem Ton in der Migrationsdebatte auf; "Hart in der Sache - smart in der Sprache", sollte die CDU sich in der Migrationsdebatte verhalten, fordert der JU-Chef. Friedrich Merz adressiere mitunter die falschen.**

ZEIT-online

Freitag 20. Oktober 2023 12:45 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** CDU; Ausg. 1

**Length:** 312 words

**Byline:** Jona Spreter

## Body

---

Die Junge Union fordert vor ihrem Parteitag von CDU-Chef Friedrich Merz einen anderen Ton in der **Migrationsdebatte**. "Wir haben ein naives **Asylsystem** - ich bin Friedrich Merz dankbar, dass er dies auch durch Überspitzungen herausgearbeitet hat", sagte der Junge-Union-Vorsitzende Johannes Winkel dem Tagesspiegel.

Für ihn gelte aber auch: "Kritik sollten wir nicht gegen diejenigen richten, die dieses naive System in Anspruch nehmen, sondern gegen diejenigen, die es nicht ändern wollen." Bei Kritik an der Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung plädierte er für die Union dafür, "hart in der Sache" und "smart in der Sprache" zu sein, sagte Winkel.

### Innerparteiliche Kritik an Äußerungen des CDU-Chefs

Unter dem Strich sei es gut, wie Merz "mit dieser für das Land bitteren Situation umgeht", sagte Winkel weiter. Er lege als Oppositionsführer einerseits thematisch den Finger in die Wunde und biete andererseits die Hilfe der Union an - insbesondere in der Migrationsfrage.

Merz fällt immer wieder mit auch parteiintern umstrittenen Äußerungen auf, die häufig Schutzsuchende betreffen. In einer Talkshow des Senders Welt sagte er Ende September, dass abgelehnte Asylbewerber beim Arzt säßen und "sich die Zähne neu machen" ließen, während "die deutschen Bürger nebendran" keine Termine bekämen. Vergangenes Jahr unterstellte er ukrainischen Geflüchteten "Sozialtourismus".

Der Deutschlandtag genannte Parteitag der Jungen Union findet von Freitag bis Sonntag in Braunschweig statt. Am Samstag sind unter anderem Reden von Merz und CSU-Chef Markus Söder geplant.

Boris Roessler Friedrich Merz, Bundesvorsitzender der CDU, und Johannes Winkel, Bundesvorsitzender der Jungen Union am 19.11.2022 gemeinsam auf der Bühne. Boris Roessler Friedrich Merz, Bundesvorsitzender der CDU, und Johannes Winkel, Bundesvorsitzender der Jungen Union am 19.11.2022 gemeinsam auf der Bühne.

Junge Union fordert Merz zu anderem Ton in der Migrationsdebatte auf "Hart in der Sache - smart in der Sprache", sollte die CDU sich in der Migrationsdebatte ve....

**Load-Date:** October 20, 2023

---

End of Document

**Lindner will Geldtransfers von Asylbewerbern in Heimatländer stoppen; Der Bundesfinanzminister will es Asylbewerbern erschweren, Sozialleistungen in ihre Herkunftsländer zu schicken. Das würde auch Schlepper finanzieren, sagt Lindner.**

ZEIT-online

Donnerstag 5. Oktober 2023 5:43 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Bundesfinanzminister; Ausg. 1

**Length:** 437 words

**Byline:** Tobias Dorfer

## Body

---

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) lässt Möglichkeiten prüfen, um die Überweisung staatlicher Geldzahlungen durch Asylbewerber in ihre Heimatländer zu blockieren. Deutschland müsse "die Attraktivität unseres Sozialstaats reduzieren", sagte der FDP-Chef zu t-online. Geldüberweisungen in Heimatstaaten Geflüchteter könnten auch "eine Finanzierungsquelle der Schlepperkriminalität sein".

"Als Finanzminister lasse ich meine Fachleute prüfen, wie wir blockieren können, dass von Sozialleistungen Geld in Herkunftsländer überwiesen wird", sagte der Bundesfinanzminister. Auf die Frage, ob er das technisch und juristisch für umsetzbar halte, antwortete er: "Ich möchte dafür Wege finden. Generell befürworte ich Sachleistungen statt Geld." Deutschland müsse "die Kontrolle über Einwanderung zurückgewinnen".

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sprach sich für ein grundsätzliches Verbot von Auslands- oder Rücküberweisungen für alle Asylbewerber aus. Er sagte den Zeitungen der Mediengruppe Bayern, Pull-Faktoren - also Anreize für die Flucht nach Deutschland - müssten begrenzt werden, "um die Migrationslage wieder in den Griff zu bekommen". Dazu gehöre auch, "dass wir die Möglichkeit für Asylbewerber, Geld in ihre Herkunftsländer zu überweisen, unterbinden". Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) hatte vorgeschlagen, dass Asylbewerber kein Bargeld mehr bekommen und stattdessen Sachleistungen erhalten sollen.

### **Dobrindt für Kürzungen bei abgelehnten Asylbewerbern**

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt will abgelehnten Asylbewerbern die Geldleistungen kürzen. Das hatte auch CDU-Chef Friedrich Merz angeregt. "Die Sozialleistungen für Migranten haben eine erhebliche Magnetwirkung", sagte Dobrindt der Mediengruppe Bayern. "Selbst bei abgelehnten Asylgesuchen werden die Leistungen voll weiter bezahlt. Es braucht eine konsequente Umsetzung des Sachleistungsprinzips und Leistungskürzungen bei abgelehnten Asylverfahren."

Lindner will Geldtransfers von Asylbewerbern in Heimatländer stoppen Der Bundesfinanzminister will es Asylbewerbern erschweren, Sozialleistungen in ihre Herkunft....

Merz hatte sich dafür ausgesprochen, bei abgelehnten Asylbewerbern die Frist der Ausweitung von Gesundheitsleistungen von 18 Monaten auf drei Jahre zu verlängern. Er will damit Anreize zum Verbleib in Deutschland beseitigen.

Lindner kann sich zudem vorstellen, die Maghreb-Staaten in Nordafrika sowie Indien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Bei Geflüchteten aus diesen Ländern wird generell keine Verfolgung in den Heimatstaaten angenommen, ihre Asylanträge haben deshalb geringe Aussichten auf Erfolg. Bei Georgien und Moldau hat dies die Bundesregierung Ende August beschlossen. Der Bundestag muss noch zustimmen.

**Load-Date:** October 5, 2023

---

End of Document

**Grünenpolitiker fordern Kurswechsel in Migrationspolitik; Eine neue Realo-Gruppe innerhalb der Grünen nennt die Migrationspolitik verfehlt. Sie will einen Richtungswechsel. Mit dabei ist Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer.**

ZEIT-online

Samstag 18. Februar 2023 8:06 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Bündnis 90/Die Grünen; Ausg. 1

**Length:** 317 words

**Byline:** Maria Mast

## Body

---

Marijan Murat

Boris Palmer, Oberbürgermeister von Tübingen, im September 2022

Angesichts völlig überlasteter Kommunen plädiert eine neu formierte Gruppe grüner Politiker und Politikerinnen in einem Memorandum für Änderungen in der **Flüchtlingspolitik**, wie der *Spiegel* berichtet. Die Gruppe nennt sich Vert Realos. Unter den mehr als 50 Unterzeichnern sind der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, der bayerische Landrat Jens Marco Scherf, die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium, Uschi Eid, und die frühere Fraktionsvorsitzende im EU-Parlament Rebecca Harms.

Es fehle ein "Konzept für eine gelungene Integration oder die konsequente Rückführung von Geflüchteten in ihre Heimat, sobald sich dies verantworten lässt oder sie selbst es wollen", heißt es in dem Schriftstück. Notwendig seien ein Einwanderungsgesetz für Wirtschaftsmigranten, aber auch "verpflichtende Aufenthaltszonen" für Geflüchtete sowohl an den Grenzen als auch außerhalb der Europäischen Union.

Asylbewerber ohne Papiere müssten zurückgewiesen werden oder "bis zur Klärung ihrer Identität in einer staatlichen Aufnahmeeinrichtung verbleiben", heißt es dort. Ein Aufenthaltsrecht setze voraus, dass Geflüchtete sich "in die gesellschaftliche Ordnung" einfügten und Grundwerte wie religiöse Toleranz oder das Existenzrecht Israels akzeptierten.

Die Verfasser des Memorandums sorgt, dass die Akzeptanz für Einwanderung in Deutschland sinke. Dieser Zustand gefährde auf Dauer den Zusammenhalt und den sozialen Frieden. Durch die "bisher verfehlt Migrationspolitik" werde der "rechte Rand der Gesellschaft und der Parteien" gestärkt.

Die Unterzeichner bezeichnen das Papier als "Beitrag zur Diskussion" in der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der Gesellschaft, damit die "Migrationspolitik in Deutschland an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst wird".

Grünenpolitiker fordern Kurswechsel in Migrationspolitik Eine neue Realo-Gruppe innerhalb der Grünen nennt die Migrationspolitik verfehlt. Sie will einen Richtu....

**Load-Date:** February 18, 2023

---

End of Document



## **Griechische Küstenwache verteidigt Umgang mit verunglücktem Boot; Das Schiff mit Hunderten Migranten an Bord soll Hilfsangebote per Funk abgelehnt haben, sagt die Küstenwache. Die UN fordern einen neuen Umgang mit der Mittelmeerroute.**

ZEIT-online

Freitag 16. Juni 2023 2:47 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Bootsunglück auf dem Mittelmeer; Ausg. 1

**Length:** 495 words

**Byline:** Konstantin Zimmermann

### **Body**

---

Stelios Misinas

**Migrants**, survivors of a deadly shipwreck after a boat capsized at open sea off Greece, wait to board a bus as they are being transferred to Athens from the port of Kalamata, Greece, June 16, 2023.

Die griechische Küstenwache hat Kritik an ihrem Umgang mit dem am Mittwoch vor Griechenland gesunkenen Flüchtlingsboot abgewiesen. Das Boot sei, bevor es untergegangen sei, von Küstenwache und privaten Booten verfolgt worden, sagte Sprecher Nikos Alexiou. Es habe mehrere Hilfsangebote per Funk und Lautsprecher abgelehnt.

Am Mittwoch war das Schiff mit Hunderten Geflüchteten an Bord gesunken. Die genaue Zahl der Menschen, die an Bord waren, ist unklar. Schätzungen liegen zwischen 300 und 750, darunter wahrscheinlich viele Kinder. Bis Mittwochabend wurden 104 Menschen gerettet und 78 Leichen geborgen. Seitdem wurden keine weiteren Menschen gefunden. Am Freitag setzte sich die Suche nach Überlebenden fort.

Der Fall sorgte kurz vor der griechischen Parlamentswahl am 25. Juni für Aufsehen. Kritik am Vorgehen der Küstenwache kam vom linken Oppositionsführer Alexis Tsipras. Die Küstenwache hätte das Boot abschleppen sollen, um es in Sicherheit zu bringen, sagte er.

Auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International äußerte sich kritisch. "Das ist eine Tragödie von unvorstellbaren Ausmaßen, umso mehr, da sie komplett zu vermeiden war", teilte Sprecherin Adriana Tidona mit.

Am Donnerstag kam es wegen des Unglücks in Athen zu Protesten. 21 Menschen wurden festgenommen.

**UN fordern neuen Umgang der EU mit Mittelmeerroute**

Griechische Küstenwache verteidigt Umgang mit verunglücktem Boot Das Schiff mit Hunderten Migranten an Bord soll Hilfsangebote per Funk abgelehnt haben, sagt di....

Auch die Vereinten Nationen reagierten auf das Unglück. Mehrere UN-Organisationen forderten die EU zum Umdenken auf. "Die EU muss Sicherheit und Solidarität in den Mittelpunkt ihres Handelns im Mittelmeerraum stellen", teilte die stellvertretende UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge mit. Angesichts verstärkter Fluchtbewegungen im Mittelmeerraum seien kollektive Anstrengungen, darunter die Koordination zwischen allen Anrainerstaaten oder die Verteilung von Verantwortlichkeiten, wie sie in den Plänen der EU-Asylreform vorgesehen seien, essenziell.

"Es ist klar, dass das derzeitige Konzept für das Mittelmeer nicht funktioniert", teilte der Direktor der Abteilung für Notfälle der UN-Organisation für Migration (IOM), Federico Soda, mit. "Die Staaten müssen zusammenarbeiten und die Lücken bei der proaktiven Suche und Rettung, der schnellen Ausschiffung und den sicheren regulären Wegen schließen", sagte er.

Die IOM und das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) erinnerten daran, dass die Rettung von Menschen in Seenot internationale Pflicht sei, unabhängig von den Umständen oder Absichten der Menschen an Bord. Sie begrüßten die in Griechenland eingeleitete Untersuchung, die darlegen soll, wie es zu dem Unglück kommen konnte.

Unter den Überlebenden des Bootsunglücks wurden in der Hafenstadt Kalamata neun Verdächtige aus Ägypten festgenommen. Sie gelten als mutmaßliche Schleuser und Organisatoren der Fahrt.

**Load-Date:** June 16, 2023

**Carsten Linnemann will Zentren zur Einreiseprüfung; Künftig müsse das Bleiberecht vor der Einreise kontrolliert werden, fordert der CDU-Generalsekretär. SPD-Politiker Hakan Demir warnt vor großem Fokus auf Abschiebungen.**

ZEIT-online

Mittwoch 25. Oktober 2023 9:34 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migrationsdebatte; Ausg. 1

**Length:** 288 words

**Byline:** Lea-Katharina Krause

## Body

---

In der **Migrationsdebatte** hat sich CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann für **Asylprüfungen** an den Außengrenzen Deutschlands ausgesprochen. Es brauche nicht nur Grenzkontrollen, sondern Kontroll- und Transitzentren. Dort müsse geprüft werden, wer eine Einreisechance hat, sagte er im ARD-Morgenmagazin.

"Wer ein Bleiberecht hat, der kann gerne kommen. Aber alle anderen müssen von dort zurückgeführt werden", sagte er. Um diese Forderungen umzusetzen, rief Linnemann Bundeskanzler Olaf Scholz zur Zusammenarbeit in der Migrationspolitik auf.

SPD-Innenpolitiker Hakan Demir warnte vor einer zu starken Konzentration auf dieses Thema. "Wir brauchen auf jeden Fall mehr Balance im Ton und auch in den Gesetzen, die wir jetzt voranbringen müssen", sagte er im Morgenmagazin.

Neben Abschiebungen sei es notwendig, auch über andere Aspekte von Migration zu sprechen. Zwar gebe es einen Konsens über die Wichtigkeit von Abschiebungen, jedoch nicht darüber, dass diese das wichtigste Problem in der Migrationsdebatte seien. Nur vergleichsweise wenige Menschen seien derzeit überhaupt ausreisepflichtig. "Wir reden aber die letzten sechs, sieben, acht Monate nur über diese 0,1 Prozent", sagte Demir. Themen wie die schnellere Arbeitsaufnahme von Geflüchteten gerieten somit in den Hintergrund.

Das Bundeskabinett plant, heute Regelungen für schnellere Abschiebungen zu beschließen. Dafür soll ein Gesetzentwurf von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) beschlossen werden. Reduziert werden sollen demnach besonders Abschiebungen, die im letzten Moment scheitern.

Kai Pfaffenbach Geflüchtete am 11. Oktober bei der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen Kai Pfaffenbach  
Geflüchtete am 11. Oktober bei der Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen

Carsten Linnemann will Zentren zur Einreiseprüfung Künftig müsse das Bleiberecht vor der Einreise kontrolliert werden, fordert der CDU-Generalsekretär. SPD-Poli....

**Load-Date:** October 25, 2023

---

End of Document

**Britische Regierung will Asylrecht verschärfen; Einwanderer ohne Papiere sollen in Großbritannien künftig einfacher abgeschoben werden können. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wird offenbar noch diese Woche erwartet.**

ZEIT-online

Montag 6. März 2023 2:58 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 339 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Gareth Fuller

Eine Gruppe mutmaßlicher **Migranten** wird nach einem Zwischenfall am Ärmelkanal mit einem kleinen Boot von der britischen "Border Force" (Grenzstreitkraft) nach Kent gebracht. Tausende **Migranten** hatten in diesem Jahr mit kleinen Schlauchbooten den Ärmelkanal aus Frankreich überquert, um **Asyl** in Großbritannien zu beantragen.

Die britische Regierung um Premierminister Rishi Sunak will nach übereinstimmenden Medienberichten am kommenden Dienstag einen Entwurf für ein verschärftes Asylrecht vorlegen. Wie unter anderem die *Times* und die *Daily Mail* in ihren Montagsausgaben berichten, sieht der seit Wochen erwartete Text vor, dass illegal über den Ärmelkanal ins Land gekommene Migranten einfacher festgenommen und abgeschoben werden können. Parallel dazu sollen der *Times* zufolge neue "legale und sichere Wege" für Asylsuchende eröffnet werden.

"Unsere Maßnahmen werden im Prinzip und in der Anwendung einfach sein: Der einzige Weg nach Großbritannien wird ein sicherer und legaler Weg sein", sagte Innenministerin Suella Braverman am Sonntag der Zeitung *The Sun* zu den Plänen. Genauere Informationen zu diesen legalen Einreisemöglichkeiten wurden jedoch zunächst nicht bekannt.

Die britische Regierung steht durch eine Rekordzahl über den Ärmelkanal einreisender Migranten seit Monaten politisch unter Druck. Alleine im vergangenen Jahr überquerten fast 45.000 Menschen den Ärmelkanal von Frankreich nach England im Vergleich zu knapp 30.000 im Jahr 2021.

Den von mehreren Medien veröffentlichten Plänen zufolge will die Regierung illegal eingereisten Menschen lebenslang die Rückkehr nach Großbritannien untersagen. Zudem sehen sie Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber ins ostafrikanische Ruanda vor.

Entsprechende Pläne waren bisher gescheitert. So wurde ein für Juni 2022 geplanter Flug nach Ruanda nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kurzfristig gestrichen. Im Dezember urteilte jedoch der Londoner High Court, die Abschiebungen nach Ruanda seien rechtmäßig.

Britische Regierung will Asylrecht verschärfen Einwanderer ohne Papiere sollen in Großbritannien künftig einfacher abgeschoben werden können. Ein entsprechender....

**Load-Date:** March 6, 2023

---

End of Document

**Zahlreiche Geflüchtete vor Zypern aus Seenot gerettet; Östlich der Mittelmeerinsel Zypern hat die Küstenwache 45 Migrantinnen und Migranten gerettet. Sie kamen auf zwei Booten direkt aus Syrien. Unter ihnen sind elf Kinder.**

ZEIT-online

Freitag 23. Juni 2023 11:23 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 214 words

**Byline:** Pauline Pieper

## Body

---

Yiannis Kourtoglou

Die zyprische Küstenwache hat am Donnerstagabend östlich der EU-Inselrepublik 45 **Migranten** von zwei Booten aufgegriffen. (Archivbild)

Die zyprische Küstenwache hat östlich der EU-Inselrepublik 45 Migrantinnen und Migranten von zwei Booten aufgegriffen. Die Menschen seien direkt aus Syrien gekommen, berichtete der staatliche Rundfunk unter Berufung auf die Küstenwache. Die Migranten sind nach eigenen Angaben Syrer und hatten vom syrischen Hafen Tartus abgelegt. Unter ihnen sind elf Kinder.

Laut Küstenwache hatten die Behörden bereits am Mittwoch 37 Menschen aus Seenot südöstlich der Insel gerettet. Zwei der Geretteten wurden als mutmaßliche Schleuser festgenommen, berichtete der Staatsrundfunk.

Schleuserbanden versuchen zunehmend, Migranten aus Staaten im Osten des Mittelmeers wie dem Libanon oder Syrien, aber auch aus der Türkei oder Libyen nach Süditalien zu bringen. Die Route ist gefährlich. Sie führt südlich von Zypern an der griechischen Insel Kreta vorbei. Auf den langen Fahrten kommt es immer wieder zu Maschinenschäden oder die Boote schlagen leck.

Zypern verzeichnete laut EU-Statistik in den vergangenen Jahren gemessen an der Bevölkerungsgröße bei Weitem die meisten Asylanträge pro Jahr. Die Regierung bat deshalb wiederholt um Hilfe der EU.

**Load-Date:** June 23, 2023

**Warum Asylzentren an den EU-Außengrenzen nicht realistisch sind; Nancy Faeser fordert Asylverfahren außerhalb der EU. Die Grenzländer dürften daran wenig Interesse haben. Und: Die Wagner-Söldner drohen mit dem Rückzug aus Bachmut.**

ZEIT-online

Freitag 5. Mai 2023 2:33 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Nancy Faeser; Ausg. 1

**Length:** 300 words

## Body

---

Kommende Woche werden Bund und Länder beim **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt darüber diskutieren, wie zukünftig mit Schutzsuchenden umgegangen wird. Bereits jetzt fordert Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die europäische **Migrationspolitik** stärker als bislang auf eine Begrenzung der **Flüchtlingszahlen** auszurichten. Ginge es nach ihr, dann sollen deutsche **Asylverfahren** auch außerhalb der EU möglich sein. Unterstützung erhält Faeser von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), der die EU-Außengrenzen notfalls mit Zäunen schützen will. Wie realistisch die Vorschläge der Regierungsmitglieder sind, analysiert Lenz Jacobsen aus dem Politikressort von ZEIT ONLINE.

Der Chef der Wagner-Söldner Jewgeni Prigoschin hat den Rückzug der Gruppe aus dem ukrainischen Bachmut angekündigt. In einer Videoansprache drohte er, die Stellungen in der Stadt am 10. Mai an das reguläre Militär zu übergeben, wenn Russland nicht mehr Munition liefert. Bislang hätten seine Söldner nur zehn Prozent des Bedarfs erhalten. Ohne diesen Mangel hätte es "fünffmal weniger" Tote gegeben, behauptet Prigoschin. Eine Reaktion der russischen Regierung steht noch aus.

Wer über ein geringeres Einkommen verfügt, soll beim Heizungstausch stärker unterstützt werden, fordern die Grünen. Ein entsprechendes Konzept hat die Partei am Freitag im Bundestag vorgelegt. Menschen mit einem zu versteuernden Haushaltseinkommen von bis zu 20.000 Euro jährlich könnten demnach eine maximale Förderung über 80 Prozent der Gesamtkosten erhalten.

Was noch? Am kanadischen Red Dress Day wird der ermordeten indigenen Frauen gedacht.

*Moderation und Produktion: Erica Zingher*

*Redaktion: Constanze Kainz*

*Mitarbeit: Clara Löffler*



Warum Asylzentren an den EU-Außengrenzen nicht realistisch sind Nancy Faeser fordert Asylverfahren außerhalb der EU. Die Grenzländer dürften daran wenig Interes....

*Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)*

**Load-Date:** May 5, 2023

---

End of Document

**Zähe Verhandlungen über EU-Asylreform; Beim Treffen der EU-Innenminister fordern einige Länder Änderungen an den bisherigen Plänen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser dringt auf den Schutz von Familien.**

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 11:00 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 503 words

**Byline:** Johannes Süßmann

## Body

---

Juan Medina

**Migranten** nach ihrer Ankunft in Italien im Hafen von Messina, Sizilien

Bei den Verhandlungen der EU-Innenminister über eine Reform des **Asylsystems** zeichnet sich bislang keine schnelle Einigung ab. In einer öffentlichen Sitzung in Luxemburg forderten etliche EU-Mitgliedsstaaten Nachbesserungen an den vorliegenden Vorschlägen. Weil diese in sehr unterschiedliche Richtungen gingen, war zunächst unklar, ob eine Mehrheit für eine Reform zustande kommt. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft will im Laufe des Tages entscheiden, ob eine Abstimmung angesetzt wird.

Länder wie Österreich und die Niederlande machten in der Sitzung deutlich, dass ihnen ein Teil der vorgesehenen Regeln für einen effizienteren Kampf gegen illegale Migration nicht weit genug gehe. Andere Staaten wie Deutschland forderten hingegen Abschwächungen. So will die Bundesregierung nicht akzeptieren, dass Familien mit Kindern nach einem illegalen Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in Asyl-Schnellverfahren kommen könnten.

"Wir haben an einer Stelle noch ein echtes Problem aus deutscher Sicht, denn wir wollen den Schutz der Kinder, der Familien mit Kindern in dem Grenzverfahren", kommentierte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) den Stand der Verhandlungen. Dies sei ein humanitäres Anliegen und auch im Sinne der Kinderrechtskonvention, fügte sie hinzu.

Italiens Regierung teilte, dass sie die geplanten Regelungen für mehr Solidarität noch für unzureichend halte und in manchen Bereichen mehr Flexibilität wünsche. Die Asylreform gilt ohne Unterstützung der Regierung in Rom als wenig sinnvoll, da in dem Land derzeit die meisten Migrantinnen ankommen: Laut UN wurden dort in allein in diesem Jahr mehr als 50.000 Neuankömmlinge registriert, viele von ihnen mit schlechter Bleibeperspektive. Die EU ist also darauf angewiesen, dass sich Italien an die neuen Regeln hält.

**Grenznahe Asylprüfung innerhalb von zwölf Wochen**

Zähe Verhandlungen über EU-Asylreform Beim Treffen der EU-Innenminister fordern einige Länder Änderungen an den bisherigen Plänen. Bundesinnenministerin Nancy F....

An einer Reform des EU-Asylsystems wird seit Jahren gearbeitet. Die derzeitigen Entwürfe sehen unter anderem einen deutlich rigideren Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vor. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen gebracht werden. Dort soll den Plänen nach im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob der Antragsteller oder die Antragstellerin Chancen auf Asyl in der EU hat. Wird dies verneint, würden die Betroffenen umgehend zurückgeschickt.

Zudem soll Solidarität mit den besonders betroffenen Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein. Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, sollen den Plänen zufolge künftig Ausgleichszahlungen leisten müssen.

Voraussetzung für einen Beschluss zu den Plänen ist, dass 15 der 27 Mitgliedstaaten mit Ja stimmen, wobei diese zusammen mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU ausmachen müssen. Danach müsste es dann noch Verhandlungen mit dem EU-Parlament geben.

**Load-Date:** June 8, 2023

---

End of Document

**US-Regierung erwägt vorübergehende Inhaftierung von Migrantenfamilien;  
Die Regierung befürchtet nach dem Wegfall der Corona-Regelungen einen  
Ansturm an den Grenzen. Die Unterbringung von Familien in Haftlagern war  
erst 2021 gestoppt worden.**

ZEIT-online

Mittwoch 8. März 2023 12:04 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Asylrecht; Ausg. 1

**Length:** 377 words

**Byline:** Julica Jungehülsing

## Body

---

Jordan Vonderhaar

A family from Ecuador walks towards Border Patrol officers to seek asylum, as U.S. border cities brace for an influx of asylum seekers as COVID-era Title 42 migration restrictions are set to end, in Eagle Pass, Texas, U.S. December 19, 2022. REUTERS/Jordan Vonderhaar

Das Weiße Haus erwägt offenbar, Migrantenfamilien, die illegal über die US-Grenze reisen, künftig kurzzeitig zu inhaftieren. Wenn am 11. Mai in den USA die Asylbeschränkungen aus der Frühphase der Corona-Pandemie wegfallen, rechnet die Regierung mit einem erhöhten Andrang an der Südgrenze des Landes, hieß es am Dienstag aus Regierungskreisen. Im Heimatschutzministerium werde geprüft, wie mit dem erwarteten Anstieg der Migrantenzahlen umzugehen sei. Eine Inhaftierung illegal eingereister Familien sei eine von mehreren Ideen, entschieden sei noch nichts, sagten die Gewährspersonen.

Ende Februar hatte ein Regierungsvertreter zur geplanten Verschärfung der Asylgesetze mitgeteilt, erwägt werde auch, ob Asylanträge künftig nur noch von außerhalb der USA gestellt werden könnten. Migrantinnen und Migranten, die einfach über die Grenze ins Land kommen, könnten dann in den USA nicht mehr um Asyl bitten. Diese und andere geplante Änderungen des Asylrechts sollen nach einmonatigen Beratungen Ende März beschossen werden.

### Mögliche Kehrtwende für Joe Biden

Sollte der Vorschlag zur Inhaftierung von Familien umgesetzt werden, würde das eine Kehrtwende für die Regierung von Joe Biden bedeuten: Erst Ende 2021 hatte die US-Regierung die Praxis des republikanischen Vorgängers Donald Trump gestoppt, Migrantenfamilien in Haftlagern festzuhalten. "Die Beendigung der unmenschlichen Praxis der Familieninhaftierung" sei eine der wenigen "positiven einwanderungspolitischen Entscheidungen der Regierung Biden", sagte Immigrationsanwältin Leecia Welch der *New York Times*.

US -Regierung erwägt vorübergehende Inhaftierung von Migrantenfamilien Die Regierung befürchtet nach dem Wegfall der Corona-Regelungen einen Ansturm an den Gren....

\x{feff}\x{feff}Es sei "erschütternd zu hören, dass es eine Rückkehr zu dieser Praxis aus der Trump-Ära" geben könne, sagte die Juristin.

Im Falle einer Rückkehr zu diesem Vorgehen würden Betroffene für kurze Zeit inhaftiert, womöglich einige Tage, sagte eine mit den Überlegungen vertraute Person der Nachrichtenagentur AP. Ihre Fälle würden von zuständigen Gerichten zudem im Eilverfahren bearbeitet.

**Load-Date:** March 8, 2023

---

End of Document

**FDP schlägt Grünen-Realos Gespräche über neue Migrationspolitik vor;  
Generalsekretär Bijan Djir-Sarai fordert eine Einwanderungspolitik, die die  
Sorgen der Bürger nicht ignoriere. Deshalb wolle man sich mit grünen  
Realpolitikern abstimmen.**

ZEIT-online

Sonntag 19. Februar 2023 6:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Vert Realos; Ausg. 1

**Length:** 289 words

**Byline:** Zacharias Zacharakis

## Body

---

Sean Gallup

Der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai

Der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai hat Forderungen einer Gruppe von Grünenpolitikern nach einem neuen Kurs in der **Migrationspolitik** begrüßt. Er schlage vor, sich zusammzusetzen und über einen neuen Kurs in der **Migrations-** und Integrationspolitik zu sprechen, sagte Djir-Sarai zu der Initiative.

"Wir brauchen dringend in Deutschland eine Migrations- und Integrationspolitik, die im Einklang mit der Realität ist, im Interesse unseres Landes ist und die Sorgen der Bürger nicht ignoriert", forderte Djir-Sarai. "Die katastrophalen Fehler der Merkel-Jahre dürfen sich nicht wiederholen."

Die Gruppe sogenannter Realpolitiker bei den Grünen warnt vor den Folgen der aktuellen Migrationspolitik. Es sei auch in Deutschland ein Rechtsruck zu befürchten, falls Bürgerinnen und Bürger weiter ihr Sicherheitsgefühl einbüßten, heißt es in einem Manifest der Gruppe Vert Realos. Zu der Gruppe gehört auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer.

### **"Möglichst zügige Abschiebung"**

"Es gibt kein klares Integrationskonzept", schreibt die Gruppe in ihrem Memorandum. "Die Migrantinnen und Migranten wissen nicht, was von ihnen erwartet wird und machen sich mit falschen Hoffnungen auf den weiten Weg." Es werde kaum zwischen Kriegs-, Asyl- und Wirtschaftsmigranten unterschieden. Asylempfänger müssten sich einordnen in die "geschichtlich gewachsene gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland", lautet eine Forderung.

FDP schlägt Grünen-Realos Gespräche über neue Migrationspolitik vor Generalsekretär Bijan Djir-Sarai fordert eine Einwanderungspolitik, die die Sorgen der Bürger....

Die Gewährung von Asyl setze auch voraus, dass Asylbewerber beim Aufnahmeverfahren mitwirken und nicht straffällig werden. "Ansonsten verfällt das Asylrecht und damit das Aufenthaltsrecht, was auch eine (möglichst zügige) Abschiebung nach sich ziehen muss."

**Load-Date:** February 19, 2023

---

End of Document

**Länder fordern Pro-Kopf-Pauschale für Flüchtlingsversorgung; Vor dem Flüchtlingsgipfel sind die Positionen zwischen Ländern und Bund verhärtet. Unter anderem gehen beide Seiten wohl von unterschiedlich hohen Bundeszuschüssen aus.**

ZEIT-online

Dienstag 9. Mai 2023 12:51 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

**Length:** 710 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Felix Kästle

**Flüchtlinge** sind in einer Notunterkunft in einer Sporthalle untergebracht. Der von Bundesinnenministerin Faeser (SPD) bereits angekündigte **Flüchtlingsgipfel** soll am 16. Februar stattfinden.

Vor dem für Mittwoch geplanten **Flüchtlingsgipfel** fordern alle 16 Bundesländer einem Bericht des RedaktionsNetzwerks Deutschland zufolge, dass sich die Zahlungen des Bundes zur **Flüchtlingsfinanzierung** an der Zahl der aufgenommenen Menschen orientieren. Wie das RND unter Berufung auf einen gemeinsamen Beschlussvorschlag der Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien aller Bundesländer berichtet, sollen dem Vorschlag zufolge die Beiträge künftig nach einem "atmenden System" ausgezahlt werden.

Unter anderem sollten demnach den Ländern die Kosten für Unterkunft und Heizung für **Geflüchtete** vollständig erstattet werden. Zudem fordern die Länder dem RND zufolge vom Bund eine "allgemeine, **flüchtlingsbezogene** monatliche Pro-Kopf-Pauschale" für Unterbringung und Versorgung, für die Kosten für die Integration aller **Geflüchteten** und für unbegleitete Minderjährige. Die bisher für 2023 zugesagten Bundesmittel in Höhe von 2,75 Milliarden Euro reichten hierfür nicht aus.

Mit dem Vorschlag eines eigenen Beschlusspapiers lehnen die Länder eine Beratung über den vom Kanzleramt vorgelegten Entwurf ab, der vor allem auf die bereits festgelegten Zusagen verweist. Allerdings kommen Bund und Länder auf völlig unterschiedliche Zahlen, wie groß die Zuweisungen in den verschiedenen Töpfen eigentlich sind. Die Bundesregierung spricht von 15,6 Milliarden Euro in diesem Jahr. Ein Regierungssprecher verwies am Montag erneut darauf, dass laut Verfassung die Zuständigkeit bei Ländern und Kommunen liegt. Diese hatten sich am Montagvormittag auf eine gemeinsame Position verständigt. Die Positionen haben sich deshalb zwei Tage vor dem Spitzentreffen verhärtet.



Länder fordern Pro-Kopf-Pauschale für Flüchtlingsversorgung Vor dem Flüchtlingsgipfel sind die Positionen zwischen Ländern und Bund verhärtet. Unter anderem geh....

Um die Finanzierung der Flüchtlingshilfen wird schon lange gestritten. Angesichts steigender Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen sehen sich viele Kommunen am Rande der Leistungsfähigkeit. "Die Hilferufe und Überlastungsanzeigen der Kommunen, Ehrenamtlichen und sonstigen Akteure vor Ort, die in den letzten Jahren unter schwierigen Rahmenbedingungen Großartiges geleistet haben, müssen ernst genommen werden", heißt es dazu in dem Papier.

Zudem drängen die Länder dem RND zufolge in dem Papier auf mehr Integrationskurse durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) und auf die Bereitstellung zusätzlicher Bundesimmobilien zur Unterbringung von Geflüchteten.

Angesichts der anhaltenden Differenzen zwischen Bund und Ländern zog Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) den Sinn des Gipfels zur Flüchtlingspolitik in Zweifel. Der Bund müsse von seiner Weigerung abrücken, den Ländern und Kommunen mehr Geld zur Verfügung zu stellen, sagte Herrmann dem TV-Sender Welt. "Wenn der Bund sich wirklich nicht bewegt, dann würde er dadurch den Gipfel wirklich sinnlos machen."

Zu den möglichen Folgen eines Scheiterns des Gipfels sagte Herrmann: "Ich fürchte, dass hier die Spannungen massiv wachsen und manche Kommunen einfach eine weitere konstruktive Zusammenarbeit verweigern könnten, wenn der Bund sich tatsächlich so stur stellt."

### **Merz fordert bessere Steuerung von Zuwanderung**

Oppositionsführer und CDU-Chef Friedrich Merz forderte Bundeskanzler Olaf Scholz auf, die Migration nach Deutschland einzugrenzen. In seiner Zeit als Vizekanzler habe Scholz eine spürbare Begrenzung bei der Zuwanderung mitgetragen, sagte Merz dem RND. "Der Bundeskanzler sollte erkennen, dass es sinnvoll war und ist, Migration nach Deutschland nachhaltig zu steuern", sagte Merz.

Zugleich betonte Merz: "Eine spürbare Grenze bei der Zuwanderung nach Deutschland bedeutet aber keine Begrenzung der Menschlichkeit." Deutschland könne mehr in den Transit- und Herkunftsstaaten für die Menschen tun. Beides müsse "zusammen gedacht und getan werden", forderte Merz.

Der Unionsfraktionschef warnte vor mangelnden Kapazitäten in den Kommunen für die Integration. Geflüchtete "gut zu integrieren", habe auch etwas mit der Anzahl von Menschen zu tun, die hier bei uns leben, sagte Merz. "Behörden oder auch Schulen haben keine unendlichen Kapazitäten. Wir sollten auf die Hilferufe der Kommunen hören", forderte Merz.

**Load-Date:** May 9, 2023

**Bundesregierung plant Migrationsgipfel noch im Februar; Kommunen sehen sich wegen fehlender Flüchtlingsheime am Limit. Das Bundesinnenministerium will noch in diesem Monat einen Gipfel ausrichten ohne Bundeskanzler Scholz.**

ZEIT-online

Montag 6. Februar 2023 2:14 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Nancy Faeser; Ausg. 1

**Length:** 558 words

**Byline:** Isabelle Daniel

## Body

---

Omer Messinger

Unterkunft für **Flüchtlinge** im ehemaligen Flughafen Tempelhof in Berlin

Der von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) geplante **Migrationsgipfel** soll noch in diesem Monat stattfinden. Das kündigte ein Ministeriumssprecher in Berlin an. Es gehe um den Zeitraum der nächsten zwei bis drei Wochen.

Faeser hatte den Migrationsgipfel bereits am Sonntag angekündigt. Hintergrund sind Klagen von Gemeinden und Landkreisen über die hohe Zahl zu versorgender Flüchtlinge und fehlender Unterkünfte. Länder und Kommunen, aber auch die Union und die Grünen hatten Faeser deshalb zuletzt aufgefordert, ein Spitzentreffen zu organisieren.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) soll nach bisherigem Stand nicht teilnehmen, wie Vizeregierungssprecher Wolfgang Büchner sagte. Der Kanzler nehme das Thema aber "sehr ernst". Büchner verwies auf bereits erfolgte Hilfszusagen an Kommunen und Länder in Milliardenhöhe. Zudem seien Asylverfahren beschleunigt worden. Für die Bundesregierung soll nach Angaben des Bundesinnenministeriums neben Faeser auch Bauministerin Klara Geywitz (SPD) teilnehmen.

### **Opposition und Gemeinden fordern Gipfel im Kanzleramt**

Vertreter von Kommunen und Opposition kritisierten den geplanten Gipfel ohne Scholz. "Die Kapazitäten sind vielerorts erschöpft, und das erforderliche Geld dazu fehlt auch", sagte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager. "In dieser Situation brauchen die Landkreise dringend politische Unterstützung aus dem Kanzleramt."

Bundesregierung plant Migrationsgipfel noch im Februar Kommunen sehen sich wegen fehlender Flüchtlingsheime am Limit. Das Bundesinnenministerium will noch in di....

Es fehle momentan an Wohnungen, an Kitaplätzen sowie an Lehrern für Schulen und Sprachkurse. Das Bundesinnenministerium habe jedoch keine Zuständigkeit für Finanzfragen, monierte Sager. "Es ist auch deswegen höchste Zeit für ein Gespräch mit dem Bundeskanzler."

Auch die CSU-Innenpolitikerin Andrea Lindholz verwies auf fehlende Kompetenzen des Bundesinnenministeriums in Finanz- und Unterbringungsfragen. "Deswegen fordern wir einen größeren Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt", sagte sie im ZDF- *Morgenmagazin* .

### **Bauministerium verweist auf hohen Wohnungsleerstand**

Der Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, Faeser stimme sich "laufend mit dem Bundeskanzler" zu dem Thema ab. Weiter verwies er darauf, dass der Bund beim vorangegangenen Flüchtlingsgipfel im Oktober auch eigene Immobilien zur Unterbringung bereitgestellt habe. Insgesamt stehen demnach fast 68.000 Plätze in 330 Liegenschaften des Bundes bereit. Die Auslastung liege bei 64 Prozent.

Eine Sprecherin des Bauministeriums verwies auf den hohen Leerstand in ländlichen Gegenden. Bundesweit gebe es rund 1,6 Millionen leer stehender Wohnungen vor allem in Ostdeutschland.

Die Bundesregierung sieht bei der Finanzierung von Unterkünften auch die Bundesländer in der Verantwortung. Die Unterbringung von Flüchtlingen sei eine gesamtstaatliche Aufgabe, bei der auch die Länder die Kommunen unterstützen müssten, sagte ein Regierungssprecher.

Auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), forderte von den Ländern, finanzielle und logistische Unterstützung durch die Bundesregierung an die Kommunen weiterzugeben. Viele Landkreise, Städte und Gemeinden seien "am Limit", sagte sie. Zugleich leisteten sie "Herausragendes: Sie beziehen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein, suchen dezentrale Anschlussunterbringungen und starten mit Integration von Anfang an".

**Load-Date:** February 6, 2023

**Polnisches Parlament stimmt für Referendum zum EU-Asylkompromiss; Das Referendum über den Asylkompromiss soll parallel zur polnischen Parlamentswahl stattfinden. Die Opposition wirft der PiS vor, so den Wahlkampf zu manipulieren.**

ZEIT-online

Donnerstag 17. August 2023 10:00 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Asylpolitik; Ausg. 1

**Length:** 348 words

**Byline:** Eric Voigt

## Body

---

Wojtek Radwanski

**Migrant** families from Syria and Iraq are seen behind the border wall at Polish - Belarus border not far from Bialowieza, eastern Poland, on May 29, 2023.

Das Parlament in Polen hat das Referendum zum Asylkompromiss der Europäischen Union auf den Weg gebracht. Insgesamt stimmten 233 der 452 Abgeordneten dem Antrag der nationalkonservativen Regierungspartei PiS zu. In einem weiteren Schritt soll das Parlament eine Resolution zur Volksabstimmung formulieren und mit einer Mehrheit verabschieden.

Dem Antrag der Regierungspartei nach soll das Referendum parallel zur Parlamentswahl am 15. Oktober abgehalten werden. Neben dem EU-Asylkompromiss solle in dem Referendum noch über die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters und die Befestigung an der Grenze zu Belarus abgestimmt werden.

### **Opposition wirft PiS aktive Beeinflussung und Manipulation vor**

In einem vorab von der PiS veröffentlichten Video wurden Szenen von brennenden Autos und Straßengewalt gezeigt und mit Zitaten des Parteivorsitzenden Jaroslaw Kaczynski unterlegt. Vertreter der polnischen Opposition warfen der PiS vor, sie wolle den Wahlkampf mit dem geplanten Referendum aktiv beeinflussen und manipulieren.

Das Referendum reihe sich in den antieuropäischen Kurs ein, den Beobachter im Wahlkampf der regierenden PiS-Partei ausgemacht hätten. Die PiS steht wegen hoher Inflation, eines strengen Abtreibungsrechts und diverser Skandale um Vetternwirtschaft unter Druck.

### **Referendum hätte keinen Einfluss**

Polnisches Parlament stimmt für Referendum zum EU-Asylkompromiss Das Referendum über den Asylkompromiss soll parallel zur polnischen Parlamentswahl stattfinden.....

Anfang Juni hatten sich die EU-Innenminister auf eine Reform der Asylpolitik geeinigt. Diese sieht vor, dass die Aufnahme von Flüchtlingen künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein soll. Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen.

Polen wehrt sich vor allem gegen Geflüchtete aus muslimischen Ländern. Selbst wenn sich eine Mehrheit der polnischen Wahlberechtigten in dem Referendum gegen den EU-Asylkompromiss aussprechen würde, hätte das keinerlei Einfluss auf den Entscheidungsprozess innerhalb der EU.

**Load-Date:** August 17, 2023

---

End of Document

**EU-Innenminister sind weiter uneins bei Asyl-Krisenmechanismus;  
Deutschland hat seine Blockade der EU-Krisenverordnung zum Asyl  
aufgegeben - nun hat Italien Bedenken. Beim Treffen der EU-Innenminister  
gab es daher keinen Beschluss.**

ZEIT-online

Donnerstag 28. September 2023 7:51 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Asylreform; Ausg. 1

**Length:** 804 words

**Byline:** Ulrike Tschirner; Tobias Dorfer

## Body

---

Die EU-Innenminister haben bei ihrem Treffen in Brüssel keine Einigung zum Krisenmechanismus der europäischen **Asylreform** getroffen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte in Brüssel zwar an, dass Deutschland dem neuen Textvorschlag zum sogenannten Krisenmechanismus zustimmen werde. Sie sprach auch von einer "politischen Einigung im Rat" der Innenminister. Zu einer formellen Einigung auf den neuen Text kam es allerdings nicht, weil Italien Bedenken anmeldete.

Die amtierende spanische Ratspräsidentschaft teilte zum Abschluss des Treffens mit, eine "sehr breite Mehrheit der Mitgliedstaaten" trage den vorliegenden Vorschlag mit. Es habe einen Meinungsaustausch gegeben, der sehr hilfreich gewesen sei. Es gebe aber einige Details, die noch ausgearbeitet werden müssten, sagte der spanische Innenminister Fernando Grande-Marlaska. Eine endgültige Einigung werde in den nächsten Tagen erwartet.

Nach dem neuen Text der Ratspräsidentschaft wurde unter anderem eine Regel gestrichen, die es den Mitgliedsstaaten erlaubt hätte, bei einem starken Zuzug von Menschen zeitweise von EU-Standards für materielle Unterstützungsleistungen und den Zugang zu medizinischer Versorgung abzuweichen. Zudem sollen die Anträge auf Schutz von Minderjährige und ihren Familienmitgliedern auch in Krisensituationen bevorzugt geprüft werden. Vorgesehen sind auch stärkere Informations- und Rechtfertigungspflichten für Länder, die die Verordnung in Anspruch nehmen wollen.

### **Annalena Baerbock wertet Änderungen als Erfolg**

Weitreichend sind die Änderungen unter dem Strich allerdings nicht. So wäre auch mit dem ursprünglichen Text festgelegt worden, dass die Mitgliedstaaten auch in Krisensituationen die Grundbedürfnisse der Antragsteller in Bereichen wie Ernährung, Kleidung, angemessene medizinische Versorgung und Unterkünfte "unter uneingeschränkter Achtung der Menschenwürde" decken müssen.

EU-Innenminister sind weiter uneins bei Asyl-Krisenmechanismus Deutschland hat seine Blockade der EU-Krisenverordnung zum Asyl aufgegeben - nun hat Italien Bede....

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) wertete die von Deutschland angestoßenen Veränderungen als Erfolg. Die vergangenen 48 Stunden hätten gezeigt, wie wichtig es sei, "bis zur letzten Minute für deutsche, aber auch für europäische Interessen zu kämpfen", sagte sie in Berlin. Über Monate seien keine der deutschen Vorschläge zu Humanität und Ordnung in den Kompromiss aufgenommen worden. Deswegen habe sie "in einer gemeinsamen Kraftanstrengung" mit Faeser die deutschen Anliegen in die Verordnung "hineinverhandelt".

Insbesondere Italien sorgte letztlich aber dafür, dass Ratspräsidentschaft keinen Durchbruch verkünden konnte. Hintergrund war nach Angaben von Diplomaten die kritische Haltung Italiens zu Einsätzen von Seenotrettungsschiffen. Diese hat auch zu einem Streit zwischen Italien und Deutschland geführt. Italiens Regierung kritisiert die deutschen Finanzhilfen für Organisationen, die sich auf italienischem Boden um Migranten kümmern. Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hatte sich deshalb auch bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) beschwert.

Die italienische Zeitung La Repubblica berichtete unter Berufung auf mehrere europäische Quellen, Italien habe um mehr Zeit gebeten, um den neuen EU-Kompromiss zu bewerten. Italienischen Medienberichten zufolge verließ der italienischen Innenminister Matteo Piantedosi das Treffen in Brüssel vorzeitig.

### **Einigung auf Krisenverordnung schien bis zuletzt möglich**

Deutschland hatte zuvor nach monatelangem Widerstand der Grünen den Weg für eine Einigung der EU-Staaten auf den Krisenmechanismus freigemacht. Da Italien bei der öffentlichen Debatte nicht widersprach, hielten mehrere Diplomaten die nötige Mehrheit der Mitgliedsländer zunächst für ausgemacht.

Die italienische Zeitung La Stampa berichtete dagegen, die an Deutschland gemachten Zugeständnisse seien "bei der italienischen Regierung nicht gut angekommen". Italien könne deshalb vorerst nicht zustimmen. Nun müssten sich die Ständigen Vertreter der EU in Brüssel bemühen, den Kompromiss noch zu retten.

Theoretisch könnte der Text zwar auch bei einem italienischen Nein die erforderliche Mehrheit bekommen. Es gilt aber als politisch heikel, ein Land zu überstimmen, das zu den Ländern in der EU gehört, die am stärksten von der Migration belastet sind.

Die Krisenverordnung ist ein zentrales Element der geplanten EU-Asylreform, mit der die Migration begrenzt werden soll. So soll etwa bei einem besonders starken Anstieg der Migration der Zeitraum verlängert werden können, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können. Zudem könnte der Kreis der Menschen vergrößert werden, der für die geplanten strengen Grenzverfahren infrage kommt.

Zakaria Abdekkafi Migranten am 16. September 2023 in dem "Hotspot" genannten Einsatzzentrum auf der italienischen Insel Lampedusa Zakaria Abdekkafi Migranten am 16. September 2023 in dem "Hotspot" genannten Einsatzzentrum auf der italienischen Insel Lampedusa

**Load-Date:** September 28, 2023

**Asylbewerber sollten laut Marco Buschmann kein Bargeld mehr bekommen;  
Der Bundesjustizminister spricht sich für eine strengere Migrationspolitik  
aus. Bundesinnenministerin Faeser forderte die Länder auf, auf  
Sachleistungen umzustellen.**

ZEIT-online

Mittwoch 4. Oktober 2023 3:13 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Bundesjustizminister; Ausg. 1

**Length:** 714 words

**Byline:** Eva Casper; Fabian Albrecht

## Body

---

Bundesjustizminister Marco Buschmann plädiert für strenge Maßnahmen, um die irreguläre **Migration** einzudämmen. Die Bundesregierung werde sich dafür einsetzen, "möglichst noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament die Reform des Gemeinsamen Europäischen **Asylsystems** auf den Weg zu bringen", sagte Buschmann in der ZDF-Sendung Markus Lanz.

Dabei sollen **Asylverfahren** künftig in streng überwachten Einrichtungen an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden. Es werde allerdings "schon zwei bis drei Jahre dauern", bis dieses System eingerichtet sei, sagte der Bundesjustizminister. Er unterstütze die Idee, **Asylverfahren** auch in Afrika abzuarbeiten. Es sei jedoch schwierig, Staaten für die Zusammenarbeit zu finden.

Weiter plädierte Buschmann für beschleunigte Abschiebungen. Die Gerichtsverfahren in Deutschland seien "viel zu lang". Gegenüber dem Vorschlag einer Arbeitspflicht für Asylbewerber zeigte er sich skeptisch: Viele der Geflüchteten lägen bei der Bildung auf "Grundschulniveau": "Die kann man nicht von heute auf morgen auf einen regulären deutschen Arbeitsplatz setzen."

Außerdem sprach sich Buschmann dafür aus, kein Bargeld mehr an Asylbewerber auszugeben und stattdessen Sachleistungen zu verteilen. Es müsse "auch wehtun", wenn der deutsche Staat Asylbewerbern Leistungen kürze, sagte der Minister. Dies könnte seiner Ansicht nach auch dabei helfen, Schlepperkriminalität zu bekämpfen. "In der Heimat sammelt die Familie oder die Dorfgemeinschaft Geld. Davon werden Schlepper bezahlt. Die Schlepper bringen die Menschen illegal nach Deutschland", sagte Buschmann. In Deutschland angekommen, würden die Menschen dann einen Teil des Geldes, das sie vom Staat erhalten, in ihre Heimat überweisen.

### **Ampel fordert Länder zum Handeln auf**

Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser und FDP-Fraktionschef Christian Dürr sprachen sich dafür aus, den Menschen statt Bargeld Sachleistungen zur Verfügung zu stellen - und forderten die Länder auf, dies auch zu tun.



Asylbewerber sollten laut Marco Buschmann kein Bargeld mehr bekommen Der Bundesjustizminister spricht sich für eine strengere Migrationspolitik aus. Bundesinnen....

Der Bund habe dafür längst die Möglichkeit eröffnet, sagte Faeser am Mittwoch im ZDF. "Man hätte in den letzten Jahren schon Sachleistungen machen können", sagte die SPD-Politikerin.

Jeder vierte nach Deutschland kommende Migrant käme mittlerweile mithilfe von Schleusern ins Land, sagte die Bundesinnenministerin weiter. Sie forderte die Bundesländer auf, das Geld des Bundes an die Kommunen auch weiterzuleiten. 2022 seien nur 71 Prozent des Geldes auch bei den Kommunen angekommen.

Dürr verwies darauf, dass skandinavische Länder mit Sachleistungen bereits gute Erfahrungen gemacht hätten. Sachleistungen oder eine Geldkarte bedeuteten nicht mehr, sondern weniger Bürokratie für die Kommunen, sagte er im Deutschlandfunk. Außerdem verhindere dies, dass Geflüchtete Geld nutzen könnten, um nachträglich Schleuser zu bezahlen.

Der FDP-Politiker verwies zudem darauf, dass Städte wie Hamburg oder Hannover diesen Weg bereits gingen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kündige den Schritt dagegen seit 2018 an, ohne dies für sein Bundesland umgesetzt zu haben, kritisierten Faeser und Dürr.

### **Auch Union und SPD drängen auf weitere Maßnahmen**

Derweil sprach sich Unionsfraktionsvize Sepp Müller für dauerhafte Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen aus. "Binnengrenzkontrollen funktionieren seit mehreren Jahren zwischen Deutschland und Österreich", sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). "Das sollte überall so sein, insbesondere zwischen Deutschland und Tschechien sowie Polen", fügte er hinzu.

Auch Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) sieht dringenden Handlungsbedarf. "Bund und Länder müssen schnell zusammenkommen. Das sollte im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 12./13. Oktober in Frankfurt am Main erfolgen", sagte Woidke dem Spiegel. Es müsse um "die schnelle Umsetzung des EU-Asylkompromisses und damit die deutliche Senkung der Migrationszahlen für Deutschland" gehen. Damit verbunden seien der "Schutz der EU-Außengrenzen, stärkere Kontrollen an der deutschen Grenze zu Polen und die gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung unserer Kommunen".

Morris MacMatzen Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) Morris MacMatzen Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP)

**Load-Date:** October 4, 2023

**Und wieder wird ein Brexit-Versprechen nicht eingelöst; Die britische Regierung treibt ihre Pläne für das radikale Abschiebengesetz voran. Worüber sie nicht spricht: Die legale Nettoeinwanderung im Land ist so hoch wie nie.**

ZEIT-online

Montag 27. März 2023 12:18 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration in Großbritannien; Ausg. 1

**Length:** 1560 words

**Byline:** Bettina Schulz

## Body

---

Dan Kitwoo

FOLKESTONE, ENGLAND - MARCH 10: Napier Barracks, a former military barracks that is being used to house asylum seekers on March 10, 2023 in Folkestone, England. The UK government continues to house asylum seekers at the disused barracks despite concerns about its suitability. British Prime Minister Rishi Sunak is meeting French president Emmanuel Macron today in Paris to discuss their strategy to end the continued 'small boat' channel crossings made by migrants. Earlier this week the British government announced a range of new measures to deter migrants from crossing the English Channel by boat. The new legislation requires the immediate removal to Rwanda or a "safe third country" and impose a lifetime ban on such migrants settling in the UK or obtaining British citizenship. (Photo by Dan Kitwood/Getty Images)

Die britische Regierung arbeitet mit Hochdruck daran, Flüchtlinge, die über den Ärmelkanal kommen, zu stoppen. Mit immer schärferen Mitteln wollen Premierminister Rishi Sunak und Innenministerin Suella Braverman die "Invasion Englands", wie Braverman es einst formulierte, beenden. Sunak wird von den Mitgliedern der Konservativen Partei daran gemessen, ob seine Regierung bis zur nächsten Wahl mit seiner geplanten Abschiebepolitik Erfolg haben wird oder nicht. Dies sei wahlentscheidend, heißt es.

Am Montag wird das Abschiebengesetz, die "Illegal Migration Bill" erneut im Parlament behandelt. Nach dem Gesetz sollen künftig alle "illegalen" Einwanderer 28 Tage in Lagern interniert und dann in "sichere" Länder wie Ruanda ausgeflogen werden. Ein Versuch, Flüchtlinge nach Kigali auszufliegen, ist im vergangenen Jahr am Europäischen Gerichtshof gescheitert. Dieser hatte gefordert, dass die Politik zunächst von britischen Gerichten abgesegnet werden müsse. Dem war der Oberste Gerichtshof in London gefolgt. Der Fall hängt jedoch, da im Namen der Flüchtlinge Einspruch gegen das Urteil erhoben wurde.

Abgeordnete der Konservativen wollen nun eine Änderung des Gesetzesvorschlags bewirken, der britischen Gerichten untersagen würde, Abschiebungen mit Verweis auf ehemalige Urteile des Europäischen Gerichtshofes zu stoppen. Die Flüchtlinge sollen vor Abflug keinerlei Möglichkeit haben, eine einstweilige Verfügung zu

Und wieder wird ein Brexit-Versprechen nicht eingelöst Die britische Regierung treibt ihre Pläne für das radikale Abschiebegesetz voran. Worüber sie nicht spric....

erlangen. Die Sonntagszeitung des *Daily Telegraph* berichtete, Braverman versuche, beim Europäischen Gerichtshof eine Ausnahmeregelung für Großbritannien zu bewirken, damit London nicht die Europäische Konvention für Menschenrechte verlassen müsse. Die britische Regierung will die internationale Reputation des Vereinigten Königreiches nicht aufs Spiel setzen, sich gleichzeitig aber dem Einfluss von Straßburg auf die Abschiebepolitik Londons entziehen.

Das Versprechen von Sunak, auf Dauer mit den UN einen Weg auszuarbeiten, auf dem Flüchtlinge von außerhalb des Vereinigten Königreiches als Asylsuchende ins Land kommen könnten, geht noch nicht in Erfüllung. Der *Telegraph* berichtet, die Zusammenarbeit mit den UN in diesem Punkt solle erst aufgenommen werden, wenn der Strom der "kleinen Boote" gestoppt sei. Anderenfalls habe die Öffentlichkeit das Gefühl, die restriktive Einwanderungspolitik Londons werde aufgeweicht. Langfristig will die britische Regierung mit den UN vereinbaren, dass eine feste Zahl von Flüchtlingen etwa 20.000 im Jahr im Land aufgenommen wird, über deren Zahl das Parlament abzustimmen habe.

Moderate Abgeordnete werden am Montag versuchen, dass zumindest Minderjährige vor einer sofortigen Abschiebung bewahrt werden.

Die Innenministerin Braverman kündigte derweil an, dass neue Flüchtlinge in Zukunft nicht mehr in teuren Hotels, sondern in Kasernen und möglicherweise gar auf alten Kreuzfahrtschiffen untergebracht werden sollen. Die Öffentlichkeit stört sich zunehmend daran, dass 50.000 Flüchtlinge in mehr als 350 Hotels im Land untergebracht worden sind und dort die Anwohner zum Beispiel keine Hochzeiten mehr feiern und Gäste unterbringen können.

In der vergangenen Woche vereinbarte die britische Regierung mit dem albanischen Regierungschef Edi Rama zudem, dass nun auch albanische Gefängnisinsassen nach Tirana ausgeflogen werden können. Im Dezember hatte Sunak bereits einen neuen Abschiebevertrag mit der albanischen Regierung unterzeichnet. Der Grund: Mit dem Brexit hat das Vereinigte Königreich die Möglichkeit verloren, Flüchtlinge zurück in die EU abzuschieben oder aber gemäß EU-Abschiebevertrag mit Tirana nach Albanien auszufliegen.

Im vergangenen Jahr stellten Albaner mit 12.561 Personen die größte Gruppe der Bootsflüchtlinge. Der Grund: Sie wussten, dass sie anders als in der EU nicht abgeschoben werden konnten. Nach Angaben der National Crime Agency nutzten albanische Schlepperorganisationen die Gelegenheit und heuerten junge Männer aus dem armen albanischen Norden an, um in Großbritannien auf illegalen Cannabis-Farmen und im Drogenhandel zu arbeiten. Junge Frauen wurden mit dem Versprechen eines schönen Lebens in Großbritannien in die Prostitution gelockt. Gleichzeitig nutzten albanische Bootsflüchtlinge die Ausrede, sie seien Opfer moderner Versklavung, um der Abschiebung zu entgehen.

Mittlerweile arbeiten albanische Hilfsorganisationen, die britische Polizei und Anwälte daran, die tatsächlichen Opfer dieser modernen Versklavung zu befreien und zu schützen. Bei der Rückführung nach Albanien fehlt allerdings oft noch die lokale Unterstützung in Tirana. Alle anderen illegal ankommenden Albaner werden mittlerweile abgeschoben. In diesem Jahr hat London bereits 800 Personen zurückgeflogen.

Derweil erlebt die albanische Gesellschaft in Großbritannien Ausländerhass und Ressentiments, nachdem Braverman die albanischen Flüchtlinge im Unterhaus als Kriminelle bezeichnet hatte. "Es gibt zahlreiche albanische Wissenschaftler, Ärzte und Anwälte in Großbritannien, die diesen Hass täglich erleben und sich mittlerweile als Sündenbock der rechtspopulistischen Einwanderungspolitik Londons sehen", sagt Balkanspezialist und Wissenschaftler Andi Hoxhaj von der University College London UCL.

Die Tory-Regierung behauptet, die Frage der Einwanderung sei eines der wichtigsten Anliegen der Wählerinnen und Wähler. Dem ist nur bedingt so. Nach Umfragen der Analysegesellschaft YouGov war die hohe Einwanderung im Jahr 2015 also kurz vor der Brexit-Volksabstimmung für 70 Prozent der Öffentlichkeit das wichtigste Problem, jetzt ist es das für 25 Prozent. Die Zahl der Personen, die glauben, dass die Einwanderung nach Großbritannien zu hoch ist, lag zur Zeit der Volksabstimmung bei 70 Prozent. Sie liegt jetzt bei 57 Prozent, bei Wählern der Konservativen allerdings bei 66 Prozent.

Und wieder wird ein Brexit-Versprechen nicht eingelöst Die britische Regierung treibt ihre Pläne für das radikale Abschiebegesetz voran. Worüber sie nicht spric....

Erstaunlich ist: Weder die britischen Medien noch die Regierung sprechen darüber, dass die legale Nettoeinwanderung so hoch ist wie nie zuvor. Während im vergangenen Jahr die Bootsflüchtlinge 45.000 Personen ausmachten, kamen unabhängig von kurzfristigen Besuchen 1,4 Millionen Personen für einen längerfristigen Aufenthalt ins Land. Die Nettoeinwanderung lag bei einem Rekord von mehr als einer halben Million Personen. Während vor dem Brexit vor allem Europäer nach Großbritannien kamen, sind es jetzt vor allem Personen aus Indien, Nigeria, Pakistan, der Türkei, Südafrika und China.

Nach Angaben des Innenministeriums wurden 2022 mehr als 80.000 Familienvisa ausgestellt, vor allem an Personen aus Pakistan und Indien. Mehr als 600.000 Studenten vor allem aus Indien, Nigeria, China, Pakistan und Bangladesch kamen ins Land. Sie müssen für Studiengänge in Großbritannien zwischen 10.000 und 50.000 Euro im Jahr zahlen, dürfen aber ihre engsten Familienangehörigen mitbringen. Über das Sonderprogramm für Hongkong kamen mehr als 50.000 Umsiedler ins Land, zudem mehr als 200.000 Flüchtlinge aus der Ukraine und Afghanistan.

Arbeitsvisa erhielten 423.000 Personen, vor allem aus Indien, Nigeria, den Philippinen, Zimbabwe, den USA, Pakistan, Australien und Südafrika. Deutsche beantragten nur 4.439 Arbeitsvisa. Polen, Rumänen und Bulgaren kommen unter den ersten 20 Nationen nicht einmal mehr vor. Nach dem Brexit ist daher die Zahl der Einwanderer nicht gesunken, sondern die Nationalitäten haben sich aufgrund des neuen Einwanderungsgesetzes geändert.

Das Innenministerium versucht, die Arbeitsvisa entsprechend der Qualifikation der Antragstellerinnen und Antragsteller zu erteilen. Der Plan, vor allem hoch qualifizierte Personen ins Land zu lassen, stößt jedoch auf die Realität des britischen Arbeitsmarktes. Der braucht nicht nur Wissenschaftlerinnen und Ärztinnen, Computerfachleute und Ingenieure. In der Pflege werden zwar mittlerweile Tausende von Stellen von Frauen und Männern aus Nigeria gefüllt. Aber Großbritannien hat trotz der hohen Einwanderung Schwierigkeiten, den Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft, in der Lebensmittelverarbeitung, im Transportwesen, in den Schlachthöfen, im Gesundheitswesen, im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Baugewerbe zu decken. Selbst die früheren 45.000 Au-pair-Mädchen aus der EU fehlen.

Das Argument, dass nach dem Brexit all die Leute verschwinden würden, die den Briten angeblich ihre Arbeitsplätze wegnehmen, stimmt daher nicht wie so vieles beim Brexit.

**Load-Date:** March 27, 2023

**Die Millionen, die kamen; Deutschland erlebt die höchste Zuwanderung seit 70 Jahren. Daten zeigen, wie das Land zum zweitgrößten Einwanderungsland der Welt wurde und wo die Migranten heute leben.**

ZEIT-online

Dienstag 30. Mai 2023 8:58 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 2543 words

**Byline:** Jakob Bauer;Paul Blickle;Philip Faigle;Valentin Peter;Julius Tröger;Vanessa Vu;Benja Zehr

## Body

---

Oyesmigration-grafik

### migration-zuzuege

Seit 1950 erfasst das Statistische Bundesamt, wie viele Menschen nach Deutschland kommen. Die

### migration-fortzuege

Nicht alle Zugewanderten sind geblieben. Oft folgte auf eine Phase der Einwanderung eine Phase der Migrantinnen und Migranten kehrten in ihre Heimat zurück oder zogen weiter. 42 Millionen Wegzüge verzeichnet die Statistik.

migration-saldo

Deutschland erlebte nach dem Zweiten Weltkrieg

migration-gastarbeiter-1

### Phase 1: Anwerbeabkommen

Anfang der Fünfzigerjahre lebten kaum noch Menschen mit ausländischem Pass in Deutschland. Erst mit dem Wirtschaftswunder zogen wieder Menschen her. Die Bundesrepublik holte ab dem Jahr 1955 rund 14 Millionen sogenannte Gastarbeiter ins Land, vor allem aus Italien, der Türkei und Jugoslawien. Elf Millionen gingen wieder zurück. Der Rest blieb. Es waren die Anfänge des Einwanderungslandes Deutschland. Erst mit der Ölkrise 1973

Die Millionen, die kamen Deutschland erlebt die höchste Zuwanderung seit 70 Jahren. Daten zeigen, wie das Land zum zweitgrößten Einwanderungsland der Welt wurde....

verhängte die Bundesregierung einen Anwerbestopp. Dennoch ging die Einwanderung weiter, weil viele Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Familien nachholten.

migration-spaetaussiedler

## Phase 2: Zerfall des Ostblocks

Die zweite große Phase der Einwanderung setzte mit dem Zerfall des Ostblocks und Jugoslawiens ein. Am häufigsten kamen Menschen aus Polen. Sie bilden bis heute eine der größten Einwanderergruppen. Eine weitere große Gruppe waren die sogenannten Spätaussiedler, also Menschen mit deutschen Wurzeln aus Ost- und Mitteleuropa. Allein 1989 und 1990 kamen 774.000 von ihnen. Im ehemaligen Jugoslawien brachen 1991 Kriege aus. Hunderttausende flohen nach Deutschland.

migration-gefluechtete

## Phase 3: EU-Osterweiterung und Fluchtbewegung

Ab den Nullerjahren nahm die EU zwölf neue Mitgliedsstaaten auf. Schrittweise durften nun Menschen aus Ländern in Ost- und Mitteleuropa nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten. Allein zwischen 2011 und 2021 zogen rund 6,3 Millionen Menschen aus dem EU-Ausland her, die meisten im Jahr 2015. Ihre Zahl war weit größer als die Zahl der 1,6 Millionen Menschen, die im gleichen Zeitraum aus humanitären Gründen nach Deutschland kamen, vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak.

100

migration-ukraine

## Phase 4: Krieg in der Ukraine

Im Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine, Millionen von Menschen wurden vertrieben. Deutschland erlebt seither den größten Zuzug seit Gründung der Bundesrepublik. 2022 kamen mehr als eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer ins Land.

0.9

*Dieser Artikel ist Teil unseres Schwerpunkts "Weltland" über Migration und stammt aus unserem Ressort X. Alle Texte und Schwerpunkte des Ressorts finden Sie hier.*

An einem Frühlingsmorgen spricht der deutsche Bundeskanzler vor dem Bundestag. Er hält seine Regierungserklärung, er redet über Unternehmenssteuern, das deutsch-französische Verhältnis, Langzeitarbeitslose. Nach einer Weile geht es auch um die "Ausländer". Der Bundeskanzler sagt: "Wir verdanken unseren ausländischen Mitbürgern viel. Aber wir können nicht alle Ausländer aufnehmen, die noch zu uns kommen wollen." Als es einen Zwischenruf eines Abgeordneten gibt, entgegnet er einen Satz, der in die Geschichtsbücher eingehen wird: "Wir sind kein Einwanderungsland und wir können es auch nicht werden."

Der Bundeskanzler hieß Helmut Kohl, die Rede hielt er am 27. April 1989. Der Satz wird danach oft zitiert werden. Vielleicht auch, weil viele bereits ahnten, wie falsch er war. In Wahrheit begann sich Deutschland schon damals zu verwandeln. Heute hat nur ein Land auf der Welt in absoluten Zahlen mehr Einwanderer: die USA.

ZEIT ONLINE hat Daten zu allen Zu- und Wegzügen nach und aus Deutschland seit dem Jahr 1952 ausgewertet. Erstmals wird der lange Weg sichtbar, den Deutschland genommen hat von einem Land, in dem Menschen anderer Herkunft eine kleine Minderheit bildeten, zu einer Republik der Eingewanderten. Innerhalb nur weniger Jahrzehnte kamen unter dem Strich mehr als 15 Millionen Menschen aus dem Ausland hinzu. Die Daten zeigen auch, wie sehr die Einwanderer die deutsche Gesellschaft verändert haben.

Die Millionen, die kamen Deutschland erlebt die höchste Zuwanderung seit 70 Jahren. Daten zeigen, wie das Land zum zweitgrößten Einwanderungsland der Welt wurde....

Die Wanderungsbewegungen der vergangenen Jahrzehnte verliefen nicht stetig. Mal waren es Kriege und Konflikte, die Millionen Menschen nach Deutschland flüchten ließen, mal lösten politische Entscheidungen die Migration aus. Die meisten Menschen kamen aber aus ökonomischen Gründen. Weil es passende Arbeitsstellen und gute Gehälter gab oder der Staat die Einreise erleichterte.

Wer kam und wer ging Wanderungssaldo nach Staatsangehörigkeit von 1962 bis 2022

laender-grafikyes0

laender-biggest

Anfangs kamen mehrheitlich sogenannte Gastarbeiter aus

laender-europa-vs-total

Jahrzehntelang kamen Migrantinnen und Migranten fast ausschließlich aus

laender-asien-vs-total

Seit den Zehnerjahren gewinnt jedoch die Einwanderung aus

Derzeit kommen so viele Menschen nach Deutschland wie noch nie seit Gründung der Bundesrepublik. Allein aus der Ukraine suchten im vergangenen Jahr mehr als eine Million Menschen Zuflucht. In den ersten Monaten dieses Jahres wurden laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) rund 80 Prozent mehr Asylanträge gestellt als im Vorjahreszeitraum, vor allem von Syrern und Afghanen. In der politischen Debatte geht es derzeit vor allem um die Verteilung von Ressourcen und Geld, um die große Zahl der Geflüchteten zu versorgen. Aus dem Blick gerät dabei ein langfristiger Trend: Durch die Einwanderung der vergangenen Jahrzehnte hat sich die deutsche Gesellschaft verändert.

In den ersten Jahren der Bundesrepublik kamen die Einwanderer noch aus wenigen Ländern. Heute zieht Deutschland aus allen Teilen der Welt Menschen an. Dem Statistischen Bundesamt zufolge hat mittlerweile rund ein Viertel der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Das bedeutet, dass mindestens ein Elternteil bei der Geburt keinen deutschen Pass besaß. Bei Kindern unter zehn Jahren beträgt dieser Anteil rund 40 Prozent. Erste Städte wie Offenbach und Sindelfingen sind bereits sogenannte *majority minority cities*. Dort leben mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte als ohne. In nahezu allen deutschen Großstädten gibt es Viertel, die diesem Trend folgen. Auch deshalb sprach Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier schon vor zwei Jahren davon, dass Deutschland ein "Land mit Migrationshintergrund" sei.

Sichtbar wird die Entwicklung auch, wenn man die weitaus kleinere Zahl der Menschen betrachtet, die in Deutschland keinen deutschen Pass haben. Im vergangenen Jahrzehnt stieg dieser sogenannte Ausländeranteil in Deutschland deutlich an. Vor allem Menschen aus dem EU-Ausland wanderten ein, aber auch Geflüchtete aus Syrien oder der Ukraine. Heute liegt die Quote bei 14,6 Prozent, das ist rund jede siebte Person. Die Zahl ist auch politisch relevant, denn Menschen ohne deutschen Pass dürfen in Deutschland nicht wählen.

Die Millionen, die kamen Deutschland erlebt die höchste Zuwanderung seit 70 Jahren. Daten zeigen, wie das Land zum zweitgrößten Einwanderungsland der Welt wurde....

Entwicklung des Ausländeranteils in Deutschland von 1951 bis 2022 14,6 Prozent haben keinen deutschen Pass

Die Einwanderer haben sich nicht gleichmäßig über Deutschland verteilt. Sie bevorzugten bestimmte Städte, bestimmte Landkreise, bestimmte Regionen. Manche Teile des Landes haben die allermeisten von ihnen dagegen gemieden. Vor allem in den ländlichen Regionen in Ostdeutschland leben bis heute nur wenige Ausländerinnen und Ausländer. Im Erzgebirgskreis in Sachsen betrug deren Anteil 2021 nur 2,5 Prozent. In Berlin hingegen lag der Wert bei 20 Prozent, in München bei 27 Prozent.

Geografische Verteilung nach Nationalität im Jahr 2021 Wo die Einwanderer heute leben

migration-single-image0

land-single-gesamt

Die meisten

land-single-tuerkei

Besonders gut kann man diese Entwicklung bei den Staatsbürgern der

land-single-vietnam

Die Familien der Zehntausenden ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter aus

land-single-syrien

Geflüchtete dürfen ihren Wohnort in der Regel nicht selbst wählen. Sie werden nach einem politisch ausgehandelten Quotensystem verteilt und müssen für eine bestimmte Zeit in ihren zugeteilten Landkreisen bleiben. Das erklärt unter anderem, warum

land-single-usa

In der Verteilung der

land-single-tschechien

Manchmal entscheidet auch schlicht die geografische Nähe, wohin Migranten gehen. Einwanderer aus

Wie wird die Geschichte des Einwanderungslandes Deutschland weitergehen? Kaum jemand bezweifelt heute, dass Deutschland angesichts einer alternden Bevölkerung auf Zuwanderung angewiesen ist. Schätzungen zufolge braucht das Land rund 400.000 Migrantinnen und Migranten jedes Jahr, damit die Zahl der Arbeitskräfte stabil bleibt. Die Frage ist: Werden die Menschen weiter ins Land kommen? Und wird die Politik in der Lage sein, zu steuern, wer kommt?



Die Millionen, die kamen Deutschland erlebt die höchste Zuwanderung seit 70 Jahren. Daten zeigen, wie das Land zum zweitgrößten Einwanderungsland der Welt wurde....

Der Migrationsforscher und Ökonom Herbert Brücker glaubt, dass Deutschland aus seiner Vergangenheit lernen kann. "Die großen Migrationsphasen der vergangenen Jahrzehnte waren immer auch ein Resultat von politischen und ökonomischen Schocks", sagt er. Die Anwerbeabkommen und der Anwerbestopp nach der Ölkrise, der Zusammenbruch des Ostblocks, die EU-Osterweiterung, der Krieg in Syrien und der Ukraine die Einwanderung nach Deutschland verlief selten stetig, sondern war meist eine Folge von schockartigen Ereignissen, auf die Deutschland nur begrenzt Einfluss hatte.

Brücker schließt daraus zweierlei. Erstens: Die Politik kann sich zwar bemühen, das Unkontrollierbare kontrollierbarer zu machen. Das gilt vor allem für die Fluchtmigration. Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser etwa will einen Vorschlag der EU-Kommission umsetzen und Asylverfahren direkt an den EU-Außengrenzen durchführen. Die "Aussichtslosen", so die Lesart der Politik, ließen sich so leichter an der Grenze zurückschicken. "Eine solche Politik wird nicht wirkungslos sein, Zäune können Migration durchaus kurzfristig reduzieren", sagt Brücker. "Ein Teil der Menschen wird dennoch weiter ankommen, weil es eine vollständige Kontrolle nicht gibt. Und viele werden hierbleiben, weil sie legitime Schutzansprüche haben." Ein Krieg in der Ukraine mit Millionen Flüchtlingen bleibe zudem ein unvorhersehbares Ereignis. "Ein Teil der Migration nach Deutschland wird überraschend bleiben."

Zweitens, sagt Brücker, brauche Deutschland dringend eine stetigere Einwanderung von Arbeitskräften. In den vergangenen Jahrzehnten habe das Land vor allem von Zuwanderung aus der EU profitiert. Italiener, Spanier, Rumänen, Polen und Griechen kamen ins Land, weil die Wirtschaft daheim schwach war und es in Deutschland höhere Löhne gab. Weil sich die Wohlstandsniveaus innerhalb Europas aber mehr und mehr angleichen, gehe diese Zeit der Einwanderung von Arbeitskräften aus der EU gerade zu Ende.

Global betrachtet, so argumentiert der indisch-amerikanische Politikwissenschaftler Parag Khanna, befinden sich überalterte Länder wie Deutschland längst in einem Wettstreit um junge Arbeitskräfte. Die große Frage der kommenden Jahre wird sein, ob Deutschland attraktiv genug sein wird, um nicht nur Menschen aus Europa, sondern auch aus den jungen Gesellschaften im Mittleren Osten und Nordafrika, aus China und Indien anzuziehen.

Der Migrationsforscher Herbert Brücker ist dabei vorsichtig optimistisch. Weltweit steige das Bildungsniveau. Je gebildeter ein Mensch sei, desto eher sei er bereit zu migrieren. Zudem sei das Einkommensgefälle weltweit noch groß genug, um Menschen nach Deutschland zu locken. Brücker schätzt deshalb, dass "die deutsche Zuwanderung auf dem Niveau der vergangenen Jahre bleiben und womöglich noch steigen wird". Vor allem dann, wenn die Politik endlich ein liberales Einwanderungsgesetz beschließen sollte, um Arbeitsmigration zu erleichtern.

Seit Helmut Kohls Rede vor mehr als drei Jahrzehnten hat sich die deutsche Debatte verändert. Kohl selbst warb später für die EU-Osterweiterung, die eine der größten Einwanderungsbewegungen der Nachkriegsgeschichte auslöste. Und die CDU-Kanzlerin Angela Merkel sagte im Jahr 2015, ein Vierteljahrhundert nach Kohls Rede: "Wir sind im Grunde schon ein Einwanderungsland."

Die Daten bestätigen das eindrucksvoll. Die Frage lautet nun: Was braucht eine Gesellschaft, die sich so rasant wandelt, um gut zusammenzuleben?

Stadt- und Landkreise nach häufigster ausländischer Staatsangehörigkeit Wie ist die Situation in Ihrer Region?

Methodik Migration

**Load-Date:** May 30, 2023

**Fast 200 Geflüchtete an tunesisch-libyscher Grenze gerettet; Die EU will mit Tunesien in der Migrationspolitik enger zusammenarbeiten. Nun wird der tunesischen Armee vorgeworfen, etwa 200 Menschen in der Wüste ausgesetzt zu haben.**

ZEIT-online

Montag 17. Juli 2023 5:31 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 434 words

**Byline:** Luis Kumpfmüller

## Body

---

Mahmud Turkia

**Migrants** from sub-Saharan African countries who claim to have been abandoned in the desert by Tunisian authorities without water or shelter, sit in an uninhabited area near Libya's border town of Al-Assah on July 16, 2023. Hundreds of **migrants** from sub-Saharan African countries were forcibly taken to desert and hostile areas bordering Libya and Algeria after unrest in early July in Sfax, Tunisia's second-largest city.

An der tunesisch-libyschen Grenze sind laut internationalen Organisationen fast 200 Menschen gerettet worden, nachdem sie dort mutmaßlich von tunesischen Sicherheitskräften ausgesetzt wurden. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) gab an, 191 Menschen zusammen mit dem libyschen Grenzschutz versorgt zu haben. Einige seien von diesem in den Norden Libyens gebracht worden.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch warf den tunesischen Sicherheitskräften vor, Hunderte Migrantinnen und Asylbewerber kollektiv in Richtung der Grenze geschickt zu haben. Die Menschen seien ohne medizinische Versorgung zurückgelassen worden, Sicherheitskräfte hätten die meisten Mobiltelefone zerstört. Zudem gebe es Berichte von Gewalt und sexuellen Übergriffen.

Insgesamt seien zwischen 500 und 700 Menschen von der tunesischen Küstenstadt Sfax aus in das Grenzgebiet zu Libyen gebracht worden. Das schätzte die Nichtregierungsorganisation Tunesisches Forum für ökonomische und soziale Rechte (FTDES).

### Tunesien will hart gegen Migration vorgehen

In einem vom libyschen Innenministerium veröffentlichten Video sagten zwei aus Nigeria stammende Männer, sie seien von Angehörigen des tunesischen Militärs geschlagen und mit anderen in ein Wüstengebiet gebracht worden. Ein anderer Mann behauptete, zusammen mit 35 Menschen zwei Tage lang in der Wüste ausgeharrt zu haben.

Fast 200 Geflüchtete an tunesisch-libyscher Grenze gerettet Die EU will mit Tunesien in der Migrationspolitik enger zusammenarbeiten. Nun wird der tunesischen A....

Tunesien ist zusammen mit Libyen eines der wichtigsten Transitländer für Migrantinnen und Migranten in Nordafrika auf dem Weg nach Europa. Der Präsident Tunesiens, Kais Saied, kündigte in der Vergangenheit ein härteres Vorgehen gegen flüchtende Menschen an und sprach von "Horden irregulärer Migranten".

Gleichzeitig will die EU-Kommission in der Migrationspolitik stärker mit dem Land zusammenarbeiten: Am Sonntag verkündeten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die Regierungschefs der Niederlande und von Italien, gemeinsam mit Saied eine Absichtserklärung unterschrieben zu haben. Für Such- und Rettungsaktionen und die Rückführungen von Migranten sollen demnach 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, insgesamt seien Finanzhilfen von bis zu 900 Millionen Euro möglich.

**Load-Date:** July 17, 2023

---

End of Document

**Grüne warnen FDP vor "rhetorischer Eskalation" in Migrationsdebatte; Die FDP-Minister Christian Lindner und Marco Buschmann fordern Leistungskürzungen bei Asylsuchenden. Der Vizefraktionschef der Grünen kritisiert das als Polarisierung.**

ZEIT-online

Sonntag 29. Oktober 2023 12:05 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 439 words

**Byline:** Nils Markwardt

## Body

---

Die Grünen haben die FDP vor einer weiteren Verschärfung des Tons in der **Migrationsdebatte** gewarnt. "Wir erleben derzeit einen Wettlauf rhetorischer Eskalation aus verschiedenen Richtungen", sagte Bundestagsfraktionsvize Andreas Audretsch dem Berliner Tagesspiegel vom Sonntag. Das helfe jedoch nicht weiter. Es gehe darum, "Probleme pragmatisch zu lösen, statt zu polarisieren", sagte Audretsch. Hintergrund ist ein gemeinsamer Gastbeitrag von Bundesfinanzminister Christian Lindner und Justizminister Marco Buschmann in der Welt am Sonntag.

Die beiden FDP-Minister fordern eine Kürzung der Sozialleistungen für Asylsuchende und halten "unter ganz besonders engen Voraussetzungen" sogar eine Absenkung der Leistungen "quasi auf 'null'" für denkbar. Sie schlagen dies bei Menschen vor, "denen humanitärer Schutz in dem für sie nach den Dublin-Regeln zuständigen EU-Staat zusteht, die sich aber weigern, den Schutz dort in Anspruch zu nehmen".

### **Audretsch: mehr Geld für Kommunen**

In diesen Fällen wäre es laut Lindner und Buschmann denkbar, "die Leistung auf die Erstattung der notwendigen Reisekosten in den zuständigen Staat abzusenken". Sie verweisen in dem Zusammenhang auf das Sozialrecht, wonach "Sanktionen zulässig sind, wenn zumutbare Mitwirkungshandlungen, die auf eine Verbesserung der eigenen Situation zielen, unterlassen werden".

Der Grünenpolitiker Audretsch fordert stattdessen mehr Geld für die Kommunen, um in gute Infrastruktur, Bildung, Kitas und Wohnungen zu investieren. "Arbeitsverbote für Geflüchtete müssen fallen", sagte er. Dies helfe Betrieben, die nach Arbeitskräften suchen und Sorge für Einnahmen in den öffentlichen Kassen. Außerdem würden "gute Migrationsabkommen" gebraucht, damit Menschen die "tödliche Flucht über das Mittelmeer erst gar nicht antreten müssen".

Grüne warnen FDP vor "rhetorischer Eskalation" in Migrationsdebatte Die FDP-Minister Christian Lindner und Marco Buschmann fordern Leistungskürzungen bei Asylsu....

Bernd von Jutrczenka Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen) spricht bei der Debatte über die Einsetzung eines Cum-Ex-Untersuchungsausschusses in der Plenarsitzung im Deutschen Bundestag. Die Unionsfraktion fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Umstände der Steueraffäre der Hamburger Warburg-Bank im Zusammenhang mit sogenannten Cum-Ex-Steuergestaltungen untersuchen soll. Berlin, 05.07.2023 Bernd von Jutrczenka Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen) spricht bei der Debatte über die Einsetzung eines Cum-Ex-Untersuchungsausschusses in der Plenarsitzung im Deutschen Bundestag. Die Unionsfraktion fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Umstände der Steueraffäre der Hamburger Warburg-Bank im Zusammenhang mit sogenannten Cum-Ex-Steuergestaltungen untersuchen soll. Berlin, 05.07.2023

**Load-Date:** October 29, 2023

---

End of Document

**Kommunen bezeichnen Flüchtlingsgipfel als "große Enttäuschung"; Zum Treffen im Kanzleramt waren die Kommunen nicht eingeladen, mit den Ergebnissen sind sie unzufrieden. Kritik kommt auch von der Organisation Pro Asyl.**

ZEIT-online

Donnerstag 11. Mai 2023 12:55 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Bund-Länder-Treffen; Ausg. 1

**Length:** 600 words

**Byline:** Tobias Dorfer

## Body

---

Die Ergebnisse des **Flüchtlingsgipfels** von Bund und Ländern sind bei den Kommunen auf Kritik gestoßen. "Eine Einigung erst im November kommt für das Jahr 2024 deutlich zu spät und stößt bei den Kommunen auf große Enttäuschung", sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, der *Rheinischen Post*. Zuvor war bei dem Treffen im Kanzleramt vereinbart worden, eine dauerhafte Lösung zur Finanzierung der **Flüchtlingsunterbringung** auf den Herbst zu vertagen. "Das ist ein schlechtes Signal an die Städte", sagte Städtetagspräsident Markus Lewe der Zeitung.

Auch der Präsident des Deutschen Landkreistages ist enttäuscht. "Mit einer Vertagung drängender Probleme können die Landkreise nicht wirklich zufrieden sein", sagte Reinhard Sager den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Die Vertreter der Kommunen waren zu dem Treffen nicht eingeladen worden die Vertreter der Bundesländer hatten jedoch auch ihre Situation in ihre Forderungen einbezogen. Der Bund hatte bei der Einigung am Mittwochabend eine Milliarde Euro als zusätzliche Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsversorgung für dieses Jahr zugesagt. Über die künftige Aufschlüsselung der Kosten soll aber zunächst in einer Arbeitsgruppe beraten und erst im November entschieden werden. Die Milliarde sei zudem "nur ein Tropfen auf den heißen Stein", kritisierte Landsberg.

### **Flüchtlingsorganisation Pro Asyl zeigt sich schockiert**

Mit dem Betrag sollen die Länder dabei unterstützt werden, ihre Kommunen zusätzlich zu entlasten und die Digitalisierung der Ausländerbehörden zu finanzieren. Der Bund hatte zuvor bereits 1,5 Milliarden Euro für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in diesem Jahr zugesagt sowie 1,25 Milliarden Euro für andere Geflüchtete.

Die Aufstockung der Beteiligung gilt als Zugeständnis an die Länder. Die sehen allerdings den Bund grundsätzlich in der Pflicht. "Der Bund allein hält den Schlüssel zur Steuerung und Begrenzung der Migration in der Hand."

Kommunen bezeichnen Flüchtlingsgipfel als "große Enttäuschung" Zum Treffen im Kanzleramt waren die Kommunen nicht eingeladen, mit den Ergebnissen sind sie unzuf....

Solange er diesen Schlüssel nicht ausreichend nutzt, muss er sich an den Kosten der Länder und Kommunen beteiligen", sagte Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU), der im November Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz sein wird.

Kritik kommt auch von der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl. Sie ist enttäuscht darüber, dass sich Bund und Länder für Asylverfahren an den Außengrenzen der EU starkmachen wollen. Pro Asyl sei "schockiert, dass der Gipfel zu einer Finanzeinigung auf Kosten der Menschenrechte fliehender Menschen geführt hat", sagte die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl, Wiebke Judith, den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Haftzentren an den EU-Außengrenzen sind das Rezept für ein menschenrechtliches Desaster", sagte Judith und forderte, die Bundesregierung müsse "dringend zu einer menschenrechtsbasierten Politik" zurückkehren.

### **Ramelow ist zufrieden**

Dagegen ist Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) mit den Ergebnissen fürs Erste zufrieden. "Es ist ein erster Schritt, dass der Bund nun unmittelbar eine Milliarde Euro mehr aufbringt und der kommunalen Familie als Unterstützung zur Verfügung stellt", sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Aus seiner Sicht müsse aber noch mehr Kraft in die Entbürokratisierung investiert werden, "damit Menschen aus der Falle des Asylverfahrens endlich in die Arbeitsmigration wechseln können". Sein Parteikollege Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linken im Bundestag, sprach hingegen in den Zeitungen des RedaktionsNetzwerks Deutschland von einem "Enttäuschungsgipfel".

**Load-Date:** May 11, 2023

**"Mit Flüchtlingen kann die britische Regierung Schlagzeilen machen"; Die britische Regierung will Asylsuchende auf Schiffen und sogar auf Inseln unterbringen. Das ist aber vor allem Wahlkampfaktik. Und: der angebliche Supraleiter LK-99.**

ZEIT-online

Mittwoch 9. August 2023 3:56 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT ONLINE**

**Section:** Großbritannien; Ausg. 1

**Length:** 310 words

**Byline:** Hannah Grünewald

## Body

---

Die britische Regierung hat damit begonnen, **Asylbewerber** auf einem dreistöckigen Lastkahn im Hafen der südenglischen Stadt Portland einzuquartieren. Dadurch sollen bis zu 500 **Geflüchtete** kostengünstig untergebracht werden. Das Schiff mit dem Namen *Bibby Stockholm* wurde zuletzt als schwimmende Unterkunft für Ölarbeiter genutzt. Die Regierung von Premierminister Rishi Sunak verfolgt eine harte **Asylpolitik** und will **Migranten** mit verschiedenen Mitteln abschrecken. **Asylsuchende** könnten deshalb bald auch auf die Insel Ascension im Südatlantik verlegt werden. ZEIT-ONLINE-Autorin Bettina Schulz erklärt im Podcast, warum die Ankündigungen vor allem Wahlkampfaktik sind.

Ein südkoreanisches Forschungsteam behauptet, einen sogenannten Supraleiter gefunden zu haben. Dabei handelt es sich um ein Material, das Strom ohne elektrischen Widerstand leitet. Bislang funktionieren Supraleiter nur bei extrem niedrigen Temperaturen oder unter hohem Druck. Das neue Material, das die Forscher Sukbae Lee und Ji-Hoon Kim LK-99 genannt haben, funktioniert angeblich bei Raumtemperatur und unter normalen Druckverhältnissen. Damit wäre die Entdeckung ein wissenschaftlicher Durchbruch, der viele technologische Prozesse revolutionieren könnte. Allerdings gibt es Zweifel, ob LK-99 wirklich über die Eigenschaften eines Supraleiters verfügt. Bislang wurde die Herstellung nicht wissenschaftlich überprüft. Im Internet verfolgen mittlerweile Tausende die vermeintliche Entdeckung. Ob LK-99 mehr ist als ein kurzer Hype, analysiert Elena Erdmann, Wissensredakteurin bei ZEIT ONLINE.

Und sonst so? Warum südkoreanische Städte Blind Dating sponsern.

*Moderation und Produktion: Hannah Grünewald*

*Redaktion: Elise Landschek*

*Mitarbeit: Anne Schwedt und Paulina Kraft*



" Mit Flüchtlingen kann die britische Regierung Schlagzeilen machen" Die britische Regierung will Asylsuchende auf Schiffen und sogar auf Inseln unterbringen. D....

*Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)*

**Load-Date:** August 9, 2023

---

End of Document

**Zahlreiche Afghanen verlassen Pakistan aus Sorge vor Abschiebung; Viele Afghanen flohen nach Pakistan, als die Taliban an die Macht kamen. Nun droht die pakistanische Regierung damit, Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung festzunehmen.**

ZEIT-online

Dienstag 31. Oktober 2023 2:58 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Pakistan; Ausg. 1

**Length:** 457 words

**Byline:** David Rech

## Body

---

Vor dem Beginn von Zwangsabschiebungen irregulärer **Migranten** in Pakistan ist eine große Zahl von Afghanen in Richtung ihres Heimatlandes aufgebrochen. Menschen drängten sich in Lastwagen und Busse, um zur Grenze zu gelangen und einer Frist der pakistanischen Regierung zuvorzukommen. Die Regierung hatte angekündigt, ab Mittwoch Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung festzunehmen und in Abschiebezentren zu bringen.

Die Frist ist nach Angaben der Regierung Teil eines breiten Vorgehens gegen Ausländer ohne Registrierung oder Dokumente. Doch betrifft die Maßnahme vor allem Afghanen, die die Mehrheit der Migranten in Pakistan stellen. Die Abschiebekampagne hat dem Land Kritik von UN-Organisationen, Menschenrechtsgruppen und der Talibanregierung in Afghanistan eingebracht.

Nach UN-Angaben leben mehr als zwei Millionen Afghanen undokumentiert in Pakistan. Mindestens 600.000 von ihnen flüchteten nach der Machtübernahme der Taliban aus ihrer Heimat.

### **Fast 30 von 40 Millionen Afghanen auf humanitäre Hilfe angewiesen**

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wirft Pakistan vor, auf Drohungen, Missbrauch und Festnahmen zu setzen, um afghanische Asylsuchende ohne legalen Status zur Rückkehr zu bewegen. Human Rights Watch appellierte an die Behörden, die Frist fallen zu lassen und mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk zusammenzuarbeiten, um Menschen ohne Dokumente zu registrieren.

Die Situation der Bevölkerung in Afghanistan sei katastrophal, sagte Corina Pfitzner, Geschäftsführerin des International Rescue Committee (IRC) Deutschland. Mehr als 29 Millionen der insgesamt rund 40 Millionen Menschen in dem Land seien derzeit auf humanitäre Hilfe angewiesen.

### **Wirtschaft in Afghanistan am Boden**

Zahlreiche Afghanen verlassen Pakistan aus Sorge vor Abschiebung Viele Afghanen flohen nach Pakistan , als die Taliban an die Macht kamen. Nun droht die pakista....

Das Welternährungsprogramm warnte zudem, dass angesichts des bevorstehenden Winters viele Familien in Afghanistan vor der "unmöglichen Entscheidung" stünden, entweder ihre Kinder zu ernähren oder ihr Zuhause warmzuhalten. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen brauche dringend 400 Millionen US-Dollar, um den Ärmsten zu helfen, "den Winter zu überleben", schrieb die Organisation auf der Plattform X.

Seit dem vollständigen Abzug der internationalen Truppen aus dem Land im August 2021 nach der Machtübernahme durch die Taliban ist die Wirtschaft weitgehend kollabiert. Das durch die Taliban auferlegte Arbeitsverbot für afghanische Frauen bei Hilfsorganisationen erschwert die humanitäre Hilfe in dem Land zusätzlich.

Fareed Khan Afghanische Familien warten in Karatschi darauf, in Busse einzusteigen, die sie in ihr Heimatland bringen sollen. Fareed Khan Afghanische Familien warten in Karatschi darauf, in Busse einzusteigen, die sie in ihr Heimatland bringen sollen.

**Load-Date:** October 31, 2023

---

End of Document

**Eine Lösung ist das nicht; Die EU-Innenminister haben sich auf eine Reform für das Asylsystem geeinigt. Dass die Pläne befriedigend umgesetzt werden können, ist jedoch unwahrscheinlich.**

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 11:40 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Asylreform; Ausg. 1

**Length:** 763 words

**Byline:** Ulrich Ladurner

## Body

---

Vincenzo Circosta

**Migranten** stehen an Bord der Ocean Viking, bevor sie am 11. November 2022 in Toulon von Bord gehen, nachdem sie von der europäischen maritim-humanitären Organisation "SOS Mediterranee" gerettet wurden.

Die Innenminister der Europäischen Union haben sich nach langen Verhandlungen auf eine Reform des europäischen **Asylsystems** geeinigt. Die EU-Kommissarin Ylva Johansson sprach von einem historischen Schritt. In der Tat ist es ein Fortschritt, dass sich die Mitgliedstaaten überhaupt geeinigt haben. Seit Jahren nämlich ging nichts voran, und diese Blockade ist nun aufgehoben. Aber ist die Einigung wirklich ein "historischer Schritt", wie auch die deutsche Innenministerin Nancy Faeser (SPD) schrieb? Ist damit das Problem endlich einigermaßen zufriedenstellend gelöst? Daran kann man erhebliche Zweifel haben.

Neu ist, dass es sogenannte Grenzverfahren geben soll. **Asylanträge** werden in Zukunft an den Außengrenzen der EU in einem beschleunigten Verfahren abgewickelt. Bis vor wenigen Jahren noch wurden solche Forderungen als rundum skandalös abgelehnt. Jetzt hat sogar die deutsche Bundesregierung zugestimmt. Faeser hatte im Vorfeld ihre Bereitschaft zu den Grenzverfahren signalisiert, allerdings Ausnahmen verlangt: Familien mit Kindern unter 18 Jahren sollten von der Regelung ausgenommen werden. Aber Faeser hat sich damit nicht durchgesetzt. Die Bundesregierung stand ziemlich allein da mit dieser Forderung. Die anderen EU-Mitglieder wollen nur unbegleitete Minderjährige von dem Grenzverfahren ausnehmen.

### **Beschleunigte Verfahren nur für Wenige**

Es ist nun nicht so, dass künftig über alle Asylanträge an den Außengrenzen entschieden wird. Nur Asylbewerber aus Ländern, die eine Anerkennungsquote von unter 20 Prozent haben, unterliegen dem beschleunigten Grenzverfahren. Das dürften am Ende nicht viele sein. Die aktuellen Anerkennungsquoten machen das auf einen Blick deutlich: Aus Eritrea werden 81 Prozent anerkannt, aus Belarus 80 Prozent, aus dem Jemen 77 Prozent, aus Syrien 71 Prozent, Burundi 65 Prozent, Afghanistan 64 Prozent. Bewerberinnen und Bewerber aus diesen Ländern werden weiter das bisherige Verfahren durchlaufen.

Eine Lösung ist das nicht Die EU-Innenminister haben sich auf eine Reform für das Asylsystem geeinigt. Dass die Pläne befriedigend umgesetzt werden können, ist ....

Es ist zumindest seltsam, dass die EU angesichts dieser Zahlen von einem historischen Schritt spricht. Aus demselben Grund ist es ebenso seltsam, dass insbesondere deutsche Grüne empört sind und von Unmenschlichkeit sprechen.

Die Grenzverfahren müssen binnen maximal sechs Monaten abgeschlossen sein, zunächst war von zwölf Wochen die Rede. Wer abgelehnt wird, muss zurück in sein Herkunftsland oder in einen sicheren Drittstaat, zu dem er eine Verbindung hat. Das kann heißen, dass in dem Land Familienangehörige des Bewerbers oder der Bewerberin leben, oder dass die Betreffenden eine Zeitlang dort gelebt haben. Was nun "eine Zeitlang" bedeutet, ist nicht klar definiert. Reicht es zum Beispiel, dass jemand durch das Land gereist ist? Zu definieren, was als sicherer Drittstaat gilt, obliegt im Übrigen weiterhin den Staaten.

### **Asylbewerber bleiben in Lagern hängen**

Soweit die Einigung. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass sie einigermaßen befriedigend umgesetzt werden kann. In den letzten Jahren haben alle europäischen Staaten auf unterschiedliche Weise versucht, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben mit sehr bescheidenem Erfolg. In Deutschland beispielsweise leben rund 300.000 Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel. Warum die Abschiebquoten nun plötzlich größer werden sollen, das bleibt schleierhaft. Auch ist es recht ambitioniert, binnen sechs Monate eine endgültige Entscheidung über einen Asylantrag treffen zu wollen. Auch hier zeigt die Erfahrung, dass Verfahren länger dauern und dass sie unter Umständen durch verschiedene Eingaben immer wieder hinausgeschoben werden können.

Im Ergebnis wird das dazu führen, dass Asylbewerber in den Aufnahmelagern an den europäischen Grenzen hängen bleiben, vermutlich auf Jahre hinaus, so wie es heute in Moria in Griechenland der Fall ist. Eine Lösung ist das nicht.

Den EU-Innenministern zufolge wurde auch ein Weg zur verpflichtenden Verteilung von Flüchtlingen gefunden niemand darf sich dieser Pflicht entziehen, allerdings dürfen sich Länder freikaufen. Sie müssten 20.000 Euro pro nicht aufgenommenem Flüchtling bezahlen. Das Geld soll in einen noch zu schaffenden Fonds fließen, der dann Ländern zur Verfügung gestellt wird, die der Migrationsdruck besonders belastet.

Diese Einigung muss jetzt vor das Europäische Parlament gebracht werden und dort wird es Widerstand geben. Schon jetzt allerdings ist sicher, ein großer Wurf ist diese Reform nicht.

**Load-Date:** June 9, 2023

**Unverzichtbar; Viele Unternehmen in Deutschland suchen verzweifelt neue Mitarbeiter. Gedeckt wird der wachsende Bedarf vor allem durch Geflüchtete, wie aktuelle Daten zeigen.**

ZEIT-online

Mittwoch 10. Mai 2023 2:35 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt; Ausg. 1

**Length:** 1537 words

**Byline:** Tina Groll

## **Body**

---

Christoph Schmidt

Der aus Somalia geflohene Ugaas Ziad während eines Praktikums in Baden-Württemberg: Die überwiegende Mehrheit der **Geflüchteten** in Deutschland befindet sich im erwerbsfähigen Alter.

Wie wichtig **Geflüchtete** inzwischen für Deutschland sind, zeigt ein Blick auf die Arbeitsmarktstatistik: Ohne den Zuzug von Menschen aus dem Ausland wäre die Beschäftigung in Deutschland mittlerweile rückläufig. Dass es überhaupt noch einen Zuwachs gibt, ist mittlerweile vollständig auf die Beschäftigung von ausländischen Staatsangehörigen zurückzuführen. Das zeigen aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Deutschland ist trotz vieler Hürden bei der Sprache und Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zum einen attraktiv für Menschen aus dem Ausland, die auf legalem Weg und über Fachkräfteeinwanderung hierherziehen. Zum anderen kommen weiterhin viele Menschen als **Flüchtlinge** nach Deutschland, die hier Schutz und ein besseres Leben suchen. Besonders sie füllen die Lücken am Arbeitsmarkt. Dabei übernehmen sie zum einen Jobs im Niedriglohnbereich, die zum Teil für viele Deutsche nicht attraktiv sind. Viele Firmen decken ihren Bedarf an ungelernten Arbeitskräften mit **Geflüchteten**. Sie sind nicht unbedingt tatsächlich geringer qualifiziert, sondern müssen oft erst einmal zahlreiche Hürden nehmen, damit ihre ausländischen Bildungsabschlüsse anerkannt werden.

5,2 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Insgesamt waren zuletzt fast 5,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das entspricht sogar einem Zuwachs von 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Schaut man nur auf Personen aus sogenannten Drittstaaten, also Ländern außerhalb der EU, ist der Zuwachs sogar noch größer: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs stieg in dieser Gruppe um 12,5 Prozent.

Unverzichtbar Viele Unternehmen in Deutschland suchen verzweifelt neue Mitarbeiter. Gedeckt wird der wachsende Bedarf vor allem durch Geflüchtete, wie aktuelle ....

Das Besondere an diesen Zahlen ist: Menschen aus dem Kriegsland Ukraine spielen fast noch keine Rolle, da sie erst seit einigen Monaten überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Jobcenter oder Arbeitsagenturen fallen und die Bundesagentur für Arbeit daher noch keine abschließenden Zahlen hat. Zudem nehmen viele zurzeit an Sprach- und Integrationskursen teil, allein im Januar waren das mehr als 135.000 Menschen. Andere besuchen Programme, um ihre Berufsausbildung anerkennen zu lassen, mehrere Zehntausend gehen gerade einer schulischen, beruflichen oder universitären Ausbildung nach. Die Bundesagentur für Arbeit erwartet, dass sich die Menschen aus der Ukraine einfacher in den Arbeitsmarkt integrieren lassen als Menschen, die aus den typischen Asylherkunftsländern wie Syrien und Afghanistan kommen.

Aber selbst bei diesen Menschen gelingt die Integration, wie eine Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt. Das IAB hatte vor einigen Jahren untersucht, wie die Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, ihren Weg in den Arbeitsmarkt gefunden haben. Aktuellere Daten liegen nicht vor.

Mehr als 500.000 Flüchtlinge aus acht Asylherkunftsländern waren zuletzt sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Im Fokus der Untersuchung standen acht Länder: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Aus diesen Ländern kam in den vergangenen Jahren bis zum Angriff von Russland auf die Ukraine die Mehrheit der Geflüchteten in Deutschland im erwerbsfähigen Alter. Diese Menschen sind inzwischen zum großen Teil gut in den Arbeitsmarkt integriert, wie die Arbeitsmarktstatistik sowie der Migrationsmonitor der BA zeigen. Im Februar dieses Jahres waren mehr als eine halbe Million von rund 1,8 Menschen aus den acht Ländern sozialversicherungspflichtig beschäftigt und damit knapp 54.000 mehr als im Jahr davor ein Plus von 11,5 Prozent. Zudem machen Zehntausende eine Ausbildung oder studieren. Und man darf nicht vergessen, dass zu der gesamten Zahl natürlich viele Menschen im nicht erwerbsfähigen Alter wie etwa Kinder und Seniorinnen gehören.

Freilich gehört zum vollständigen Bild auch ein Blick auf die Arbeitslosigkeit. Im April dieses Jahres etwa waren 955.400 Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit arbeitslos. Das entspricht 37 Prozent aller Arbeitslosen. Diese Zahl ist sogar zum Vorjahr um 35 Prozent gestiegen. Das liegt in erster Linie an den ukrainischen Geflüchteten, die derzeit noch als arbeitslos gezählt werden auch wenn viele von ihnen bereits an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen. Lässt man die ukrainischen Geflüchteten außen vor und schaut nur auf Personen, die aus den Asylherkunftsländern stammen, waren im April 265.123 Menschen arbeitslos, ein Plus von 15 Prozent zum Vorjahr.

Der Anstieg dieser Arbeitslosenquote ist schnell erklärt: Es kommen wieder mehr Flüchtlinge nach Deutschland. Allein in diesem Frühjahr haben mehr als 110.000 Menschen einen Asylantrag gestellt, im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von mehr als 78 Prozent darunter auch Tausende aus Russland oder Georgien. Aus diesem Grund ist auch nicht zu erwarten, dass sich die Arbeitslosenquote von Menschen aus den Asylherkunftsländern stark ändern wird. Denn solange es Flucht und Migration gibt, werden immer neue Menschen in Deutschland ankommen, die zunächst als arbeitslos in der Statistik gezählt werden.

### **Arbeitslosenquoten nähern sich an**

Daher ist die Auswertung der Bundesagentur für Arbeit so interessant: Denn die Arbeitslosigkeit der Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2016 nach Deutschland kamen, hat sich jener der deutschen Bevölkerung angenähert, schätzen die Forscherinnen und Forscher des IAB. Zu beachten ist auch, dass die Arbeitslosenquote der Menschen aus den acht Asylherkunftsländern in der allgemeinen Arbeitsstatistik nicht besonders aussagekräftig ist: Weil ja immer neue Geflüchtete nach Deutschland kommen, die integriert werden müssen und die oft zunächst auch gar nicht arbeiten dürfen, ist die Quote im Vergleich zu der Quote der Deutschen natürlich extrem hoch. Im Februar 2023 lag sie bei 30 Prozent, während sie bei der deutschen Bevölkerung bei fünf Prozent lag. Allerdings taugt der Vergleich schlicht nicht, da beide Gruppen völlig unterschiedliche Chancen und Zugänge auf dem Arbeitsmarkt haben. Relevanter ist die Perspektive auf eine erfolgreiche Integration in den deutschen Arbeitsmarkt. Das IAB zieht daher eine positive Bilanz: "Insgesamt ist die Arbeitsmarktintegration der seit 2013 nach Deutschland zugezogenen Geflüchteten ( ... ) günstiger verlaufen als bei der Integration von Geflüchteten in der Vergangenheit:

Unverzichtbar Viele Unternehmen in Deutschland suchen verzweifelt neue Mitarbeiter. Gedeckt wird der wachsende Bedarf vor allem durch Geflüchtete, wie aktuelle ....

Mehr als die Hälfte derjenigen Geflüchteten, die sich bis ( ... ) Jahresende 2019 fünf Jahre in Deutschland aufgehalten haben, waren beschäftigt, 46 Prozent von denjenigen, die sich bis dahin vier bis unter fünf Jahren in Deutschland aufgehalten haben. Diese Beschäftigungsquoten sind höher als bei Geflüchteten, die von 1990 bis 2013 nach Deutschland zugezogen sind."

Dass die Integration bislang so gut klappen konnte, liegt auch an den günstigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs steigt, die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist zuletzt leicht gesunken und liegt bei 5,7 Prozent. Viele Unternehmen suchen verzweifelt Arbeitskräfte, dazu kommt der demografische Wandel: Im Vergleich zum Vorjahr schieden 2022 fast 33.000 Deutsche aus, das führte zu einem Rückgang der Beschäftigungsquote von 0,1 Prozent. Das mag wenig klingen, aber es ist nur der Anfang: Wenn die geburtenstarken Jahrgänge aus den Sechziger- und Siebzigerjahren, die sogenannten Boomer, in Rente gehen, wird die Zahl erheblich steigen. Schon jetzt scheiden seit einigen Jahren mehr Ältere aus dem Erwerbsleben aus, als Jüngere nachkommen. Das könnte schon bald Wohlstand, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gefährden, darin sind sich Arbeitsmarktforscherinnen und -forscher einig. Der Arbeitskräftemangel in vielen Berufen ist groß, in einigen Branchen sogar flächendeckend etwa in der Pflege, in den Bereichen Erziehung und Sozialarbeit oder im Handwerk.

### **Vor allem junge Geflüchtete**

Die Hoffnung ist, dass vor allem Menschen mit Migrationshintergrund hier einen Job finden. Was dafür spricht: Die seit 2013 nach Deutschland zugezogenen Geflüchteten sind deutlich jünger als die Bevölkerung in Deutschland: Knapp 70 Prozent der erwachsenen Geflüchteten waren beim Zuzug nach Deutschland jünger als 35 Jahre, die Hälfte war sogar jünger als 30 Jahre. Zugleich haben die allermeisten Menschen, die bis 2016 nach Deutschland als Flüchtlinge kamen, laut IAB mittlerweile gute oder sehr gute Sprachkenntnisse und viele haben auch einen Schulabschluss oder eine Berufsausbildung in Deutschland nachgeholt.

Generell profitiert auch der Ausbildungsmarkt von diesen jungen Menschen. So zeigt der Migrationsmonitor der BA, dass jedes Jahr Zehntausende Ausbildungsstellen mit Bewerberinnen und Bewerbern mit einem Fluchthintergrund besetzt werden konnten. Viele Geflüchtete bauen sich hier ein Leben auf, holen Partnerinnen und Kinder nach, gründen Familien. An der aktuellen Arbeitsmarktpolitik entscheidet sich daher auch, wie Deutschland in einigen Jahrzehnten gesellschaftlich und wirtschaftlich aufgestellt ist.

**Load-Date:** May 10, 2023



## **Länder am Limit; Kommunen schlagen Alarm, auch die Bundesländer fühlen sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen im Stich gelassen. Vom Bund fordern sie nun nicht nur Geld.**

ZEIT-online

Freitag 10. Februar 2023 7:13 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Unterbringung von Geflüchteten; Ausg. 1

**Length:** 1727 words

**Byline:** Katharina Schuler; Tilman Steffen

### **Body**

---

Philipp von Ditzfurth

Stockbetten stehen zwischen mit Sichtschutzplanen verhängten Bauzäunen. Bereits im Frühjahr hatte das Regierungspräsidium Freiburg im Rahmen der Erstaufnahme des Landes auf der Messe in Offenburg für einige Wochen ein Ankunftscenter für **Geflüchtete** aus der Ukraine betrieben. In der neuen Notunterkunft finden ab dieser Woche **Geflüchtete** aus anderen Ländern Schutz. +++ dpa-Bildfunk +++

Sachsen schlägt Alarm: Spätestens im April sei im Freistaat bei der Aufnahme neuer **Flüchtlinge** die "Grenze des Machbaren" erreicht, prognostiziert das Landesinnenministerium. "Die gegenwärtigen **Asyl**-Zugangszahlen werden die kommunalen Infrastrukturen wie etwa Unterbringung, Versorgung, Kita und Schule bald überfordern", heißt es auf Nachfrage von ZEIT ONLINE in Dresden. Das hätten die Bürgermeister und Landräte signalisiert. Sachsen priorisiert mittlerweile: Angesichts der schwierigen Lage konzentrierte man sich auf die Ukrainerinnen und Ukrainer, "die eine Autotagesfahrt von hier entfernt schwerste Kriegswirren erleben". "Wenn der Wohnraum knapp wird, da muss man sich entscheiden."

Sachsen hat Stand Ende Januar mehr als 62.600 Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen und fast 20.000 Asylsuchende registriert. Es bleibe zwar niemand auf der Straße, betont man in Dresdener Innenministerium, aber: "Beide Flüchtlingsströme zusammen haben zu der jetzt vorliegenden prekären Situation geführt." Das Bundesland an der Grenze zu Polen und Tschechien steht exemplarisch für die Probleme, die der starke Zuzug von Flüchtlingen den Kommunen derzeit bereitet. Denn die Länder sind verpflichtet, entsprechend der Bevölkerung und Wirtschaftskraft eine bestimmte Zahl an Asylbewerbern und Flüchtlingen aufzunehmen, die Kommunen müssen sie menschenwürdig unterbringen.

Ähnlich dramatische Töne kommen aus Bayern. "Die bayerischen Asylunterkünfte sind derzeit zu rund 93 Prozent ausgelastet", teilt das dortige Innenministerium auf Anfrage von ZEIT ONLINE mit. Die Kommunen seien bereits vielfach an ihrer Belastungsgrenze angelangt und müssten bereits auf Notunterkünfte zurückgreifen. Nordrhein-

Länder am Limit Kommunen schlagen Alarm, auch die Bundesländer fühlen sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen im Stich gelassen. Vom Bund fordern sie nun ni....

Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) wiederum hatte bereits in der vergangenen Woche in einem dreiseitigen Brandbrief dringende Hilfe von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gefordert.

### **Parteiübergreifende Klagen**

Doch es sind keinesfalls nur Innenminister von CDU und CSU, die sich in den Ländern derzeit lautstark über die aus ihrer Sicht unhaltbare Situation und das Krisenmanagement der Bundesregierung beschwerten. Klagen kommen auch aus den Reihen der Ampel-Parteien: Die Nachfrage stoße "an die Grenzen des lokal vorhandenen beziehungsweise generierbaren Angebots an Unterbringungsmöglichkeiten", heißt es etwa aus dem SPD-geführten Landesinnenministerium Mecklenburg-Vorpommerns. Der schleswig-holsteinische SPD-Landtagsfraktionschef Thomas Losse-Müller mahnte bereits Ende Januar: "Wir haben im Land einfach keinen freien Wohnraum mehr." Auch die kommunalen Spitzenverbände warnen vor Überlastung.

Dass Landesregierungen, Städte und Gemeinden mit Blick auf die Unterbringung von Flüchtlingen derzeit erneut vor gewaltigen Herausforderungen stehen, ergibt sich aber auch aus den nackten Zahlen. Zwar ist die Zahl derer, die derzeit als Asylsuchende ins Land kommen, mit 244.000 im vergangenen Jahr weit niedriger als 2015 und 2016, als vor allem syrische Bürgerkriegsflüchtlinge ins Land drängten. Allerdings müssen diese Menschen nun eben zusätzlich zu mehr als einer Million Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine untergebracht werden. Und deren Zahl dürfte weiter steigen, wenn die Russen ihre befürchtete Frühjahrsoffensive wahr machen.

Dass die Bundesländer und Kommunen mit der Situation überfordert sind, hat mittlerweile auch die Bundesregierung eingesehen. Am Sonntag kündigte Bundesinnenministerin Faeser einen weiteren Gipfel zu dem Thema an, ein erstes derartiges Treffen hat es bereits im Oktober gegeben. Damals hatte der Bund den Ländern unter anderem die mietfreie Überlassung von Bundesimmobilien zur Unterbringung zugesagt. Diesmal soll auch Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) an dem Treffen teilnehmen, geht es doch bei den Quartieren für Geflüchtete auch um das Schaffen neuen Wohnraums. Stattfinden soll das Treffen nach Angaben des Innenministeriums innerhalb der nächsten zwei bis drei Wochen. Die Erwartungen daran sind aufseiten von Bund und Ländern allerdings höchst unterschiedlich.

### **Mehr Geld**

Die Länder erhoffen sich von Faesers Flüchtlingsgipfel vor allem mehr Geld. Der Bund hat Ländern und Kommunen für 2023 2,75 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, 2022 waren es 3,5 Milliarden Euro. Doch allein NRW gebe 2022 und 2023 für die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten jeweils über drei Milliarden Euro aus. Dass der Bund sich in diesem Jahr daran nur zu einem Fünftel beteilige, "reiche bei Weitem nicht aus", kritisierte etwa Regierungschef Wüst. Auch in Bayern klagt man, dass die Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbedingten Gesamtkosten "lediglich einen Bruchteil" abdecke. Zum Vergleich: 2021 das Jahr vor dem Ukraine-Krieg hatten die Länder allein für die Grundversorgung von Asylsuchenden (Ernährung, Unterkunft, Heizung und Kleidung) 4,27 Milliarden Euro ausgegeben.

NRW-Regierungschef Wüst dagegen kritisiert zudem, das Geld habe Länder und Kommunen teilweise noch gar nicht erreicht, mitunter gebe es noch nicht einmal entsprechende Gesetze. Ganz anders sieht man das im Bund: Dort verdächtigt man eher die Länder, die Mittel nicht an die Kommunen weiterzureichen. Viel Gesprächsstoff für das Gipfeltreffen also, wobei mehrere Länder darunter Hessen ohnehin lieber gleich mit dem Kanzler reden würden als mit der Innenministerin. Denn diese habe ja letztlich keinen Zugriff auf die Finanzen, heißt es. Doch das lehnt die Bundesregierung bislang ab.

Streit gibt es zwischen Bund und Ländern auch über die zusätzlichen Bundesimmobilien, die der Bund den Ländern zur Unterbringung von Flüchtlingen versprochen hat. Bislang sei die Zahl der tatsächlichen Angebote sehr überschaubar, kritisiert das bayerische Innenministerium. Von sieben Objekten seien vier zudem aufgrund ihrer abgeschiedenen Lage oder der fehlenden Erschließung nicht geeignet gewesen. Da müsse deutlich mehr passieren. Auch NRW-Ministerpräsident Wüst ärgert, dass mitunter lediglich freie Grundstücke angeboten worden seien. Damit könne man jetzt im Winter nichts anfangen. "Ich will da keine Zelte draufstellen, um Frauen und kleine

Länder am Limit Kommunen schlagen Alarm, auch die Bundesländer fühlen sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen im Stich gelassen. Vom Bund fordern sie nun ni....

Kinder unterzubringen", sagte Wüst dem WDR. Die Ministerin müsse auf die zuständigen Behörden einwirken, damit diese "nutzbare Kapazitäten" bereitstellen.

Die Regierung verweist dagegen darauf, dass der Bund 67.877 Unterbringungsplätze bereitgestellt habe, die derzeit nur zu 64 Prozent belegt seien. Die jetzigen Probleme zu lösen sei deswegen "nicht nur eine Geldfrage, sondern ganz stark auch eine Organisationsfrage", sagt deswegen beispielsweise Regierungssprecher Wolfgang Büchner. Eine Sprecherin des Bauministeriums wiederum verweist darauf, dass es in Deutschland etwa eine Million freistehender Wohnungen gebe. Allerdings, das räumt sie auch ein, sind diese eben zum größten Teil nicht dort, wo sie gebraucht werden. Sie befinden sich überwiegend in ländlichen Regionen im Osten. Und damit dort, wo die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft zuletzt vergleichsweise geringer war.

Gegen eine umfassende Nutzung dieses Leerstandes spricht auch die bisherige Verteilpraxis: Weil ukrainische Flüchtlinge, die Sozialhilfe beziehen und keine private Unterkunft haben, sowie Asylbewerber nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden, muss NRW die meisten aufnehmen (21 Prozent). Die fünf ostdeutschen Bundesländer nehmen zusammen nur 15 Prozent auf.

Eine Frage für den Gipfel dürfte deswegen auch sein, wie man das Angebot an Unterkünften und die Nachfrage durch Flüchtlinge passgenauer zusammenbekommt. Allerdings: Am sogenannten Königsteiner Schlüssel will auch ein Land wie Bayern, das nach NRW mit 15 Prozent die meisten Flüchtlinge aufnimmt, nicht rütteln. Möglicherweise ließe sich aber auch durch andere gesetzliche Änderungen eine gewisse Entspannung bei der Erstunterbringung erreichen. So könne man Flüchtlingen, die bereits Verwandte in Deutschland haben, erlauben, bei diesen unterzukommen, statt sie zu zwingen, anfangs in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen, schlug etwa die migrationspolitische Sprecherin der Grünen, Filiz Polat, vor. Auch davon will man in Bayern allerdings nichts wissen. "Damit würden die Verfahren erschwert und zusätzliche Anreize für illegale Migration gesetzt", heißt es aus dem dortigen Innenministerium.

## **Den Zuzug begrenzen**

In den Unionsländern ist man sich vielmehr einig: Die eigentliche Lösung der Flüchtlingsproblematik liegt in einer Begrenzung des Zuzugs. Gemeint sind damit nicht die ukrainischen Kriegsflüchtlinge, sondern vor allem diejenigen, die als Asylbewerber kommen. Insbesondere auf neue Aufnahmeprogramme für Afghanen sei zu verzichten, fordert die Landesregierung in Dresden unisono mit der in Bayern oder auch mit der Union im Bund. Die Bundesregierung hatte im Oktober vergangenen Jahres beschlossen, monatlich bis zu 1.000 afghanische Oppositionelle und andere besonders gefährdete Afghanen aufzunehmen.

Darüber hinaus brauche man eine effektivere Abschiebung der abgelehnten Asylbewerber, heißt es nicht nur aus Bayern und Sachsen, sondern beispielsweise auch aus dem grün-schwarz regierten Baden-Württemberg. Niedersachsen drängt außerdem auf schnellere Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Um diese grundsätzlichen Probleme anzugehen, hat die Ampel-Koalition mittlerweile mit Joachim Stamp immerhin einen eigenen Beauftragten eingesetzt.

Doch schnelle Abhilfe für die drängenden Probleme wird auf diesem Gebiet kaum zu erreichen sein. Eine tatsächliche Begrenzung der Flüchtlingszahlen ließe sich nur durch eine Neuordnung des europäischen Asylsystems erreichen, daran wird seit Langem ohne Erfolg gearbeitet. Und auch die für schnellere Abschiebungen notwendigen Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern auszuhandeln, ist ein langer und mühsamer Prozess, an dem sich schon viele Innenminister versucht haben. Dasselbe gilt für die von Stamp nun vorgeschlagenen Asylzentren in Afrika. Die Idee dazu hatte bereits Otto Schily im Jahr 2004. Daraus geworden ist allerdings nie etwas.

**Load-Date:** February 10, 2023

## **Faeser gegen Söder-Vorstoß zu Obergrenze für Geflüchtete; Eine dauerhafte Steuerung der Migration gebe es allein auf europäischer Ebene, sagt die Bundesinnenministerin. Die Union erwecke hier einen falschen Eindruck.**

ZEIT-online

Montag 18. September 2023 3:02 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 551 words

**Byline:** Anne Schwedt

### **Body**

---

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat die Forderung des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) nach einer Obergrenze zur Aufnahme von **Geflüchteten** in Deutschland zurückgewiesen. Eine dauerhafte Steuerung der **Migration** sei nur auf europäischer Ebene möglich, sagte Faeser am Sonntag in der ARD. Söder und CDU-Chef Friedrich Merz, der Söders Vorschlag unterstützt, erweckten den falschen Eindruck, dass "Deutschland das allein steuern könnte mit Obergrenzen".

Faeser sprach sich für eine Verstärkung der Maßnahmen gegen Schleuser aus. "Die Schleusungen haben unglaublich zugenommen und bringen viele Menschen in Gefahr", sagte die Ministerin. "Wir verändern jetzt das Recht, indem man auch Schleusern zum Beispiel hier den Aufenthaltstitel entziehen kann."

Zudem will Faeser nach eigenen Angaben eine Taskforce zur wirksameren Bekämpfung der Schleuserkriminalität einrichten. Daran werde sich auch Tschechien beteiligen, mit Polen und Österreich werde noch über eine Mitarbeit diskutiert.

In einem Interview mit der Bild am Sonntag hatte Söder eine "Wende in der Migrationspolitik" gefordert. Er sprach sich für eine "Integrationsgrenze" aus und verwies auf das von der CSU in der Vorgängerregierung durchgesetzte Modell einer Aufnahmebegrenzung auf höchstens 200.000 Migranten pro Jahr.

In Bayern, so Söder, soll es für abgelehnte Asylbewerber künftig kein Geld, sondern Chipkarten zum begrenzten Einkauf bestimmter Waren geben. Er kündigte zudem ein Programm an, damit Asylbewerber bis zur Entscheidung über ihren Aufenthaltsstatus verstärkt gemeinnützige Arbeit übernehmen können. Dabei gehe es um Arbeit in Bauhöfen oder Parks. "Das sollte überall in Deutschland gemacht werden", sagte der CSU-Chef rund drei Wochen vor der bayerischen Landtagswahl.

### **Kritik an Söders Plänen aus der FDP**

Kritik kommt dafür vom Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP im Bundestag, Stephan Thomae. "Angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels sollten Asylsuchende auf den regulären Arbeitsmarkt gebracht werden", sagte

Faesser gegen Söder-Vorstoß zu Obergrenze für Geflüchtete Eine dauerhafte Steuerung der Migration gebe es allein auf europäischer Ebene, sagt die Bundesinnenmin....

Thomae dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Eine Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit hat den Nachteil, dass die Kommunen dann mit billigen Arbeitskräften in Konkurrenz zu privaten Dienstleistern treten." Ziel müsse vielmehr sein, Zuwanderer schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Zur in Bayern geplanten Umstellung von Bargeld auf Sachleistungen sagte Thomae, die Kommunen könnten bereits jetzt selbst entscheiden, ob sie Asylbewerbern Sachleistungen gewähren oder Geld auszahlen. "Kommunen entscheiden sich für Geldzahlungen, weil das mit weniger Aufwand verbunden ist."

Sven Hoppe BeschreibungMarkus Söder (CSU), Ministerpräsident von Bayern, nimmt nach einem Treffen und einer gemeinsamen Kabinettsitzung mit dem Kanzler von Österreich im Hofgarten an einer Pressekonferenz teil.Service+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum12.09.2023Bildnachweispicture alliance/dpa | Sven Hoppe Sven Hoppe BeschreibungMarkus Söder (CSU), Ministerpräsident von Bayern, nimmt nach einem Treffen und einer gemeinsamen Kabinettsitzung mit dem Kanzler von Österreich im Hofgarten an einer Pressekonferenz teil.Service+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum12.09.2023Bildnachweispicture alliance/dpa | Sven Hoppe

**Load-Date:** September 18, 2023

---

End of Document

**Deutlich mehr Menschen beantragen Asyl in Deutschland; Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist im ersten Halbjahr um fast 80 Prozent gestiegen. Unter den Schutzsuchenden waren deutlich mehr Russen als im gesamten Vorjahr.**

ZEIT-online

Freitag 7. Juli 2023 1:08 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flucht; Ausg. 1

**Length:** 367 words

**Byline:** Fabian Albrecht

## Body

---

Hendrik Schmidt

Eine Aufnahmeeinrichtung für **Geflüchtete** in Leipzig. Viele **Asylanträge** betrafen Kinder, die in Deutschland zur Welt kamen.

In der ersten Jahreshälfte haben deutlich mehr Menschen in Deutschland **Asyl** beantragt als im selben Zeitraum vorigen Jahres. In den ersten sechs Monaten des Jahres seien 150.166 Erstanträge auf **Asyl** eingegangen, teilte das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** in Nürnberg in seiner aktuellen **Asylgeschäftsstatistik** mit. Im ersten Halbjahr 2022 waren es 84.583 gewesen.

Das bedeute einen Anstieg um 77,5 Prozent. 11.860 Anträge betrafen allerdings Kinder, die in Deutschland zur Welt kamen und noch kein Jahr alt sind. Die Zahl liegt deutlich unter den Jahren 2015 und 2016, als bis zu 745.000 Anträge in einem Jahr gestellt worden waren.

Syrien stellt mit 44.394 Asylsuchenden die größte Einzelgruppe, gefolgt von Afghanistan (28.635) und dem Nato-Partner Türkei (19.857). Auffällig ist der Anstieg der Zahl der Asylsuchenden aus Russland. Insgesamt 4.154 Menschen aus Russland baten zwischen Januar und Juni um Asyl in Deutschland, allein 617 im Monat Juni. Im gesamten Jahr 2022 hatte die Zahl der Erstanträge aus Russland bei 2.851 gelegen.

### Status russischer Deserteure umstritten

Der Schutzstatus von Deserteuren und Kriegsdienstverweigern aus Russland ist umstritten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte sich offen für den Schutz dieser Personengruppe gezeigt. Die Organisation Pro Asyl beklagte dagegen, dass einzelne Deserteure aus Russland vom Bundesamt in Nürnberg ablehnende Bescheide bekommen. Eine Entscheidung auf EU-Ebene steht aus. Im ersten Halbjahr wurden lediglich 166 der insgesamt 4.952 Antragsteller als Asylsuchende oder Geflüchtete anerkannt. Die weitaus größte Zahl der Verfahren ist noch anhängig.

Deutlich mehr Menschen beantragen Asyl in Deutschland Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist im ersten Halbjahr um fast 80 Prozent gestiegen. Unter den Sch....

In der ersten Jahreshälfte hat das Bundesamt über 132.747 Erst- und Folgeanträge entschieden. 51,6 Prozent der Antragsteller erhielten einen Schutzstatus. 27.541 Personen wurden abgelehnt. In 36.666 Verfahren gab es eine weitere Entscheidung. Etwa handelte es sich um sogenannte Dublin-Verfahren, oder das Verfahren wurde eingestellt, weil der Antrag zurückgezogen wurde. Knapp 177.000 Asylverfahren waren Ende Juni noch anhängig.

**Load-Date:** July 7, 2023

---

End of Document

**"Menschen ohne Fluchtgründe müssen zügig rückgeführt werden"; Wie kommt Deutschland aus der Krise? Die SPD-Chefin setzt auf eine neue linke Migrationspolitik: schnelle Abschiebungen und eine bessere Sicherung der EU-Außengrenze.**

ZEIT-online

Freitag 22. September 2023 3:13 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Saskia Esken; Ausg. 1

**Length:** 2150 words

**Byline:** Fabian Reinbold; Michael Schlieben

## Body

---

Seit fast vier Jahren ist Saskia Esken SPD-Vorsitzende, länger als viele ihrer Vorgänger. Sie kam als Außenseiterin ins Amt, ohne politische Führungserfahrung. 2019 forderte sie Olaf Scholz heraus, gewann mit ihrem Ko-Kandidaten Norbert Walter-Borjans gegen ihn. Nun stützt sie den Bundeskanzler und muss mit ihrem Ko-Chef Lars Klingbeil die Partei zusammenhalten. Zum Interview empfängt sie im fünften Stock des Willy-Brandt-Hauses mit Blick auf die Kreuzberger Hochbahn.

ZEIT ONLINE: Frau Esken, sind Sie eigentlich noch links?

Saskia Esken: Ich bin Mitglied der SPD, natürlich bin ich links.

ZEIT ONLINE: Sie sind als Parteichefin einst als linkes Korrektiv zum konservativen Sozialdemokraten Olaf Scholz angetreten. Inzwischen schwärmt Scholz, nie habe ein SPD-Kanzler in solcher Ruhe regieren können wie er. Warum sind Sie verstummt?

Esken: Diese Formulierung habe ich nie vom Kanzler gehört. Er betont vielmehr, dass es selten eine SPD gegeben hat, die so in sich ruht wie unsere Partei heute. Und dafür ist eine enge und gute Verständigung zwischen Regierung und Partei genauso wichtig wie fürs ruhige Regieren. Meine Aufgabe als Parteivorsitzende ist aber vor allem, die Meinungs- und Profilbildung in der SPD voranzutreiben und dabei meine Genossinnen und Genossen mitzunehmen.

ZEIT ONLINE: Warum nehmen Sie dann hin, dass die SPD in der Ampel kaum noch linke Politik durchsetzt? Obwohl die Kaufkraft der Menschen sinkt, steigt der Mindestlohn nur um mickrige 41 Cent. Auch bei der Kindergrundsicherung hat Ihre Partei akzeptiert, dass viel weniger Mittel bereitgestellt werden als geplant. Und nun verkündet die FDP schon, dass es das war mit sozialpolitischen Projekten in dieser Legislatur.

Esken: Die Erhöhung des Mindestlohns um 41 Cent ist angesichts der Inflation viel zu gering. Vor allem kritisiere ich, dass die Arbeitgeber die Arbeitnehmerseite in der Mindestlohnkommission einfach überstimmt haben. Das ist



"Menschen ohne Fluchtgründe müssen zügig rückgeführt werden" Wie kommt Deutschland aus der Krise? Die SPD-Chefin setzt auf eine neue linke Migrationspolitik: sc....

für den sozialen Frieden ein fatales Signal. Aber vergessen Sie nicht: In der Ampel haben wir als SPD durchgesetzt, dass der Mindestlohn auf 12 Euro und damit um satte 25 Prozent angehoben wurde. Wir haben das Wohngeld erhöht und ausgeweitet und das Bürgergeld eingeführt, das jetzt konsequenter die Inflation abbildet. In Vorbereitung der Kindergrundsicherung wenden wir schon heute für Kindergeld und Kinderzuschlag rund 7 Milliarden zusätzlich auf. Unsere sozialpolitische Bilanz kann sich also sehen lassen. Und wir werden auch weiter Sozialpolitik machen.

ZEIT ONLINE: In vielen Städten steigen die Mieten rasant. Versprochen hat die SPD 400.000 neue Wohnungen pro Jahr. Wahrscheinlich schaffen Sie dieses Jahr gerade einmal die Hälfte.

Esken: Dass das nicht gelingt, obwohl wir mit einem eigenen Ministerium und der sehr fähigen und engagierten Ministerin Klara Geywitz einen Schwerpunkt darauf gesetzt haben, ist eine große Enttäuschung. Aber die Krise der Branche ist ja nicht der Politik anzulasten. Infolge steigender Zinsen und Materialkosten und nicht zuletzt infolge einer starken Verunsicherung potenzieller Häuslebauer kann die Baubranche derzeit zahlreiche Projekte nicht umsetzen.

ZEIT ONLINE: Und die Politik ist machtlos?

Esken: Nein, wir tun das Richtige, um Anreize zu setzen. So haben wir zum Beispiel die Abschreibung beim Bau deutlich verbessert. Am Ende geht es aber auch um die Psychologie: Familien, die mit einer gewissen Unsicherheit in die Zukunft blicken, bauen kein Haus. Die kaufen nicht mal ein Auto. Aus dieser fatalen Stimmung muss Deutschland wieder heraus. Ich bin dafür, dass wir reale Probleme zusammen angehen wie zum Beispiel die Inflation, die soziale Schieflage in der Bildung oder den Fachkräftemangel, anstatt uns mit dem Gerede von Wirtschaftskrise, Deindustrialisierung oder gar von Deutschland als dem "kranken Mann Europas" in eine Depression hineinzureden. Unsere Aufgabe ist es, Zuversicht zu verbreiten und den Leuten die Sicherheit zu geben, dass Deutschland ein starkes Land ist. Denn das sind wir.

ZEIT ONLINE: Jetzt klingen Sie wie der Kanzler, der sagt, die Stimmung sei schlechter als die Lage im Land.

Esken: Da ist ja auch etwas dran. Nehmen Sie nur die steigenden Preise: Ja, wir haben noch eine hohe Inflation, aber sie ist geringer als noch vor wenigen Monaten. Wenn vor allem die Produkte des täglichen Bedarfs immer noch teurer werden, hat das nicht selten auch mit der Profitgier einiger Unternehmen zu tun. Diese "Gierflation" ruft zu Recht Empörung und Wut bei den Menschen hervor. Darauf müssen wir, muss die Politik eine Antwort finden.

ZEIT ONLINE: Neben den Preisen beschäftigt viele Menschen im Land die Migration. Ist da auch die Stimmung schlechter als die tatsächliche Lage?

Esken: Die Lage bei der Migration ist natürlich angespannt. Viele Kommunen melden eine Überlastung. Aber Innenministerin Nancy Faeser hat es mit dem BAMF geschafft, die Asylverfahren wesentlich zu beschleunigen. Die Zahl der Rückführungen steigt. Beides werden wir weiter verbessern, auch durch die Vereinbarung von Migrationsabkommen mit den Herkunftsländern. Wahr ist aber auch: Ohne eine bessere Sicherung der Außengrenzen in Europa und ohne eine faire Verteilung der Geflüchteten in Europa wird sich an der hohen Belastung der Länder und Kommunen wenig ändern.

ZEIT ONLINE: Ist das also die neue linke Migrationspolitik? Früher waren Sie dafür bekannt, die humanitären Aspekte in der Flüchtlingspolitik zu betonen.

Esken: Das ist kein Widerspruch und das tue ich immer noch. Von der Reform des Europäischen Asylrechts erwarte ich mir, dass sich dadurch auch die Situation der Geflüchteten in den Ländern an der EU-Außengrenze verbessert. Anders als bislang soll die Bleibeperspektive von Geflüchteten bereits an den Außengrenzen der EU vorgeprüft werden, sodass früh geklärt werden kann, wo ihr Asylverfahren durchgeführt werden wird: direkt an der Grenze oder in einem Mitgliedsstaat. Unserer humanitären Verpflichtung gegenüber Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, können wir doch viel besser nachkommen, wenn wir diejenigen zügig zurückführen, die

"Menschen ohne Fluchtgründe müssen zügig rückgeführt werden" Wie kommt Deutschland aus der Krise? Die SPD-Chefin setzt auf eine neue linke Migrationspolitik: sc....

keine Fluchtgründe vorweisen können. Denjenigen, die bei uns eine wirtschaftliche Perspektive suchen, werden wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz andere Zuwanderungswege eröffnen. Das ist für mich moderne linke Migrationspolitik.

ZEIT ONLINE: Ihre Koalitionspartner Grüne und FDP sind sich uneins, ob man Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten ernennen sollte - um Geflüchtete dorthin abschieben zu können. Von der SPD hört man mal wieder: wenig.

Esken: Wir haben mit den Koalitionspartnern vereinbart, Georgien und Moldau zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Für die von Ihnen genannten Staaten gilt das nicht.

ZEIT ONLINE: Die FDP argumentiert, sie hätte die SPD auf ihrer Seite. Nur die Grünen müssten noch überzeugt werden.

Esken: Nein, dem ist nicht so.

ZEIT ONLINE: Die Union hat Ihnen bei der Migration ein gemeinsames Vorgehen angeboten. Sie nimmt damit eine Idee von Kanzler Scholz auf, der der CDU eine Kooperation im Rahmen eines sogenannten Deutschland-Pakts angeboten hat. Wollen Sie mit der Union einen großen Asylkompromiss aushandeln, wie schon damals in den Neunzigern?

Esken: Zur Migration hat der Bundeskanzler bei einer Konferenz der Bundesregierung mit den Bundesländern Vereinbarungen getroffen, die sich derzeit in der Umsetzung befinden: die Einigung beim Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS), aber auch die weitere Beschleunigung der Asylverfahren, die Erleichterung von Rückführungen, die Digitalisierung der Ausländerbehörden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Union an der Umsetzung dieser Maßnahmen mitwirken und so gemeinsam mehr Ordnung und Effizienz in die Migration bringen würde. Andere Vorschläge der Union, die eher in die Kategorie populistischer Scheinlösungen gehören, müssen wir ablehnen. Eine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl ist mit der SPD nicht zu machen.

ZEIT ONLINE: Das Thema Migration verschafft vor allem der AfD Aufwind. Sie sind die erste Parteivorsitzende, in deren Amtszeit die SPD in den Umfragen erstmals von der AfD überholt worden ist. Macht Sie das nicht wahnsinnig?

Esken: Mich beunruhigt es sehr, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung bereit ist, eine offen rechtsradikale Partei zu wählen, die mit Rechtsextremisten und Rechtsterroristen in aller Welt vernetzt ist. Und nicht wenige wählen die AfD nicht trotz, sondern wegen ihrer Radikalität. Die neue Mitte-Studie der FES zeigt auf, dass acht Prozent der Deutschen eine rechtsextreme Orientierung haben. Im Vorjahr waren das noch zwischen zwei und drei Prozent. Menschenfeindliche Ansichten und Nazi-Rhetorik, wie sie Björn Höcke und viele andere in dieser Partei vorbringen, werden nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern teils sogar gefeiert. Auch dass sich die antisemitischen Narrative internationaler Rechtsextremisten, wie das von den globalistischen Eliten in den Köpfen und Herzen von Menschen hierzulande eingenistet hat, macht mich, wie Sie es nennen, wahnsinnig.

ZEIT ONLINE: Was ist Ihr Rezept gegen die AfD?

Esken: Unsere Demokratie muss sich als wehrhaft erweisen. Der Rechtsstaat muss die rechtsextremen Netzwerke zerschlagen. Da ist die Bundesinnenministerin ja auch sehr wirksam tätig. Gleichzeitig müssen wir den Wählerinnen und Wählern der AfD immer wieder deutlich machen, dass die Politik dieser Partei für unser Land das Ende von Wohlstand, Freiheit und Demokratie bedeuten würde. Was bleibt, ist die große Frage, wie wir mit dieser von Wut und Empörung getriebenen Stimmung der vielen Frustrierten im Land umgehen. Einer solchen Stimmung ist mit Fakten alleine nicht beizukommen.

ZEIT ONLINE: Wie dann?

Esken: Wir müssen eine emotionale Ansprache finden, und wir müssen den Menschen ein Gefühl von Sicherheit und Orientierung zurückgeben. Viele Menschen haben derzeit den Eindruck, dass der Staat mit den Maßnahmen

"Menschen ohne Fluchtgründe müssen zügig rückgeführt werden" Wie kommt Deutschland aus der Krise? Die SPD-Chefin setzt auf eine neue linke Migrationspolitik: sc....

zur Bewältigung all der Krisen und Umbrüche zu weit in ihr persönliches Leben eingreift. Dazu zählten natürlich die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, aber auch das Heizungsgesetz, das viele als übergriffig empfinden. Bei vielen macht sich der Eindruck breit, ihre Lebensführung, ihre Lebensleistung werde grundsätzlich infrage gestellt. Insbesondere im Osten des Landes rührt das an der Erfahrung vieler in der Nachwendezeit. Die Empörung, die daraus entsteht, ist absolut verständlich. Wir müssen dem eine andere Emotion entgegensetzen.

ZEIT ONLINE: Das klingt doch sehr vage.

Esken: Wir müssen deutlich machen, dass wir Respekt für die Lebensleistungen der Menschen haben, und dass wir die Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe in Deutschland vollauf akzeptieren. Ich will alle Menschen dazu befähigen, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen und sich die Entscheidungen auch leisten zu können. Wir dürfen bei den Menschen nicht als belehrend ankommen.

ZEIT ONLINE: Sie zeigen sich offen für ein mögliches Verbotsverfahren, sobald die AfD als gesichert rechtsextrem gilt. Manche Teile der AfD, wie der Landesverband in Thüringen, werden bereits so definiert. Ist ein Teilverbot von gesichert rechtsextremen Landesverbänden der AfD eine Lösung?

Esken: Das ist eine schwierige Frage. Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren muss uns allen eine Lehre sein. Gleichzeitig erhält die AfD als Partei und in den Parlamenten massive staatliche Unterstützung. Es ist schwer zu ertragen, dass unser demokratischer Staat eine Partei finanziert, die unsere Demokratie und unsere Werte abschaffen will. Ich bin jedenfalls nicht bereit, unsere Demokratie diesen Leuten kampflös zu überlassen.

ZEIT ONLINE: Nach dem gemeinsamen Votum in Thüringen wird viel darüber spekuliert, ob die Union in Zukunft verstärkt mit der AfD paktieren könnte. Rechnen Sie damit?

Esken: In der CDU gibt es dazu mittlerweile eine beunruhigende Bandbreite an Ansichten. In Thüringen gibt es ja beispielsweise kaum Berührungspunkte. Ich persönlich frage mich, wie viel das Wort von Friedrich Merz zur Brandmauer gegenüber der AfD in den Landesverbänden eigentlich wert ist. Auf jeden Fall hat diese Brandmauer mittlerweile sehr deutliche Lücken.

ZEIT ONLINE: Können Sie sich nun vorstellen, dass die CDU mittelfristig mit der AfD koalitiert, oder nicht?

Esken: Unsere Parlamentspräsidentin Bärbel Bas hat zur Würdigung von Otto Wels gesagt, auf Unwissen in Bezug auf die Gefährdung unserer Demokratie durch Rechtsextremisten könne sich heute niemand mehr berufen. Insofern kann ich nur sagen: Eine solche Entscheidung der CDU wäre eine fatale Entscheidung für Deutschland.

Jakob WeberJakob WeberJakob WeberJakob WeberJakob Weber

**Load-Date:** September 22, 2023

**Nancy Faeser kündigt Flüchtlingsgipfel an; Länder- und Kommunenvertreter sollen auf Einladung von Nancy Faeser zu einem Flüchtlingsgipfel im Innenministerium zusammenkommen. Die Union hatte ein Treffen gefordert.**

ZEIT-online

Sonntag 5. Februar 2023 10:56 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Bundesinnenministerium; Ausg. 1

**Length:** 485 words

**Byline:** Ivana Sokola

## **Body**

---

Felix Kästle

Mehrere **Flüchtlinge** sind am 01. Februar noch in der Notunterkunft in der Sporthalle der Berufsfachschule in Friedrichshafen am Bodensee untergebracht.

Angesichts der Probleme bei der Unterbringung von **Geflüchteten** hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein Spitzentreffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und Länder angekündigt. "Wir haben uns zuletzt im November getroffen auf der Bundesebene und ich werde jetzt noch mal zu einem **Flüchtlingsgipfel** einladen", sagte sie dem ARD-Hauptstadtstudio. Es gehe darum, direkt mit den Kommunen noch einmal zu schauen, was getan werden könne.

Faeser sehe, dass nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Sie werde die Einladungen noch in dieser Woche verschicken, "weil ich glaube, wir müssen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung alles dafür tun, die Kommunen zu entlasten". Einen Termin für das Treffen nannte sie nicht.

Zuvor hatte die Spitze der Unionsfraktion einen Flüchtlingsgipfel von Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Bundesländern gefordert. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Union im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), sagte dem *Tagesspiegel am Sonntag*, dort müsse über eine "Begrenzung der Asylnmigration und eine Lösung für Verteilung, Versorgung und Unterbringung" gesprochen werden. "Wir müssen endlich über effektive Maßnahmen zur Begrenzung der Asylnmigration sprechen."

### **2022 so viele Asylsuchende wie seit 2016 nicht**

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) warnte wie bereits andere Vertreter von Ländern und Kommunen vor einer Überlastung durch steigende Flüchtlingszahlen. Zugesagte Mittel des Bundes müssten endlich fließen, weitere Hilfe sei nötig, forderte Wüst laut *Welt am Sonntag* in einem Brief an Faeser. Zudem bemängelte er, vom Bund bereitgestellte Immobilien zur Flüchtlingsunterbringung seien häufig in unbrauchbarem Zustand.

Nancy Faeser kündigt Flüchtlingsgipfel an Länder- und Kommunenvertreter sollen auf Einladung von Nancy Faeser zu einem Flüchtlingsgipfel im Innenministerium zus....

In Deutschland beantragten im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl wie seit 2016 nicht mehr. Knapp 218.000 Menschen stellten laut Jahresstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstmalig in Deutschland ein solches Schutzersuchen. Das waren knapp 47 Prozent mehr als 2021. Die rund eine Million Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine, die im vergangenen Jahr in Deutschland Aufnahme fanden, mussten keinen Asylantrag stellen. Sie erhalten auf Basis einer EU-Richtlinie unmittelbar vorübergehenden Schutz.

Die Unterkünfte für Asylsuchende in Deutschland sind nach Recherchen und Berechnungen der *Bild* derzeit insgesamt zu 64 Prozent (43.672 von 67.877 Plätzen) ausgelastet. Das berichtet die Zeitung unter Berufung auf eine Statistik aus dem Bundesinnenministerium vom Januar 2023. In den Bundesländern sei die Quote unterschiedlich hoch am niedrigsten liege sie demnach in Sachsen mit 18 Prozent und am höchsten in Thüringen mit 96 Prozent. In NRW lag sie laut *Bild* bei 58 Prozent, aus Sachsen-Anhalt gab es keine Angaben.

**Load-Date:** February 6, 2023

---

End of Document

**145 Menschen in Griechenland an Grenze zur Türkei gerettet; Die Geretteten waren auf einer Insel im Fluss Evros gestrandet. Der Grenzschutz sagt, Schlepper aus der Türkei hätten die Migranten ausgesetzt.**

ZEIT-online

Donnerstag 22. Juni 2023 9:23 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 1

**Length:** 208 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Socrates Baltagiannis

Blick auf den Fluss Evros, der die natürliche Grenze zur Türkei bildet. Soufli liegt in Nordgriechenland in der Region Ostmakedonien und Thrakien.

Griechische Behörden haben 145 Menschen gerettet, die auf einer Insel in einem Grenzfluss zur Türkei gestrandet waren. Die griechische Nachrichtenagentur ANA berichtete am Donnerstag unter Berufung auf das Rote Kreuz, die Flüchtlinge seien in einem guten gesundheitlichen Zustand. Unter den Migranten sind demnach 45 Frauen und 30 Kinder. Ihre Nationalität wurde zunächst nicht bekanntgegeben.

Nach Angaben der griechischen Polizei wurden die Flüchtlinge von Schleppern aus der Türkei kommend auf einer Insel in dem Fluss Evros ausgesetzt. Der Fluss markiert die Grenze zur Türkei. "Es ist nicht das erste Mal, dass Schmuggler Migranten auf griechisches Territorium treiben", sagte der Vorsitzende des griechischen Grenzschutzes, Panayiotis Harelas, der Nachrichtenagentur AFP. Die Regierung in Athen wirft der Türkei regelmäßig vor, Migranten nach Griechenland einreisen zu lassen.

In den vergangenen Jahren sind tausende Flüchtlinge nach Griechenland über die See- und Landgrenzen mit der Türkei gekommen. Die Migranten kommen hauptsächlich aus Syrien, Afghanistan und Pakistan.

**Load-Date:** June 22, 2023

**"Die Migrationslage ist schwieriger als 2015"; Menschen dürfen sich nicht fremd im eigenen Land fühlen, warnt Volker Bouffier. Hessens Ex-Regierungschef über Migration, die AfD und Sympathien für die Grünen**

ZEIT-online

Sonntag 24. September 2023 11:01 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Volker Bouffier; Ausg. 1

**Length:** 1947 words

**Byline:** Lisa Caspari

## Body

---

Mehr als ein Jahrzehnt lang gab er in der CDU den Ton an: Volker Bouffier, von 2010 bis 2022 stellvertretender CDU-Chef und Ministerpräsident, wurde auch daheim in der schwarz-grünen Koalition in Hessen als freundlicher Patriarch geachtet und gefürchtet. Jetzt ist er im Ruhestand und äußert sich kaum noch zur aktuellen Politik. Für ZEIT ONLINE macht er eine Ausnahme. Als Treffpunkt schlägt Bouffier ein griechisches Restaurant in Gießen vor. Den Inhaber kennt er von früher, als Jugendliche traten sie im Boxclub gegeneinander an. Etwas abseits, auf der Terrasse mit Blick auf die Lahn, zündet sich Bouffier einen Zigarillo an. Es kann losgehen.

ZEIT ONLINE: Herr Bouffier, Sie waren zwölf Jahre Ministerpräsident in Hessen, seit etwas mehr als einem Jahr sind Sie im Ruhestand. Langweilen Sie sich schon?

Volker Bouffier: Ruhestand kann man das streng genommen nicht nennen, ich habe so viele Ehrenämter, dazu kommen Anfragen als Festredner hier in der Region. Immer heißt es: "Zu uns kommst du doch!" Aber ich genieße es sehr, dass ich nicht mehr für alles verantwortlich bin. Früher stand um zwanzig nach sieben Uhr am Morgen die Wagenkolonne vor der Tür, um mich abzuholen. Irgendwann nachts wurde ich wieder abgeliefert. Heute geht es auch mal erst um neun los, das finde ich prima.

ZEIT ONLINE: Die politische Lage in Deutschland ist sehr fragil: Die Ampelkoalition ist unbeliebt, die AfD steht in Umfragen bei 22 Prozent. Wie besorgt ist der Politikprofi Bouffier?

Bouffier: Sehr besorgt. Die Ampel macht Politik für Berlin-Mitte und glaubt, das sei Deutschland. Wenn du aber Millionen Menschen gewinnen willst, reicht es nicht, wenn du um dich herum ein paar glühende Anhänger hast. Und die Menschen hier in meiner Heimatstadt Gießen sind extrem verärgert über diese Berliner Politik. Am Samstagabend rufe ich manchmal Menschen an, die mir einen Brief geschrieben haben. Das ist mein liebstes Hobby, die fallen vom Stuhl und glauben nicht, dass ich es wirklich bin. Letztens telefonierte ich also mit einer 77-jährigen Dame hier aus der Gegend. Ihr Energieberater hatte ihr vorgerechnet, dass sie die neue Heizung, inklusive Wärmepumpe und Dämmung ihres Hauses, 140.000 Euro kosten würde. Die Frau war verzweifelt: "In meinem Alter krieg ich doch keinen Kredit mehr." Solche Gefühle haben das Zeug, unsere Gesellschaft zu zerstören.

"Die Migrationslage ist schwieriger als 2015" Menschen dürfen sich nicht fremd im eigenen Land fühlen, warnt Volker Bouffier. Hessens Ex-Regierungschef über Mig....

ZEIT ONLINE: Ist die Ampel also schuld am Höhenflug der AfD?

Bouffier: Auf die Dauer kannst du nicht an den Menschen vorbei regieren. In den vielen Jahren, in denen ich aktiv war, kann ich mich an keine andere Zeit erinnern, in der das Vertrauen in die Institutionen so erschüttert war wie heute. Aber nicht nur die Politik, auch die Medien und die Öffentlichkeit haben einen Anteil daran.

ZEIT ONLINE: Inwiefern?

Bouffier: Weil die Menschen permanent das Gefühl haben, moralisch belehrt zu werden, zugleich aber ihre Alltagsprobleme nicht gelöst werden. Diese Talkshow-Republik geht an den Interessen vieler Bürger vorbei: Überall wird polarisiert und hypermoralisiert, das stößt viele ab. Und die Bereitschaft zum Zuhören nimmt allgemein ab.

ZEIT ONLINE: CDU-Chef Friedrich Merz hat die Grünen zum Hauptgegner ausgerufen. Polarisiert er damit nicht auch?

Bouffier: Der Friedrich wird da immer falsch zitiert, er hat gesagt: Die Grünen sind unser Hauptgegner in der Bundesregierung. Und das ist richtig: Die Regierungsgreenen in Berlin haben einen fatalen Hang, den Menschen vorzuschreiben, wie sie ihr Leben gestalten sollen. Viel schlimmer finde ich aber, dass die Ampel offenbar keine einzige haltbare Absprache treffen kann. Die Ampel wird von den Spitzenvertretern der drei Parteien einfach schlecht gemanagt. In vielen Bundesländern arbeiten CDU und Grüne geräuschlos zusammen, das ist vor allem eine Frage von guter Führung.

ZEIT ONLINE: Als Sie 2013 in Hessen das erste schwarz-grüne Bündnis in einem Flächenstaat gründeten, waren Fronten anfangs ebenfalls extrem verhärtet.

Bouffier: Ja, das stimmt. Aber wir haben dann im Koalitionsvertrag sehr genau festgelegt, was geht und was nicht geht. Jeden Montag war Koalitionsrunde, da haben wir uns auch gestritten, wenn es sein musste. Aber wir haben uns nie in Interviews über den anderen beklagt. Solch eine Haltung schafft Vertrauen auch bei den Wählern.

ZEIT ONLINE: Tarek Al-Wazir, der Vizeministerpräsident der Grünen in Hessen, hat also eine härtere Hand als Robert Habeck?

Bouffier: Die hessischen Grünen sind traditionell straff geführt. Die Grünen haben hier immer realpolitisch getickt, extreme Positionen wurden schnell aussortiert. Das war schon unter Joschka Fischer so und auch Tarek Al-Wazir hat den Laden im Griff. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Wir haben mit den Grünen in Hessen den Frankfurter Flughafen ausgebaut, die Flüchtlingskrise 2015 durchgestanden und gegen massive Widerstände Windräder in den Wald gesetzt.

ZEIT ONLINE: Wünschen Sie also Ihrem Nachfolger, dem jetzigen Ministerpräsidenten Boris Rhein, dass er nach der Landtagswahl am 8. Oktober in Hessen mit den Grünen weitermachen kann?

Bouffier: Die CDU steht in Hessen gut da, es gibt keine Wechselstimmung. Aber jede Wahl ist eine Blackbox, da muss man erst mal schauen, was für ein Ergebnis herauskommt. Ich sage immer: Der schönste Abend ist der Wahlabend. Danach wird es kompliziert.

ZEIT ONLINE: Die CDU im Bund scheint gespalten: Manche wollen mehr Distanz zu den Grünen auch in den Bundesländern, andere träumen von einem Revival der Groko.

Bouffier: Wer mir sagt, dass er in Berlin die politische Blaupause für alle Bundesländer gefunden hat, dem antworte ich: Du hast keine Ahnung, schon gar nicht von Politik. Wir leben im Föderalismus! Jedes Bundesland hat seine eigenen Herausforderungen.

ZEIT ONLINE: In Thüringen hat die CDU mit der AfD die Grundsteuersenkung gegen die linke Minderheitsregierung durchgesetzt. Sind Sie entsetzt?



"Die Migrationslage ist schwieriger als 2015" Menschen dürfen sich nicht fremd im eigenen Land fühlen, warnt Volker Bouffier. Hessens Ex-Regierungschef über Mig....

Bouffier: Nein, ich finde die allgemeine Erregung sogar reichlich verlogen. Im Artikel 21 des Grundgesetzes steht, dass die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Wir haben in Thüringen eine linke Regierung ohne Mehrheit. Hätte sie ihre Verantwortung für das ganze Land wahrgenommen, wäre sie auf die CDU zugegangen und hätte nach einem Kompromiss gesucht. Jetzt zu behaupten, die CDU dürfe keine Inhalte mehr zur Abstimmung stellen, weil die AfD sich daran hängen könnte, setzt die CDU schachmatt. Das ist schlicht nicht demokratisch.

ZEIT ONLINE: Hält die Brandmauer zur AfD, die Friedrich Merz versprochen hat?

Bouffier: Ich benutze den Begriff Brandmauer nicht, weil jeder da was anderes hineininterpretiert. Wir haben klare Beschlüsse in der CDU: keine Zusammenarbeit mit der AfD und keine mit den Linken. Wir müssen aber leider auch feststellen: Der Versuch, die AfD auszugrenzen, hat dazu geführt, dass die Partei immer stärker geworden ist. Die hohen Umfragewerte sind auch eine Aufforderung an uns Demokraten, uns ehrlicher zu machen, allem voran beim Thema Migration. Wir müssen uns alle gemeinsam unseren Lebenslügen stellen.

ZEIT ONLINE: Welche sind das?

Bouffier: Es kommen zu viele Menschen zu uns und das schürt Ängste. Hier in Gießen haben wir ein Landeserstaufnahmелager mit mehreren Tausend Menschen, darunter viele junge Männer aus Afrika. Das Stadtbild hat sich dadurch verändert. Anfangs ist es interessant, wenn unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen. Aber es gibt einen Punkt, an dem das kippt. Dann nämlich, wenn die Menschen das Gefühl haben, fremd im eigenen Land zu sein. Und dann kommt die AfD und labt sich an diesen Ängsten. Das ist der größte Fehler der Bundesregierung: dass sie die Migrationszahlen nicht kleinbekommt.

ZEIT ONLINE: Aber Sie wissen ja auch, dass das nicht so einfach ist. Lösungen zur Begrenzung der Migration müssen auf EU-Ebene gefunden werden.

Bouffier: Natürlich, es ist kompliziert. Ich war 1978 einer der ersten Asylrechtsanwälte der Republik, ich kenne und verstehe alle Seiten. Niemand verlässt sein Land freiwillig und jeder Mensch hat das Recht, auf ein besseres Leben zu hoffen. Aber wir können nicht allen helfen. Beim Thema Migration werden die Probleme oft nicht ehrlich angesprochen. Wir müssen das Asylrecht ändern, die Unionsfraktion hat dazu gute Vorschläge vorgelegt. Und wir müssen konsequenter abschieben, indem wir Rücknahmeabkommen schließen. Das Abkommen mit Tunesien ist ein richtiger Schritt, wie vor Jahren mit der Türkei. Auch wenn autoritäre Staatschefs nicht unseren moralischen Standards entsprechen. Die Welt richtet sich leider nicht nach unseren noblen Ansichten.

ZEIT ONLINE: Das meiste, das Sie anführen, wird aber doch schon in der Bundesregierung verhandelt?

Bouffier: Die Bundesregierung könnte viel mehr tun. Ich frage mich zum Beispiel, ob die unbegleiteten Jugendlichen, die kommen, wirklich alle unter 18 Jahre sind. Oft sieht man schon, dass das nicht der Fall ist, man darf sie aber nicht auf ihr biologisches Alter hin untersuchen. Das ist verboten. Jeder Jugendliche bekommt dann zwei Betreuer an die Seite, obwohl die Jugendämter gar nicht genug Personal haben. Das könnte man ändern, wenn man wollte.

ZEIT ONLINE: CSU-Chef Markus Söder fordert Sachleistungen statt Geld für abgelehnte Asylsuchende.

Bouffier: Das finde ich richtig. Wenn zum Beispiel ein Geflüchteter seiner Familie in Gabun mitteilt, dass er 350 Euro pro Monat bekommt, dann sagt die Familie: "So viel Geld kriegen wir in Gabun das ganze Jahr nicht. Wenn es noch einer von uns nach Deutschland schafft, dann können wir die Familie finanzieren." Ich mach da niemandem einen Vorwurf, aber das ist nun mal ein Anreizfaktor. Allerdings werden mir die Mitarbeiter in der Verwaltung böse sein, weil Sachleistungen sind ein extremer Aufwand für sie. Diesen Aufwand könnte man durch die Ausgabe von Gutscheinen oder Bezahlkarten deutlich reduzieren.

ZEIT ONLINE: Würden Sie die jetzige Lage mit 2015 vergleichen?

"Die Migrationslage ist schwieriger als 2015" Menschen dürfen sich nicht fremd im eigenen Land fühlen, warnt Volker Bouffier. Hessens Ex-Regierungschef über Mig....

Bouffier: Die Migrationslage ist schwieriger als 2015. Weil die, die 2015 kamen, ja auch noch hier sind und viele von ihnen im System festhängen. Ich meine vor allem abgelehnte Asylbewerber, die keine eigene Wohnung haben und nicht arbeiten dürfen. Hinzu kommen jetzt die 200.000 Menschen, die dieses Jahr neu Asyl beantragt haben und die vielen Hunderttausend Menschen aus der Ukraine. Die Kommunen wissen nicht, wohin mit den Menschen. Doch von der Ampelregierung kommt immer nur "Wir können nix machen": ein fatales Signal. Das Thema Migration wird noch viele deutsche Regierungen viele Jahre beschäftigen. Daher wäre mein Appell an alle Politiker, vor allem die aus dem linken Lager: Bitte spricht endlich offen über die Probleme bei der Migration! Ich wünsche mir einen überparteilichen Konsens in der Asylpolitik, wie Anfang der Neunzigerjahre. Unsere Migrationspolitik muss strenger werden.

ZEIT ONLINE: Jetzt klingen Sie wie der "schwarze Sheriff", für den Sie viele Linke hielten, als Sie einst Landesinnenminister in Hessen waren. Dabei hatten Sie sich doch zuletzt zum überparteilichen Landesvater gemausert.

Bouffier: Ich sage immer, ich bin freier Advokat, also nah bei den Menschen. Mein Ziel war und ist es, in jeder Rolle, möglichst viele Menschen zusammenzuhalten. Ich habe als einfacher Oppositionsabgeordneter angefangen, ohne Fahrer und Entourage und wollte das Land verändern. Im Grunde meines Herzens bin ich immer der Gleiche geblieben.

**Volker Bouffier** Volker Bouffier, Jahrgang 1951, wurde in Gießen geboren und ist dort Mitinhaber einer Rechtsanwaltskanzlei. 1982 zog er für die CDU in den hessischen Landtag ein, 1999 wurde er Landesinnenminister unter Roland Koch. Von 2010 bis 2022 war er hessischer Ministerpräsident, er regierte 9 Jahre mit den Grünen. Unter Angela Merkel war er zehn Jahre lang stellvertretender CDU-Vorsitzender.

**Load-Date:** September 24, 2023

**EU-Kommissarin Johansson fordert Aufklärung nach Pushback-Vorwürfen;  
Die griechische Küstenwache soll Videoaufnahmen zufolge Asylsuchende  
auf einem Floß ausgesetzt haben. EU-Kommissarin Ylva Johansson fordert  
eine unabhängige Untersuchung.**

ZEIT-online

Montag 22. Mai 2023 1:05 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Griechenland; Ausg. 1

**Length:** 250 words

**Byline:** Anna-Lena Schlitt

## Body

---

Costas Metaxakis

Rescued refugees and **migrants** stand aboard a boat at the town of Paleochora, southwestern Crete island on November 22, 2022, following a rescue operation.

Nach erneuten Vorwürfen zu illegalen Pushbacks in Griechenland hat EU-Innenkommissarin Ylva Johansson eine lückenlose Aufklärung gefordert. "Meine Dienststellen haben eine formelle Aufforderung an die griechischen Behörden gerichtet, diesen Vorfall vollständig und unabhängig zu untersuchen", twitterte Johansson.

Die *New York Times* hatte am Wochenende Videomaterial veröffentlicht, auf dem zu sehen sein soll, wie die griechische Küstenwache am 11. April Asylsuchende auf einem aufblasbaren Rettungsfloß aussetzt. Dem Bericht zufolge handelte es sich dabei um zwölf Migrantinnen und Migranten, darunter auch ein Kleinkind. Sie sollen demnach auf Lesbos in einen Lieferwagen eingesperrt und zu einem Schiff der griechischen Küstenwache gebracht worden sein, das sie im Ägäischen Meer aussetzte.

Die Menschen sollen anschließend von türkischen Behörden gerettet worden sein. Die griechische Regierung äußerte sich bislang nicht dazu.

Gegen Griechenland gibt es immer wieder Pushback-Vorwürfe. Flüchtende werden mit Gewalt an der Grenze zurückgeschickt, noch bevor sie die Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen. Griechenland muss laut EU-Recht Schutzsuchenden, die griechisches Territorium erreichen, ein Asylverfahren ermöglichen. Das Land missachtet dieses Gesetz allerdings seit Jahren.

**Load-Date:** May 22, 2023

EU-Kommissarin Johansson fordert Aufklärung nach Pushback-Vorwürfen Die griechische Küstenwache soll Videoaufnahmen zufolge Asylsuchende auf einem Floß ausgesetzt....

---

End of Document

**Länderchefs fordern leichtere Abschiebungen; "Vom Bund muss mehr kommen": Die Länder pochen auf Entlastung bei der Unterbringung von Geflüchteten. Dabei geht es auch um einfachere Abschiebungen.**

ZEIT-online

Donnerstag 16. März 2023 4:21 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 312 words

**Byline:** Sarah Lena Grahn

## Body

---

Felix Kästle

**Geflüchtete** in einer Notunterkunft in Friedrichshafen am Bodensee

Die Bundesländer dringen angesichts gestiegener **Flüchtlingszahlen** auf eine leichtere Abschiebung von Menschen ohne Bleiberecht in Deutschland. In einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) heißt es, der Bund solle seine Anstrengungen intensivieren, Verträge mit den Herkunftsländern über eine Rücknahme ihrer Staatsbürger zu schließen.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) sagte, bisher verweigerten es die Herkunftsstaaten häufig, Menschen ohne Bleiberecht wieder bei sich aufzunehmen. Daher solle es in einer Bund-Länder-Runde am 10. Mai mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht nur um die Finanzierung der Flüchtlingskosten gehen, sondern auch um die Frage, "wie kann es gelingen, dass weniger Menschen zu uns kommen, die am Ende des Tages kein Recht dazu haben".

Auf europäischer Ebene seien weitere Anstrengungen nötig, um die Kontrolle und den Schutz der EU-Außengrenzen wirksamer auszugestalten. Ziel müsse ein solidarisches Verteilungssystem in Europa sein.

### **Kommunen "in echten Problemen"**

Weil verwies auf das Grundrecht auf Asyl in Deutschland. "Aber wir müssen auch in der Lage sein, mit dieser Herausforderung tatsächlich fertig zu werden", sagte der SPD-Politiker. "Die Kommunen sind wirklich in echten Problemen, was die Unterbringung angeht." Während die Leistungen der Länder an die Kommunen zuletzt stark gestiegen seien, seien die Zuwendungen des Bundes gesunken. "Vom Bund muss mehr kommen", forderte Weil. Das gelte für die Unterbringung von Asylbewerbern ebenso wie für die von Menschen aus der Ukraine.

Sowohl Weil als auch sein nordrhein-westfälischer Amtskollege Hendrik Wüst (CDU) forderten, der Bund solle die Hälfte der Kosten tragen, die aus der Aufnahme der Asylbewerber und Ukrainer entstehen.

Länderchefs fordern leichtere Abschiebungen "Vom Bund muss mehr kommen": Die Länder pochen auf Entlastung bei der Unterbringung von Geflüchteten. Dabei geht es ....

**Load-Date:** March 16, 2023

---

End of Document

**Griechenlands Küstenwache sucht nach Bootsunglück Hunderte Vermisste;  
Im Mittelmeer ist ein Fischkutter mit Hunderten Migranten an Bord  
gesunken. 104 Menschen konnten gerettet werden. Hoffnung auf weitere  
Überlebende gibt es kaum.**

ZEIT-online

Donnerstag 15. Juni 2023 6:29 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Seenotrettung; Ausg. 1

**Length:** 837 words

**Byline:** Sarah Lena Grahm

## Body

---

Angelos Tzortzinis

A survivor of a shipwreck sits inside a warehouse next to medical personnel at the port in Kalamata town, on June 14, 2023, after a boat carrying dozens of **migrants** sank in international waters in the Ionian Sea. Greece has declared three days of mourning, the interim prime minister's office said on June 14, 2023, over a **migrant** boat sinking in the Ionian Sea feared to have claimed hundreds of lives. The Greek coastguard has so far recovered 79 bodies and rescued over 100, but survivors are claiming that up to 750 people were on board. (Photo by Angelos Tzortzinis / AFP) (Photo by ANGELOS TZORTZINIS/AFP via Getty Images)

Bei einem schweren Bootsunglück südwestlich von Griechenland sind mindestens 78 Menschen ums Leben gekommen ihre Leichen konnten geborgen werden. Bilder des mit **Migranten** überfüllten Fischerboots, die am Abend in griechischen Medien veröffentlicht wurden, bestätigten jedoch Vermutungen, dass es sich um 500 bis 700 Passagiere gehandelt haben könnte. Gerettet wurden 104 Menschen.

Die Suche nach Überlebenden wurde in der Nacht ohne Erfolg fortgesetzt. "Weder Überlebende noch weitere Opfer wurden in der Nacht entdeckt", sagte ein Sprecher der griechischen Küstenwache im Staatsrundfunk. Die tatsächliche Zahl der Todesopfer geben die griechischen Behörden mit mehr als 500 an.

Das Schiff sei auf dem Weg nach Italien gewesen, teilten die Behörden mit. Es sei am späten Dienstagabend in internationalen Gewässern von einem Flugzeug der EU-Grenzschutzagentur Frontex und zwei nahe gelegenen Schiffen etwa 80 Kilometer südwestlich der südgriechischen Stadt Pylos gesichtet worden. Die Menschen an Bord hätten Hilfe abgelehnt, die griechische Behörden ihnen angeboten hatten. Einige Stunden später sei das Boot gekentert.

Bilder zeigen das völlig überfüllte Boot wenige Stunden, bevor es sank. Allein an Deck des verrosteten Fischkutters drängten sich bis zu 200 Menschen. Auszumachen sind ein weiteres Zwischendeck und der Rumpf.

Griechenlands Küstenwache sucht nach Bootsunglück Hunderte Vermisste Im Mittelmeer ist ein Fischkutter mit Hunderten Migranten an Bord gesunken. 104 Menschen ko....

Medienberichten zufolge handelt es sich bei den 104 geretteten Menschen ausschließlich um Männer. Die übrigen Passagiere, darunter nach Angaben der Überlebenden schwangere Frauen und viele Kinder, sollen sich unter Deck aufgehalten und beim schnellen Sinken des Boots keine Chance gehabt haben, sich nach draußen zu retten.

"An Deck des Schiffes waren die Menschen zusammengepfertcht, das Gleiche vermuten wir auch für den Innenraum", sagte ein Sprecher der Küstenwache dem Staatssender ERT. Griechenlands Staatspräsidentin Katerina Sakellaropoulou sagte: "Wir werden wohl nie erfahren, wie viele Menschen wirklich an Bord waren."

### **Küstenwache geht von Panik an Bord aus**

Bei dem Unglücksboot handelte es sich um ein bis zu 30 Meter langes stählernes Fischerboot. Nach Angaben der Geretteten war es von der libyschen Stadt Tobruk aus in See gestochen. Unter den Passagieren seien Menschen aus Syrien, Pakistan, Afghanistan und Ägypten gewesen. Die Überlebenden sollen nun in ein Flüchtlingslager nahe Athen gebracht werden. Zudem ist die Überführung der Toten nach Athen angelaufen, wie der Staatssender ERT berichtete. Dort sollen DNA-Proben genommen werden, um die Menschen zu identifizieren.

Als Ursache des Unglücks vermutet die Küstenwache eine Panik an Bord. Man habe das Boot nach der Kontaktaufnahme weiterhin beobachtet und plötzlich abrupte Bewegungen wahrgenommen, sagte der Sprecher. Dann sei der Kutter gekentert und schnell gesunken. Am Wetter habe es nicht gelegen. Das sei verhältnismäßig ruhig gewesen, hieß es.

Die Unglücksstelle liegt nahe der tiefsten Stelle im Mittelmeer, dem sogenannten Calypsotief, das rund fünf Kilometer bis zum Meeresboden reicht. Eine Bergung des Wracks dürfte damit so gut wie ausgeschlossen sein.

### **Schulze pocht auf legale Zuwanderungsrouten**

Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze (SPD) sprach gegenüber dem Sender Welt von der Notwendigkeit legaler Fluchtwege nach Europa. "Wenn man sich auf so eine Reise begibt über das Meer, unter solchen Bedingungen, dann muss man schon sehr verzweifelt sein." Deshalb sei es wichtig, legale Zuwanderung zu ermöglichen "für diejenigen, die zum Beispiel bei uns arbeiten wollen".

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen twitterte, sie sei zutiefst betrübt über die vielen Toten und sehr besorgt angesichts der Zahl der vermissten Menschen. "Wir müssen weiterhin mit den Mitgliedsstaaten und Drittländern zusammenarbeiten, um solche Tragödien zu verhindern."

Erst vergangene Woche hatten sich die Innenminister der EU-Staaten nach langen Verhandlungen darauf verständigt, dass die Asylverfahren in der EU wegen der Probleme mit illegaler Migration deutlich verschärft werden sollten. Unter anderem ist nun ein härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vorgesehen. Auch sollen Asylverfahren in Zukunft an den Außengrenzen der EU also unter anderem in Griechenland abgewickelt werden. Die Einigung muss noch vom EU-Parlament bestätigt werden.

**Load-Date:** June 15, 2023



## Wie die Aufnahme von Geflüchteten gelingen kann; Viele Kommunen fühlen sich bei der Aufnahme von Geflüchteten überfordert. Jetzt wollen sie den Kanzler treffen. Und: Die erste Schwarze Ministerin in Ostdeutschland

ZEIT-online

Mittwoch 1. Februar 2023 5:20 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Aufnahme von Geflüchteten; Ausg. 1

**Length:** 320 words

**Byline:** Constanze Kainz

### Body

---

Immer wieder wird gegen geplante Unterkünfte für **Geflüchtete** protestiert. So auch in der vergangenen Woche in Mecklenburg-Vorpommern. 700 Menschen versammelten sich vor dem Kreistag Grevesmühlen und brachten ihren Unmut über die geplante Unterkunft, auch Neonazis waren darunter. Ein Beispiel von vielen: Vom Deutschen Landkreistag heißt es nun, es seien kaum noch Kapazitäten für die **Geflüchteten** verfügbar. Im vergangenen Jahr kamen laut Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) etwas mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland. Gleichzeitig ist auch die Zahl der **Asylanträge** von Menschen aus anderen Ländern gestiegen. 217.774 Menschen beantragten 2022 zum ersten Mal in Deutschland **Asyl**, 2021 waren es noch 148.233. Was kann gegen die Überlastung der Kommunen getan werden? Simone Gaul, *Was-jetzt*-Host und Redakteurin im Ressort Gesellschaft, hat dazu recherchiert. Eine Idee: Algorithmen, die bei der Verteilung helfen und Kommunen und **Geflüchtete** zusammenbringen.

In Thüringen werden zwei Ministerposten der Grünen neu besetzt. Neben dem neuen Umwelt- und Energieminister Bernhard Stengele kommt auch eine neue Justizministerin ins Amt: Doreen Denstädt wird am heutigen Mittwoch vereidigt. Die 45-jährige war Polizeihauptkommissarin, nun wird sie Ministerin für Migration, Justiz und Verbraucherschutz. Denstädt wird damit die erste Schwarze Ministerin in Ostdeutschland sein. ZEIT-ONLINE-Autor Martin Debes hat sie getroffen.

Und sonst so? In vielen deutschen Städten wohnen arme und reiche Menschen direkt nebeneinander, oft nur getrennt durch einen Fluss oder Bahnhof. Das Datenteam von ZEIT ONLINE hat die Einkommensverteilung in Deutschland visualisiert.

*Moderation und Produktion: Constanze Kainz*

*Mitarbeit: Pauline Pieper, Christina Felschen*

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)

Wie die Aufnahme von Geflüchteten gelingen kann Viele Kommunen fühlen sich bei der Aufnahme von Geflüchteten überfordert. Jetzt wollen sie den Kanzler treffen. ....

**Load-Date:** February 1, 2023

---

End of Document

**"Wir bewältigen das nicht mehr"; Hunderte Kommunalpolitiker kommen auf Einladung der Union zusammen, um auf Probleme bei der Versorgung von Geflüchteten hinzuweisen. Mittendrin: Friedrich Merz.**

ZEIT-online

Donnerstag 30. März 2023 10:19 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingspolitik; Ausg. 1

**Length:** 970 words

**Byline:** Tim Neumann

## Body

---

Britta Pedersen

"Wir haben innerhalb eines Jahres 80 Wohnungen angemietet", sagt Nils Neuhäuser ins Mikro. Der Bürgermeister von Ilsede, einer kleinen Gemeinde im Landkreis Peine in Niedersachsen, steht gestikulierend in der großen Halle des Paul-Löbe-Hauses, in dem sonst Bundestagsausschüsse tagen. Neuhäuser berichtet von den Sorgen, die ihm die Unterbringung **Geflüchteter** in Ilsede bereitet. "Wir bekommen von der Bevölkerung den Hinweis, dass wir als Gemeinde aufhören sollen, den Wohnraum wegzumieten", sagt Neuhäuser. Er bekommt Applaus.

Um ihn herum sitzen gut 200 Bürgermeisterinnen und Landräte aus ganz Deutschland, die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Veranstaltung zur **Asylpolitik** eingeladen wurden und auch gekommen sind, die meisten von ihnen aus der Union. Dabei ist von vornherein klar: Es geht sicher nicht darum, die **Asylpolitik** der Ampel zu feiern.

### Hilferufe von den Kommunen

Die bekommt von SPD, Grünen und FDP derzeit nur wenig Aufmerksamkeit. Der Koalitionsstreit um die Klimaziele, der zwischenzeitlich sogar EU-Klimavereinbarungen zu platzen lassen drohte, hat das Thema weit an den Rand gedrängt. Dabei lag die Zahl der Asylanträge in den ersten zwei Monaten dieses Jahres bei 59.000. Aus Gemeinden und Landkreisen kommen Hilferufe. "Viele Städte sind bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zunehmend am Limit", sagt Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Münster. Auch in der Bevölkerung ist das Thema angekommen: Zwei Drittel der Menschen in Deutschland halten es einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zufolge für nötig, dass der Bund die Kommunen mehr unterstützt.

Zwar verhandelt die zuständige Innenministerin Nancy Faeser (SPD) derzeit in der EU über eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), um die sogenannte irreguläre Migration zu reduzieren, aber der Prozess verläuft schleppend und in der öffentlichen Diskussion kommt davon wenig an. Faesers Flüchtlingsgipfel mit den Kommunen im Februar war ohne große Ergebnisse geblieben, das nächste Treffen mit den Länderchefs

"Wir bewältigen das nicht mehr" Hunderte Kommunalpolitiker kommen auf Einladung der Union zusammen, um auf Probleme bei der Versorgung von Geflüchteten hinzuwei....

und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wurde für Ostern angekündigt. Mittlerweile ist klar, dass der Gipfel erst am 10. Mai stattfinden wird näher an Pfingsten als an Ostern.

In die Lücke, die die Ampelkoalition lässt, stößt die Union nur zu gern. Immer wieder bringen Unionspolitiker bis zu Parteichef Friedrich Merz selbst die Asylpolitik ins Gespräch. Zuletzt brachten CDU und CSU einen Antrag in den Bundestag ein, der es für Kommunen einfacher machen soll, Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Zuvor scheiterten sie mit einem Antrag zur "Reduzierung der illegalen Migration" an der Mehrheit der Ampelkoalition. In einem neuen Positionspapier wiederholt die Union unter anderem die alte Forderung, den Asylanspruch in "Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen" zu prüfen.

### **Autorität der Kommunalpolitiker**

Zu dieser Strategie gehört auch der Gipfel zur Asylpolitik. Merz nutzt die Autorität und auch den Frust der anwesenden Kommunalpolitiker, um sich als konservativer, besorgter Oppositionspolitiker zu inszenieren. "Wir wollen hier Lösungen haben, damit in diesem Land die Hilfsbereitschaft aufrechterhalten bleibt", sagt er. Man müsse das Thema so geschlossen wie möglich aus der politischen Mitte heraus lösen.

Der CDU-Chef hätte sich wohl wenig Schöneres wünschen als den Fakt, dass zumindest auch ein Sozialdemokrat unter den Kommunalpolitikern ist, die ihre Unzufriedenheit kundtun. Julian Christ, Bürgermeister des schwäbischen Gernsbach, meldet sich beim zentralen Programmpunkt "Offenes Mikrofon" und bekennt, er sei "nicht einverstanden mit dem Kurs, der aus Berlin gefahren wird." Er berichtet, wie er auf der Sitzung einer Bürgerversammlung verteidigte, Flüchtlinge in einem Hotel im kleinsten Ortsteil seiner Gemeinde unterzubringen. "Da ist man als Bürgermeister allein. Und da ist Stimmung im Haus", sagt Christ. Er fordert, dass Demokraten in der Flüchtlingspolitik zusammenarbeiten sollten. Genüßlich teilte die stellvertretende CDU-Chefin Serap Güler das Statement bei Twitter.

### **Schlechte Unterkünfte**

Auch Achim Brötel (CDU) beklagt, dass er keine Unterkünfte mehr bekomme. Er ist Landrat im Neckar-Odenwald-Kreis in Baden-Württemberg. "Warum machen wir nicht eine gigantische Investitionsoffensive im ländlichen Raum?", fragt er. Immer wieder erzählen auch andere Kommunalpolitiker, wie schlecht vielerorts Flüchtlinge untergebracht sind und wie schwierig es sei, überhaupt Unterkünfte zu finden.

"Wir müssen feststellen: Wir bewältigen das nicht mehr", beginnt Ingo Mehner (CSU), Bürgermeister von Bad Tölz in Oberbayern, er hat seine Wortmeldung auf Karteikarten vorbereitet. "Wir müssen feststellen: Wir schaffen es von Monat zu Monat schlechter." Es sei eine Frage der Zeit, bis die ehrenamtlichen Tafeln nicht mehr arbeitsfähig seien, die Nachfrage sei zu groß. Man sei natürlich froh, wenn man mehr Geld bekomme. "Aber wir brauchen nicht nur mehr Geld, wir brauchen Steuerung und Rückführung." Es sind auch durchaus härtere Töne zu hören, Forderungen nach Abschiebehaft oder Erzählungen von verurteilten Straftätern, die nach Verbüßung ihrer Strafe ein weiteres Mal ins Land gekommen seien.

### **Unkommentiert hingenommen**

Die Spitzen von CDU und CSU hören zu, lassen die meisten Äußerungen unkommentiert stehen. Nur selten ordnet Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, einzelne Aussagen ein. Mehr ist auch nicht nötig: Die 23 Bürgermeisterinnen und Landräte, die sich zu Wort melden, nennen genau jene Punkte, die die Unionsspitze zu hören gehofft hatte. "Was sie uns hier heute gesagt haben, bestärkt uns in unserer Absicht, das Thema voranzubringen", sagt Merz in seinem Schlusswort. Konkrete, inhaltliche Ergebnisse hat der Kommunalgipfel nicht. Doch das war wohl auch gar nicht das Ziel.

"Wir bewältigen das nicht mehr" Hunderte Kommunalpolitiker kommen auf Einladung der Union zusammen, um auf Probleme bei der Versorgung von Geflüchteten hinzuwei....

---

End of Document

**250.000 Menschen nutzten seit Jahresbeginn gefährliche Migrationsroute;  
Das Dschungelgebiet Darién zwischen Kolumbien und Panama gilt als  
gefährlich. Bis Ende Juli durchquerten es mehr Menschen in Richtung  
Norden als im Gesamtjahr 2022.**

ZEIT-online

Dienstag 1. August 2023 7:02 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Darién-Dschungel; Ausg. 1

**Length:** 354 words

**Byline:** Ulrike Tschirner

## Body

---

John Moore

**Migranten** marschieren im Oktober 2021 in der Nähe von Las Tekas, Kolumbien, von einem Basislager in Richtung Dschungel, während sie die berühmte Darién Gap auf ihrem Weg in die Vereinigten Staaten durchqueren.

Die Zahl der Migranten im Grenzgebiet zwischen Kolumbien und Panama ist seit Jahresbeginn deutlich gestiegen. In den ersten sieben Monaten des Jahres hätten fast eine Viertelmillion Menschen in Lateinamerika den gefährlichen Darién-Dschungel in Richtung Norden durchquert, sagte die Vizechefin von Panamas Migrationsbehörde, María Isabel Saravia. Das seien bereits jetzt mehr als im Gesamtjahr 2022.

Den Angaben zufolge registrierten die Behörden in Panama seit Jahresbeginn 248.901 Migranten. Etwa 21 Prozent von ihnen seien Kinder und Jugendliche, die Mehrheit davon nicht älter als fünf Jahre. 2022 waren im gesamten Jahr 248.284 Migranten gezählt worden.

Die Route durch den Darién-Dschungel auch Darién-Gap genannt ist eine knapp 100 Kilometer lange Strecke von Kolumbien nach Panama. Sie ist nur schwer passierbar, aber die einzige Landroute von Südamerika nach Norden. Der Weg zu Fuß nimmt etwa eine Woche in Anspruch. Das Terrain ist unwegsam, teilweise gebirgig, teilweise sumpfig. Es gibt keine Straßen, kaum Nahrungsmittel oder Hütten, die Schutz bieten. Die Migranten sind Kriminellen und frei lebenden Tieren ausgesetzt. Nach UN-Angaben entwickelt sich der Darién-Dschungel immer mehr zu einer zentralen Flüchtlingsroute Richtung USA.

### **Zahlreiche Migranten stammen aus Venezuela**

Der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge starben dort im vergangenen Jahr mindestens 36 Menschen. Die Dunkelziffer dürfte höher sein, da die meisten Todesfälle wohl nicht erfasst werden.

250.000 Menschen nutzten seit Jahresbeginn gefährliche Migrationsroute Das Dschungelgebiet Darién zwischen Kolumbien und Panama gilt als gefährlich. Bis Ende Ju....

Es ist das dritte Jahr in Folge, in dem die Zahl der Durchquerungen durch Migranten deutlich ansteigt. Im vergangenen Jahr waren es nahezu doppelt so viele wie 2021. Die meisten Menschen, die sich auf den Weg Richtung USA machen, stammen aus Venezuela. Außerdem kommen viele aus Ecuador und anderen südamerikanischen Ländern, aus Karibikstaaten wie Haiti sowie auch aus Afrika und anderen Kontinenten.

**Load-Date:** August 1, 2023

---

End of Document

## **EU-Gipfel endet ohne gemeinsame Erklärung zur Migration; China, Ukraine, Migration: Polen und Ungarn blockieren eine gemeinsame Linie beim EU-Gipfel. Bundeskanzler Olaf Scholz spricht trotzdem von "Fortschritten".**

ZEIT-online

Freitag 30. Juni 2023 1:03 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** EU-Gipfel; Ausg. 1

**Length:** 762 words

**Byline:** Alena Kammer

### **Body**

---

Der EU-Gipfel in Brüssel ist mit dem Vorhaben gescheitert, eine gemeinsame Erklärung zum umstrittenen Thema **Migration** zu verabschieden. Stattdessen wollte EU-Ratspräsident Charles Michel nun einen eigenen Text veröffentlichen, wie ein EU-Beamter mitteilte. Polen und Ungarn verhinderten bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs eine geschlossene Linie.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach nach dem EU-Gipfel auf einer Pressekonferenz weiter von einem "großen Durchbruch für die solidarische Zusammenarbeit im Umgang mit Fluchtmigration in Europa". Er erwarte, dass die Europäische Union eine gemeinsame und für alle verbindliche **Migrationspolitik** beschließen wird.

Aus seiner Sicht müssten irreguläre Migration begrenzt und zugleich reguläre Migrationsangebote gemacht werden, sagte Scholz. Natürlich gehe so etwas nie ohne Kompromisse. Dass dies nicht alle Mitgliedsstaaten so sähen wie die große Mehrheit in der Gemeinschaft, sei klar. Es gehöre dazu, dass dies diskutiert werde, "und das hat sich im (Europäischen) Rat auch zugetragen".

Die Regierungen in Warschau und Budapest wehrten sich bei dem zweitägigen Gipfel gegen den Asylkompromiss der EU-Innenminister von Anfang Juni. Danach sollen beide Staaten 20.000 Euro für jeden Geflüchteten zahlen, den sie nicht von Ankunftsändern wie Italien oder Griechenland übernehmen.

#### **De Croo bedauert Scheitern**

Polen beharrte nach den Worten von Regierungschef Mateusz Morawiecki auf einer Klarstellung durch den EU-Gipfel, "dass das Verfahren (der Umverteilung der Flüchtlinge) freiwillig bleibt". Das lehnten die anderen EU-Länder jedoch ab.

Scholz zeigte sich angesichts der Drohung aus Polen und Ungarn nicht besorgt. Deutschland hoffe weiter auf Verbesserungen im Gesetzgebungsverfahren. Wichtig sei, dass die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament nun zügig abgeschlossen würden. Er gehe davon aus, dass dies anschließend auch von allen Ländern umgesetzt werde, sagte Scholz.



EU-Gipfel endet ohne gemeinsame Erklärung zur Migration China, Ukraine , Migration: Polen und Ungarn blockieren eine gemeinsame Linie beim EU-Gipfel. Bundeskanz....

Der belgische Regierungschef Alexander De Croo nennt das Scheitern einer gemeinsamen Erklärung hingegen "bedauerlich" und nannte das Vorgehen "außergewöhnlich". Er verwies aber auf einen ähnlichen Fall 2017, als sich die Mitgliedsländer ebenfalls nicht hätten einigen können.

### **EU betont Interesse an stabilen Beziehungen zu China**

Anders als beim Thema Migration gebe es beim Thema China einen breiten Konsens, sagte Scholz. Der EU will zwar Abhängigkeiten von China reduzieren, sieht das Land aber gleichzeitig weiter als Partner an. Das geht aus der auf dem EU-Gipfel beschlossenen Erklärung hervor. "Trotz ihrer unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme haben die EU und China ein gemeinsames Interesse an konstruktiven und stabilen Beziehungen", heißt es in dem von den 27 EU-Staats- und Regierungschefs beschlossenen Text. Es bleibe beim Ansatz, dass China gleichzeitig Partner, Konkurrent und systemischer Rivale sei.

Man wolle mit China zusammenarbeiten, um globale Herausforderungen zu bewältigen. Die EU "ermutigt" China, ehrgeizigere Maßnahmen in den Bereichen Klimawandel und biologische Vielfalt, Gesundheit und Pandemievorsorge, Ernährungssicherheit, Katastrophenschutz, Schuldenerlass und humanitäre Hilfe zu ergreifen. Zugleich pocht die Union auf faire Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Man müsse in den Lieferketten Risiken abbauen und diversifizieren, "wo nötig und angemessen". "Die EU hat nicht die Absicht, sich abzukoppeln oder sich nach innen zu wenden", heißt es zur Debatte über ein sogenanntes Decoupling.

China wird zudem als ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied aufgefordert, Russland dazu zu drängen, den Angriffskrieg in der Ukraine zu beenden und die Truppen "unverzüglich, vollständig und bedingungslos" aus der Ukraine abzuziehen. Zudem bekräftigt die EU ihre Besorgnis über wachsende Spannungen in der Straße von Taiwan.

### **EU-Länder wollen russische Vermögenswerte für die Ukraine nutzen**

Die EU-Staaten einigten sich außerdem grundsätzlich auf eine Methode, eingefrorene russische Vermögenswerte für die Ukraine zu nutzen. De Croo sagte, es gebe einen "politischen Konsens" für eine Sondersteuer auf die Zinsgewinne aus diesen Vermögenswerten. Nach Schätzungen könnten so "drei Milliarden Euro pro Jahr für den Wiederaufbau der Ukraine genutzt werden", sagte De Croo. Die Staats- und Regierungschefs beauftragten die EU-Kommission, die Einzelheiten auszuarbeiten.

Scholz dämpfte derweil die Hoffnung auf eine schnelle Nutzung der Werte. "Das ist alles furchtbar kompliziert", sagt er. "Niemand weiß gegenwärtig, was überhaupt geht." Deshalb habe man die EU-Kommission gebeten, dies zu prüfen.

**Load-Date:** June 30, 2023

**EU kündigt erste Millionenzahlung an Tunesien an; Tunesien soll mit EU-Geldern Migranten davon abhalten, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Die ersten 127 Millionen Euro sollen jetzt überwiesen werden.**

ZEIT-online

Freitag 22. September 2023 2:21 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migrationspakt; Ausg. 1

**Length:** 209 words

**Byline:** Anja Keinath

## Body

---

Im Rahmen des **Migrationspakts** zwischen der Europäischen Union und Tunesien hat die EU die Zahlung erster Finanzhilfen angekündigt. Diese erste Tranche in Höhe von 127 Millionen Euro werde in den kommenden Tagen auf den Weg gebracht, sagte eine EU-Kommissionssprecherin in Brüssel.

67 Millionen Euro sind für den Kampf gegen Schleuser vorgesehen, die restlichen 60 Millionen Euro sollen das wirtschaftlich angeschlagene Land stärken.

Ziel des Migrationspaktes sei eine "enge Kooperation zwischen der EU und Tunesien und ein hartes Durchgreifen gegen illegale Schleuser-Netzwerke", sagte Kommissionssprecherin Ana Pisonero. Zudem soll Tunesien Migranten davon abhalten, in Flüchtlingsboote nach Europa zu steigen und sie in ihre Heimatländer zurückführen.

Mitte Juli hatten die EU-Kommission und Tunesien eine Absichtserklärung für eine engere Partnerschaft unterzeichnet. Die EU hat Tunesien dabei unter anderem insgesamt 105 Millionen Euro für den Grenzschutz zugesagt.

Der Migrationspakt ist umstritten. Die EU-Sprecherin versicherte zwar, dass dabei "internationales Recht" geachtet werde, doch Menschenrechtsgruppen kritisieren die Zusammenarbeit und werfen der EU ein "schmutziges Geschäft" mit dem autoritär regierten Tunesien vor.

**Load-Date:** September 22, 2023

**Landkreistag fordert mehr Hilfen bei Flüchtlingsunterbringung; Der Präsident des Landkreistages will vom Bund Unterkünfte für den Katastrophenschutz für Flüchtlinge. Hessens Ministerpräsident fordert mehr Abschiebungen.**

ZEIT-online

Sonntag 12. März 2023 12:12 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 391 words

**Byline:** Ferdinand Otto

## Body

---

Patrick Pleul

Angesichts der zuletzt gestiegenen Zahlen von **Flüchtlingen** aus der Ukraine und anderen Ländern appellieren Kommunen und Länder erneut an den Bund. Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, verlangt mehr Hilfe für die Unterbringung von **geflüchteten** Menschen. "Geprüft werden sollte, ob Bund und Länder gemeinsam Unterkunftsmöglichkeiten finanzieren können, die vorrangig für Zwecke des Katastrophenbeziehungsweise Zivilschutzes errichtet werden", sagte Sager dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Diese könnten in der aktuellen Situation für die Unterbringung von **Flüchtlingen** genutzt werden.

Auch nationale Ankunftscentren in der Verantwortung des Bundes sollten nach seinen Worten in Erwägung gezogen werden. Parallel müssten die Länder ihre Erstaufnahmekapazitäten ausbauen und sicherstellen, dass Asylsuchende ohne Bleibeperspektive nicht auf die kommunale Ebene weiterverteilt würden. "Wir benötigen zudem Entlastung durch die Rückführung derjenigen, die ausreisepflichtig sind. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Rückführungsoffensive muss sofort initiiert werden", sagte Sager.

Damit bezog er sich auf den Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP. Darin heißt es: "Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern."

Ähnlich sieht das der Ministerpräsident von Hessen, Boris Rhein (CDU). Er verlangt vom Bund deutlich mehr Anstrengungen, um mehr abgelehnte Asylbewerber abschieben zu können. Die Rückführung sei zwar Sache der Bundesländer. "Praktisch sind uns aber die Hände gebunden", sagte Rhein dem Portal *t-online*. "Hessen kann nicht mit den Herkunftsstaaten verhandeln, die die Rücknahme verweigern oder verkomplizieren. Das ist die Aufgabe der Bundesregierung."

Landkreistag fordert mehr Hilfen bei Flüchtlingsunterbringung Der Präsident des Landkreistages will vom Bund Unterkünfte für den Katastrophenschutz für Flüchtli....

Die Menschen, die kein Aufenthaltsrecht in Deutschland hätten, müssten zurück in ihre Heimat. "Das betrifft mehr als 304.000 Personen in Deutschland."

Bei einem Gipfel im Februar hatten Bund, Länder und Kommunen eine bessere Abstimmung zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vereinbart. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte damals, über mögliche zusätzliche Finanzhilfen des Bundes zur Bewältigung der Aufgaben werde es um Ostern weitere Gespräche geben.

**Load-Date:** March 12, 2023

---

End of Document

**Asylverfahren dauerten 2022 länger als im Jahr zuvor; 7,6 Monate mussten Asylsuchende 2022 durchschnittlich auf einen Bescheid warten. In der Bevölkerung hat das Recht auf Asyl einer Umfrage zufolge an Rückhalt verloren.**

ZEIT-online

Donnerstag 23. März 2023 6:06 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Zuwanderung; Ausg. 1

**Length:** 535 words

**Byline:** David Rech

## Body

---

Jan Woitas

Blick auf eine Gemeinschaftsunterkunft für **Flüchtlinge** in Leipzig, aufgenommen im September 2022

Menschen, die in Deutschland **Asyl** beantragen, mussten 2022 länger auf einen Bescheid warten als noch ein Jahr zuvor. Im vergangenen Jahr betrug die durchschnittliche Dauer von **Asylverfahren** 7,6 Monate einen Monat mehr als 2021. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linkenabgeordneten Clara Bünger hervor, die der *Neuen Osnabrücker Zeitung* vorliegt. Grund dafür dürften unter anderem die steigenden **Asylbewerberzahlen** sein.

Damit waren die Ämter in etwa so schnell wie vor der Corona-Pandemie. Im Jahr 2018 lag der Wert bei 7,5 Monaten. Danach war die Durchschnittsdauer bis zum Jahr 2020 auf 8,3 Monate gestiegen, weil die Ämter wegen der Corona-Pandemie langsamer arbeiteten und zeitweilig gar keine Bescheide zugestellt wurden. Nach EU-Recht sollten Asylverfahren in der Regel innerhalb von sechs Monaten beendet werden.

Wie lange Bewerberinnen und Bewerber im vergangenen Jahr auf eine Entscheidung warten mussten, hing mit ihrem Herkunftsland zusammen. Im Durchschnitt dauerten die Verfahren am längsten bei Asylsuchenden aus Nigeria (12,3 Monate), Somalia (11,1 Monate) und Ghana (10,7 Monate). Menschen aus Afghanistan bekamen, trotz hoher Erfolgsaussichten, erst nach durchschnittlich 9,1 Monaten ihren Bescheid.

### **Regional gibt es große Unterschiede**

Auch regional innerhalb Deutschlands gibt es deutliche Unterschiede. So dauern im niedersächsischen Bad Fallingb. etwa Verfahren von Asylsuchenden aus dem Irak 30,4 und aus Afghanistan 51,8 Monate, während der Bundesdurchschnitt hier bei 8,6 und 9,1 Monaten liegt.

Asylverfahren dauerten 2022 länger als im Jahr zuvor 7,6 Monate mussten Asylsuchende 2022 durchschnittlich auf einen Bescheid warten. In der Bevölkerung hat das....

Wenn sich Asylsuchende juristisch gegen die Asylentscheidung wehren und klagen, dauerten Asylgerichtsverfahren 2022 im Schnitt 26 Monate. Auch hier gab es große Differenzen in den Bundesländern. Gerichte in Rheinland-Pfalz entschieden mit im Schnitt 5,9 Monaten am schnellsten. Überdurchschnittlich lange dauerten Verfahren in Brandenburg (43,4 Monate), Hessen (33,9 Monate) und Niedersachsen (32,3 Monate).

Das Recht auf Asyl hat einer Umfrage zufolge in Deutschland allgemein an Rückhalt verloren. Laut einer repräsentativen Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* halten nur noch 39 Prozent der Bevölkerung das Asylrecht in seiner aktuellen Form für gut. Im Jahr 2017 waren es demnach noch 52 Prozent. 49 Prozent finden, das Recht auf Asyl müsste eingeschränkt werden; 2017 waren es 39 Prozent.

### **Mehr Schutzsuchende als noch 2022**

Der Umfrage zufolge sieht nur ein Fünftel der Befragten Deutschland derzeit dazu in der Lage, noch mehr Geflüchtete aufzunehmen. 59 Prozent halten dies nicht für möglich, in Ostdeutschland sind es sogar 69 Prozent. 39 Prozent der Befragten bereitet die Flüchtlingssituation in Deutschland laut Umfrage Sorgen, neun Prozentpunkte mehr als noch im vergangenen Jahr.

Die Zahl von in Deutschland Schutzsuchenden war zuletzt gestiegen. In diesem Februar gingen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 26.149 Asylanträge ein. Im Februar 2022 waren es 13.915.

**Load-Date:** March 23, 2023

**"Die Grünen stehen auf der Bremse"; Die Ampelregierung habe keine Vorstellung, wie die Migrationskrise auf die Bevölkerung wirke, sagt die CDU-Abgeordnete Serap Güler. Die Grünen sind für sie "Blockierer".**

ZEIT-online

Mittwoch 27. September 2023 2:34 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Serap Güler; Ausg. 1

**Length:** 1143 words

**Byline:** Mariam Lau

## Body

---

Die CDU-Politikerin Serap Güler war von 2017 bis 2021 Staatssekretärin für Integration in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Seit 2021 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages.

ZEIT ONLINE: Frau Güler, am Freitag hat die Union der Bundesregierung einen **Migrationspakt** angeboten, notfalls, so Ihr Parteichef Friedrich Merz, ohne die Grünen. Spekulieren Sie ernsthaft auf so etwas wie eine Deutschlandkoalition?

Serap Güler: Es geht gerade nicht um Koalitionen, sondern um gemeinsame Lösungen. Aber hinter vorgehaltener Hand sagt uns die SPD - die FDP sagt es ganz offen -, dass die Grünen im Bundestag die Blockierer sind. Auch in Europa sind sie es. Was Außenministerin Annalena Baerbock jetzt beispielsweise gegen die Krisenverordnung der gemeinsamen **Asylregeln** gesagt hat - die vorsieht, dass jemand notfalls länger in den Zentren an der Außengrenze festgehalten werden kann -, das ist wirklich ein grünes Alleinstellungsmerkmal, alle anderen sind dafür. Die Grünen stehen auf der Bremse, was sichere Herkunftsländer, Grenzkontrollen oder Sachleistungen betrifft.

Und es stimmt: Einzelnen werden diese Maßnahmen keinen großen Unterschied machen - aber im Paket eben schon; Dänemark oder Österreich haben es ja vorgemacht. Im Vergleich zu dem, was hier auf uns zukommt, war der Streit um das Heizgesetz oder die Kindergrundsicherung ein laues Lüftchen. Allen Demokraten muss doch klar sein, dass wir jetzt hier gemeinsam Verantwortung übernehmen müssen.

ZEIT ONLINE: Auch in den Jahren der unionsgeführten Bundesregierungen ist es nicht gelungen, die Zahl der illegal Zugewanderten merklich zu reduzieren. Was soll jetzt den Unterschied machen?

Güler: Also mit dem EU-Türkei-Pakt hatten wir zumindest ein Modell, das ein paar Jahre lang sehr gut funktioniert und die Zahlen gesenkt hat. Dann hat die Türkei gesagt, Europa hält sich nicht an die Vereinbarungen: Es gab die versprochenen Visaerleichterungen nicht, und irgendwann floss auch kein Geld mehr. Jetzt schicken wir uns an, mit den Maghreb-Staaten Abkommen zu schließen. Dafür sind sie also gut genug - aber wir können sie nicht als sichere Herkunftsländer anerkennen? Das verstehe ich nicht.

"Die Grünen stehen auf der Bremse" Die Ampelregierung habe keine Vorstellung, wie die Migrationskrise auf die Bevölkerung wirke, sagt die CDU-Abgeordnete Serap ....

ZEIT ONLINE: Am Montag ist ein Bund-Länder-Treffen ergebnislos zu Ende gegangen. Was war da los?

Güler: Der Bund hatte ursprünglich Mittel von 3,4 Milliarden Euro zugesagt. Da hatten alle schon gesagt, das sei viel zu wenig. 2016 hat der Bund noch 40 Prozent der Kosten für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge für die Länder übernommen, jetzt sind wir noch bei 19 Prozent, obwohl die Zahlen höher sind. Und die Ukrainer müssen ja auch irgendwie versorgt werden. Die werden immer großzügig rausgerechnet, aber warum eigentlich? Die Zahlen sind also höher, die Kosten, die der Bund übernimmt, sind heute schon mit den 3,4 Milliarden weniger. Und in dieser Lage hat der Bund nun angekündigt, die Übernahme der Kosten um die Hälfte zu reduzieren. Künftig soll es nur noch jährlich 1,7 Milliarden geben. Da waren die Länder einfach sprachlos, und zwar alle; ich habe keins gehört, das die Entscheidung gut fand.

ZEIT ONLINE: Was erwarten Sie vom Bund?

Güler: Die Lage ist doch die: Ungefähr 50 Prozent der Menschen, die bei uns einen Antrag stellen, sind gar nicht schutzbedürftig. Könnten wir uns vielleicht mal auf die konzentrieren? Da helfen verschiedene Maßnahmen. Wir wollen weitere Grenzkontrollen. Das würde vor allem den Schleppern das Leben schwer machen. Allein im letzten Jahr sind an der bayerisch-österreichischen Grenze 17.000 Menschen nicht reingelassen worden. Hinzu kommt: Deutschland ist aus vielerlei Gründen attraktiv, auch wegen der Sozialleistungen. Da muss man die Länder motivieren, auf eine Digitalisierung der Prozesse und stärker auf Sachleistungen zu setzen. Das Tragische ist, dass die Plätze, die wir für Leute in Not brauchen, belegt werden von denen, die gar keinen Schutz nötig hätten.

ZEIT ONLINE: Aber noch einmal: auch Ihnen sind Abschiebungen nicht wirklich gelungen. Wie kann man das ändern?

Güler: Wir haben de facto 16 verschiedene Systeme von Abschiebungen in Deutschland, das muss stärker zentralisiert und vereinheitlicht werden. Das muss die Bundespolizei zukünftig hauptsächlich machen.

ZEIT ONLINE: Auch Ihre unionsgeführte Landesregierung in NRW hat einen Brandbrief von 400 Bürgermeistern bekommen. Sie fühlen sich vom Land im Stich gelassen. Ein legitimer Vorwurf?

Güler: Die Kommunen gehen halt auf dem Zahnfleisch. Sie stellen natürlich ihre Forderungen an die nächsthöhere Instanz, die sie dann an den Bund weitergibt. NRW ist das Land, das die meisten Flüchtlinge aufnimmt nach dem Königsteiner Schlüssel. Und dass der Bund nicht bereit ist, noch eine Schippe draufzulegen, sondern genau das Gegenteil macht, lässt einen hoffnungslos zurück. Wie soll man diese Aufgabe, diese Mammutaufgabe stemmen? Ich will mir gar nicht ausmalen, was geschieht, wenn das Geld aufgebraucht ist.

ZEIT ONLINE: Sie waren selbst lang in NRW für Integration zuständig. Wie erleben Sie das Miteinander von Flüchtlingen aus der Ukraine und denen aus dem Mittleren Osten?

Güler: Gerade habe ich mit ein paar Kolleginnen über unsere Besuchergruppen gesprochen. Da kamen in letzter Zeit sehr viele Schüler. Und in jeder Gruppe war einer mit Migrationsgeschichte, der fragte: Wieso behandeln wir die Syrer so schlecht und die Ukrainer so gut? Das stimmt so natürlich nicht, aber das Gefühl der Schlechterstellung ist da. Wir versuchen dann zu erklären, dass es da eine andere Regelung von Anfang an auf europäischer Ebene gab und dass hier ein Krieg auf unserem Kontinent stattfindet, wir als Nachbar noch mal eine andere Verantwortung tragen wie damals vielleicht die Türkei. Aber die Syrer entgegneten uns dann: Wir mussten hier für alles kämpfen, die kriegten alles so vorgesetzt - das führt schon zu Unmut.

Auch von alteingesessenen Migranten wie der großen türkischen Community kriegen wir richtige Vorwürfe. Die beschwerten sich, dass sie, wenn sie jemanden aus der Türkei heiraten und nachholen wollten, erst mal eine ausreichend große Wohnung, eine Sozialversicherung und sonst was nachholen müssen - die Flüchtlinge aber nicht.

ZEIT ONLINE: Wie reagiert die Community politisch?



"Die Grünen stehen auf der Bremse" Die Ampelregierung habe keine Vorstellung, wie die Migrationskrise auf die Bevölkerung wirke, sagt die CDU-Abgeordnete Serap ....

Güler: Schauen Sie sich mal die Deutschlandkarte mit den AfD-Hochburgen an. Und siehe da: Duisburg ist ganz vorne dabei. Da sind eben viele Migranten, die jetzt die AfD wählen würden - wegen der Migrationskrise generell. Sie sagen: Wir haben keinen Bock mehr auf die Zuwanderer. Ich hab ein Unternehmen gebaut und die machen mir hier alles kaputt. Demnächst will die Ampel ja noch einen draufsetzen mit dem erleichterten Familiennachzug. Ich frage mich wirklich manchmal, ob diejenigen, die gerade Verantwortung tragen, eigentlich noch mitkriegen, was in diesem Land passiert.

Sina Schuldt      Serap Güler, Bundestagsabgeordnete der CDU      Sina Schuldt      Serap Güler,  
Bundestagsabgeordnete der CDU

**Load-Date:** September 27, 2023

---

End of Document

**Zahl der Migranten an US-Grenze geht deutlich zurück; Seit dem Ende der Asylbeschränkungen treffen laut US-Heimatschutzministerium täglich etwa 5.000 Migranten an der Grenze ein. Das sei halb so viel wie in der Vorwoche.**

ZEIT-online

Dienstag 16. Mai 2023 12:59 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** USA; Ausg. 1

**Length:** 318 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Mario Tama

Einwanderer, die in den USA Asyl suchen und in einem provisorischen Lager zwischen den USA und Mexiko festsitzen, an der amerikanischen Grenzmauer.

Seit Auslaufen von im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erlassenen Asylbeschränkungen in der vergangenen Woche versuchen deutlich weniger Migranten, die USA zu erreichen. Die Zahl der Menschen, die von Grenzbeamten an der südlichen Grenze aufgegriffen worden sind, sei im Vergleich zur Vorwoche um 50 Prozent gesunken, teilte das Heimatschutzministerium am Montag mit. Blas Nuñez-Neto, Abteilungsleiter im Ministerium, berichtete von etwas weniger als 5.000 Menschen pro Tag, die seit Ende der Abschiebepaxis an der Grenze angetroffen worden seien.

Die als Titel 42 bekannten, nun ausgelaufenen Maßnahmen sahen die rasche Zurückweisung von Migranten unter Verweis auf den Schutz vor einer Corona-Ausbreitung vor. Eingeführt worden war die Regelung unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump im März 2020.

"Es ist noch zu früh, um konkrete Schlussfolgerungen zu ziehen. Wir beobachten genau, was passiert. Wir sind zuversichtlich, dass der Plan, den wir in der gesamten US-Regierung entwickelt haben, um gegen diese Ströme vorzugehen, mit der Zeit funktionieren wird", sagte Nuñez-Neto. Der Leiter des US-Grenzschutzes, Raul Ortiz, teilte am Montag auf Twitter mit, dass seine Agenten in den vergangenen 72 Stunden 1.752 Personen aufgegriffen hätten; das sind durchschnittlich 4.917 pro Tag.

Seit der Nacht zum vergangenen Freitag werden Migranten sofort abgewiesen, die sich vor dem Grenzübertritt nicht online oder in einem Transitland angemeldet haben. Wer es illegal versucht, darf fünf Jahre lang nicht mehr einreisen und muss mit einer Anzeige rechnen. Weil es solche Konsequenzen unter der bisherigen hoch umstrittenen Abschieberegulation nicht gab, hatten bis Donnerstag noch Zehntausende versucht, irgendwie über die Grenze zu gelangen.

Zahl der Migranten an US -Grenze geht deutlich zurück Seit dem Ende der Asylbeschränkungen treffen laut US  
-Heimatschutzministerium täglich etwa 5.000 Migranten....

**Load-Date:** May 16, 2023

---

End of Document

**Vorwürfe gegen US-Grenzschutz nach Tod einer Achtjährigen; Nach dem Tod eines Mädchens in Gewahrsam des US-Grenzschutzes kritisieren die Eltern die Behörden. Die Beamten hätten Warnungen zur Gesundheit des Mädchens ignoriert.**

ZEIT-online

Montag 22. Mai 2023 4:41 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** US-Flüchtlingspolitik; Ausg. 1

**Length:** 382 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Mario Tama

Immigrants seeking asylum in the U.S., who are stuck in a makeshift camp amongst the border walls between the U.S. and Mexico, look through the border wall on May 13, 2023 in San Diego, California. Some of the hundreds of migrants at the open-air camp have been waiting for days in limbo for a chance to plead for asylum, as local volunteer groups are providing food and other necessities. The U.S. government's Covid-era Title 42 policy, which for the past three years had allowed for the quick expulsion of irregular migrants entering the country, expired in the evening on May 11th.

Ein achtjähriges Mädchen hat vor seinem Tod im Gewahrsam von US-Grenzschützern in der vergangenen Woche mehrfach medizinische Hilfe erhalten. Das Kind sei am Tag seines Todes mindestens dreimal auf medizinisches Personal getroffen, teilten Vertreter der Einwanderungsbehörden mit. Dabei klagte das Kind demnach über Erbrechen, Bauchschmerzen und erlitt offenbar einen Krampfanfall, ehe es in ein Krankenhaus gebracht wurde.

Die Mutter des Kindes hatte der Nachrichtenagentur AP zuvor gesagt, dass Grenzschützer ihre Bitten mehrfach ignoriert hätten, das medizinisch zerbrechliche Kind, das eine Historie von Herzproblemen und Zellanämie hatte, ins Krankenhaus zu bringen. Das Kind, dessen Eltern aus Honduras stammen, kam in Panama mit einem angeborenen Herzfehler zur Welt. "Sie weinte und bettelte um ihr Leben und sie haben sie ignoriert. Sie haben nichts für sie getan", sagte Mabel Alvarez Benedicks, die Mutter des Mädchens namens Anadith. Die ganze Familie war in einer Haftanstalt in der Stadt Harlingen in Texas in Gewahrsam genommen worden.

Der Zoll- und Grenzschutz teilte mit, er habe von der Krankengeschichte des Kindes gewusst, als vier Tage vor dessen Tod am vergangenen Mittwoch eine Grippebehandlung aufgenommen worden sei. Der geschäftsführende Leiter des Zoll- und Grenzschutzes, Troy Miller, sagte, seine Behörde warte auf die Ergebnisse eines internen Ermittlungsverfahrens. Er habe aber verschiedene Schritte eingeleitet, um sicherzustellen, dass medizinisch vulnerable Menschen im Gewahrsam der Grenzschützer angemessene Behandlung erhielten. Es müsse

Vorwürfe gegen US -Grenzschutz nach Tod einer Achtjährigen Nach dem Tod eines Mädchens in Gewahrsam des US -Grenzschutzes kritisieren die Eltern die Behörden. D....

sichergestellt werden, dass Betroffene die bestmögliche Behandlung erhielten und nur so kurz wie möglich im Gewahrsam seien.

**Load-Date:** May 22, 2023

---

End of Document

**Tunesiens Präsident will keine "Almosen" von der EU; Tunesien soll mit EU-Geldern Migranten davon abhalten, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Doch der Präsident lehnt die Auszahlung des "lächerlichen Betrags" nun ab.**

ZEIT-online

Dienstag 3. Oktober 2023 8:57 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migrationspakt; Ausg. 1

**Length:** 448 words

**Byline:** David Gutensohn

## Body

---

Der tunesische Präsident Kais Saied hat im Namen seines Landes die Millionenhilfen der Europäischen Union für sein Land als "Almosen" zurückgewiesen. Tunesien sei zur Zusammenarbeit bereit, nehme aber keine "Gefälligkeit" an, "wenn sie respektlos ist", sagte Saied. Folglich lehne Tunesien ab, "was in den letzten Tagen von der EU angekündigt wurde".

Das im Juli unterschriebene Migrationsabkommen zwischen der EU und Tunesien soll die Zahl der aus Afrika nach Europa kommenden Flüchtlinge verringern. Tunesien ist zusammen mit Libyen der Hauptstartpunkt für die Geflüchteten, die über das Mittelmeer in die Europäische Union kommen wollen. Dem Abkommen sind wochenlange Gespräche und die EU-Zusage vorausgegangen, Tunesien mit insgesamt einer Milliarde Euro zu unterstützen. Die Auszahlungen sind größtenteils an wirtschaftliche Reformen geknüpft.

### **Tunesien wegen Mittelkürzung verärgert**

Mitte September hat die EU dann angekündigt, den Betrag zu kürzen, was für Frustration bei der tunesischen Regierung sorgte. Diese kämpft aktuell um die Sanierung der Staatsfinanzen. Ratingagenturen befürchten, dass Tunesien in den kommenden Monaten seine Auslandsschulden nicht zurückzahlen kann.

Die Behörden in Brüssel haben Ende September verkündet, "schnell" mit der Auszahlung der im Rahmen des Abkommens vorgesehenen Mittel beginnen zu wollen. Demnach sollen von den für den Kampf gegen illegale Einwanderung vorgesehenen 105 Millionen Euro rund 42 Millionen Euro zeitnah zugeteilt werden. Hinzu kommen 24,7 Millionen Euro, die bereits im Rahmen laufender Programme vorgesehen sind.

Saied sagte, die Ablehnung des Geldes geschehe "nicht wegen des lächerlichen Betrags", sondern weil der Vorschlag der EU-Kommission nicht dem in Tunis unterzeichneten Abkommen und "dem Geist" des Migrationsgipfels in Rom entspreche.

### **Haushaltshilfe von 150 Millionen Euro**

Tunesiens Präsident will keine "Almosen" von der EU Tunesien soll mit EU-Geldern Migranten davon abhalten, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Doch der Präs....

Nach Angaben der EU-Kommission sollen die Hilfen für die Instandsetzung von Booten der tunesischen Küstenwache sowie für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen zum "Schutz der Migranten" und die Rückführung von Migranten von Tunesien in ihre Heimatländer verwendet werden. Das Programm sieht zudem eine direkte Haushaltshilfe in Höhe von 150 Millionen Euro für Tunesien in diesem Jahr vor.

Ende September hat Präsident Saied bereits einen geplanten Besuch einer Delegation der EU-Kommission zur Konkretisierung des im Juli getroffenen Migrationsabkommens verschoben. Innenminister Kamel Feki hat in diesem Zusammenhang allerdings eine "Uneinigkeit" mit der EU zurückgewiesen.

Khaled Nasraoui Kais Saied, Präsident von Tunesien Khaled Nasraoui Kais Saied, Präsident von Tunesien

**Load-Date:** October 3, 2023

---

End of Document

**USA und Kanada kündigen neue Asylregelungen an; Kanada soll mehr Migranten aufnehmen und im Gegenzug mehr Einwanderer abweisen dürfen. US-Präsident Joe Biden und Premier Justin Trudeau haben die Einigung verkündet.**

ZEIT-online

Freitag 24. März 2023 8:36 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Nordamerika; Ausg. 1

**Length:** 360 words

**Byline:** David Rech

## Body

---

Andrew Harnik

US-Präsident Joe Biden und sein kanadischer Amtskollege Justin Trudeau im kanadischen Parlament in Ottawa

Die USA und Kanada haben angesichts der steigenden Zahl von **Migranten** an der gemeinsamen Grenze eine neue **Asylregelung** vereinbart. Kanada habe sich dazu bereit erklärt, mehr **Migrantinnen** und **Migranten** aufzunehmen, sagte US-Präsident Joe Biden bei einer Rede vor dem kanadischen Parlament in Ottawa. "Gleichzeitig werden die Vereinigten Staaten und Kanada zusammenarbeiten, um illegale Grenzübertritte zu unterbinden."

### **Zehntausende kamen 2022 über die USA nach Kanada**

Die kanadische Regierung hatte in Washington angesichts stark angestiegener Zahlen illegaler Grenzübertritte seit längerer Zeit auf ein Abkommen gedrungen, um mehr Migrantinnen und Migranten abweisen zu können. Fast 40.000 Menschen kamen Medienberichten zufolge im vergangenen Jahr nach Kanada. Dabei handelt es sich vor allem um Menschen aus Mittel- und Südamerika, die von den USA aus nach Kanada weiterreisten.

Ein bereits bestehendes Abkommen solle nun aktualisiert werden, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Länder. Kanada erklärt sich demnach dazu bereit, 15.000 zusätzliche Migranten innerhalb eines Jahres aufzunehmen. Dafür soll es "eine Abschreckung der irregulären Migration an unserer gemeinsamen Grenze" geben. Berichten zufolge soll Kanada dadurch Einwanderer an Grenzübergängen abweisen dürfen.

### **Biden betont Freundschaft zu Kanada**

Für Biden ist der Besuch in Ottawa die erste Reise nach Kanada seit seinem Amtsantritt im Januar 2021. Der US-Präsident und der kanadische Regierungschef Justin Trudeau betonten bei dem Treffen die unerschütterliche Freundschaft zwischen den Nachbarländern.



USA und Kanada kündigen neue Asylregelungen an Kanada soll mehr Migranten aufnehmen und im Gegenzug mehr Einwanderer abweisen dürfen. US -Präsident Joe Biden un....

Biden sparte bei seiner Reise in Kanada nicht mit Lob für den nördlichen Nachbarn: Es gebe keinen "zuverlässigeren Verbündeten" und keinen "beständigeren Freund" als Kanada. "Die Amerikaner lieben die Kanadier, und das ist keine Übertreibung", sagte Biden vor dem Parlament. Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten hatte sich unter Präsident Donald Trump deutlich verschlechtert und war zum Teil offen feindselig.

**Load-Date:** March 24, 2023

---

End of Document

**Mehr Menschen nutzen gefährliche Migrationsroute in Mittelamerika; Seit Jahresbeginn durchquerten nach UN-Angaben bereits mehr als 100.000 Menschen das Dschungelgebiet Darién zwischen Kolumbien und Panama. Die Route gilt als gefährlich.**

ZEIT-online

Freitag 14. April 2023 8:55 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Darién-Dschungel; Ausg. 1

**Length:** 313 words

**Byline:** Ulrike Tschirner

## Body

---

Luis Acosta

Die heimliche Reise durch den Darien-Graben dauert in der Regel fünf oder sechs Tage und ist allen Arten von schlechtem Wetter ausgeliefert.

Die Vereinten Nationen melden einen deutlichen Anstieg der Zahl von Migranten im Grenzgebiet zwischen Panama und Kolumbien. Seit Beginn des Jahres hätten bereits mehr als 100.000 Menschen das gefährliche Dschungelgebiet Darién durchquert, teilten das UN-Flüchtlingswerk (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) mit. Dies seien sechsmal so viele wie im Vorjahreszeitraum.

Den UN-Organisationen zufolge entwickelt sich der Darién-Dschungel immer mehr zu einer Flüchtlingsroute in Richtung USA. "Die Gefahren und das Ausmaß der Gewalt, denen die Menschen bei der Überquerung des Darién ausgesetzt sind, sind äußerst besorgniserregend", berichtet Philippa Candler, UNHCR-Vertreterin in Panama.

Die Route durch den Darién-Dschungel auch Darién-Gap genannt ist eine knapp 100 Kilometer lange Strecke. Sie ist nur schwer passierbar aber die einzige Landroute von Südamerika nach Norden. Der Weg zu Fuß nimmt etwa eine Woche in Anspruch. Es gibt keine Straßen, kaum Nahrungsmittel oder Hütten, die Schutz bieten. Die Migranten sind Kriminellen und frei lebenden Tieren ausgesetzt.

### **UN erwarten auf Darién-Route Anstieg auf 400.000 Migranten**

Im vergangenen Jahr hatten bereits fast 250.000 Migranten das Gebiet durchquert. Das ist die bislang höchste registrierte Zahl. Die meisten von ihnen kamen aus Venezuela, Haiti und Ecuador. Aber es waren auch Chinesen und Inder, Kameruner und Somalier unter den Migranten. Die UN rechnen für dieses Jahr mit einem Anstieg auf 400.000 Migranten.

Mehr Menschen nutzen gefährliche Migrationsroute in Mittelamerika Seit Jahresbeginn durchquerten nach UN - Angaben bereits mehr als 100.000 Menschen das Dschungel....

Die USA, Panama und Kolumbien haben vor wenigen Tagen angekündigt, mit einer 60-tägigen Kampagne gemeinsam gegen die Migration durch den Dschungel vorzugehen. Wie genau die Regierungen dies tun wollen, ist jedoch unklar.

**Load-Date:** April 14, 2023

---

End of Document

## Müssen jetzt wieder Menschen in Zelten schlafen?; In mehreren Gemeinden gibt es Proteste gegen neue Flüchtlingsunterkünfte. Wie viele Menschen sind angekommen, wo ist noch Platz? Antworten auf die wichtigsten Fragen

ZEIT-online

Dienstag 31. Januar 2023 4:55 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Geflüchtete in Deutschland; Ausg. 1

**Length:** 1796 words

**Byline:** Sasan Abdi-Herrle; Simone Gaul; Frida Thurm

### Body

---

**Beschreibung** Polizisten sind bei einer Versammlung vor dem Sitzungsgebäude des Kreistages im Einsatz. Bei einer Versammlung gegen die Einrichtung einer **Flüchtlingsunterkunft** in Mecklenburg-Vorpommern ist es in Grevesmühlen zu tumultartigen Szenen gekommen. Vor dem Sitzungsgebäude des Kreistages von Nordwestmecklenburg kamen nach Polizeiangaben am Donnerstag ... + Mehr lesen Service 26.01.2023

*Ihre Kapazitäten für die **Flüchtlingsaufnahme** sei so gut wie erschöpft diese Klage war in den vergangenen Monaten von Ministerpräsidenten und Lokalpolitikerinnen zu hören. Der Kreistag in Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern) konnte vergangene Woche nur unter Polizeischutz eine neue Unterkunft beschließen. Draußen protestierten 700 Menschen, darunter Neonazis. Doch wie groß ist das Problem tatsächlich? Wie viele Menschen müssen derzeit in Deutschland untergebracht werden, und welche Herausforderungen gibt es dabei?*

#### **Aus welchen Ländern sind Geflüchtete nach Deutschland gekommen?**

Im vergangenen Jahr kamen laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) etwas mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland. Gleichzeitig ist auch die Zahl der Asylanträge von Menschen aus anderen Ländern gestiegen. 217.774 Menschen beantragten 2022 zum ersten Mal in Deutschland Asyl, 2021 waren es noch 148.233. Im vergangenen Jahr kamen die meisten Menschen, etwa 70.000, aus Syrien, gefolgt von Afghanistan (36.000) und der Türkei (24.000). Diese Zahl entspricht aber nicht nur der eingereister Geflüchteter, denn etwa elf Prozent der Erstanträge wurden für in Deutschland geborene Kinder von Geflüchteten gestellt. Tatsächlich nach Deutschland eingereist sind rund 193.000 Schutzsuchende aus anderen Ländern etwa 58 Prozent mehr als im Vorjahr. Das lässt sich zum Teil auch mit der Coronapandemie erklären: Seit 2020 saßen viele Menschen auf ihren Fluchtrouten fest, erst 2022 konnten sie dann weiterreisen.

#### **Warum sind die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme überlastet?**

Weil wegen des russischen Angriffskriegs in kurzer Zeit Hunderttausende Ukrainerinnen mit ihren Kindern nach Deutschland kamen: Zu Beginn des Krieges hätten zwar viele Kommunen mit Vorbereitungen für die Unterbringung begonnen, sagt der Migrationsforscher Olaf Kleist vom Deutschen Zentrum für Integrations- und

Müssen jetzt wieder Menschen in Zelten schlafen? In mehreren Gemeinden gibt es Proteste gegen neue Flüchtlingsunterkünfte. Wie viele Menschen sind angekommen, w....

Migrationsforschung (DeZIM). Dann habe aber Unklarheit über die Verteilung geherrscht. Viele ukrainische Geflüchtete seien in Erstaufnahmeeinrichtungen oder bei Privatpersonen untergekommen. "Nun muss versucht werden, aus diesen Unterkünften herauszukommen und längerfristige Lösungen zu finden", sagt Kleist.

Wenn Geflüchtete nicht selbst eine Wohnung finden, wenden sich einige an die Kommunen, die dann eine Unterbringung stellen müssen. Darin liegt die große Schwierigkeit, denn Wohnraum ist knapp. "Die Flüchtlinge sind dafür nicht der Auslöser, doch die Lage verschärft sich, wenn zusätzlich eine Million Menschen untergebracht werden müssen", sagt Kleist. "Das können die Kommunen nicht alleine stemmen."

Ein weiterer Faktor ist, dass zunächst unklar war, wie lange die ukrainischen Geflüchteten im Land bleiben. Mittlerweile gibt es aber erste Studien zu den Plänen der Geflüchteten. So zeigt eine Erhebung unter Beteiligung des Bamf, dass die Bleibeabsichten heterogen sind: 37 Prozent der 11.200 befragten Ukrainerinnen und Ukrainer wollen für immer oder zumindest mehrere Jahre in Deutschland bleiben. 34 Prozent wollen nach Kriegsende wieder gehen die Mehrheit zurück in die Ukraine. Und 27 Prozent sind unentschieden. Doch zur Unsicherheit gehört natürlich auch, dass niemand weiß, wie lange der Krieg dauern wird.

### **Wie werden Geflüchtete in Deutschland verteilt?**

Menschen, die nicht aus der Ukraine, sondern aus einem anderen Land nach Deutschland fliehen, werden zunächst nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Diese Quote errechnet sich aus der Bevölkerungszahl und dem Steueraufkommen der jeweiligen Länder. Dort kommen sie in die Erstaufnahmeeinrichtungen. Anschließend erfolgt die Verteilung innerhalb der Länder auf die Kommunen. Die Länder bestimmen die Kriterien dafür selbst, meistens wenden sie ähnliche Prinzipien wie die des Königsteiner Schlüssels an, hier spielen aber manchmal auch andere Faktoren eine Rolle, wie familiäre Anbindung oder medizinische Bedarfe der Geflüchteten.

Für ukrainische Geflüchtete gilt dieses Verfahren nicht. Sie dürfen sich niederlassen, wo sie wollen. Erst wenn sie die Hilfe einer Kommune in Anspruch nehmen, können auch für ukrainische Geflüchtete Wohnsitzauflagen gelten. In der Praxis leben viele Ukrainerinnen aber bis heute an dem Wohnort, den sie für sich ausgesucht haben, was in manchen Ballungsräumen wie Berlin zu zusätzlichem Wohnungsmangel führt.

### **Kann ein Landkreis ablehnen, Geflüchtete aufzunehmen?**

Nein. Die Kommunen sind verpflichtet, Menschen ohne Unterkunft unterzubringen. Das kann in Sammelunterkünften, einzelnen Wohnungen oder auch in angemieteten Hotelzimmern sein.

### **Gibt es noch genügend Unterkünfte für Geflüchtete in Deutschland?**

Das ist von Kommune zu Kommune unterschiedlich. Einige sind überlastet, andernorts zum Beispiel, in Dörveden in Niedersachsen, stehen vorbereitete Notunterkünfte leer.

### **Können Kommunen, die Platz haben, Menschen aus überlasteten Kommunen aufnehmen?**

In der Regel geht das nicht. Wenn eine Person einer Kommune zugeteilt wurde, muss sie dort auch wohnen bleiben. Im Nachhinein können zwar von den Asylsuchenden Umverteilungsanträge gestellt werden, es gibt aber nur wenige Gründe, aus denen diesen Wünschen entsprochen wird, beispielsweise familiäre Gründe, oder wenn ein Mensch eine Arbeitsstelle an einem anderen Ort gefunden hat.

### **Was fordern die Landkreise vom Bund beim Thema Flüchtlingsaufnahme?**

Der Landrat von Nordwestmecklenburg, Tino Schomann (CDU), sagte nach den Protesten gegen die Unterkunft im Dorf Upahl den ARD-Tagesthemen: "Der Bund muss endlich die Lage der Kommunen erkennen". Der Bund müsse begrenzen und steuern, die illegale Migration stoppen und die Abschiebeoffensive endlich starten, um auch Kapazitäten in Flüchtlingsunterkünften frei werden zu lassen.

Müssen jetzt wieder Menschen in Zelten schlafen? In mehreren Gemeinden gibt es Proteste gegen neue Flüchtlingsunterkünfte. Wie viele Menschen sind angekommen, w....

Auch bundesweit haben seine Amtskollegen Redebedarf: Der Deutsche Landkreistag forderte ein Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Der Präsident des Landkreistags, Reinhard Sager (CDU), sagte der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die Kreise hätten kaum noch Kapazitäten für die Unterbringung. Die Menschen müssten "teilweise in Zelten" untergebracht werden.

Es gebe zudem eine Finanzierungslücke bei den Wohnkosten für anerkannte Flüchtlinge von etwa zwei Milliarden Euro pro Jahr, die von den Kommunen getragen werden müsse. "Wir warten immer noch auf eine ausreichende Finanzierung der Unterkunftskosten", kritisierte Sager. Auch deshalb wollten die Kommunen ein Gespräch mit dem Kanzler.

Sager wandte sich jedoch gegen einen bundesweiten Aufnahmestopp. Auch eine Weigerung einzelner Gemeinden, noch mehr Asylbewerber aufzunehmen, sei keine Lösung. Es müsse aber der Zuzug begrenzt werden, sagte er. "Die Bundesregierung muss alles tun, um das Problem kleiner statt größer zu machen", forderte Sager.

### **Was sagt die Bundesregierung zur Flüchtlingsaufnahme?**

In Berlin fällt die Reaktion zurückhaltend aus. Die Frage, ob Olaf Scholz an einem Gipfel mit den Kommunen teilnehmen würde, will die Bundesregierung derzeit nicht beantworten. Die Kraftanstrengungen der Länder und Kommunen seien der Regierung aber bewusst, teilt eine Sprecherin mit. Man unterstütze sie dabei "vollumfänglich".

Im Bundesinnenministerium (BMI) verweist man zunächst darauf, dass für die Unterbringung von Geflüchteten die Bundesländer zuständig sind. Der Bund unterstütze aber "im Rahmen seiner Möglichkeiten mit einer Vielzahl an Maßnahmen", teilt ein Sprecher mit. Dazu gehöre etwa, dass die Länder 300 Bundesliegenschaften mit etwa 68.000 "Unterbringungskapazitäten" mietzinsfrei nutzen dürften. Ein nennenswerter, aber kein riesiger Anteil bei etwas mehr als einer Million Bedürftigen.

Auch verweist das BMI auf die rund 6,2 Milliarden Euro, die der Bund den Ländern und Kommunen 2022 und 2023 insgesamt zur Verfügung stelle. Und: "Wir prüfen, inwieweit den Kommunen im Rahmen des seriellen Wohnungsbaus kurzfristig geeigneter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann."

Für den Moment klingt das nach einem Weiter-so. Dabei gäbe es durchaus Gesprächsbedarf. "Die Forderung der Kommunen ist gerechtfertigt", sagt Migrationsforscher Olaf Kleist. Für ihn handelt es sich um übergeordnete Probleme, vor allem die Frage der Unterbringung sei für die Kommunen allein nicht zu bewältigen.

Hinzu kommt laut Kleist, dass die ukrainischen Geflüchteten ungleich im Land verteilt wurden. Die Kommunen hätten aber ein unterschiedliches Maß an Wissen und Mitteln. Auch darüber müsse man bei einem etwaigen "Flüchtlingsgipfel" sprechen.

### **Welche Vorschläge gibt es, um die Unterbringung von Geflüchteten besser zu organisieren?**

Das Verteilungssystem des Königsteiner Schlüssels wurde schon häufig kritisiert. "Dieses Verfahren muss dringend reformiert werden", sagt etwa Sonja Reinhold. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und forscht zum Thema Integration und Verteilung. Sie sagt: Die Verteilung sei nicht passgenau, weder für Kommunen noch für Geflüchtete. "Wir müssen langfristiger denken und schauen, wer kann welche Menschen aufnehmen und ihnen auch eine Perspektive bieten", sagt sie. Dafür müssten sowohl Geflüchtete als auch Kommunen im Vorfeld einer Verteilung befragt werden und dann die Menschen entsprechend ihrer Bedarfe und entsprechend der Kapazitäten der Kommunen verteilt werden. Einzelne Modellprojekte gibt es bereits.

Der Flüchtlingsrat in Sachsen-Anhalt kritisierte im Dezember Aussagen von Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) zur Belastungsgrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen. "Gerade die vergleichsweise geräuschlose Aufnahme vieler Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine hat doch gezeigt, dass es geht, wenn der politische Wille da ist, zivilgesellschaftlich angepackt wird und sich die Verwaltung flexibel zeigt", sagte der Sprecher. "An systemischen

Müssen jetzt wieder Menschen in Zelten schlafen? In mehreren Gemeinden gibt es Proteste gegen neue Flüchtlingsunterkünfte. Wie viele Menschen sind angekommen, w....

Mängeln wie Knappheit an bezahlbarem Wohnraum, Fachkräftemangel, medizinischer und psychosozialer Unterversorgung insbesondere im ländlichen Raum sind doch nicht Geflüchtete schuld, sondern die politischen Verantwortungsträger." Gerade das strukturschwache Sachsen-Anhalt brauche mehr Zuwanderung.

Niedersachsen wählt einen anderen Weg, um die Kommunen zu entlasten und versucht, mehr Geflüchtete in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes unterzubringen, dort seien die Plätze auf 15.000 verdreifacht worden, berichtet die Kreiszeitung. 2023 sollen es insgesamt 20.000 sein. Damit sollen die Kommunen Zeit gewinnen, eigene Unterkünfte zu organisieren.

*Mit Material von AFP*

**Load-Date:** January 31, 2023

---

End of Document

**EU rechnet mit einer Million Asylanträge bis Jahresende; Im ersten Halbjahr gab es rund 519.000 Asylanträge. Es sind die höchsten Halbjahreszahlen seit 2015 und 2016. Geflohene Ukrainer fallen nicht unter die Antragsteller.**

ZEIT-online

Dienstag 5. September 2023 11:18 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Asylanträge in Europa; Ausg. 1

**Length:** 435 words

**Byline:** Eric Voigt

## Body

---

Vincenzo CIRCOSTA

**Migrants** look on and wait on the deck of the "Ocean Viking" rescue ship of European maritime-humanitarian organisation "SOS Mediterranee" in the Gulf of Catania in the Mediterranean Sea in international waters on November 6, 2022. - The NGO said it was the first time it had pleaded for direct help from the governments of France, Greece and Spain to help find a port for 234 people rescued after Italy and Malta failed to answer and as humanitarian groups said on November 6, 2022, that Italy had broken international law by refusing to let in **migrants** from four humanitarian rescue ships, the Rise Above, Humanity 1, Ocean Viking and Geo Barents that were waiting at sea carrying over 1,000 people saved as they were trying to reach Europe. (Photo by VINCENZO CIRCOSTA / AFP) (Photo by VINCENZO CIRCOSTA/AFP via Getty Images)

In der EU, Norwegen und der Schweiz sind zusammengerechnet in den ersten sechs Monaten des Jahres rund 519.000 Asylanträge verzeichnet worden und somit 28 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die von der EU-Asylagentur (EUAA) veröffentlichten Zahlen zeigen, dass allein in Deutschland rund 30 Prozent der europäischen Asylanträge gestellt wurden. Dies entspricht in absoluten Zahlen jeweils mehr als der doppelten Menge der Anträge, die in Frankreich und Spanien eingingen.

Der EUAA zufolge handelt es sich um die höchsten Halbjahreszahlen seit den Jahren 2015 und 2016. Damals waren infolge des Bürgerkriegs in Syrien im Jahr 2015 rund 1,3 Millionen und im Folgejahr etwa 1,2 Millionen Asylanträge in den 29 Staaten eingegangen. Im gesamten Jahr 2022 waren 994.945 Anträge gestellt worden.

Jedoch stünden zahlreiche europäische Staaten bei der Bearbeitung der Asylanträge derzeit "unter Druck", teilte die EUAA mit. Die Zahl der Asylanträge, bei denen eine Entscheidung aussteht, sei im Vergleich zu 2022 um 34 Prozent gestiegen. Von den bearbeiteten Anträgen seien rund 41 Prozent positiv beschieden worden.

**Geflüchtete aus der Ukraine haben gesonderten Schutzstatus**



EU rechnet mit einer Million Asylanträge bis Jahresende Im ersten Halbjahr gab es rund 519.000 Asylanträge.  
Es sind die höchsten Halbjahreszahlen seit 2015 und ....

Die meisten Asylanträge stellten demnach im ersten Halbjahr 2023 geflüchtete Menschen aus Syrien, Afghanistan, Venezuela, der Türkei und Kolumbien. Sie machten insgesamt rund 44 Prozent der Antragsteller aus. Angesichts der "derzeit zu beobachtenden Trends" könnte "die Zahl der Asylanträge bis Jahresende eine Million überschreiten", sagte die europäische Asylagentur.

Die etwa vier Millionen Ukrainer, die sich auf der Flucht vor dem russischen Angriffskrieg gegen ihr Land befinden, fallen nicht unter die Asylantragsteller. Für sie gilt innerhalb der EU ein gesonderter Schutzstatus.

**Load-Date:** September 5, 2023

---

End of Document

**Menschenrechtskommissarin warnt vor geplantem britischem Asylgesetz;  
Die Menschenrechtskommissarin des Europarats mahnt die Achtung  
internationaler Verpflichtungen gegenüber Asylsuchenden an. Ein neues  
Gesetz soll Asylsuchende abschrecken.**

ZEIT-online

Montag 27. März 2023 8:54 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Großbritannien; Ausg. 1

**Length:** 280 words

**Byline:** Pauline Pieper

## Body

---

Dado Ruvic

Dunja Mijatovic, Council of Europe Commissioner for Human Rights, holds a news conference in Sarajevo, Bosnia and Herzegovina December 6, 2019.

Die Menschenrechtsbeauftragte des Europarats hat britische Abgeordnete zur Achtung internationaler Verpflichtungen gegenüber Asylsuchenden aufgerufen. "Es ist essenziell, dass Parlamentarier die Verabschiedung von Gesetzen verhindern, die mit den internationalen Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs inkompatibel sind", sagte Dunja Mijatovi einer Mitteilung zufolge. Premierminister Rishi Sunak verteidigte die Pläne seiner Regierung hingegen der Nachrichtenagentur PA zufolge als "robust und effektiv". Trotzdem seien sie mit internationalen Verpflichtungen kompatibel.

Das britische Unterhaus debattierte am Abend über einen von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf (Illegal Migration Bill), der irregulär nach Großbritannien eingereisten Menschen den Weg zu einem Asylverfahren verbauen soll. Damit will die konservative Regierung Menschen davon abschrecken, in kleinen Booten über den Ärmelkanal nach Großbritannien zu kommen. Neben dem Europarat warnte auch bereits das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) eindringlich vor einer Verabschiedung des Gesetzentwurfs.

Die konservative britische Regierung steht von mehreren Seiten unter Druck. Einem Teil der Tory-Fraktion geht der Gesetzentwurf nicht weit genug. Sie wollen unter anderem, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte keine Rechtsprechung im Zusammenhang mit dem geplanten Gesetz ausüben darf. Eine andere Gruppe fordert, dass zunächst legale Wege für Asylsuchende geschaffen werden. Die Opposition lehnt den Gesetzentwurf ab.

**Load-Date:** March 27, 2023

Menschenrechtskommissarin warnt vor geplantem britischem Asylgesetz Die Menschenrechtskommissarin des Europarats mahnt die Achtung internationaler Verpflichtung....

---

End of Document

**Selenskyj erwartet weitere US-Waffen, Tausende Russen beantragen Asyl;  
Der ukrainische Präsident erwartet eine Einigung in den Gesprächen über  
Raketen mit hoher Reichweite. Männer aus Russland fliehen nach  
Deutschland. Das war die Nacht.**

ZEIT-online

Samstag 23. September 2023 5:35 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Ukraine-Überblick; Ausg. 1

**Length:** 467 words

**Byline:** Mathias Peer

## Body

---

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat sich optimistisch zu einer möglichen Lieferung amerikanischer Raketen mit höherer Reichweite geäußert. Man rede über verschiedene Arten von Waffen mit höherer Reichweite und Artilleriegeschütze sowie Luftverteidigungssysteme, sagte Selenskyj bei einem Besuch in der kanadischen Hauptstadt Ottawa. "Ich glaube, dass wir beim Großteil dessen, was gestern mit Präsident Joe Biden besprochen wurde, in der Lage sein werden, eine Einigung zu erzielen", sagte Selenskyj weiter. Es sei dabei auch eine Frage der Zeit.

Nach einem Treffen Selenskyjs mit Biden im Weißen Haus hatten US-Medien berichtet, dass die Vereinigten Staaten der Ukraine nun doch ATACMS-Raketen mit höherer Reichweite zur Verfügung stellen könnten. Die US-Regierung wolle das von der Regierung in Kiew geforderte Waffensystem zur Verteidigung im russischen Angriffskrieg in Kürze bereitstellen, berichteten die Washington Post und der US-Sender NBC News unter Berufung auf mehrere mit der Sache vertraute Quellen.

### **Kiesewetter: "Taurus-Zusage für Ukraine wäre auch Zeichen an USA"**

Der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter sagte t-online mit Blick auf die Berichte: "Wenn es stimmt, dass Präsident Biden nun die baldige Lieferung von ATACMS an die Ukraine zugesagt hat, dann zeigen die USA Courage und Entschlossenheit." Er erneuerte seine Forderung nach einer Lieferung deutscher Marschflugkörper. "Eine Lieferung von Taurus aus Deutschland wäre ein so wichtiges Zeichen für transatlantische Lastenteilung und würde Präsident Biden helfen, seiner eigenen Bevölkerung zu sagen: Die Europäer haben verstanden, sie leisten mehr für ihre eigene Sicherheit", sagte er.

### **Deutschland gewährte bisher 90 russischen Kriegsdienstverweigerern Asyl**

Seit Kriegsbeginn haben rund 3.500 russische Männer im wehrfähigen Alter einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der

Selenskyj erwartet weitere US -Waffen, Tausende Russen beantragen Asyl Der ukrainische Präsident erwartet eine Einigung in den Gesprächen über Raketen mit hoher....

Linkenabgeordneten Clara Büniger hervor, wie das RedaktionsNetzwerk Deutschland berichtet. Demnach hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bisher über mehr als 1.500 der Anträge entschieden. Rund 90 Menschen erhielten demnach einen Schutzstatus. Bei rund 1.100 Anträgen sei aufgrund der Dublin-Regelung ein anderer EU-Mitgliedsstaat für das Asylverfahren zuständig.

#### **Weitere Ereignisse in der Nacht:**

Verfolgen Sie alle aktuellen Ereignisse zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in unserem Liveblog .

Carlos Osorio Ukraine's President Volodymyr Zelenskiy attends an event in Toronto, Ontario, Canada September 22, 2023. REUTERS/Carlos Osorio Carlos Osorio Ukraine's President Volodymyr Zelenskiy attends an event in Toronto, Ontario, Canada September 22, 2023. REUTERS/Carlos Osorio

**Load-Date:** September 23, 2023

**Anrufe bei Beratungsstelle Radikalisierung im Oktober verzehnfacht; Seit dem Krieg in Nahost melden sich zehnmal so viele Menschen bei der Beratungsstelle Radikalisierung. Neben Bekannten von Islamisten sind es auch viele Lehrkräfte.**

ZEIT-online

Samstag 2. Dezember 2023 1:40 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Extremismus; Ausg. 1

**Length:** 293 words

**Byline:** Anne Schwedt

## Body

---

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel sind die Anrufe bei der Beratungsstelle Radikalisierung beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** einem Medienbericht zufolge in die Höhe geschossen. Trotz des anhaltend hohen Niveaus an Beratungsanfragen zu Islamismus und Radikalisierung stelle der Terrorangriff vom 7. Oktober noch einmal eine Zäsur für die Arbeit dar, sagte der Leiter der Nürnberger Einrichtung, Florian Endres, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Das Anrufaufkommen hat sich im Oktober 2023 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verzehnfacht."

"Zudem kann vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Nahostkonflikt eine Veränderung von Beratungsinhalten wahrgenommen werden", schilderte Endres. "Vielfach sind das Konfliktgeschehen vor Ort, Antisemitismus und Israel-Feindlichkeit sowie die in der Region aktiven extremistischen Organisationen Gegenstand der Beratungsgespräche."

Neben Verwandten, Freunden und Bekannten von Islamisten oder Islamismus-Verdächtigen rufen laut Endres aktuell besonders häufig Lehrkräfte in Nürnberg an, denen eine Wesensveränderung bei Schülerinnen oder Schülern aufgefallen ist. Auch Unsicherheiten im Umgang mit Kommentaren oder Postings in den sozialen Medien mit Bezug zum Nahostkonflikt würden thematisiert.

Rolf Vennenbernd BeschreibungILLUSTRATION - "Glaube oder Extremismus?" steht am 02.06.2015 auf einer Broschüre des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Köln (Nordrhein-Westfalen). Das Bundesinnenministerium hat am 02.06.2015 eine Beratungsstelle in Bonn eröffnet, die junge Leute gegen Radikalisierung und das Abgleiten in die extremistisch-salafistische Szene beraten ...+ Mehr lesenService+++ dpa-Bildfunk +++Aufnahmedatum02.06.2015Bildnachweispicture alliance / dpa | Rolf Vennenbernd

**Load-Date:** December 2, 2023

Anrufe bei Beratungsstelle Radikalisierung im Oktober verzehnfacht Seit dem Krieg in Nahost melden sich zehnmal so viele Menschen bei der Beratungsstelle Radika....

---

End of Document

**Zahl unerlaubter Einreisen steigt auf höchsten Wert seit 2016; Bis Ende September sind in diesem Jahr mehr als 90.000 Menschen verbotenerweise nach Deutschland eingereist. Friedrich Merz und Markus Söder fordern schnelles Handeln.**

ZEIT-online

Samstag 21. Oktober 2023 2:54 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 491 words

**Byline:** Maline-Mercedes Hofmann

## Body

---

Die Zahl der irregulär über die Grenze nach Deutschland kommenden **Migrantinnen** und **Migranten** liegt in den ersten neun Monaten 2023 so hoch wie zuletzt vor sieben Jahren. Das teilte die Bundespolizei in Potsdam mit. Demnach sind zwischen Januar und September dieses Jahres 92.119 unerlaubt eingereiste Menschen registriert worden. Diese Zahl war mit 111.843 zuletzt 2016 übertroffen.

Im September 2023 zählte die Bundespolizei 21.366 unerlaubt eingereiste Menschen - das waren etwa doppelt so viele wie noch im Juli. Zudem war das der höchste Monatswert seit Februar 2016, als 25.650 Menschen registriert worden waren.

Für die Feststellung unerlaubter Einreisen unternimmt die Bundespolizei unter anderem Grenzkontrollen an den deutschen Schengenaußengrenzen, Fahndungen an den Binnengrenzen und in Zügen sowie auf dem Gebiet von Bahnanlagen.

### **Söder fordert Grenzpolizei in ganz Deutschland**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte zuletzt im Spiegel angekündigt, er wolle härter gegen abgelehnte Asylbewerber vorgehen und die irreguläre Migration in Deutschland begrenzen. "Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben", sagte er.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte für die Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz am vergangenen Montag für zunächst zehn Tage feste Kontrollen bei der EU-Kommission angemeldet. Faeser will damit die irreguläre Zuwanderung begrenzen und die Schleuserkriminalität stärker bekämpfen. Die Notifizierung kann laut Ministerium für insgesamt zwei Monate verlängert werden. Solche stationären Kontrollen gibt es bereits seit 2015 zwischen Bayern und Österreich, allerdings mit längerer Befristung.

### **CDU und CSU fordern weitere Maßnahmen**



Zahl unerlaubter Einreisen steigt auf höchsten Wert seit 2016 Bis Ende September sind in diesem Jahr mehr als 90.000 Menschen verbotenerweise nach Deutschland e....

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder forderte indes eine deutschlandweite Grenzpolizei. "Wir brauchen eine solche Grenzpolizei für ganz Deutschland an der Grenze, es reicht nicht nur in Bayern, wir brauchen das insgesamt", sagte der CSU-Chef beim Deutschlandtag der Jungen Union (JU) in Braunschweig. Es werde nicht reichen, ein paar stationäre Grenzkontrollen zu haben.

CDU-Chef Friedrich Merz sagte dort: "Wir müssen in diesem Jahr noch zu Entscheidungen kommen, damit es nach dem Winter aufhört mit dieser ungesteuerten und unregulierten illegalen Migration in die Bundesrepublik Deutschland." Der Oppositionsführer schlug nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters dem Kanzler in einem Brief eine gemeinsame Arbeitsgruppe für einen "Deutschlandpakt Migration" vor.

Lisi Niesner A police officer signals a vehicle at the highway near the German-Polish border to prevent illegal migration near Bademeusel, Germany September 20, 2023. REUTERS/Lisi Niesner REFILE - QUALITY REPEAT  
Lisi Niesner A police officer signals a vehicle at the highway near the German-Polish border to prevent illegal migration near Bademeusel, Germany September 20, 2023. REUTERS/Lisi Niesner REFILE - QUALITY REPEAT

**Load-Date:** October 21, 2023

---

End of Document

**Haseloff kritisiert Verzögerung bei Verschärfung des Migrationsrechts; Die Abstimmung über leichtere Abschiebungen ist wegen Meinungsverschiedenheiten in der Ampelkoalition verschoben worden. In der CDU stößt dies auf Unverständnis.**

ZEIT-online

Samstag 16. Dezember 2023 3:15 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Sachsen-Anhalt; Ausg. 1

**Length:** 387 words

**Byline:** Mathias Peer

## Body

---

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff hat kein Verständnis dafür, dass sich geplante Verschärfungen beim **Migrationsrecht** verzögern. "Die ungesteuerte **Migration** ist eines der größten Probleme in Deutschland", sagte der CDU-Politiker der Mitteldeutschen Zeitung. Länder und Kommunen seien aktuell mit dem Ausmaß der **Migration** überfordert. "Umso unverständlicher ist nun das durch die Bundesebene aufgestellte Stoppschild." Haseloff befürchtet, "dass durch die Verzögerung das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit der Politik weiter leidet".

Ursprünglich sollte die abschließende Beratung und Abstimmung zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und zum sogenannten Rückkehrverbesserungsgesetz in dieser Woche auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt werden. Dies scheiterte aber, wie am Mittwoch bekannt wurde. Grund dafür war Medienberichten zufolge Widerstand der FDP gegen Änderungswünsche der Koalitionspartner.

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich sagte am Freitag, er rechne mit einem Inkrafttreten des Gesetzbündels im April 2024. Er äußerte sein Bedauern über die Verzögerung. "Ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir in dieser Woche das Staatsbürgerschaftsrecht, das Asylbewerberleistungsgesetz und die Regelungen für einfachere Abschiebungen durch den Bundestag bringen. Das ist an Detailregelungen für sehr kleine Gruppen von Betroffenen gescheitert, die aus meiner Sicht auch später hätten geregelt werden können." Jetzt werde man "diese wirklich weitreichenden und wichtigen Reformen" erst im Januar verabschieden können.

Mit Verfahrensvereinfachungen will die Ampelkoalition dafür sorgen, dass Abschiebungen nicht mehr so oft im letzten Moment scheitern, etwa weil die Betroffenen nicht auffindbar sind. Die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von bislang zehn Tagen soll auf 28 Tage verlängert werden. Behördenvertreter sollen in Gemeinschaftsunterkünften auch andere Räume als das Zimmer des Abzuschiebenden betreten dürfen.

Hendrik Schmidt    Reiner Haseloff (CDU), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, spricht auf der Konferenz «Ostdeutschland 2030» in Leipzig. Heimat und Zukunft lautet das Motto der Konferenz, zu der sich die

Haseloff kritisiert Verzögerung bei Verschärfung des Migrationsrechts Die Abstimmung über leichtere Abschiebungen ist wegen Meinungsverschiedenheiten in der Amp....

ostdeutschen Ministerpräsidenten sowie Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur austauschen. (zu dpa  
«Haseloff: Osten muss besser an Berlin angebunden...

**Load-Date:** December 16, 2023

---

End of Document

**Ärzte ohne Grenzen rettet mehr als 600 Menschen im Mittelmeer; Vor der Küste Siziliens war ein Boot mit Migranten und Flüchtlingen in Seenot geraten. Ein Schiff der NGO Ärzte ohne Grenzen bringt sie nun in Italien an Land.**

ZEIT-online

Sonntag 28. Mai 2023 10:59 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Seenotrettung; Ausg. 1

**Length:** 242 words

**Byline:** Jakob von Lindern

## Body

---

NAPLES, ITALY - APRIL 27: A **migrant** gets off the ship after the arrival of the Geo Barents ship by Doctors Without Borders NGO at Naples harbour in Naples, Italy on April 27, 2023. There were 75 **migrants** on the boat, including 35 minors aged between 13 and 17.

Ein Schiff der NGO Ärzte ohne Grenzen hat mehr als 600 Migranten und Flüchtlinge im Mittelmeer von einem Boot in Seenot gerettet. Die Crew der *Geo Barents* holte die Menschen am Samstag in einer dreistündigen Aktion an Bord, wie die internationale Organisation bei Twitter mitteilte. Unter den insgesamt 602 Menschen seien 151 Minderjährige und elf Frauen, wie Ärzte ohne Grenzen am Sonntag präzisierte.

Das Boot hatte vor der Küste Siziliens per Funk einen Notruf abgesetzt. Die italienischen Behörden baten daraufhin die nahe gelegene *Geo Barents*, den Menschen zu helfen. Rom wies das Helferschiff demnach an, den Hafen von Bari anzusteuern, in dem die Migranten an Land gehen können. Dort werden sie laut aktuellem Stand am Dienstagmorgen erwartet, hieß es von den Helfern.

Vor wenigen Tagen meldete eine andere Hilfsorganisation, dass eine Suche nach einem verschollenen Schiff mit 500 Migranten ergebnislos verlaufen sei. Auf der Flucht über das Mittelmeer sind im ersten Quartal dieses Jahres so viele Menschen gestorben wie seit 2017 nicht mehr, insgesamt mindestens 441. Die Vereinten Nationen kritisieren "Verspätungen und Lücken" staatlicher Rettungsmissionen.

**Load-Date:** May 28, 2023

**Olaf Scholz kritisiert Friedrich Merz für Äußerung zu Geflüchteten; Nach der Aussage des CDU-Chefs, Geflüchtete würden den Deutschen Zahnarzttermine wegnehmen, meldet sich der Kanzler zu Wort: Merz sollte besser auf seine Worte aufpassen.**

ZEIT-online

Freitag 29. September 2023 4:40 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 303 words

**Byline:** Lisa-Marie Eckardt

## Body

---

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat CDU-Chef Friedrich Merz für seine Aussage zur medizinischen Behandlung von abgelehnten Asylbewerbern kritisiert. "Was Herr Merz vorgetragen hat, entspricht nicht der rechtlichen Lage in Deutschland. Ich finde, dass man besser auf seine Worte aufpassen sollte", sagte Scholz dem SWR.

Merz hatte mit Blick auf abgelehnte, aber geduldete Geflüchtete gesagt, diese ließen sich in Deutschland die Zähne machen und nähmen Deutschen beim Zahnarzt die Termine weg. Der Kanzler plädierte zwar für konsequente Abschiebungen von Migranten, die keinen Anspruch auf Schutz in Deutschland haben. "Aber das muss einen nicht dazu verführen, mit seinen Worten ungeschickt zu sein", sagte er. Merz war vorgeworfen worden, mit seinen Äußerungen Ressentiments zu schüren.

Scholz zeigt sich offen für Forderungen, mehr Asylbewerbern in Deutschland die Annahme einer Arbeit zu erlauben. In vielen Fällen sei das schon möglich. "Aber da geht noch mehr. Ich teile das Verständnis vieler Menschen, die sagen: Wenn da Arbeit ist, die getan werden muss, und da ist jemand, der sie tun könnte, dann soll er das auch machen." Scholz warnte aber davor, die Themen Flucht und Verfolgung mit der Einwanderung von Arbeitskräften zu verwechseln.

Auch für die Forderung der FDP, Asylbewerbern Gutscheine anstelle von Bargeld zu geben, zeigte sich Scholz offen. Die Regierung habe dafür die gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen, sodass die Bundesländer dies ausprobieren könnten. Das hätten sie aber nicht getan, weil sie es offenbar als zu bürokratisch einstufen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte dagegen vor einer Woche gesagt, dass Bayern bereits Sachleistungen anbiete.

Sean Gallup Bundeskanzler Olaf Scholz Sean Gallup Bundeskanzler Olaf Scholz

Olaf Scholz kritisiert Friedrich Merz für Äußerung zu Geflüchteten Nach der Aussage des CDU-Chefs, Geflüchtete würden den Deutschen Zahnarzttermine wegnehmen, m....

**Load-Date:** September 29, 2023

---

End of Document

**Kein Applaus für Scholz, nirgends; In der Migrationspolitik hat der Kanzler nur schlechte Optionen. Der Ampellinken kann er kaum mehr zumuten. Und so flüchtige Wähler zurückzuholen, ist eine gewagte Wette.**

ZEIT-online

Dienstag 24. Oktober 2023 5:51 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migrationspolitik; Ausg. 1

**Length:** 1468 words

**Byline:** Ferdinand Otto

## Body

---

Richtig interessant wird Politik, wenn augenscheinlich Banales, einmal ausgesprochen, die Emotionen kochen lässt. Weil das meistens heißt, dass Werte und Wirklichkeit hart aufeinanderknallen. "Es kommen zu viele", sagte Bundeskanzler Olaf Scholz mit Blick auf die illegale Migration zuletzt dem Spiegel. "Wir müssen mehr und schneller abschieben."

Das ist im Wesentlichen, was Bürgermeisterinnen und Landräte seit Monaten auf allen Kanälen funken. Schon im Koalitionsvertrag versprochen SPD, Grüne und FDP eine "Rückführungsoffensive". Und weil es bei Abschiebungen letztlich nur darum geht, geltendem Recht zu seiner Durchsetzung zu verhelfen, kann man den Stunt eigentlich nicht mal ernsthaft als neue Härte in der Migrationspolitik subsumieren.

Neuigkeitengehalt der Kanzleraussage so gesehen: null. Am Mittwoch nun dürften den Ankündigungen aus dem Interview Taten folgen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser will im Kabinett Maßnahmen vorlegen, wie mehr Abschiebungen zu schaffen sein sollen: Längere Abschiebehaft, weniger Ankündigungen vor Abschiebungen, Durchsuchung auch von Nachbarzimmern in Flüchtlingsunterkünften, Auslesen von Handydaten.

### Heftige Kritik an Scholz - aus den eigenen Reihen

Scholz sagte im Spiegel: "Die SPD steht voll hinter dieser Linie." Ob er das wirklich glaubt - oder bestenfalls auf die autosuggestiven Kräfte seines Interviews setzte? Und vor allem: Wird Scholz Recht behalten und die Ampel ihm artig hinterhertraben?

Fakt ist: Scholz hat seiner Partei und Fraktion schon einiges zugemutet. Die Bereitschaft, gerade beim linken Flügel, dem Kanzler auch gegen die eigenen Ideale weiter zu folgen, dürfte bei einigen langsam aufgebraucht sein. Kaum ist das Scholz-Interview in der Welt, zürnen jedenfalls schon die Jusos auf der Plattform X (vormals Twitter): Scholz bediene sich aus dem "Vokabular des rechten Mobs". Viel härter kann man mit dem eigenen Kanzler kaum ins Gericht gehen.

Kein Applaus für Scholz, nirgends In der Migrationspolitik hat der Kanzler nur schlechte Optionen. Der Ampellinken kann er kaum mehr zumuten. Und so flüchtige W....

Jugendverbände gelten traditionell als aufmüpfig. Aber die Jusos stellen obendrein noch 49 junge Abgeordnete in der Bundestagsfraktion. Ein echter Machtblock. Ohne sie hätte Scholz' Kanzlerschaft keine Mehrheit. Und der Protest geht über die Jusos hinaus. "Die gesamtdeutsche Politik hat sich verrannt", sagt der Berliner SPD-Abgeordnete Hakan Demir in der Süddeutschen Zeitung. Das Problem der fehlenden Abschiebung hält er für überzeichnet. Und auch die stellvertretende SPD-Chefin Serpil Midyatli kritisiert im Tagesspiegel den Kanzler: "Das Fordern von Abschiebungen im großen Stil ist nicht nur unsolidarisch, sondern spielt am Ende den Falschen in die Hände."

### **Zwei schlechte Handlungsoptionen für Scholz**

Auch die Grünen dürften den Augen vieler Parteilinker ebenfalls das Kompromiss-Reservoir längst ausgeschöpft haben. Schon die deutsche Zustimmung zur europäischen Geas-Reform, die etwa Asylverfahren an den Außengrenzen vorsieht, wäre an ihnen beinahe gescheitert - und kam am Ende nur unter großen Schmerzen und nach einem Kanzler-Machtwort zustande. Auf X schreibt Jürgen Trittin an die Adresse von Olaf Scholz: "30 Jahre nach 1993 sollten wir doch gelernt haben, dass Abschotten, Abschrecken, Abschieben keine Migrationspolitik ist, sondern ein Konjunkturprogramm für Rassismus und Rechtsradikale."

Dieses Gesetz habe in der Form keine Mehrheit in der Koalition, heißt es drohend aus dem linken Flügel der Grünen. Von "massiven Grundrechtseinschnitten" ist die Rede. In der Fraktion kursiert ein Papier mit Argumenten gegen die Abschiebereform. Es bebt also mal wieder in der Ampel.

Für Scholz hält die Migrationspolitik nur zwei schlechte Optionen bereit. Die eine hieße, die Jusos und Trittins der Ampel ruhigzustellen. Und darüber kommendes Jahr die Europa- und die drei Ostwahlen zu verlieren. Die andere, für die hat sich Scholz offenbar entschieden, ist die: jetzt, wenigstens rhetorisch, ein Kurswechsel. Vermutlich aus der Überzeugung, dass Migration nur im Einklang mit der materiellen Realität gelingt, nie gegen sie. Und vielleicht auch aus Kalkül: Die letzten Wahlen wurden durch die Migrationsfrage mitentschieden. Und zwar nicht zugunsten der Ampelparteien.

Das Schlechte für Scholz: Er tut nun das - in seiner Rechnung - Richtige, wirkt dabei aber wie ein Getriebener, der in Aktionismus verfällt, weil ihm nun auch im Westen die eigenen Wähler zur AfD davonrennen. Das wirkt nicht sehr souverän, ziemlich antischolz, ist der Kanzler doch sonst um die Aura seiner vermeintlich ruhigen Hand bemüht. Und obendrein muss er sich dann von den Gesinnungsethikern der Regierungsfractionen als Quasirassist beschimpfen lassen.

### **Der Kanzler wirkt wie ein Getriebener**

Für die FDP hält diese Neuauflage des x-ten Ampelstreits ein besonderes Paradoxon bereit. Sei es bei Migration oder dem Heizgesetz: Die Liberalen wännen sich, nicht zu Unrecht, als die Stimme der Mehrheit in einer ansonsten minoritären, linken Bundesregierung. Zwei Drittel der Menschen wollen, dass Deutschland weniger Geflüchtete aufnimmt. Nur: Je lauter die FDP das artikuliert, desto mehr scheinen sich die Wähler von der FDP abzuwenden. Die Mehrheit mag zwar vielleicht keine Wärmepumpen oder unkontrollierte Zuwanderung. Aber Streit scheut sie eben auch im gleichen Maße, wie sie sich nach Harmonie sehnt. Daraus gibt es kein Entrinnen. Seit Ampelantritt verlieren die Liberalen Wahlen in Serie. Dass sie sich diesmal ganz in der Kanzlerlinie wiederfinden, ändert am Dilemma erst mal nichts.

Der Druck auf die Ampel ist enorm und er kommt von allen Seiten. Man dürfte bei allen drei Parteien die Umfragen kennen. In der Sonntagsfrage stehen SPD, Grüne und FDP seit Monaten mies da. Länder und Kommunen murren - und das ganz unabhängig vom Parteibuch. Das kann man nicht ignorieren. Und die Union hat aus Olaf Scholz' Deutschlandpakt-Regierungserklärung genau den Halbsatz zur Migration herausgepickt - und versucht seitdem, Scholz damit zu piesacken.

Auch wenn Scholz alles tut, um Herr des Verfahrens zu bleiben. Freitag vor einer Woche lud Scholz den Oppositionsführer Friedrich Merz zum Abendessen ins Bundeskanzleramt. Erst mal nur zum Meinungsaustausch.



Kein Applaus für Scholz, nirgends In der Migrationspolitik hat der Kanzler nur schlechte Optionen. Der Ampellinken kann er kaum mehr zumuten. Und so flüchtige W....

Trotzdem: Das symbolische Treffen war kein Wink mit dem Zaunpfahl an die Grünen. Das war schon das ganze Gatter: Kommt mal aus dem Knick.

Auf dem CSU-Parteitag Ende September hatte der CDU-Chef dem Kanzler noch zugerufen: Wenn es mit den Grünen nicht gehe, müsse er die eben aus der Regierung werfen. Und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder wurde zuletzt noch deutlicher und forderte gar eine erneute große Koalition, um die Migrationsfrage zu lösen. Faesers Abschiebegesetz liest man in der Unionsfraktion deshalb zurückhaltend wohlwollend. Einiges davon hatte man in der vergangenen Koalition selbst versucht, durchzusetzen, war aber damit an der SPD gescheitert. Die große Ungewisse ist deshalb: ob Scholz womöglich dasselbe Schicksal ereilt.

Dass Scholz die flüchtigen Ampelwähler mit seiner Migrationspolitik zurückholt, ist zumindest eine gewagte Wette. Schwenkt er auf die Linie Union ein, warum dann nicht gleich Union wählen? Und darüber läuft er noch Gefahr, die verbleibenden migrationsfreundlichen Wählenden zu verlieren. Viele mögen das vielleicht nicht sein, für eine 14-Prozent-Kanzlerpartei kann er sich nicht leisten, auch noch die paar Prozente einzubüßen. Kurz: Für Scholz gibt es gerade keinen Applaus zu holen, nirgendwo.

Ronny Hartmann    DESSAU, GERMANY - OCTOBER 22: German Chancellor Olaf Scholz arrives for the ceremonial opening of the Weill Synagogue on October 22, 2023 in Dessau, Germany. The synagogue, named after musical composer and Dessau native Kurt Weill, is the first to be built in Dessau since the destruction of the New Synagogue during the Nazi-era "Kristallnacht" pogroms of 1938. The synagogue will serve the local Jewish community, which has grown significantly since the 1990s, mainly due to the influx of Jews from the former Soviet Union. The opening is taking place as emotions among Germany's Jewish and Arab and Muslim communities are high due to the ongoing conflict in Gaza between Israel and Hamas. (Photo by Ronny Hartmann/Getty Images)

Ronny Hartmann    DESSAU, GERMANY - OCTOBER 22: German Chancellor Olaf Scholz arrives for the ceremonial opening of the Weill Synagogue on October 22, 2023 in Dessau, Germany. The synagogue, named after musical composer and Dessau native Kurt Weill, is the first to be built in Dessau since the destruction of the New Synagogue during the Nazi-era "Kristallnacht" pogroms of 1938. The synagogue will serve the local Jewish community, which has grown significantly since the 1990s, mainly due to the influx of Jews from the former Soviet Union. The opening is taking place as emotions among Germany's Jewish and Arab and Muslim communities are high due to the ongoing conflict in Gaza between Israel and Hamas. (Photo by Ronny Hartmann/Getty Images)

**Load-Date:** October 24, 2023

**EU einigt sich auf Asyl-Krisenverordnung; Strengere Maßnahmen bei Überlastung des Asylsystems - das sieht die neue Asyl-Krisenverordnung der EU vor. Außerdem im Podcast: Bröckelt die Solidarität mit der Ukraine?**

ZEIT-online

Mittwoch 4. Oktober 2023 5:46 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** EU-Asylreform; Ausg. 1

**Length:** 417 words

**Byline:** Roland Jodin

## Body

---

Bei einer Sitzung in Brüssel haben sich die EU-Staaten im Streit um die europäische **Asylreform** auf ein Kernelement der **Asylreform** geeinigt. Wie die spanische EU-Ratspräsidentschaft auf der Plattform X (ehemals Twitter) mitgeteilt hat, konnte am Mittwoch nach wochenlangen Diskussionen ein Kompromiss zur Krisenverordnung gefunden werden. Diese sieht verschärfte Maßnahmen vor, wenn eine Überlastung des **Asylsystems** durch besonders viele **Migrantinnen** und **Migranten** droht. Die europäische **Asylreform** soll bis zur Europawahl 2024 stehen. Vorher müssen die EU-Länder sich jedoch noch mit dem Europaparlament auf das Gesetzespaket einigen.

Die internationale Solidarität mit der Ukraine scheint momentan zu bröckeln. Am vergangenen Wochenende hat der US-Kongress einen 45-tägigen Nothaushalt verabschiedet, der keine weitere finanzielle Unterstützung für die Ukraine enthält. Der Sprecher des Weißen Hauses, John Kirby, hat bestätigt, dass die aktuell bewilligte Ukraine-Hilfe nur noch ein paar Monate reichen wird. Sollte der ehemalige US-Präsident Donald Trump im November 2024 die Präsidentschaftswahlen gewinnen, könnte die Unterstützung der Ukraine gänzlich entfallen. Für die Ukraine könnte das entscheidende Konsequenzen haben, denn mit Militärhilfen von etwa 41 Milliarden Euro gelten die USA bisher als wichtigste Unterstützer Kiews. Doch auch die polnische Regierung und der kürzlich gewählte slowakische Präsident haben angekündigt, die ukrainische Armee nicht mehr mit Waffenlieferungen unterstützen zu wollen. Heinrich Wefing ist Leiter des Politikressorts von DIE ZEIT und analysiert im Podcast die abnehmende Solidarität mit der Ukraine.

Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat am Mittwoch in Stockholm den Chemienobelpreis an Moungi Bawendi, Louis Brus und Alexei Ekimov, drei Forscher in den USA, für die Entdeckung und Entwicklung von Quantenpunkten verliehen. Linda Fischer ist Autorin aus dem Wissensressort von ZEIT ONLINE und berichtet über die Panne vor der offiziellen Bekanntgabe.

Was noch? Ein kambodschanisches Gericht verbietet Aktivistinnen und Aktivisten der Gruppe Mother Nature Cambodia die Ausreise. Die Gruppe sollte zur Verleihung des Alternativen Nobelpreises, dem Right Livelihood Award, nach Stockholm reisen.

EU einigt sich auf Asyl-Krisenverordnung Strengere Maßnahmen bei Überlastung des Asylsystems - das sieht die neue Asyl-Krisenverordnung der EU vor. Außerdem im ....

Moderation und Produktion: Roland Jodin

Redaktion: Hannah Grünewald

Mitarbeit: Olga Ellinghaus

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie hier . Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de) .

**Load-Date:** October 4, 2023

---

End of Document

**Bund will Flüchtlingshilfe für die Länder deutlich reduzieren; Im Streit um die Kosten für Geflüchtete ist weiter keine Einigung in Sicht. Der Bund will die Unterstützung 2024 halbieren, die Länder weisen das als inakzeptabel zurück.**

ZEIT-online

Montag 25. September 2023 4:30 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migrationspolitik; Ausg. 1

**Length:** 335 words

**Byline:** Anna-Lena Schlitt

## Body

---

Der Streit von Bund und Ländern über die Finanzierung der Kosten für die Aufnahme und Versorgung von **Geflüchteten** eskaliert. Die Arbeit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe sei ohne Ergebnis beendet worden, erfuhr ZEIT ONLINE aus Teilnehmerkreisen. Damit gibt es keine Grundlage für die geplante Beratung zwischen den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und dem Bundeskanzler am 6. November.

Der Bund will sich Informationen von ZEIT ONLINE zufolge künftig weniger an der Finanzierung beteiligen. Länder und Kommunen sollen nach Plänen der Bundesregierung im kommenden Jahr mit maximal 1,7 Milliarden Euro unterstützt werden - das ist nicht einmal die Hälfte der diesjährigen Hilfen in Höhe von 3,75 Milliarden Euro. Dies sei angesichts der steigenden Zahl von Geflüchteten und der Belastungen in den Kommunen bei den Ländern auf großes Unverständnis gestoßen und als inakzeptabel bewertet worden, hieß es.

### Hilfen für Ukraine-Flüchtlinge sollen entfallen

An den Kosten für diejenigen Flüchtlinge, die bereits seit Längerem in Deutschland leben, wolle sich der Bund künftig ebenfalls erheblich weniger beteiligen. So solle die Beteiligung des Bundes an den Kosten von Ländern, Städten und Gemeinden für die Integration, Beschulung und Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine entfallen.

Angesichts stark steigender Zahlen an ankommenden Migranten und Geflüchteten fordern die Länder mehr Geld vom Bund. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte im Mai eine Überarbeitung der Finanzierung in Aussicht gestellt.

In Länderkreisen wurde gewarnt, dass der vom Kanzler angebotene parteiübergreifende Deutschland-Pakt, der auch das Thema Migration umfasst, ohne eine tragfähige Lösung bei den Finanzierungsfragen nicht denkbar sei.

Bund will Flüchtlingshilfe für die Länder deutlich reduzieren Im Streit um die Kosten für Geflüchtete ist weiter keine Einigung in Sicht . Der Bund will die Unt....

Sven Pförtner Eine Geflüchtete geht mit einem Koffer über das Gelände der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen in Friedland. Sven Pförtner Eine Geflüchtete geht mit einem Koffer über das Gelände der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen in Friedland.

**Load-Date:** September 25, 2023

---

End of Document

**"Ihr Europäer glaubt immer noch, die ganze Welt will zu euch"; In der deutschen Migrationsdebatte kommt die Perspektive von Menschen aus Afrika kaum vor. Dabei wissen nur sie, warum sie sich auf den Weg machen - und warum nicht.**

ZEIT-online

Donnerstag 5. Oktober 2023 8:22 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration aus Afrika; Ausg. 1

**Length:** 1470 words

**Byline:** Andrea Böhm

## Body

---

Offenbar brauchte es einen Ortswechsel, um mir die Absurdität der europäischen und deutschen **Migrationsdebatte** klarzumachen. Für die ZEIT verbringe ich gerade mehrere Wochen in Westafrika. Senegal, Gambia, Benin, Sierra Leone - Staaten, aus denen sich täglich **Migranten** auf den Weg machen. Staaten, in denen man täglich Menschen trifft, die Jahre im Ausland verbracht haben. Und solche, die über Messenger mit Brüdern, Schwestern, Cousins, Freunden Kontakt halten, die in Mauretanien, in Côte d'Ivoire, Marokko, Tunesien, Libyen, Brasilien, Nicaragua gelandet sind. Oder gestrandet.

Das Erste, was einem als Deutsche hier auffällt: Diese Leute kommen in unseren Debatten so gut wie nicht vor. Jedenfalls nicht als Menschen, die etwas zu sagen haben. Allenfalls als visuelle Abschreckung: Die Dauerschleife von Bildern dunkelhäutiger, junger Männer in überfüllten Aufnahmelagern auf Lampedusa suggeriert, der Globale Süden sitze auf gepackten Koffern Richtung Norden. Oder in Richtung deutscher Zahnarztpraxis.

"Ihr Europäer glaubt immer noch, die ganze Welt will zu euch", sagte mir Moustapha Kebbé mit nachsichtigem Lächeln. Kebbé, ein groß gewachsener Enddreißiger, leitet in Louga, rund 200 Kilometer östlich von Dakar, ein staatliches Büro, das **Migranten** berät. Solche, die gehen wollen, und solche, die aus eigenen Stücken oder durch Abschiebung zurückgekehrt sind. Und weil er nicht oft europäische Journalisten im Büro hat, gab er mir eine kleine Einführung in die Geschichte der westafrikanischen **Migration**.

### Die Mehrheit der Migranten bleibt auf dem Kontinent

Die ersten größeren Wanderungen nach der Epoche des Kolonialismus, sagte Kebbé, hätten Ende der Sechziger- und Siebzigerjahre begonnen. Eine Dürre hatte die Landwirtschaft getroffen, Männer zogen vom Land nach Dakar in die Stadt, nach Mauretanien, nach Côte d'Ivoire. Die große Mehrheit afrikanischer Migranten bleibt auf dem Kontinent, "das ist bis heute so", sagte Kebbé. Aber natürlich war Europa auch damals schon eine

"Ihr Europäer glaubt immer noch, die ganze Welt will zu euch" In der deutschen Migrationsdebatte kommt die Perspektive von Menschen aus Afrika kaum vor. Dabei w....

Option. Spanien und Italien brauchten Arbeiter vom Nachbarkontinent, vor allem in der Landwirtschaft. Auch weil so viele Italiener und Spanier als "Gastarbeiter" ins gelobte Westdeutschland gezogen waren.

So entstand in Regionen wie Louga ein afrikanisch-europäisches Netz der Migration, der "regulären" wie "der irregulären". Kebbé selbst ist einer der ehemaligen Migranten aus dem "regulär-irregulären Graubereich". Anfang der 2000er-Jahre kam er mit einem Studentenvisum, aber ohne Stipendium nach Frankreich. Um die Uni zu finanzieren, putzte er ohne Arbeitsvertrag französische Ferienhäuser, verkaufte DVDs an Touristenstränden, schuftete "informell" in Geflügelfabriken, bevor er schließlich mit einem Master in International Cooperation nach Hause kam.

Erkenntnis Nummer zwei, sagte er: "Westafrikanische Migration ist zirkulär. Die meisten Leute kehren irgendwann in ihre Heimat zurück." In Louga sieht man die wirtschaftlichen Folgen dieser Wanderbewegungen an soliden Häusern, einer größeren Moschee, einer neuen Schule, Klinik oder Tankstelle, oft auch an der Einschulungsrate.

Das ist die dritte Erkenntnis, die Kebbé gern nach Europa vermitteln möchte: Migranten, die im Ausland arbeiten, schicken Geld nach Hause. "Die Familien", sag Kebbé, "investieren das zuallererst in die Schulbildung der Kinder, und in die Gesundheitsvorsorge. Und in Krisensituationen in die täglichen Lebenshaltungskosten." Also Trinkwasser und Essen. Zahlreiche Studien haben in den vergangenen Jahren belegt: Überweisungen von Migranten nach Hause machen in der Summe wie auch in ihrer Wirkung in vielen ärmeren Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas mehr aus als internationale Entwicklungshilfe und Auslandsinvestitionen.

### **Wer auf die Straße ging, landete im Knast**

Mustapha Kebbé ist überzeugt, dass Senegals Diaspora - die "reguläre" wie die "irreguläre" - das Land während der Corona-Pandemie mit ihren Rücküberweisungen vor dem Schlimmsten bewahrt hat, als wegen Grenzsicherungen und Lockdowns die Wirtschaft einbrach. Auf einem guten Weg ist sie auch nach dem Ende der Pandemie nicht. Das Land ist weit davon entfernt, genügend Jobs für die rund 250.000 jungen Frauen und Männer zu schaffen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt drängen. Wobei der Bevölkerungszuwachs inzwischen ebenso mit einem besseren Gesundheitswesen und geringerer Säuglingssterblichkeit zusammenhängt wie mit der immer noch hohen, aber sinkenden Geburtenrate.

Es gibt also für junge Senegalesen viele gute Gründe, im Ausland nach Jobs zu suchen. Die Arbeitslosigkeit daheim; der oft massive Druck der Familie oder Dorfgemeinschaft, sich auf den Weg zu machen; die wachsende Frustration mit den politischen Verhältnissen. So manche der jungen Migranten in den Booten sind in den vergangenen Monaten im Senegal für politische Reformen und gegen Korruption auf die Straße gegangen, nur um im Tränengasnebel der Polizei oder für ein paar Tage im Knast zu landen.

Das macht sie nicht zu politisch Verfolgten nach Artikel 16a des Grundgesetzes. Aber viele von ihnen haben mehr für politische Freiheit riskiert als jeder deutsche Politiker, der Geflüchteten nur noch Sachleistungen gewähren will. Mustapha Kebbé hat alle paar Tage junge Landsleute am Telefon, die sich in eines der Fischerboote setzen wollen und ihr Leben bei dem Versuch riskieren, die Kanarischen Inseln und damit spanischen Boden zu erreichen. "Ich versuche, ihnen das mit aller Macht auszureden." Manchmal gelingt es ihm, weil er einen kleinen Kredit für den Migranten in spe auftreiben kann, um ein Geschäft hier in der Heimat zu eröffnen. Meistens weiß er nicht, ob seine Mahnungen irgendetwas bewirkt haben. "Die rufen mich ja nicht zurück, um zu sagen: Hey, ich hab's mir überlegt und bleibe hier."

### **Reguläre Wege nach Europa gibt es so gut wie keine mehr**

600 junge Männer hat die senegalesische Marine allein am vergangenen Wochenende an der Küste im Norden Senegals abgefangen bei dem Versuch, die Kanarischen Inseln und damit spanisches Territorium zu erreichen. Diese Westatlantik-Route verläuft entlang der senegalesischen, mauretanischen und marokkanischen Küste - und dann nach Westen auf die Kanaren. Rund 60.000 Migranten haben es zwischen 2020 und 2022 geschafft. Rund 7.000 gelten nach Angaben der spanischen Flüchtlingsorganisation Ca-Minando Fronteras im selben

"Ihr Europäer glaubt immer noch, die ganze Welt will zu euch" In der deutschen Migrationsdebatte kommt die Perspektive von Menschen aus Afrika kaum vor. Dabei w....

Zeitraum als vermisst. Immer wieder werden schwere Vorwürfe an die spanische und marokkanische Küstenwache erhoben, weil sie zu langsam auf Seenotrufe reagiere.

Mustapha Kebbé würde den jungen Landsleuten, die ins Boot steigen wollen, gern reguläre Wege nach Europa aufzeigen. Bloß gibt es so gut wie keine mehr. Die visafreie Einreise nach Frankreich ist längst Geschichte, sechsmonatige Arbeitsvisa für Jobs als Erntehelfer in der spanischen Landwirtschaft, sagte er, bewegten sich im dreistelligen Bereich. Und so wundert er sich jeden Morgen aufs Neue über ein Europa, das Immigranten so dringend braucht und sich gleichzeitig zur Geisel eines Rechtspopulismus gemacht hat, der jede konstruktive Politik verhindert. Ein Europa, das Abkommen mit Ländern wie Tunesien zur Migrationsabwehr abschließt, deren Präsident gleichzeitig zur Jagd auf "Dunkelhäutige" im Land aufruft und sie damit auf das Mittelmeer treibt. Das Schleuserkriminalität bekämpfen will und mit der libyschen Küstenwache kooperiert, die abgefangene Migranten an eben jene Schleuser in Libyen zurückverkauft, die ihren Opfern dann erneut Geld abpressen, um sie ins nächste Schlauchboot zu setzen.

Neuere Migrationswege für junge Westafrikaner, sagte mir Mustapha Kebbé, führten jetzt nach Lateinamerika, nach Brasilien oder Argentinien, wo die Grenzen noch offen seien. Oder nach Nicaragua, von wo aus sich die Migranten auf die gefährliche Wanderung Richtung US-Grenze begeben. Die Westatlantik-Route bleibe die Option für alle, die sich ein Flugticket nach Latein- oder Mittelamerika nicht leisten können. Solange die drückend heiße Jahreszeit anhalte, sei das Meer relativ ruhig, die Chance zu überleben also deutlich höher.

Ein Punkt sei ihm noch wichtig, sagte er zum Ende unseres Gesprächs: "Migration ist ein Menschenrecht." Er fordere kein Land zu offenen Grenzen auf. Aber zum menschenwürdigen Umgang mit den Migranten.

John Wessels A man stands on a pier underneath a rainbow at the beach along a promenade in Dakar on December 29, 2022. (Photo by JOHN WESSELS / AFP) (Photo by JOHN WESSELS/AFP via Getty Images) John Wessels A man stands on a pier underneath a rainbow at the beach along a promenade in Dakar on December 29, 2022. (Photo by JOHN WESSELS / AFP) (Photo by JOHN WESSELS/AFP via Getty Images)

**Load-Date:** October 5, 2023



**Lettland registriert täglich Hunderte Migranten an Grenze zu Belarus;  
Lettland, Polen und Litauen beschuldigen Belarus, Migranten in hoher Zahl  
an die EU-Außengrenze zu bringen. Nun wird über die Schließung eines  
Grenzübergangs debattiert.**

ZEIT-online

Dienstag 12. September 2023 8:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Asyl; Ausg. 1

**Length:** 381 words

**Byline:** Eric Voigt

## Body

---

Gints Ivuskans

Lettische Grenze bei Lidumnieki am 8. August 2023

Lettland hat in den vergangenen Tagen eine stark wachsende Zahl von **Migranten** festgestellt, die unerlaubt vom Nachbarland Belarus aus die Grenze überqueren wollten. Nach Angaben des Grenzschutzes versuchten in den vergangenen Tagen Hunderte Menschen, die EU-Außengrenze zu überqueren. Lettland beschuldigt genau wie Polen und Litauen den belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko, in organisierter Form **Migranten** an die EU-Außengrenze zu bringen.

Die Situation deute darauf hin, dass sich der "hybride Angriff aus Belarus" derzeit auf die lettische Grenze konzentriere, sagte Grenzschutzchef Guntis Pujats im lettischen Fernsehen. Demnach seien die EU-Länder Polen, Litauen oder Lettland immer wieder Zielländer von Belarus, das mit einer hohen Zahl von Migranten an der EU-Außengrenze testen wolle, wie die drei Staaten damit umgingen.

Lettland, Polen und Litauen beschuldigen Belarus, in organisierter Form Migranten an die EU-Grenze zu bringen, um ein politisches Druckinstrument zu schaffen. Alle Länder haben deshalb bereits den Schutz der Grenze verstärkt. Zur Unterstützung Lettlands wird Litauen bis zu 20 Grenzschutzbeamte in das baltische Nachbarland entsenden.

### **Situation an der Grenze zu Belarus hat sich verändert**

Auch Litauens Verteidigungsministerin Inara Murniece sagte, dass sich die Situation an der Grenze verändert habe. In Litauen sei die Bedrohung inzwischen geringer geworden und der ganze Druck konzentriere sich aktuell auf Lettland. "Wir müssen auf die Entwicklung verschiedener Szenarien vorbereitet sein", sagte Murniece.

Lettland registriert täglich Hunderte Migranten an Grenze zu Belarus Lettland, Polen und Litauen beschuldigen Belarus , Migranten in hoher Zahl an die EU-Außeng....

Anders als Litauen hat Lettland zuletzt eine deutlich ansteigende Zahl von versuchten illegalen Grenzübertritten registriert. Über mehrere Tage lag die Zahl der Migranten nach Angaben des Grenzschutzes bei über 100. An einem Tag seien vom lettischen Grenzschutz bis zu 246 illegale Grenzübertritte unterbunden worden.

Angesicht des starken Anstiegs hat der lettische Grenzschutz nun eine mögliche Schließung des Grenzübergangs Silene vorgeschlagen. Dies sei nötig als Signal an die autoritäre Führung in Minsk, dass Reisen und normale Beziehungen nicht aufrechterhalten werden könnten, wenn hybride Angriffe gegen Lettland gerichtet würden, sagte Pujats.

**Load-Date:** September 12, 2023

---

End of Document

**Ausschreitungen und Angriffe auf Migranten in Zypern; Mindestens 350 Vermummte haben in Limassol Migranten und deren Geschäfte angegriffen. Bereits vergangene Woche hatten Rechtsextreme auf Zypern Menschen attackiert.**

ZEIT-online

Samstag 2. September 2023 11:29 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Zypern; Ausg. 1

**Length:** 434 words

**Byline:** Lea-Katharina Krause

## Body

---

Kostas Pikoulas

Anti-**Migranten**-Protest endet mit Zusammenstößen in Limassol

Nach einer Demonstration gegen **Geflüchtete** und **Migranten** hat es in der zyprischen Hafenstadt Limassol schwere Ausschreitungen gegeben. Rund 350 Vermummte, manche Medien berichteten von bis zu 500, griffen Geschäfte von **Migranten** und die Menschen selbst an. Sie warfen Brandsätze und Steine und zündeten Mülltonnen an, wie die *Cyprus Times* berichtete.

Fünf Menschen seien demnach verletzt worden. Die Polizei setzte Tränengas ein und nahm 13 Menschen fest, wie es in dem Bericht weiter hieß.

### "Pogromartige Zustände"

Bei den Vermummten soll es sich Medienberichten zufolge um Rechtsextreme handeln. In der Kleinstadt Chloraka hatten Rechtsextreme bereits vergangene Woche Menschen angegriffen. Zyprische Medien beklagten "pogromartige Zustände".

Fernsehbilder zeigten, wie Passanten sich in Sicherheit brachten, während die Vermummten "Migranten raus aus Zypern" skandierten und randalierten. Es wurden Geschäfte und Imbissbuden zerstört. Ein Journalist, der über die Ausschreitungen berichtete, sagte, die Vermummten hätten Ausländer angegriffen. Diese hätten von anderen Zyprern Hilfe erhalten, um sich in Sicherheit zu bringen. Demnach sei auch ein TV-Team attackiert worden.

Präsident Nikos Christodoulidis sprach noch am selben Abend von beschämenden Bildern, wie der Sender RIK berichtete. "Auch diejenigen sollten sich schämen, die dafür verantwortlich sind", sagte er. Damit meinte er sowohl die Organisatoren der Demonstration als auch die Polizei und die zuständigen Minister, denen er vorhielt: "Es kann nicht sein, dass der Staat seine Bürger und Fremde nicht schützen kann." Am nächsten Morgen fand im

Ausschreitungen und Angriffe auf Migranten in Zypern Mindestens 350 Vermummte haben in Limassol Migranten und deren Geschäfte angegriffen. Bereits vergangene Wo....

Präsidialgebäude eine Krisensitzung mit den zuständigen Ministern, der Polizei, dem Zivilschutz und der Feuerwehr statt.

### **Zypern seit 2004 EU-Mitglied**

Gemessen an der Bevölkerungszahl verzeichnet die Inselrepublik die meisten Asylanträge pro Jahr in der EU. Die Geflüchtetenlager im Land sind überfüllt. Vielerorts haben sich Gettos gebildet, in denen Menschen in Armut leben. Diese Zustände dienen Ultrarechten als Anlass für die Ausschreitungen.

Seit 1974 ist Zypern nach einem griechischen Putsch und einer türkischen Militärintervention geteilt. Die Republik Zypern ist seit 2004 Mitglied der EU faktisch nur im südlichen Teil, da nur dort die Rechtshoheit ausgeübt werden kann. In den vergangenen Jahren haben die zyprischen Regierungen immer wieder beklagt, dass Migranten legal in das von der Türkei beanspruchte Nordzypern reisen und von dort über die grüne Grenze nach Südzypern und damit in die EU gelangen.

**Load-Date:** September 2, 2023

---

End of Document

**Merz sorgt mit Aussage über Asylbewerber für Empörung; CDU-Chef Friedrich Merz behauptet, Asylbewerber ließen sich auf Staatskosten neue Zähne machen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser spricht von "erbärmlichem Populismus".**

ZEIT-online

Donnerstag 28. September 2023 6:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 702 words

**Byline:** Verena Hölzl;Ulrike Tschirner

## Body

---

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat die Bundesregierung mit einem drastischen Vergleich zur Eindämmung der irregulären **Migration** aufgefordert - und heftige Kritik auf sich gezogen. "Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, dass 300.000 **Asylbewerber** abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen", sagte Merz im Welt Talk des Fernsehsenders Welt. "Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine." Von SPD und Grünen gab es daraufhin deutliche Kritik.

Die Unionsfraktion verbreitete die Aussage ihres Chefs auch auf der Plattform X. "Wir müssen über die Pull-Faktoren sprechen, die hier in Deutschland wirken. Wir haben massive Faktoren, die dazu führen, dass über 30 Prozent der **Asylbewerber** aus ganz Europa nach Deutschland kommen", sagte Merz. Mit Pull-Faktoren meint Merz solche, die eine Sogwirkung auf **Migranten** haben. Der Koalition warf er vor, nicht zu handeln. "Was Sie hier machen, ist eine Katastrophe für dieses Land."

Bundesinnenminister Nancy Faeser, SPD-Spitzenkandidatin für die Hessen-Wahl in eineinhalb Wochen, widersprach umgehend. "Das ist erbärmlicher Populismus auf dem Rücken der Schwächsten. Wer so spricht, spielt Menschen gegeneinander aus und stärkt nur die AfD", schrieb sie auf X. "Und es ist falsch: Denn Asylsuchende werden nur behandelt, wenn sie akut erkrankt sind oder unter Schmerzen leiden."

### **Zahnersatz nur im Notfall vorgesehen**

Im Asylbewerberleistungsgesetz heißt es in Paragraf 4 zu Leistungen bei Krankheit: "Zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren." Eingeschränkt wird: "Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist."

Merz sorgt mit Aussage über Asylbewerber für Empörung CDU-Chef Friedrich Merz behauptet, Asylbewerber ließen sich auf Staatskosten neue Zähne machen. Bundesinne....

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert kritisierte Merz deutlich. "Wir alle kennen aus dem Familienchat auf WhatsApp diesen einen Onkel, der immer ungeprüft Falschinformationen teilt", sagte Kühnert dem Spiegel. "Im Familienchat ist das nur nervig, aber wenn der Onkel der Chef der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag ist, ist es unprofessionell und gefährlich."

Die Grünenvorsitzende Ricarda Lang äußerte sich ähnlich. "Friedrich Merz spielt ganz bewusst Gruppen gegeneinander aus, verbreitet dabei Falschinformationen. So wird kein einziges Problem gelöst, aber Hass geschürt", schrieb sie auf X. Das sei eines "Vorsitzenden einer Volkspartei unwürdig".

### **CDU-Politiker Tobias Hans kritisiert Merz**

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), schrieb auf X: "Mit Falschbehauptungen Stimmung zu machen gegen die Schwächsten, das ist absolut unwürdig, Herr Merz!" Sie warf Merz vor, die Gesellschaft spalten zu wollen. Dies sei "absolut verantwortungslos".

Aus seiner eigenen Partei gab es unterschiedliche Reaktionen. Der frühere Ministerpräsident des Saarlands, Tobias Hans, übte Kritik. "Dieser Debattenbeitrag bringt uns keinen Schritt weiter", schrieb Hans auf X. Demokraten dürften "nicht negative Stimmung weiter anheizen oder gar falsches verbreiten". Mit Äußerungen wie denen von Merz werde die AfD nicht bekämpft.

Dagegen sagte der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Tino Sorge (CDU), der Rheinischen Post: "Friedrich Merz hat Recht." Die Kritik aus den Reihen der Ampelkoalition nannte er eine "scheinheilige Empörung". Diese sage viel darüber aus, wie mit kritischen Meinungen umgegangen werde.

Auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt verteidigte die Äußerungen von Merz. Dieser habe "auf eine Stimmung in der Bevölkerung hingewiesen, die sich auf die Belastung der Infrastruktur bezieht", sagte Dobrindt. Dazu gehöre neben Kitas und Schulen auch das Gesundheitssystem. Belastungsgrenzen gebe es nicht nur bei Kommunen, sondern auch in Sozialsystemen.

Annegret Hilse    Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion    Annegret Hilse    Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Load-Date:** September 28, 2023

**Rückstau an Asylanträgen in Großbritannien erreicht neues Rekordniveau; Eigentlich wollte der britische Premier Rishi Sunak alle alten Asylanträge bis Ende des Jahres erledigt sehen. Nun ist die Zahl mit 175.000 so hoch wie nie.**

ZEIT-online

Donnerstag 24. August 2023 3:09 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 485 words

**Byline:** Luis Kumpfmüller

## Body

---

Dan Kitwood

THE ENGLISH CHANNEL, ENGLAND - AUGUST 24: In this aerial view, A boat carrying around 50 **migrants** drifts into English waters after being trailed by a French emergency tug, the Abeille Normandie from the French coastline on August 24, 2023 The English Channel, England. Most of the small boats are collected on the border by UK Border Force vessels and brought into Dover port, after french naval ships accompany them to the border. Another boat then collects the small rubber crafts and loads them to be taken to a UK border Force facility. Over 100,000 **migrants** have crossed the Channel from France to England on small boats since the UK began publicly recording the arrivals in 2018. (Photo by Dan Kitwood/Getty Images)

Die Zahl der anhängigen Asylanträge in Großbritannien hat ein neues Rekordniveau erreicht. Das meldet unter anderem die BBC und beruft sich auf Zahlen des Innenministeriums in London.

Demnach warteten im Juni mehr als 134.000 Menschen auf eine Entscheidung britischer Behörden. Werden Familienangehörige dazugezählt, warten mehr als 175.000 Antragstellerinnen und -steller. Die Zahl ist damit um 44 Prozent höher als im Vorjahresmonat und so groß wie noch nie seit Beginn der Zählung nach aktuellen Maßstäben im Jahr 2010.

### Mehr als 68.000 Altfälle

Der britische Premierminister Rishi Sunak gerät nun unter Druck, sein Versprechen einzuhalten, die alten Anträge noch in diesem Jahr abzubauen. Will Großbritannien den Rückstau an bereits vor mehr als einem Jahr eingereichten Anträgen noch bis Ende 2023 auflösen, müsste es seine bisherige Bearbeitungsgeschwindigkeit vervielfachen. Derzeit werden monatlich etwa 2.000 Fälle abgeschlossen bei knapp 68.000 Altfällen müssten es bis Ende des Jahres aber mehr als 11.000 Anträge sein. Mehr als 80 Prozent der Antragsteller warten seit mehr als sechs Monaten auf einen Bescheid der Behörden.

Rückstau an Asylanträgen in Großbritannien erreicht neues Rekordniveau Eigentlich wollte der britische Premier Rishi Sunak alle alten Asylanträge bis Ende des J....

Gleichzeitig hat Sunak versprochen, das "Problem mit den kleinen Booten" bis Ende des Jahres zu lösen. Viele der geflüchteten Antragsteller kommen von Frankreich per Schlauchboot auf die britische Insel in diesem Jahr bereits mehr als 19.000. Zuletzt sorgte die britische Regierung mit einem Vorschlag, die Geflüchteten während der Bearbeitung ihrer Asylgesuche auf eine Insel im Atlantik zu bringen, für Aufsehen.

Mit einem verschärften Abschiebegesetz will Großbritannien stärker gegen "illegale" Einwanderer vorgehen. Mit dem Gesetz sollen die Menschen künftig bis zu 28 Tage in Lager interniert und dann in vermeintlich sicherere Länder wie Ruanda ausgeflogen werden. Bereits im Juli stimmte das britische Oberhaus dem Gesetz zu. Nur für unbegleitete Minderjährige und Schwangere soll es Ausnahmen von den Bestimmungen geben.

Im Juni hatte jedoch ein Berufungsgericht den Gesetzesentwurf für rechtswidrig erklärt auch weil es Ruanda nicht als sicheren Drittstaat ansah. Die Regierung kündigte Berufung gegen das Urteil an.

**Load-Date:** August 24, 2023



**Bundesregierung billigt Gesetzentwurf für schnellere Abschiebungen;  
Asylbewerber ohne Aufenthaltsrecht sollen künftig schneller ausgewiesen  
werden. Laut Kabinettsbeschluss soll außerdem die Dauer der  
Abschiebehaft verlängert werden.**

ZEIT-online

Mittwoch 25. Oktober 2023 10:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 729 words

**Byline:** Lea-Katharina Krause

## Body

---

Abschiebungen von **Asylbewerbern** ohne Aufenthaltsrecht sollen beschleunigt werden. Das sieht ein Gesetzentwurf von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vor, der nach Angaben aus Regierungskreisen das Kabinett passiert hat. Polizei und Behörden sollen demnach mehr Durchsetzungsrechte im Abschiebeprozess erhalten.

Mit dem Gesetzentwurf, der noch vom Bundestag verabschiedet werden muss, will die Bundesregierung die Zahl der kurzfristig gescheiterten Abschiebungen reduzieren. Daher soll die Höchstdauer des sogenannten Ausreisegewahrsams verlängert werden. Um zu verhindern, dass Abzuschiebende vor einer Rückführung untertauchen, können sie künftig 28 statt bisher zehn Tage festgehalten werden.

Ferner ist ein härteres Vorgehen gegen Schleuser und ein neuer Ausweisungstatbestand "Organisierte Kriminalität" geplant. Ausländische Mitglieder krimineller Vereinigungen sollen künftig unabhängig von einer individuellen Verurteilung ausgewiesen werden können.

Das Vorgehen gegen Schleuser stellte Faeser bei der Vorstellung des Gesetzes nach der Kabinettsitzung in den Mittelpunkt: Ziel sei "die maximale Bekämpfung der brutalen, rücksichtslosen und auch skrupellosen Schleuserkriminalität", sagte sie. Nicht nur würden Schleuser künftig schneller ausgewiesen, auch werde die Schleusung von Kindern künftig strafbar. Zudem würden die Mindest- und Höchststrafen für Schleuser erhöht, "ganz besonders bei gewaltsamem Vorgehen".

### **Bundesinnenministerium geht von 50.000 Ausreisepflichtigen aus**

Sowohl Faeser als auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatten betont, dass Abschiebungen beschleunigt werden müssten. Die Ampelkoalition hatte sich daher auf ein Migrationspaket geeinigt. Es beinhaltet auch schnellere Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete.

Bundesregierung billigt Gesetzentwurf für schnellere Abschiebungen Asylbewerber ohne Aufenthaltsrecht  
sollen künftig schneller ausgewiesen werden. Laut Kabinett....

Die Ministerin versuchte, die härteren Abschieberegeln humanitär zu begründen: "Um das Grundrecht auf Asyl zu schützen, müssen wir irreguläre Migration deutlich begrenzen", sagte die SPD-Politikerin. "Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen." Das sei "notwendig, damit wir weiterhin unserer humanitären Verantwortung für die Menschen gerecht werden können, die wir vor Krieg und Terror schützen müssen".

Die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer schätzt das Bundesinnenministerium auf rund 50.000. Viele haben das Land laut Faeser jedoch bereits verlassen. In diesem Jahr liege die Zahl der Abschiebungen rund 27 Prozent über der des Vorjahreszeitraums, sagte die Bundesinnenministerin. Rückführungen sind jedoch nur möglich, wenn die Herkunftsländer die Rücknahme ihrer Bürgerinnen und Bürger akzeptieren - die für die Abschiebungen zuständigen Bundesländer bemängeln das, da dies oft nicht der Fall sei.

Dennoch hob Faeser die Zusammenarbeit mit den Bundesländern und Gemeinden hervor. Bei dem Gesetzesentwurf sei besonders auf deren Bedürfnisse eingegangen worden, sagte sie: "Wir haben einen sehr langen Prozess gehabt mit denjenigen, die die Verantwortung tragen."

Als weitere Maßnahme kündigte Faeser an, die seit dem 16. Oktober geltenden stationären Polizeikontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz um weitere 20 Tage zu verlängern. "Danach wäre die Überlegung, ob man drei Monate verlängert. Das wird dann aber neu lageabhängig entschieden", sagte sie.

### **Grüne und Pro Asyl üben Kritik**

Sowohl aus der Opposition als auch bei SPD und Grünen wurde Kritik an dem Gesetzesvorhaben laut. "Das Gesetz ist in seiner jetzigen Form möglicherweise nicht mit der Verfassung vereinbar", sagte der Grünenparlamentarier Julian Pahlke den Zeitungen des RedaktionsNetzwerks Deutschland.

Auch die Nichtregierungsorganisation Pro Asyl hat die Pläne der Ampelregierung als "rechtsstaatlich fragwürdige Verschärfungen" kritisiert. Der Gesetzentwurf sehe "schwerwiegende Eingriffe in Grundrechte ohne jede Verhältnismäßigkeit" vor, teilte die Organisation mit. Das Vorhaben werde nicht wie behauptet die Kommunen entlasten, sondern dem Rechtspopulismus Vorschub leisten.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßte die Pläne - allerdings mit Einschränkungen. Es würden dadurch "bestimmte Schlupflöcher" geschlossen, sagte der stellvertretende GdP-Vorsitzende Sven Hüber dem Sender phoenix. "Aber es fehlt an Umsetzungsmöglichkeiten bei Personal und Technik", kritisierte er.

Robert Schlesinger Mit dem Gesetzentwurf sollen Abschiebungen von Asylbewerbern ohne Aufenthaltsrecht beschleunigt werden.

**Load-Date:** October 25, 2023

**Gleichstellungsministerin sieht Genitalverstümmelung als Asylgrund;  
Aminata Touré fordert, dass Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt das  
Recht auf Asyl bekommen sollten. Zudem müssten Frauen besser über ihre  
Rechte aufgeklärt werden.**

ZEIT-online

Mittwoch 19. Juli 2023 5:36 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 260 words

**Byline:** Anne Schwedt

## Body

---

Frank Peter

Original BU: Aminata Toure Aminata Toure. Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung in Schleswig-Holstein Kiel Schleswig-Holstein Deutschland \_FPR4087 \*\*\* Aminata Toure Aminata Toure Minister for Social Affairs, Youth, Family, Senior Citizens, Integration and Equality in Schleswig Holstein Kiel Schleswig Holstein Germany FPR4087

Schleswig-Holsteins Gleichstellungsministerin Aminata Touré (Grüne) hat gefordert, dass weibliche Genitalverstümmelung uneingeschränkt als Asylgrund in Deutschland anerkannt wird. Die Bundesregierung wolle die Istanbuler Konvention vorbehaltlos umsetzen, sagte Touré der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Dies bedeute, "dass die Rechte von geflüchteten Frauen und Mädchen nun auch stärker Berücksichtigung finden müssen und geschlechtsspezifische Gewalt als Asylgrund anerkannt werden muss".

Touré sprach sich zudem dafür aus, Frauen und Mädchen besser über ihre Rechte aufzuklären. "Schon allein die Tatsachen, dass viele Betroffene ihre Rechte nicht genau kennen oder sich nicht trauen, das Thema offen anzusprechen, kann ihre Chancen im Asylverfahren verringern." Mitarbeiter im Bundesamt für Migration sollten daher besonders geschult werden, um sensibel auf die Situation der Frauen einzugehen, forderte die Grünenpolitikerin.

Die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes ging im vergangenen Jahr von mehr als 100.000 genitalverstümmelten Mädchen und Frauen in Deutschland aus. Weitere mehr als 17.000 würden als gefährdet gelten, hieß es damals von der Organisation.

**Load-Date:** July 19, 2023

Gleichstellungsministerin sieht Genitalverstümmelung als Asylgrund Aminata Touré fordert, dass Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt das Recht auf Asyl bekom....

---

End of Document

**EVP-Chef Manfred Weber warnt vor Migrationskrise; In Italien steigen die Geflüchtetenzahlen stark an. Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, CSU-Politiker Manfred Weber, fordert einen Flüchtlingspakt mit Tunesien.**

ZEIT-online

Montag 17. April 2023 2:21 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Europäische Union; Ausg. 1

**Length:** 314 words

**Byline:** Eva Casper

## Body

---

Philipp von Ditzfurth

Manfred Weber, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), im Europäischen Parlament

Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber, fordert angesichts steigender Zahlen **Geflüchteter**, mit Tunesien über einen **Flüchtlingspakt** zu verhandeln. Wie die *Bild* vorab berichtete, will die EVP zum Wochenbeginn beantragen, deswegen eine Debatte im Europäischen Parlament zu führen. Ähnlich wie beim Türkei-Abkommen müsse den Schlepperbanden gemeinsam das Handwerk gelegt werden, sagte Weber. Der Grenzschutz und die Kontrollen sowie das Zurückweisen illegaler **Migranten** müssten endlich funktionieren, sagte Weber.

"Die EU schlafwandelt in eine neue Migrationskrise, obwohl der rasant steigende Migrationsdruck offensichtlich ist. In Italien sind in den ersten drei Monaten dieses Jahres über 300 Prozent mehr Migranten als im vergangenen Jahr angekommen", sagte Weber der Zeitung und fügte an, man dürfe Italien nicht alleinlassen. "Italien hat bereits den Notstand ausgerufen und die anderen EU-Staaten schauen weg", sagte der EVP-Chef.

Italiens Innenministerium zählte in diesem Jahr mehr als 31.000 Menschen, die auf Booten Italien erreichten im gleichen Vorjahreszeitraum waren es rund 7.900. Die Regierung hatte vergangene Woche wegen der hohen Zahl Geflüchteter landesweit den Notstand ausgerufen, um unter anderem die Errichtung neuer Aufnahmезentren zu erleichtern.

Hintergrund der Debatte ist ein Bericht der EU-Grenzschutzagentur Frontex an die EU-Kommission. Demnach könnten bereits im Sommer so viele Geflüchtete in die EU gekommen sein wie zuvor im gesamten Jahr 2022. Damals wurden 330.000 Geflüchtete gezählt. Dem Bericht zufolge hat Tunesien mittlerweile Libyen als Haupttransferland abgelöst, denn 57 Prozent der in Italien ankommenden Menschen bestiegen dort die Schlepperboote.

EVP-Chef Manfred Weber warnt vor Migrationskrise In Italien steigen die Geflüchtetenzahlen stark an. Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, CSU-Politiker....

**Load-Date:** April 17, 2023

---

End of Document

**Tote nach Bootsunglück vor der tunesischen Küste; An tunesischen Stränden sind erneut Leichen gefunden worden. Die Behörden schließen nicht aus, dass mehrere Boote am Wochenende auf dem Weg nach Europa sanken.**

ZEIT-online

Montag 7. August 2023 3:22 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 497 words

**Byline:** Stella Männer

## Body

---

Oliver Weiken

**Migranten** steuern ein Boot von der Nordküste Afrikas über das Mittelmeer in Richtung der italienischen Insel Lampedusa. Von Tunesien aus setzen immer mehr afrikanische **Flüchtlinge** nach Italien über. Viele **Migranten** zahlen für die Reise nicht nur finanziell einen hohen Preis. +++ dpa-Bildfunk +++ 29/06/2023

Bei einem erneuten Bootsunglück vor der Küste Tunesiens sind offenbar mindestens elf Menschen ums Leben gekommen. Wie ein Sprecher des Gerichts der tunesischen Hafenstadt Sfax mitteilte, werden noch 44 Menschen vermisst.

Die tunesische Küstenwache sucht dem Gerichtssprecher zufolge weiter nach Überlebenden. Bisher hätten lediglich zwei Passagiere des kaum seetüchtigen Bootes lebend geborgen werden können. Augenzeugen berichteten, das Boot sei mit 57 Menschen an Bord von einem Strand nördlich von Sfax in See gestochen. Dem Sprecher zufolge handele es sich bei allen Passagieren um Menschen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara.

### **Metallboote bei stürmischem Wetter**

Die Küstenwache sucht demnach zudem nach Hinweisen auf weitere Bootsunglücke. Zwischen Freitag und Sonntag waren demnach an den Stränden nördlich von Sfax zwölf Leichen aufgefunden worden. Es sei unmöglich festzustellen, von welchem Boot sie stammten.

Am Wochenende war es vor der etwa 130 Kilometer Luftlinie von Tunesien entfernten italienischen Insel Lampedusa zu zwei Bootsunglücken gekommen. Mindestens 30 weitere Menschen gelten dort als vermisst. Die nicht seetüchtigen Metallboote waren der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge am Donnerstag von Sfax aus aufgebrochen und am Samstag bei stürmischem Wetter untergegangen.

Tote nach Bootsunglück vor der tunesischen Küste An tunesischen Stränden sind erneut Leichen gefunden worden. Die Behörden schließen nicht aus, dass mehrere Boo....

### **Wichtiges Transitland**

Tunesien ist ein wichtiges Transitland für Migranten, die über die gefährliche Mittelmeerroute nach Europa gelangen wollen. Allein von 1. Januar bis 20. Juli wurden vor der tunesischen Küste 901 Leichen von Migranten entdeckt, die Mehrheit kam aus afrikanischen Staaten südlich der Sahara. Seit 2014 sind nach Angaben der IOM mehr als 20.000 Menschen auf der Flucht übers Mittelmeer ums Leben gekommen.

Die Europäische Union und Tunesien hatten Mitte Juli ein umfassendes Migrationsabkommen geschlossen. Es soll Menschen von irregulärer Migration in die EU abhalten und insbesondere den gemeinsamen Kampf gegen Schleuser verbessern. Das von einer schweren Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit geplagte Tunesien erhält dafür finanzielle Unterstützung von mehr als einer Milliarde Euro.

In Tunesien hatte sich in den vergangenen Monaten die Lage für Migranten erheblich verschlechtert. Es kam zu einem Anstieg rassistisch motivierter Angriffe auf sie, nachdem Präsident Kais Saied im Februar "Horden" illegaler Migranten einer "kriminellen Verschwörung" beschuldigt hatte. Anfang Juli wurden nach dem Tod eines Tunesiers in Sfax 1.200 Migranten von der Nationalgarde aus der Stadt vertrieben und ohne Wasser bei 40 Grad in der Wüste ausgesetzt.

**Load-Date:** August 7, 2023

---

End of Document



**Zahl der EU-Asylanträge 2022 fast doppelt so hoch wie im Vorjahr; In der Europäischen Union werden immer mehr Anträge auf Asyl gestellt, die meisten von ihnen in Deutschland. Jeder dritte Antragsteller kommt laut EU aus Syrien.**

ZEIT-online

Sonntag 22. Januar 2023 5:13 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Kommission; Ausg. 1

**Length:** 229 words

**Byline:** Verena Hölzl

## Body

---

Ben Stansall

**Migranten**, die bei dem Versuch, den Ärmelkanal zu überqueren, auf See aufgegriffen wurden, warten darauf, von einem Rettungsboot der Royal National Lifeboat Institution (RNLI) in Dungeness an der Südküste Englands an Land gebracht zu werden

Die Zahl der Asylanträge in der Europäischen Union hat sich 2022 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Wie die *Welt am Sonntag* unter Berufung auf die EU-Kommission berichtet, stellten Schutzsuchende im Jahr 2022 in den 27 EU-Ländern 923.991 Anträge auf Asyl. Das entspricht einer Steigerung um 46,5 Prozent.

Der sogenannte Situationsbericht der EU-Kommission bezieht sich dabei auf bisher unveröffentlichte Zahlen des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EUAA) vom 4. Januar 2023.

Demnach wurden die meisten Anträge in Deutschland gestellt, gefolgt von Frankreich, Spanien und Österreich. In Deutschland stieg die Zahl der Asylanträge um ein Drittel auf 226.467 und erreichte damit den höchsten Stand seit 2016.

Jeder dritte Antragssteller in Deutschland kam dem Bericht zufolge aus Syrien, gefolgt von Afghanistan, der Türkei und dem Irak. Mit Blick auf die gesamte EU kamen die meisten Anträge von syrischen Staatsbürgern, gefolgt von Afghanen, Türken, Venezolanern und Kolumbianern. Zudem hätten 2022 rund fünf Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine "vorübergehenden Schutz" in der EU gesucht.

**Load-Date:** January 22, 2023

**Nächstes Thema: Flüchtlinge; Beim Koalitionsausschuss sind sich die Parteien einig: nicht weiter streiten, sondern endlich wieder arbeiten. Doch bei der Migrationspolitik wird das schwierig.**

ZEIT-online

Donnerstag 27. April 2023 3:35 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Ampel-Koalition; Ausg. 1

**Length:** 1088 words

**Byline:** Katharina Schuler;Michael Schlieben;Tilman Steffen

## **Body**

---

Christoph Soeder

Omid Nouripour (l-r), Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, Ricarda Lang, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Christian Lindner, FDP-Bundesvorsitzender und Bundesfinanzminister, Saskia Esken, SPD-Bundesvorsitzende, und Lars Klingbeil, SPD-Bundesvorsitzender, stehen bei einem Bildtermin der Parteispitzen der Ampel-Koalition am Reichstagsgebäude. +++ dpa-Bildfunk +++01/12/2022 00:00:00

Diesmal gab es keine Nachtsitzung, keinen 30-Stunden-Verhandlungsmarathon wie Ende März: Der Koalitionsausschuss am Mittwochabend im Kanzleramt glich glaubt man dem, was die Teilnehmenden am Donnerstag erzählen eher einem gediegenen Arbeitstreffen. Es gab Spargel, nach drei Stunden war das Ganze auch schon wieder vorbei.

Es sei ein "unaufgeregtes Treffen" gewesen, sagt Saskia Esken am nächsten Morgen. Die SPD-Vorsitzende war eine von 17 Teilnehmern. Die SPD-Führung startete am nächsten Tag "gut gelaunt und ausgeschlafen", sagt Esken.

In den vergangenen Tagen ist es dagegen deutlich weniger friedlich zugegangen: Vor allem die Grünen hatten sich darüber empört, dass die FDP auf ihrem Parteitag Stimmung gegen das geplante Heizungsverbot gemacht und Finanzminister Christian Lindner sich von dem Kabinettsbeschluss gleich wieder distanziert hatte. Dabei hatte man sich darauf doch im vorigen Koalitionsausschuss unter großen Schmerzen erneut verständigt.

Auf FDP-Seite sieht man die Schuld eher bei den Grünen. Robert Habeck hätte sein Gesetz ja nicht unbedingt drei Tage vor dem FDP-Parteitag durchs Kabinett prügeln müssen, heißt es dort. Schließlich hätte er wissen können, dass manche Details davon für die Liberalen kaum annehmbar seien. Auch in Sachen Klimagesetz sind vor allem Grüne und FDP erneut heftig aneinandergeraten.

Wie man künftig zusammenarbeiten wolle, war deswegen eines der Themen am Mittwochabend. Was vereinbart sei, müsse auch umgesetzt werden, mahnten die Grünen schon im Vorfeld. In der Verantwortung sehen sie dabei

Nächstes Thema: Flüchtlinge Beim Koalitionsausschuss sind sich die Parteien einig: nicht weiter streiten, sondern endlich wieder arbeiten. Doch bei der Migratio....

nicht zuletzt den Bundeskanzler, der sich im Streit seiner Koalitionspartner oft vornehm zurückhält. Immerhin scheinen sich nun alle Beteiligten im Koalitionsausschuss einig gewesen zu sein, dass man vom Streit- dringend in den Arbeitsmodus zurückfinden müsse.

Eine erste Bewährungsprobe dürfte dafür der Flüchtlingsgipfel der Ministerpräsidenten mit Kanzler Olaf Scholz am 10. Mai werden. Anders als im Februar, als sich Vertreter und Vertreterinnen von Ländern und Kommunen mit Innenministerin Nancy Faeser trafen, erwarten die Ministerpräsidenten bei dem Treffen mit dem Kanzler dann auch konkrete finanzielle Hilfen, mit denen sie die zuletzt stark gestiegenen Flüchtlingszahlen bewältigen können. Denn auch wenn zuletzt mehr Ukrainerinnen und Ukrainer in ihr Heimatland zurückkehrten als von dort neu nach Deutschland kamen, beantragen zugleich mehr Menschen Asyl.

2022 seien 47 Prozent mehr Migranten und Kriegsflüchtlinge als im Jahr zuvor gekommen. Im ersten Quartal 2023 seien es sogar 83 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum gewesen, rechnen Ampel-Politiker vor. Insgesamt müsse man dieses Jahr mit 300.000 Flüchtlingen rechnen.

Untergebracht und versorgt werden die Flüchtlinge durch die Kommunen, die Verteilung auf Städte und Gemeinden machen die Landesregierungen. Bisher stellte der Bund Länder und Gemeinden mit Geld ruhig: Für 2023 sicherte das Innenministerium 2,5 Milliarden Euro zu. Die Länder beklagen, das Geld sei noch immer nicht geflossen.

Die Ampel-Fraktionen wollen auf dem Gipfel mit einer geeinten Position auftreten. Doch die muss offenbar erst noch gefunden werden. Vor allem SPD und FDP sind zurückhaltend bei weiteren Finanzhilfen. Die FDP verweist auf die Lage des Bundeshaushalts. Diese sei "fundamental verändert", das Budget gebe mehr Geld nicht mehr her. Außerdem hätten Landesregierungen das schon bisher vom Bund bekommene Geld nicht an die Kommunen weitergereicht.

### **Grünen zeigen Verständnis**

Die SPD hat zuletzt zudem immer wieder argumentiert, dass mit Geld allein die Probleme ohnehin nicht zu lösen seien. So habe man den Ausländerbehörden beispielsweise Mittel für Digitalisierung bereitgestellt, diese würden aber nicht abgerufen. Die Grünen haben dagegen Verständnis für die Nöte der Kommunen gezeigt. "Ich finde, die Kommunen brauchen hier mehr finanzielle Unterstützung", sagte etwa die Grünenvorsitzende Ricarda Lang bei einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche.

Ein weiteres großes Thema bei dem Treffen zwischen Kanzler und Ministerpräsidenten wird die Frage der Begrenzung der Flüchtlingszahlen und die Rückführung bereits abgelehnter Asylbewerber und Asylbewerberinnen sein. Die Ampel hat mittlerweile mit dem FDP-Politiker Joachim Stamp einen Beauftragten für Rückführungen eingesetzt, doch konkrete Ergebnisse etwa ausgehandelte Rückführungsvereinbarungen mit unterschiedlichen Staaten sind bisher nicht bekannt. Auch andere Möglichkeiten zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen etwa ein besserer Grenzschutz an den EU-Außengrenzen liegen nicht in der Macht der Ampel, sondern müssen auf europäischer Ebene verhandelt werden.

Um wenigstens ein wenig Handlungsfähigkeit in dieser Frage zu demonstrieren, drängt die FDP seit Langem auf eine Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten. Kommen Flüchtlinge aus solchen Ländern mit diesem Status, haben sie nur Anspruch auf ein stark vereinfachtes Verfahren und können schneller zurückgeschickt werden.

### **Sichere Herkunftsstaaten**

Infrage für eine Ausweitung kommen beispielsweise das EU-Anwärter-Land Georgien oder Moldau. Die Liberalen wollen allerdings auch afrikanische Staaten für sicher erklären. Während die SPD bei ersteren Ländern wohl noch mitgehen könnte, stößt Letzteres auch bei Sozialdemokraten auf Ablehnung. Die Grünen stehen weiteren sicheren Herkunftsstaaten generell skeptisch gegenüber und haben schon als Oppositionspartei deren Ausweitung über den Bundesrat stets blockiert. Bis zum Flüchtlingsgipfel der Länderchefs und des Kanzlers in zwei Wochen will man sich innerhalb der Ampel auf eine Position einigen.

Nächstes Thema: Flüchtlinge Beim Koalitionsausschuss sind sich die Parteien einig: nicht weiter streiten, sondern endlich wieder arbeiten. Doch bei der Migratio....

Ohnehin kommt aus Georgien und Moldau nur ein kleiner Bruchteil der Asylsuchenden nach Deutschland. So kamen im Januar aus Syrien und Afghanistan 15.000 Menschen, aus Georgien knapp 1.000. Eine allzu große Entlastung für die Kommunen insgesamt wäre damit also nicht verbunden.

Immerhin in einer Hinsicht scheint sich die Ampel einig: Die Forderung der Union, angesichts der ohnehin hohen Flüchtlingszahlen ein humanitäres Aufnahmeprogramm für Menschen aus Afghanistan zu stoppen, findet dort bisher keinen Widerhall.

**Load-Date:** April 27, 2023

---

End of Document

**Tausende Migranten warten in Mexiko auf Grenzübertritt in die USA; Kurz vor Mitternacht läuft in den USA eine umstrittene Abschieberegulung aus. Tausende Menschen harren deshalb in mexikanischen Städten aus, um in die USA einzureisen.**

ZEIT-online

Donnerstag 11. Mai 2023 8:35 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** US-Migrationspolitik; Ausg. 1

**Length:** 452 words

**Byline:** Ulrike Tschirner

## Body

---

Tausende **Migranten** warten Medienberichten zufolge in Mexiko darauf, in Kürze die Grenze zu den USA überqueren zu können. Hintergrund ist der Wegfall einer umstrittenen Abschieberegulung in den USA. Der sogenannte *Title 42* läuft kurz vor Mitternacht ab. US-Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas verwies aber darauf, dass trotz des Auslaufens der Regelung die Grenze zu den USA nicht offen sei. "Die Grenze illegal zu übertreten, verstößt gegen das Gesetz", sagte er am Mittwoch.

Wie das mexikanische Portal *Infobae* berichtete, harren die Menschen in verschiedenen Städten in Grenznähe aus insbesondere in den Bundesstaaten Chihuahua, Tamaulipas und Coahuila. In den US-Grenzstädten El Paso, Brownsville und Laredo im US-Bundesstaat Texas werde mit der Ankunft von bis zu 12.000 Migranten pro Tag gerechnet, berichtete die mexikanische Zeitung *Milenio*. Die drei Städte haben bereits den Ausnahmezustand erklärt.

Jorge Duenes

Migrants gather between the primary and secondary fences, as the United States prepares to lift COVID-19 era restrictions known as Title 42, that have blocked migrants at the U.S.- Mexico border from seeking asylum since 2020, as seen from Tijuana, Mexico May 10, 2023. REUTERS/Jorge Duenes

Die Regelung *Title 42* war unter dem früheren US-Präsidenten Donald Trump eingeführt worden und erleichterte unter Verweis auf die Corona-Pandemie eine schnelle Zurückweisung von Migranten. Kritikern zufolge war die Pandemie aber nur ein Vorwand, um eine harte Grenzpolitik durchzusetzen. Die USA wenden nun wieder *Title 8* an diese Regel ist stellenweise drastischer und sieht im Falle einer illegalen Einwanderung ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot vor.

**Joe Biden: Lage an der Grenze zu Mexiko "für eine Weile chaotisch"**

Tausende Migranten warten in Mexiko auf Grenzübertritt in die USA Kurz vor Mitternacht läuft in den USA eine umstrittene Abschieberegulierung aus. Tausende Mensche....

US-Heimatschutzminister Mayorkas sagte, die kommenden Tage und Wochen "könnten sehr schwierig werden". Es sei zu erwarten, dass in nächster Zeit viele Migranten aufgegriffen würden, die versuchten, ins Land zu kommen. In bestimmten Gegenden sei das bereits der Fall. "Schmuggler arbeiten schon seit langer Zeit hart an der Verbreitung der Falschinformation, dass die Grenze nach dem 11. Mai offen sein wird. Das wird nicht so sein. Sie lügen", sagte Mayorkas.

US-Präsident Joe Biden hatte in den vergangenen Tagen eingeräumt, dass die Lage an der Südgrenze "für eine Weile chaotisch sein" werde. An der Grenze zu Mexiko sind inzwischen 24.000 Grenzpolizisten im Einsatz. Zusätzlich zu den bereits 2.500 Soldaten, die zur Unterstützung an der Grenze eingesetzt werden, wurden weitere 1.500 Soldaten mobilisiert. Die US-Regierung verschärfte zudem die Asylregeln, um eine abschreckende Wirkung gegen illegale Grenzübertritte zu erzielen.

**Load-Date:** May 11, 2023

---

End of Document

**Union will Bekenntnis zu Israel zu Einbürgerungsvoraussetzung machen;  
Wer deutscher Staatsbürger werden will, soll sich zum Existenzrecht Israels  
bekennen, fordern Unionspolitiker. Geflüchtete Palästinenser wollen sie  
nicht aufnehmen.**

ZEIT-online

Mittwoch 18. Oktober 2023 3:18 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Antisemitismus in Deutschland; Ausg. 1

**Length:** 502 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft an ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels knüpfen. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Thorsten Frei, sagte der Bild: "Angesichts der jüngsten Ereignisse ist es höchste Zeit, dass Bewerber für die deutsche Staatsangehörigkeit ein unmissverständliches Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel abgeben. Dieses Bekenntnis sollte gesetzlich im Staatsangehörigkeitsgesetz verankert werden." Auch im Kampf gegen den Antisemitismus zeige sich: "Der deutsche Pass darf nicht am Anfang, sondern muss am erfolgreichen Abschluss des Integrationsprozesses stehen."

Der Bundestag will am Nachmittag des heutigen Mittwochs in einer Aktuellen Stunde über das Thema "Verherrlichung von Terror in Deutschland unterbinden - Antisemitismus entschieden bekämpfen" debattieren. Nach dem Angriff der islamistischen Palästinenserorganisation Hamas auf Israel hatte es in Deutschland zahlreiche antisemitische Vorfälle gegeben.

### **Union lehnt Aufnahme von Flüchtlingen aus Gazastreifen ab**

Bei einer möglichen Aufnahme palästinensischer Flüchtlinge sieht die Union arabische Länder in der Region und nicht Deutschland in der Pflicht. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt (CSU) sagte der Rheinischen Post, bei der humanitären Versorgung der Menschen aus Gaza "und einer möglichen Aufnahme von Migranten sind die arabischen Nachbarstaaten in der Region verantwortlich, Vorbereitungen zu treffen". Eine Migrationsbewegung nach Deutschland müsse dagegen vermieden werden.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, sagte der Zeitung, so, wie sich die Europäische Union besonders um Flüchtlinge aus der Ukraine kümmere, "liegt es auch in der Verantwortung palästinensischer Nachbarn, den Flüchtlingen Zuflucht zu gewähren".

### **Zentralrat geht nicht von Fluchtbewegung aus Israel aus**

Union will Bekenntnis zu Israel zu Einbürgerungsvoraussetzung machen Wer deutscher Staatsbürger werden will, soll sich zum Existenzrecht Israels bekennen, forde....

Terroristen im Auftrag der islamistischen Palästinenserorganisation Hamas hatten bei Angriffen auf Israel aus dem Gazastreifen heraus mehr als 1.400 Menschen getötet. Israel reagierte mit massiven Luftangriffen auf Ziele in dem dicht besiedelten Küstenstreifen, die Zahl der Toten im Gazastreifen ist auf rund 3.000 gestiegen. Hilfsorganisationen warnen vor einer humanitären Katastrophe in dem Gebiet am Mittelmeer.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland erwartet trotz der Gewalt infolge des Terrorangriffs der Hamas keine größere Zahl von Flüchtlingen aus Israel. "Das ist bisher nicht zu beobachten", sagte ein Sprecher des Zentralrats dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). "Wir rechnen auch nicht damit, da nicht zu erwarten ist, dass sich das Kriegsgeschehen ins Kernland verlagert. Es ist eher zu beobachten, dass Israelis zurückkehren, um ihr Land zu unterstützen."

Petros Karadjias Ein Mädchen schwenkt eine israelische Fahne während einer Solidaritätskundgebung in Larnaca auf Zypern. Petros Karadjias Ein Mädchen schwenkt eine israelische Fahne während einer Solidaritätskundgebung in Larnaca auf Zypern.

**Load-Date:** October 18, 2023

---

End of Document



**Bundeszahnärztekammer weist Aussagen von Friedrich Merz zurück; "In der Zahnmedizin bekommt man immer noch zeitnah einen Termin", sagt der Präsident der Bundeszahnärztekammer. Wartezeiten durch Migranten gebe es nicht.**

ZEIT-online

Donnerstag 28. September 2023 2:30 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT ONLINE**

**Section:** Asylbewerber; Ausg. 1

**Length:** 405 words

**Byline:** Ulrike Tschirner

## **Body**

---

Die Bundeszahnärztekammer hat die Äußerungen von CDU-Chef Friedrich Merz zu Zahnbehandlungen von **Asylbewerbern** auf Staatskosten zurückgewiesen. "Diese Aussage können wir so nicht bestätigen", sagte Kammerpräsident Christoph Benz ZEIT ONLINE auf die Frage, ob es durch **Migranten** in den vergangenen Wochen vermehrt zu Wartezeiten für Patientinnen und Patienten gekommen sei.

"In der Zahnmedizin bekommt man immer noch zeitnah einen Termin", sagte Benz. Im ländlichen Raum könne die Terminvergabe "durchaus etwas länger dauern". Das liege aber daran, dass es dort "viel weniger Praxen" gebe.

Merz hatte Asylsuchenden im Fernsehsender Welt vorgeworfen, das deutsche Gesundheitssystem auszunutzen. "Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine."

### **Merz stößt auf Kritik bei SPD und Grünen - Unterstützung aus der Union**

Der Präsident der Bundeszahnärztekammer verwies gegenüber ZEIT ONLINE darauf, dass nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur akute Schmerzen oder akute Erkrankungen behandelt würden. "Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies unaufschiebbar wäre", stellte Benz klar.

Die Äußerungen von Merz stießen auf heftige Kritik. SPD und Grüne warfen ihm Populismus vor. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bezeichnete Merz' Aussagen als "völlig unangemessen". "Wer so spricht, spielt Menschen gegeneinander aus und stärkt nur die AfD", sagte sie.

Aus der Union gab es unterschiedliche Reaktionen. Der frühere Ministerpräsident des Saarlands, Tobias Hans, übte Kritik an Merz. "Dieser Debattenbeitrag bringt uns keinen Schritt weiter", schrieb Hans auf X. Demokraten dürften "nicht negative Stimmung weiter anheizen oder gar falsches verbreiten".

Bundeszahnärztekammer weist Aussagen von Friedrich Merz zurück "In der Zahnmedizin bekommt man immer noch zeitnah einen Termin", sagt der Präsident der Bundesza....

Dagegen sagte der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Tino Sorge (CDU), der Rheinischen Post: "Friedrich Merz hat Recht." Auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt verteidigte die Äußerungen des CDU-Chefs. Dieser habe "auf eine Stimmung in der Bevölkerung hingewiesen, die sich auf die Belastung der Infrastruktur bezieht", sagte Dobrindt.

Rolf Vennenbernd Ein Zahnarzt versorgt eine Patientin in einer Praxis in Köln. Rolf Vennenbernd Ein Zahnarzt versorgt eine Patientin in einer Praxis in Köln.

**Load-Date:** September 28, 2023

---

End of Document

**Bretonische Kekse zur Abschiebung; Frankreichs Polizei verfolgt Menschen aus Lampedusa selbst in den Alpen und auf Zugdächern. Unterwegs an der innereuropäischen Grenze, die als eine der härtesten gilt.**

ZEIT-online

Dienstag 26. September 2023 5:16 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Geflüchtete zwischen Frankreich und Italien; Ausg. 1

**Length:** 2272 words

**Byline:** Annika Joeres

## Body

---

Mohammed Bamba hat die Saharawüste durchquert, er hat die Schläge von tunesischen Arbeitgebern erlitten und sich aus einem absaufenden Schlepperschiff gerettet. Schließlich überlebte er, so erzählt er es, eine 24 Stunden lange Fahrt in einem salzwassergetränkten Schlauchboot über das Mittelmeer bis zur italienischen Insel Lampedusa. Aber nun ist der 18-Jährige ratlos. Von Italien nach Frankreich zu kommen, erscheint ihm als die größte Hürde auf seiner Flucht von der Elfenbeinküste. "Man sagte mir schon, dass dies eine der härtesten Grenzen der Welt sei", sagt er an diesem Septembertag, wenige Tage, nachdem neue Bilder von Tausenden **Geflüchteten** auf Lampedusa in den europäischen Nachrichten aufgetaucht waren. Er war einer von ihnen.

Noch am Vorabend war Bamba mit einem Zug von Ventimiglia über die Grenze nach Frankreich gefahren. Aber er kam nur wenige Kilometer weit. Die Polizei führte ihn im Bahnhof der französischen Stadt Nizza ab. Die Polizisten hätten ihn in eine "Art Gefängnis" mit hohen Zäunen gebracht, ohne Matratze habe er auf dem Boden geschlafen. Wenig später, berichtet Bamba, sei er mit einem schwarzen Bus ohne Aufschrift zurück nach Italien gefahren worden, zurück nach Ventimiglia. Nun steht er in einer weißen Jacke und einer Kappe mit "Italia"-Aufdruck für die Essensausgabe der Caritas an: Ein Flachbau an einem asphaltierten Platz, in einer Sackgasse unweit vom Bahnhof der Stadt. Um zehn Uhr morgens stehen bereits viele **Geflüchtete** an.

Einige halten, wie Bamba, weiße Plastiktüten in der Hand, die Essensrationen zeugen von ihrer unfreiwillig abgebrochenen Reise ins Nachbarland: eine Packung mit bretonischen Keksen, ein Becher Apfelkompott, eine Wasserflasche, ein Nudelsalat in einer Alukonserve, Zwieback. Essensrationen, wie sie auch Bamba in Frankreich kurz vor seiner morgendlichen Abschiebung nach Italien bekommen hat. Manche Minderjährige, erzählt Bamba, hätten "in dem Lager" bleiben dürfen. Anderen sei ihr junges Alter nicht geglaubt worden. Für ihn sei es ein Drama, wenn er nicht zu seinem Ziel in Frankreich käme, sagt er. "Ich spreche Französisch und kenne jemanden in Paris", erklärt er. Was solle er in Italien?

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte vor wenigen Tagen nach den viel diskutierten Bildern der auf Lampedusa ankommenden Menschen versprochen, sich solidarisch mit Italien zu verhalten. Zwei Tage später widersprach sein Innenminister Gérard Darmanin in den abendlichen Hauptnachrichten: "Keinen einzigen Flüchtling

Bretonische Kekse zur Abschiebung Frankreichs Polizei verfolgt Menschen aus Lampedusa selbst in den Alpen und auf Zugdächern. Unterwegs an der innereuropäischen....

aus Lampedusa" wolle er aufnehmen. Wiederum zwei Tage später heißt die offizielle Position von Macrons Regierung, es gebe keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen. Frankreich würde alle Menschen mit anerkanntem Asylgrund aufnehmen. Doch hier an der Grenze sieht man: Sie kommen erst gar nicht ins Land, um einen Asylantrag zu stellen.

Das französisch-italienische Tauziehen um die flüchtenden Menschen dauert bald schon ein Jahrzehnt an. Noch viel länger sucht die EU vergeblich nach einem Weg, um die Migrantinnen und Migranten auf humane Art und Weise auf die verschiedenen Mitgliedsländer zu verteilen. Die meisten Flüchtlinge in Italien wollen das Land wieder verlassen. Viele der meist sehr jungen Männer und einige Frauen in der Essensschlange vor der Caritas in Ventimiglia zieht es weiter nach Paris und London, einige auch nach Deutschland.

### **Gerichtshof für Menschenrechte urteilte elfmal gegen Frankreich**

Seit 2015 kommen Tausende Flüchtlinge zumeist aus afrikanischen Staaten in Ventimiglia an, und genauso lange versucht Frankreich, sie unmittelbar wieder loszuwerden. Seine Grenzbeamten stöbern sie mit Drohnen auf, ziehen sie wenige Kilometer nach der Grenze aus den Zügen, nehmen sie auf der Autobahn oder sogar auf steilen Bergwegen fest und bringen sie umgehend wieder mit Bussen der Grenzpolizei nach Ventimiglia zurück. Das ist zumindest bei minderjährigen Flüchtlingen illegal. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat Frankreich schon elfmal dafür verurteilt. Minderjährige Flüchtlinge seien besonders verwundbare Personen, ihnen müsse unmittelbar geholfen werden, heißt es in einer Erklärung des EGMR vom Juli 2022. Doch die Urteile änderten bislang wenig.

Jede Fahrt mit den Regionalzügen von Ventimiglia nach Menton legt offen, wie wenig durchlässig diese innereuropäische Grenze ist. Zwar lässt Italien die Flüchtlinge weiterziehen. Doch schon am ersten französischen Bahnhof Menton Garavan steigen bewaffnete Grenzpolizisten ein, manche mit Hunden. Weiße Personen werden nur mit einem flüchtigen Blick gestreift, alle anderen müssen sich ausweisen. Menschen ohne europäische Papiere werden meist innerhalb von wenigen Augenblicken hinausgeführt und dort von einer weiteren Gruppe Uniformierter empfangen. Zurück bleiben Berufspendler in Sakko, die meistens später in Monaco aussteigen; Touristen mit Strohhüten und Strandtaschen, manche beugen sich aus dem Fenster, manche filmen die Szenen. Die meisten Gespräche verstummen.

Der Schauplatz dieser täglichen Abschottungskämpfe an der Grenze ist ausgerechnet die Côte d'Azur, eine der reichsten und meistbesuchten Regionen der Welt. So fährt der nunmehr flüchtlingsfreie Zug vorbei an violetten, rosa- und ockerfarbenen Häusern mit gläsernen Balkonen, an Bouleplätzen und palmenbestückten Strandbars, die Tapas und eiswürfelgekühlten Weißwein anbieten. In Lampedusa, so hieß es vor wenigen Tagen in vielen Nachrichtensendungen, seien mit 11.000 Menschen mehr angekommen, als die Insel Einwohner hat. In Nizza, Cannes und Menton leben in der Saison zehn oder zwanzigmal so viele Personen wie die Städte Einwohner zählen. Aber sie schlafen in Hotels und Ferienwohnungen und nicht in Zelten oder auf einem Pappkarton.

Unter, über und auf dieser Zugstrecke zwischen Italien und Frankreich sind in den vergangenen Jahren 40 Menschen ums Leben gekommen, schätzt die italienische Caritas. Sie wurden von Stromschlägen getötet, als sie sich auf die Zugdächer legten, sie wurden in dunklen Tunneln von Loks überfahren oder von Lkw auf der Autobahn in die Luft geschleudert. Manche erfroren auch auf einem der Pfade über die Alpen oder stürzten in Flipflops Berghänge hinunter.

Die meisten Geflohenen haben nur das Nötigste dabei. Auch Bamba. Er trägt einen kleinen Rucksack, darin befinden sich ein Ladegerät für sein Telefon, ein Paar Socken, ein Hemd, eine Hose, ein handgroßes Fotoalbum, das er nicht öffnen mag. Seine Schwägerin Mariam schleppt eine Decke in einem Plastikbeutel mit sich herum, sie friert schnell. Ihr Mann - Bambas Bruder - ist noch in Tunesien und soll bald nachkommen, sagt sie. Viel mehr möchte sie nicht erzählen, sie schnäuzt in ein zerfleddertes Taschentuch und geht einige Schritte weiter. Es sind nur wenige Frauen hier, sie möchten nicht reden, ziehen ihre Kapuze weit ins Gesicht oder wenden sich ab.

"Viele Frauen haben Furchtbare erlebt", erklärt Maurizio Marmo. Vergewaltigungen von Schleppern beispielsweise, andere hätten ihr Kind auf der Flucht verloren. "Sie suchen in Europa den Frieden und werden wie

Bretonische Kekse zur Abschiebung Frankreichs Polizei verfolgt Menschen aus Lampedusa selbst in den Alpen und auf Zugdächern. Unterwegs an der innereuropäischen....

Kriminelle behandelt." Marmo ist Direktor der Caritas in Ventimiglia. Die Organisation teilt täglich Essen aus für hungrige Flüchtlinge. Mal kämen 50 am Tag, mal ein- oder zweihundert. Aber seit drei Jahren verschlimmere sich die Situation: Die Stadt hat in der Corona-Pandemie ihre einzige Flüchtlingsunterkunft geschlossen. Heute kann die Caritas nur 20 Betten vergeben, in den allermeisten Fällen an Frauen und Kinder. Für die in den kommenden Tagen zahlreich erwarteten Menschen aus Lampedusa hätten sie keine Betten mehr zu vergeben. "Die Stadt verschließt die Augen wie ein Kind. Aber die Menschen sind nun einmal da", sagt Marmo.

Hohe Zäune trennen das Caritas-Gelände von den angrenzenden Gleisen. Schilder warnen dort auf Englisch, wie gefährlich es sein kann, sich von außen an die Züge zu hängen oder auf ihr Dach zu steigen. An diesem Morgen geben die ehrenamtlichen Helfer Brot aus, auch Stückchen von Wassermelonen und kistenweise Äpfel. An manchen Abenden kommen auch Menschen aus den umliegenden Bergdörfern und verteilen Suppe oder Nudeln. Manchmal an Hunderte Flüchtlinge.

Nur der italienische Staat, der ist hier nirgends zu sehen, ebenso wenig wie die Europäische Union. Viele Anwohner fühlen sich alleine gelassen. "Warum zahlen die in Brüssel nicht Zelte oder Busse?", sagt die Kellnerin einer Bar, direkt an einer Schnellstraße gelegen. Auf meterdicken Betonpfeilern führt sie über den Fluss Roya zur Autobahn Richtung Frankreich. Neben den Pfeilern sitzen etwa 50 Männer auf den wenigen noch trockenen Kiesflächen im Flussbett der Roya. Regen hat den Fluss anschwellen lassen. Die Männer suchen unter der Brücke Schutz vor Sonne und Regen, einige schlafen dort auch. "Sonst sind noch mehr hier", erzählt die junge Frau, sie möchte ihren Namen nicht nennen. Die Kaffee trinkenden Besucher des Lokals rufen die stämmige Frau mit dem kirschroten Mund stets nur mit "Bella" zu sich.

"Ich wurde dazu erzogen, armen Menschen zu helfen, aber das ist zu viel", erklärt sie. Immer wieder verschenke sie Wasserflaschen, auch schon mal eines ihrer Olivenbrote oder Saft, wenn Kinder vorbeikämen. "Aber das kann es doch nicht sein." Sie macht eine ausholende Armbewegung und zeigt schließlich auf ihre Brust. "Ich soll das Elend regeln, mit meinem Kellnergehalt?" Ihre Worte ähneln ausgerechnet denen von Frankreichs Präsident Macron, der in einer Fernsehansprache am Sonntagabend sagte, Frankreich könne "nicht das Elend der Welt" beherbergen.

### **In Containern hinter Stacheldraht eingesperrt**

Aber das Elend ist schon da, gut sichtbar in Ventimiglia. Manche Anwohner reden wütend und auch rassistisch. Sie schimpfen, dass ihre Stadt ausgeliefert sei, dass die Flüchtlinge in der Innenstadt und an den Stränden die Touristen vergraulen und ihr Einkommen schmälern würden.

Ein Italiener erzählt, er könne nicht mehr Tennis spielen, weil in seinem Vereinsheim inzwischen Flüchtlinge übernachteten, eine ältere Dame traut sich abends nicht mehr mit ihrem Hund auf die Straße, weil sie Angst vor streunenden Gruppen junger Männer habe, "egal, woher sie kommen". Und immer wieder fällt der Satz: Europa kümmert sich nicht.

Nur zehn Zugminuten und drei Tunnel weiter ist von Hilfe suchenden Flüchtlingen nichts zu sehen. Die französische Stadt Menton ist bekannt für ihr Zitronenfest im Februar. Dann strömen Urlauber aus aller Welt hierhin. Den Rest des Jahres leben hier besonders viele Rentnerinnen und Rentner, die sich auf Strandstühlen sonnen. Kurzzeitig hieß es in der Lokalzeitung, ein Hotel solle konfisziert werden, um dort die erwarteten Neuankömmlinge aus Lampedusa unterzubringen. Einen Tag später dementierte die Stadt, sie habe eine "bessere Idee", die sie bald verkünden würde.

Bislang werden viele Nichteuropäer direkt an der Küstenstraße im grenznahen Stadtteil Menton Garavan in Containern mit Stacheldraht eingesperrt, bis die meisten von ihnen wieder zurück nach Italien gebracht werden. Auch dies sei eine "illegale Freiheitsberaubung", kritisierte die französische Generalkontrolleurin für Orte des Freiheitsentzugs, Dominique Simmonot schon 2021. Schließlich seien Asylbewerber keine Häftlinge. Auch Flüchtlingshelfer beklagen, dass sie keinen Zugang zu dem Lager haben. An diesem Septembertag weisen mit Pistolen und Schlagstöcken bewaffnete Grenzpolizisten schon von Weitem jede sich nähernde Person ab. Wortlos, aber mit energisch wegscheuchenden Handbewegungen.

Bretonische Kekse zur Abschiebung Frankreichs Polizei verfolgt Menschen aus Lampedusa selbst in den Alpen und auf Zugdächern. Unterwegs an der innereuropäischen....

In Lampedusa, so erzählt es Bamba, sei er sehr freundlich empfangen worden. Auch dort habe er einen Essensbeutel erhalten. Er zieht das Ticket seines Reisebusses aus seiner Gürteltasche, die bei ihm über der Schulter hängt. Auch ein mit seinem Foto und seinem Geburtsdatum bedrucktes Papier holt er hervor, es zeigt an, dass er 18 Jahre und acht Monate alt ist. Acht Monate zu alt, um eine Chance zu haben, nach der nächsten Kontrolle der französischen Polizei in Frankreich bleiben zu können, als Minderjähriger. Er will es trotzdem weiter versuchen, am besten noch am selben Tag. Wie, weiß er noch nicht. Aber er will es so lange versuchen, bis er irgendwann in Paris ankommt.

VENTIMIGLIA, ITALY - AUGUST 09: Men are seen waiting at the border in Ventimiglia, Italy on August 09, 2023.

VENTIMIGLIA, ITALY - AUGUST 09: Men are seen waiting at the border in Ventimiglia, Italy on August 09, 2023. Annika Joeres Confine di Stato Ventimiglia-Mentone, intensificazione dei controlli delle forze francesi antiterrorismo per ricerca dei profughi

VENTIMIGLIA, ITALY - AUGUST 10: A man sits under a bridge in Ventimiglia on August 10, 2023. Migrants from different nationalities do several attempts to cross the borders from Ventimiglia in Italy to Menton in France but are often pushed back to Italy by the French police. They have to wait to try to cross again mostly under a bridge that is 8 kilometers from the borders for unknown periods, in hard life conditions as there is nothing to sleep on, no food, water or electricity.

VENTIMIGLIA, ITALY - AUGUST 10: A man shaving a beard of another under a bridge in Ventimiglia on August 10, 2023. Migrants from different nationalities do several attempts to cross the borders from Ventimiglia in Italy to Menton in France but are often pushed back to Italy by the French police. They have to wait to try to cross again mostly under a bridge that is 8 kilometers from the borders for unknown periods, in hard life conditions as there is nothing to sleep on, no food, water or electricity. ABACAPRESS Atmosphere On The French-Italian Border - Menton The massive arrival of migrants on the island of Lampedusa, in Italy, in recent days has caused concern on the Franco-Italian border.

**Load-Date:** September 26, 2023

---

End of Document

**Wenn sie das Blaulicht sehen, geben die Schleuser Vollgas; In Sachsen laufen neuerdings zwei europäische Fluchtrouten zusammen. Die Polizisten nehmen Fingerabdrücke und fangen Schleuser - und manchmal verteilen sie Schokoriegel.**

ZEIT-online

Samstag 30. September 2023 7:06 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 2053 words

**Byline:** Christian Vooren;Felix Adler

## Body

---

Ihr neues Leben beginnt mit einer Flasche Sprudel im Staub und einer Straftat. Zehn Männer, Frauen und vor allem Kinder sitzen am Straßenrand zwischen Acker und Asphalt, das Feld hat schon viel zu lange kein Wasser mehr gesehen, die Geflüchteten auch nicht. Ein Polizist reicht ihnen seine eigene Trinkflasche. Sieben weitere Migranten werden in den nächsten Stunden noch dazukommen.

Sie stammen aus der Türkei, sind von Istanbul aus aufgebrochen. Sie alle haben türkische Pässe, das ist ungewöhnlich, denn die meisten Geflüchteten, die in Deutschland ankommen, haben gar keine Papiere. "Wir sind Kurden", sagt eine Frau auf Englisch zum Polizisten und reckt dabei zwei Finger zum Victory-Zeichen in die Luft. Es ist ein kleiner, aber hart erkämpfter Sieg für die drei Familien, dass sie auf diesem sächsischen Acker im Staub sitzen können. Wie lange er hält, wissen sie noch nicht.

Die Geflüchteten sind mit einem Transporter in der Nähe abgesetzt worden, von einem Schleuser. Ein Anwohner hat die Polizei gerufen, er hatte die Gruppe entdeckt. So läuft das meistens ab. Die Bundespolizei kam mit mehreren Mannschaftswagen, da war der Schleuser längst weg. Das sind neuerdings meistens Ukrainer, manchmal sind es selbst Geschleuste, die ihre Schulden der Flucht bei den Hintermännern durch Arbeit abbezahlen müssen. Auch der Polizeihelikopter mit dem Rufzeichen "Pirol" hat nicht mehr gesehen als die Beamten am Boden, trotz vielfachen Kreisens und Tieffliegens. Auch das läuft meistens so ab.

Einer der Väter, Abdulkarim, will reden. Sein älterer Sohn, kaum zehn Jahre alt, übersetzt ins Englische, so gut es geht, den Rest tippt der Vater auf Türkisch in einer Übersetzungsapp ins Handy. Die Familie seiner Frau sei gegen die Ehe gewesen und hätte seine Familie bedroht, sie hätten sich immer wieder verstecken müssen. Deshalb will er auch seinen Nachnamen nicht öffentlich nennen. Die Familie entschied sich zur Flucht. Von Istanbul nach Serbien, die Balkanroute. In Serbien hätten sie drei Tage bei Regen im Wald gehaust. Der Vater erkältete sich, die Kinder bekamen Fieber, sie zeigen die Insektenbisse an ihren Armen, sie haben sie aufgekratzt. Abdulkarims Geschichte lässt sich in den Details nicht überprüfen, aber sie gleicht denen der meisten, die die Bundespolizei in der Oberlausitz aufgreift.

Wenn sie das Blaulicht sehen, geben die Schleuser Vollgas In Sachsen laufen neuerdings zwei europäische Fluchtrouten zusammen. Die Polizisten nehmen Fingerabdrü....

Der Acker liegt in Weißenberg, das liegt bei Bautzen in der Oberlausitz und damit am Berührungspunkt zweier Haupttrouten für Flüchtende in Europa. Schleuser fahren über die A4 oder über umliegende Landstraßen, sie kommen über die Grenze aus Polen oder Tschechien. Hier kommen sowohl die Routen aus Belarus als auch die über den Balkan an, seit Österreich und auch Bayern ihre Grenzen ziemlich abgeschottet haben. Allein am vergangenen Wochenende griff die Polizei hier 132 Geflüchtete auf.

Meist läuft es so, sagt die Polizei: Die Schleuser kassieren bis zu 10.000 Euro von den Flüchtenden, davon geht ein kleiner Teil an die Fahrer - ungefähr 350 Euro pro Person. Die fahren sie dann nahezu ohne Pause über die Grenze. Manchmal setzen sie sie kurz vorher ab, dann überqueren die Migranten die Grenze zu Fuß, zum Beispiel über die Brücke bei Ostritz. In Deutschland sind sie auf sich gestellt, "Absetzschleusung" heißt das im Polizeisprech. Die meisten versuchen, mit dem Zug zu einer der Erstaufnahmeeinrichtungen zu kommen, um Asyl zu beantragen.

Alfred Klaner, Pressesprecher der hier zuständigen Bundespolizei in Ebersbach, sagt: Vor gut einem Jahr wären die Geflüchteten meist Afghanen gewesen, aber seitdem kämen zu etwa 90 Prozent Syrer. Die meisten sind junge Männer, wie die sechs Syrer, die am Vortag von einem ukrainischen Schleuser in einen Ford Focus gequetscht und zum Bahnhof in Bautzen gebracht wurden. Die Polizei konnte den Fahrer festnehmen, er wird sich wegen "Schleusung unter lebensbedrohlichen Umständen" verantworten müssen.

Deswegen geht es der Bundespolizei auch vor allem darum, die Schleuser zu erwischen. Denn die beuten die Migranten in ihrer Notlage aus, und sie gefährden immer häufiger ihr Leben. Zuletzt gab es mehrfach Fälle, in denen Schleuser mit Vollgas vor der Polizei flüchteten, den Wagen in den Straßengraben setzten oder aus dem fahrenden Auto sprangen - während sich im Laderaum Menschen befanden. "Sobald wir das Blaulicht anschalten, geben die Vollgas", sagt Bundespolizist Klaner. "Deshalb jagen wir sie nicht, sondern versuchen, sie an anderer Stelle abzufangen."

Immer häufiger kommen die Schleuser mit Transportern und Kleinbussen, das ist lukrativer. Dann sind oft Frauen und Kinder dabei, wie die drei Familien auf dem staubigen Acker. Woher der Schleuser kam, kann Abdulkarim nicht sagen. In Serbien seien sie mit einer Waffe bedroht worden, sie hätten ihre Taschen abgeben müssen. Er hält sich zwei Finger an die Schläfe. Wer sie bedroht hat, ist auf dem Acker durch die Sprachbarriere nicht zweifelsfrei herauszufinden, entweder die serbische Polizei oder die Schleuser selbst. Sie seien später in den Laderaum eines fensterlosen Transporters gezwängt worden und mussten dort bleiben, erzählt er. Darin kaum genug Platz, dass alle sitzen können.

"Manchmal reißen die Geschleusten die Dichtungsgummis aus den Türen, damit sie überhaupt noch ein wenig Luft bekommen", erzählt Alfred Klaner. Vor zwei Wochen griffen sie an einem nahegelegenen Stausee einen Transporter auf, in dem 49 Personen auf 7,2 Quadratmetern eingesperrt waren.

Der Vormittag verläuft auffallend ruhig, selbst Klaner traut dem Ganzen nicht so recht. Am Bahnhof ist niemand zu sehen, über Funk kommen keine Meldungen rein. Die Polizei arbeitet hier mit Schleierfahndung, kontrolliert also gezielt Personen, Gruppen und Fahrzeuge, die ins Muster passen. Eine Gruppe junger Männer, ein Transporter mit polnischem Kennzeichen und abgedunkelten Fenstern zum Beispiel. Der Anruf eines Bürgers, der zwölf Migranten in der Nähe einer Tankstelle gesehen zu haben glaubte, läuft ins Leere. Entweder hat er sich geirrt oder die Gruppe ist bereits mit einem Zug vom nahegelegenen Bahnsteig weitergereist.

Als in der Streife am Mittag gerade der Funkspruch zum Aufgriff auf dem Acker durchkommt, blinkt fast gleichzeitig auf dem Handy eine Eilmeldung auf: Bundesinnenministerin Nancy Faeser ordnet "zusätzliche flexible Schwerpunktkontrollen" an den Grenzen zu Tschechien und Polen an. Die Bundespolizei in der Oberlausitz ist davon gleich doppelt betroffen, denn sie liegt genau im Dreiländereck. Für die Beamten bedeutet das: noch mehr Arbeit. Später kündigt Finanzminister Christian Lindner an, dass der Zoll die Bundespolizei dabei unterstützen solle, immerhin eine kleine Entlastung. Als die Beamten von der Meldung hören, zuckt einer nur mit den Schultern. "Ich schaue eigentlich nur noch, wann mein nächster Dienstbeginn ist", sagt einer von der hinzugerufenen



Wenn sie das Blaulicht sehen, geben die Schleuser Vollgas In Sachsen laufen neuerdings zwei europäische Fluchtrouten zusammen. Die Polizisten nehmen Fingerabdrü....

Bereitschaftspolizei. Es klingt erschöpft. Mit Politik wollen die Polizisten hier im Grenzgebiet nichts zu tun haben, sie sind genug damit beschäftigt, ihre Arbeit zu erledigen.

Der kräftige Beamte von der Bereitschaftspolizei schickt einen Kollegen los, um Wasser und Schokoriegel für die Familien beim Netto zu kaufen. Das zahlt er aus eigener Tasche. Alle haben Hunger und Durst, die Sonne brennt, der vom Helikopter aufgewirbelte Staub legt sich auf die Zunge, die Kinder haben seit dem Vortag nichts gegessen.

Mittlerweile sind mehrere Mannschaftswagen hergefahren. Die Polizisten wirken gelassen, die Geflüchteten erleichtert und erschöpft. Einer nach dem anderen muss die Arme ausstrecken, auch die Kinder. Die Polizisten streichen über Brust, Rücken und Beine, die Geflüchteten leeren ihre Taschen, gefährliche Gegenstände haben sie nicht dabei. Die wenigsten tragen mehr als die Kleidung am Körper mit sich, den Rest müssen sie vorübergehend in Plastikbeuteln der Polizei verstauen. Zigaretten, Pässe, Bargeld. Niemand scheint einen Schlüssel bei sich zu tragen. Wozu auch. Alles wird mit Zetteln markiert, die Nummern passen zu denen auf den Armbändchen, die die Polizisten ihnen anlegen. Nur kurz wird eine Mutter unruhig, weil sie nicht zu ihrem Sohn darf, bevor alle durchsucht wurden.

Den Beamten bleiben 48 Stunden, um die Fälle zu bearbeiten. So lange dürfen sie sie in Gewahrsam halten, alles darüber würde bedeuten: Für jeden Geflüchteten muss die Polizei einen Antrag auf Verlängerung stellen, also noch mehr Arbeit. Die Familien werden zu einer sogenannten Bearbeitungsstraße gebracht, dort geben sie ihre Fingerabdrücke ab und sie werden fotografiert, befragt und belehrt: Die Straftat, die sie begangen haben, ist, dass sie unerlaubt eingereist sind. Theoretisch droht ihnen deshalb eine Geldstrafe oder bis zu einem Jahr Haft, doch die meisten Verfahren werden eingestellt.

Wie es mit ihnen weitergeht, hängt vor allem von einem Wort ab: Asyl. Wenn sie darum ersuchen, werden sie weitergebracht zu einer Erstaufnahmeeinrichtung nach Leipzig, Chemnitz oder Dresden, dort können sie den Antrag stellen. Tun sie das nicht, können sie direkt wieder abgeschoben werden in die Türkei.

Bei der Polizei sprechen sie zwar nicht über Politik, aber manche klingen zumindest ganz erleichtert darüber, dass die Innenministerin sich nicht für stationäre Grenzkontrollen entschieden hat, wie zunächst diskutiert wurde. Das hätte für die Beamten im Dreiländereck ein völlig neues Konzept erfordert, bisher haben sie nach der Prämisse offener Grenzen gearbeitet. Der Austausch mit den Behörden in den Nachbarländern hat sich verstärkt, seit April fahren tschechische und deutsche Polizisten gemeinsam Streife auf beiden Seiten der Grenze.

Im Grenzgebiet haben sie längst Routine darin, mit den Geflüchteten zu arbeiten. "Die sind meist sehr erleichtert und offen", sagt Polizist Klaner. "Mit denen gehen wir natürlich anders um als mit den Schleusern." Die Frauen und Männer der Bereitschaftspolizei wirken verhältnismäßig entspannt. Einer spricht auf Englisch mit einem Jungen, den er wegen seines T-Shirts "Spiderman" nennt. Der Junge scheint keine Angst zu haben, hält sich eher am Arm des Polizisten fest. Normalerweise ist die Bereitschaftspolizei eher eine robuste Truppe, eingesetzt gegen Hooligans von Dynamo Dresden, bei Neonazidemos in ganz Sachsen oder bei autonomen Krawallen in Leipzig. Jetzt versuchen sie, aus den verschiedenen Dienststellen so viele Kindersitze wie möglich zu organisieren, um die Familien abtransportieren zu können. Während alle warten und schwitzen, hält eine Frau am Straßenrand an, sie habe die Menschen im Vorbeifahren gesehen. Sie hat Apfelsaft und Müsliriegel für sie mitgebracht. Die Familien sind dankbar.

Am Freitagmorgen steht fest: Abdulkarim und seine Familie werden nach Leipzig ins Erstaufnahmezentrum gebracht. Dort wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sie noch einmal befragen und dann, oft nach mehreren Monaten, entscheiden, ob ihr Antrag auf Asyl angenommen wird. Ihre Chancen stehen nicht sehr hoch. Asylanträge von Kurden aus der Türkei haben nur in 4,5 Prozent der Fälle Erfolg.

Migranten die von der Polizei aufgegriffen wurden - Unterwegs mit der Bundespolizei in der Nähe der Tschechischen Grenze bei Bautzen - auf der Suche nach Menschenschleusern - copyright Felix Adler

Wenn sie das Blaulicht sehen, geben die Schleuser Vollgas In Sachsen laufen neuerdings zwei europäische Fluchtrouten zusammen. Die Polizisten nehmen Fingerabdrü....

Pressesprecher der Bundespolizei - Unterwegs mit der Bundespolizei in der Nähe der Tschechischen Grenze bei Bautzen - auf der Suche nach Menschenschleusern - copyright Felix Adler

Archivbilder von aufgegriffenen Migranten und schleusern - Unterwegs mit der Bundespolizei in der Nähe der Tschechischen Grenze bei Bautzen - auf der Suche nach Menschenschleusern - copyright Felix Adler

Migranten die von der Polizei aufgegriffen wurden - Unterwegs mit der Bundespolizei in der Nähe der Tschechischen Grenze bei Bautzen - auf der Suche nach Menschenschleusern - copyright Felix Adler

- Unterwegs mit der Bundespolizei in der Nähe der Tschechischen Grenze bei Bautzen - auf der Suche nach Menschenschleusern - copyright Felix Adler

das ist alles was der vater der familie dabei hatte - Migranten die von der Polizei aufgegriffen wurden - Unterwegs mit der Bundespolizei in der Nähe der Tschechischen Grenze bei Bautzen - auf der Suche nach Menschenschleusern - copyright Felix Adler

Kontrolle von verdächtigen - Unterwegs mit der Bundespolizei in der Nähe der Tschechischen Grenze bei Bautzen - auf der Suche nach Menschenschleusern - copyright Felix Adler

**Load-Date:** September 30, 2023

## **"Solche Bilder hatten wir aus Lampedusa noch nie"; Tausende Migranten sind diese Woche auf Lampedusa angekommen. Weigert die italienische Regierung sich, zu helfen? Und: ein neuer Tabubruch im Thüringer Landtag**

ZEIT-online

Freitag 15. September 2023 5:32 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Geflüchtete auf Lampedusa; Ausg. 1

**Length:** 419 words

**Byline:** Constanze Kainz

### **Body**

---

Auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa hat der Stadtrat wegen Tausender neu angekommener **Migranten** den Notstand ausgerufen. Laut dem italienischen Innenministerium kamen allein am Dienstag 5.000 Menschen aus Tunesien auf der Insel an. Das Erstaufnahmelager, in dem laut Michael Braun eigentlich nur für 400 Menschen Platz ist, beherbergt momentan knapp 6.800 **Geflüchtete**. Die Insel Lampedusa liegt zwischen Nordafrika und Sizilien, nur 190 Kilometer entfernt von der Küste Tunesiens, was es zu einem der Hauptankunftsorte für **Migranten** macht, die aus Afrika über das Mittelmeer nach Europa kommen. Erst im Juli haben Giorgia Melonis rechte Regierung und die EU der tunesischen Regierung Millionenhilfen versprochen, wenn das nordafrikanische Land die Abfahrten von **Migranten** verhindere. Bereits im April hatte Italiens Regierung wachsende Zahlen ankommender **Migranten** prognostiziert und einen nationalen Notstand ausgerufen, obwohl im Vergleich zu anderen EU-Staaten in Italien deutlich weniger **Asylanträge** gestellt wurden. Doch statt sich besser auf die Ankünfte vorzubereiten, ging die italienische Regierung in die Defensive. Michael Braun, Autor für ZEIT ONLINE, beschreibt im Podcast die Lage auf Lampedusa.

Im Thüringer Landtag haben CDU und FDP mit der AfD ein neues Gesetz zur Steuersenkung verabschiedet, gegen die rot-rot-grüne Minderheitskoalition. Nur durch die Stimmen der AfD, die in Thüringen vom Verfassungsschutz als erwiesen rechtsextrem eingestuft wurde, konnte die CDU ihr Ziel, die Grunderwerbsteuer in Thüringen von 6,5 auf fünf Prozent zu senken, durchsetzen. Die sogenannte Brandmauer, mit der der CDU-Parteichef Friedrich Merz eine mögliche Zusammenarbeit mit der AfD einst symbolisch ausgeschlossen hat, bröckelt. Kritik an CDU und FDP kommt nicht nur vonseiten der Opposition, auch die FDP im Bund hat sich von ihrer Thüringer Landespartei distanziert. Im Podcast zu Gast ist Martin Debes, Autor bei ZEIT ONLINE und Experte für die AfD in Thüringen.

Im Eilverfahren hat das Bayerische Verwaltungsgericht am heutigen Freitag entschieden, dass der Verfassungsschutz die AfD im Freistaat beobachten darf.

Außerdem im Update:

"Solche Bilder hatten wir aus Lampedusa noch nie" Tausende Migranten sind diese Woche auf Lampedusa angekommen. Weigert die italienische Regierung sich, zu helf....

Was noch? Laut einer aktuellen Umfrage für die ZEIT wünschen sich 30 Prozent der Deutschen, dass Bundeskanzler Olaf Scholz seine Augenklappe behält.

Moderation und Produktion: Constanze Kainz

Mitarbeit: Olga Ellinghaus

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie [hier](#). Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter [wasjetzt@zeit.de](mailto:wasjetzt@zeit.de)

**Load-Date:** September 15, 2023

**Bundesregierung lehnt weitere Finanzhilfen offenbar ab; Die Ampel-Koalition will Ländern und Kommunen beim Flüchtlingsgipfel laut einem Bericht keine Erhöhung zusagen. Stattdessen sollen Abschiebungen beschleunigt werden.**

ZEIT-online

Samstag 6. Mai 2023 9:39 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

**Length:** 820 words

**Byline:** Sarah Vojta; Mathias Peer

## Body

---

Matthias Balk

Deutsche Bundespolizisten beobachten an der Grenze zu Österreich auf der Autobahn A93 den Verkehr. Die Bundespolizei hat mit Kontrollen der verschärften Testpflicht für Reiserückkehrer begonnen.

Wenige Tage vor dem **Flüchtlingsgipfel** von Bund und Ländern ist ein Entwurfspapier der Ampel-Koalition öffentlich geworden. Aus dem Dokument, das dem ARD-Hauptstadtstudio vorliegt, geht hervor, dass die Bundesregierung keine wesentliche Erhöhung der **Flüchtlingshilfen** für Länder und Kommunen plant. Stattdessen plant sie demnach, **Asylverfahren** sowie Abschiebungen zu beschleunigen.

Zuletzt hatten Länder und Kommunen von der Bundesregierung mehr finanzielle Mittel zur Unterbringung und Versorgung von **Geflüchteten** gefordert. In dem Entwurfspapier heißt es von der Ampel-Koalition allerdings, sie unterstütze die Länder schon jetzt finanziell in Milliardenhöhe trotz eines Haushaltsdefizits während Länder und Kommunen Milliardenüberschüsse verzeichneten.

Die Bundesregierung legt in dem Papier laut ARD nahe, dass die Länder das Geld gar nicht in vollem Umfang an Städte und Gemeinden weitergeben würde. In einer beigefügten Tabelle sind die Regierungsvertreterinnen und -vertreter deshalb dazu aufgefordert, die Mittelvergabe anzugeben.

### EU-Aspiranten künftig "sichere Herkunftsländer"

Mehrere Ministerpräsidenten bekräftigten ihre Forderungen nach mehr Einsatz der Bundesregierung. "Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen deutlich mehr Geld - der Bund muss deshalb seinen Anteil von derzeit 2,75 Milliarden Euro mindestens verdoppeln", forderte Hessens Landeschef Boris Rhein (CDU) im RedaktionsNetzwerk Deutschland. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) sagte der *Bild am Sonntag*: "Die Bundesregierung muss endlich dafür sorgen, dass Zuwanderung gesteuert wird. Wenn wir uns in Deutschland nicht handlungsfähig zeigen, wird das Vertrauen in unsere Demokratie mehr und mehr untergraben."

Bundesregierung lehnt weitere Finanzhilfen offenbar ab Die Ampel-Koalition will Ländern und Kommunen beim Flüchtlingsgipfel laut einem Bericht keine Etaterhöhung....

Die Bundesregierung schlägt laut ARD Maßnahmen vor, mit denen die Bundesregierung Asylverfahren künftig beschleunigen möchte. Demnach sollen etwa die Länder dazu gebracht werden, ihre Ausländerbehörden personell und technisch besser auszustatten und die Verfahren bis Ende 2024 komplett zu digitalisieren.

Um Asylgerichtsverfahren zu verkürzen, sollen zudem EU-Beitrittsaspiranten wie Georgien oder die Republik Moldau zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern könnten dann schneller abgelehnt werden.

Weiter spricht sich die Regierung in dem Papier für sogenannte zentrale Ankunftszentren aus. Von dort sollen Menschen, deren Asylanträge geringe Erfolgschancen haben, direkt abgeschoben werden können.

Auch um die Abschiebungen zu beschleunigen, will die Ampel-Koalition einige Gesetze ändern. Konkret plant sie dem ARD-Bericht zufolge beispielsweise, die Durchsuchungsmöglichkeiten der Polizei zu erweitern und den sogenannten Ausweisegewahrsam von zehn auf 28 Tage zu verlängern. Auch Abschiebehaft will die Regierung unabhängig von Asylanträgen möglich machen. Klagen gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote sollen bei Abschiebungen keine aufschiebende Wirkung haben.

### **Bundesregierung möchte Asylzentren an EU-Außengrenzen**

Die deutschen Landkreise hatten vor dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern klare Entscheidungen zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen und zu den Finanzen gefordert. "Die Landkreise brauchen dringend eine verlässliche Perspektive", sagte der Präsident des Landkreistags, Reinhard Sager. Brandenburg und Sachsen hatten Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zudem zur Errichtung stationärer Grenzkontrollen aufgefordert.

Sager warnte in einem Interview mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) zudem davor, dass die Akzeptanz und Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten im ganzen Bundesgebiet abnehme. "Es wird zunehmend schwieriger, sowohl den Bedürfnissen und Erwartungen der geflüchteten Menschen als auch den Vorstellungen der deutschen Bevölkerung gerecht zu werden", sagte er weiter. "Die Anzahl und die Intensität von Konflikten nehmen zu."

Der Landkreistagspräsident berichtete von Skepsis in der Bevölkerung. "Die Menschen haben ein sehr feines Gespür dafür, ob der Staat und seine Institutionen in der Lage sind, die bestehenden Herausforderungen zu meistern. Die Zweifel daran werden täglich größer", sagte Sager. Die Ressourcen vor Ort seien ausgeschöpft. "Es muss seitens des Bundes endlich gehandelt werden."

Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen treffen sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Regierungschefs und -chefinnen der Bundesländer am kommenden Mittwoch zu einem Sondergipfel. Bereits in den vergangenen Wochen war deutlich geworden, dass die Bundesregierung künftig ihre Migrationspolitik verschärfen möchte. Faeser hatte etwa in einem Interview gesagt, dass die Bundesregierung den Vorschlag anderer EU-Staaten unterstütze, Asylverfahren künftig an die Außengrenzen zu verlagern.

**Load-Date:** May 7, 2023

## **Olaf Scholz auf Staatsbesuch bei Giorgia Meloni; Erstmals seit der Wahl der rechtsnationalen Ministerpräsidentin Meloni reist der Bundeskanzler nach Italien. Schwierig werden könnte es vor allem beim Thema Migration.**

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 4:11 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Italien und Deutschland; Ausg. 1

**Length:** 447 words

**Byline:** Tobias Dorfer

### **Body**

---

Maja Hitij

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) reist an diesem Donnerstag nach Rom, um dort die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zu treffen. Es ist der erste Besuch des Kanzlers in der italienischen Hauptstadt, seitdem die Vorsitzende der rechtsnationalen Partei Fratelli d'Italia im Oktober die Regierung übernommen hat.

Im Februar war Meloni bereits zu ihrem Antrittsbesuch in Berlin gewesen. Damals hatte Scholz erklärt, dass er auch mit der neuen italienischen Regierung eng kooperieren wolle. Regierungssprecher Steffen Hebestreit bekräftigte das vor der Abreise des Kanzlers. "Die Bundesregierung arbeitet mit allen italienischen Regierungen gut und vertrauensvoll zusammen", sagte er. "Und das hat sich auch in den letzten Wochen und Monaten nicht verändert."

Auch Meloni, die Deutschland als Oppositionspolitikerin noch scharf angegriffen hatte, schlägt inzwischen versöhnliche Töne an. Bei ihrem Berlin-Besuch im Februar wollte sie sich nicht mehr so recht an eine frühere Aussage erinnern, sie sei allergisch gegen Deutschland. "Keine Ahnung, wann ich das gesagt haben soll", sagte sie damals auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Scholz.

### **Streit beim Thema Migration**

Die Befürchtungen, Meloni könne zu einer Gefahr für den Zusammenhalt Europas werden, haben sich in den ersten Monaten ihrer Amtszeit nicht bestätigt. Anders als noch vor ihrer Regierungsübernahme ist sie als Ministerpräsidentin bislang sehr EU-freundlich aufgetreten und hat einen augenscheinlich guten Draht zu EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Auch bei der Unterstützung des ukrainischen Abwehrkampfes gegen Russland ist sie auf einer Linie mit der deutschen und französischen Regierung.

Weniger harmonisch geht es beim Thema Migration zu. Meloni stemmt sich weiterhin entschieden gegen unkontrollierte Migration über das Mittelmeer und will am liebsten gar keine Schiffe mehr haben, die von Afrika in

Olaf Scholz auf Staatsbesuch bei Giorgia Meloni Erstmals seit der Wahl der rechtsnationalen  
Ministerpräsidentin Meloni reist der Bundeskanzler nach Italien. Sch....

Richtung Süditalien ablegen. Als nur wenige Wochen nach ihrer Amtsübernahme ein ziviles Seenotrettungsschiff von Rom abgewiesen wurde und weiter nach Frankreich fahren musste, gab es eine diplomatische Krise zwischen Frankreich und Italien.

Die europäische Asylpolitik dürfte auch bei dem Gespräch mit Scholz Thema sein. Parallel zu der Kanzlerreise versuchen in Luxemburg die Innenminister der Europäischen Union, eine große Reform des europäischen Asylsystems auf den Weg zu bringen. Dabei geht es um einen deutlich rigideren Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive und eine Pflicht zur Unterstützung der besonders stark belasteten Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen, zu denen auch Italien gehört.

**Load-Date:** June 8, 2023

---

End of Document



**Eher nicht im großen Stil; Die Bundesregierung will Abschiebungen erleichtern - dämpft aber die Erwartungen. Die Zahl der Einreisen wird das nicht senken, die der Ausreisenden kaum steigern.**

ZEIT-online

Mittwoch 25. Oktober 2023 5:34 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Gesetzentwurf zu Abschiebungen; Ausg. 1

**Length:** 1464 words

**Byline:** Lisa Caspari

## Body

---

Abschiebungen "im großen Stil", hatte sich der Kanzler am Wochenende in einem Interview mit dem Spiegel gewünscht. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will sich diese Wortwahl am Mittwoch nicht zu eigen machen. Sie sagt lieber: "Wir sorgen dafür, dass Menschen ohne Bleiberecht schneller unser Land verlassen."

Am Morgen war ihr "Rückführungsverbesserungsgesetz" im Bundeskabinett beschlossen worden - auch mit den Stimmen der Grünenministerinnen, das war Faeser wichtig zu betonen. Schließlich sind es vor allem die Grünen in der Ampelkoalition, die mit den **Asylverschärfungen** fremdeln: Fortan sollen abgelehnte **Asylbewerber** bis zu 28 Tage lang in Abschiebehaft genommen werden können, derzeit sind es zehn. Ihre Handys sollen einfacher auf Hinweise auf ihre Identität und ihr Herkunftsland durchsucht werden können, Abschiebungen sollen Menschen, die in Deutschland nach ihrem abgelehnten **Asylantrag** als ausreisepflichtig gelten, nicht mehr angekündigt werden. Die Bundesinnenministerin will außerdem "Straftäter und Gefährder konsequenter abschieben", wie sie sagt.

Aber ist das wirklich der große Befreiungsschlag, um die **Migrationszahlen** zu senken?

Auffällig ist, dass das Bundesinnenministerium in dem Gesetzentwurf selbst die Erwartungen dämpft: Wie viele Abschiebungen aufgrund der Reform am Ende wirklich "zusätzlich vollzogen werden, ist schwer abschätzbar", heißt es auf Seite 29 des Gesetzentwurfs. Das Ministerium hat dort im schönsten Behördendeutsch den "Erfüllungsaufwand" des Gesetzes berechnet: "Es wird angenommen, dass durch die Verschärfung der Ausreisepflicht die Anzahl der Abschiebungen um rund 600 (fünf Prozent) steigen wird." 600 Abschiebungen mehr also, pro Jahr wohlgemerkt.

Bundesinnenministerin Faeser ist es wichtig, noch mal ihre Erfolge hervorzuheben: Schon in diesem Jahr sei die Zahl der Rückführungen um rund 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Zwischen Januar und Juni dieses Jahres gab es 7.861 Abschiebungen aus Deutschland, künftig könnten also ein paar Hundert mehr dazukommen.

**Die Allermeisten dürfen bleiben**

Eher nicht im großen Stil Die Bundesregierung will Abschiebungen erleichtern - dämpft aber die Erwartungen.  
Die Zahl der Einreisen wird das nicht senken, die de....

An der Ausgangssituation wird das aber nichts ändern. Die Kommunen sind ja vor allem wegen der neu ankommenden Menschen überfordert: Allein im laufenden Jahr wurden bisher 250.000 Asylbewerber registriert, 73 Prozent mehr als noch 2022. Hinzu kommen die rund 700.000 Geflüchteten aus der Ukraine, die in Deutschland Schutz gefunden haben und aktuell Bürgergeld beziehen.

Faesers Gesetzentwurf konzentriert sich auf "ausreisepflichtige" abgelehnte Asylbewerber. Die allermeisten, die kommen, haben aber ein Recht zu bleiben - vor allem Menschen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei, die einen Großteil der Asylantragsteller ausmachen. Im August und September wurde zudem eine gestiegene Anzahl an Asylbewerbern aus Guinea und Georgien registriert - beides Staaten, die nicht automatisch als unsicher gelten. Doch auch hier wird nach offiziellen Angaben jeder zweite Antrag bewilligt, diese Menschen gelten also zu Recht als schutzbedürftig.

### **Chancen für Ausreisepflichtige**

In Deutschland leben derzeit rund 280.000 Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Das Bundesinnenministerium schätzt, dass rund 50.000 von ihnen ausreisepflichtig sind, also jederzeit mit Abschiebung rechnen müssen. An diese kleinere Gruppe richten sich die geplanten Gesetzesverschärfungen.

Die größere Gruppe von 230.000 ist in Deutschland aber geduldet, das heißt, sie ist für einen bestimmten Zeitraum von der Abschiebung ausgenommen, meist für Jahre. Grund kann eine Krankheit sein, oder dass der Betroffene eine Berufsausbildung absolviert. Die Ampelregierung hat mit dem Chancenaufenthaltsrecht gerade vor ein paar Monaten die Möglichkeit für Geduldete geschaffen, durch die Aufnahme einer Arbeit und die Offenlegung der eigenen Identität in einen regulären Aufenthaltstitel wechseln zu können. Diese Möglichkeit besteht weiter. Wessen Asylantrag in Deutschland abgelehnt wurde, der hat also trotz Faesers Abschiebe-Offensive weiter die Chance auf eine legale Zukunft im Land.

Viele Abschiebungen scheitern außerdem daran, dass die Identität eines Asylbewerbers nicht zweifelsfrei geklärt ist oder dass das Herkunftsland diese Person nicht zurücknehmen will. Um schneller herauszufinden, aus welchem Land jemand stammt, der seinen Pass als vermisst meldet, soll es künftig den Behörden einfacher ermöglicht werden, das Handy eines Asylbewerbers auf Chatgespräche mit seiner Familie oder andere Hinweise auf die Heimat zu durchsuchen. Ein massiver Eingriff in das Recht auf Privatsphäre, das beklagen auch einige Grüne im Bundestag. Da der Gesetzentwurf der Ampelregierung als Nächstes im Bundestag beraten wird und dort auch beschlossen werden muss, wollen sie im parlamentarischen Verfahren auf Änderungen hinwirken.

### **Rücknahmeabkommen stagnieren**

Bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber durch die Herkunftsländer bleibt es kompliziert. Die Ampelregierung hat mit dem FDP-Politiker Joachim Stamp eigens einen Sonderbeauftragten für Migrationsabkommen berufen. Stamp soll Abkommen verhandeln, die diesen Ländern Wirtschaftshilfen oder Visafreiheit zusichern und ihnen im Gegenzug das Versprechen abnehmen, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen. Doch auch hier hat die Ampelregierung bisher nur kleine Erfolge zu vermelden. Bundesinnenministerin Faeser verweist auf ein Abkommen mit Indien, das im März geschlossen wurde. Seitdem seien 38 Staatsbürger aus Deutschland nach Indien zurückgeführt worden, teilt ihr Ministerium mit.

Gespräche liefen außerdem mit den Regierungen von Moldau, Usbekistan, der Kirgisischen Republik, Kenia und Kolumbien. Alle nicht als Hauptherkunftsländer für Asylbewerber bekannt: Gerade Indien hat sich inzwischen den Ruf als Herkunftsland vieler hoch qualifizierter Fachkräfte erarbeitet, die ganz legal in Deutschland arbeiten und dort auch dringend gebraucht werden. Immerhin: Kommende Woche will Faeser mit ihrem Sonderbeauftragten Stamp nach Marokko reisen - abgelehnte Asylbewerber aus diesem Land gelten vielen Politikern auch in der Bundesregierung als Problemgruppe, weil sie überdurchschnittlich häufig durch Straftaten auffallen.

### **Diverse Grundrechtseingriffe**

Eher nicht im großen Stil Die Bundesregierung will Abschiebungen erleichtern - dämpft aber die Erwartungen.  
Die Zahl der Einreisen wird das nicht senken, die de....

Doch was bringt die Verschärfung für die kleine Gruppe der ausreisepflichtigen Asylbewerber im Detail? Durch die Möglichkeit einer längeren Abschiebehaft von bis zu 28 Tagen sollen mögliche Fluchtmöglichkeiten unterbunden werden. Allerdings ist auch die Haft ein massiver Grundrechtseingriff und steht damit unter dem Vorbehalt einer Gerichtsentscheidung. Die Informationsbeschaffung der Behörden soll einfacher werden, weil sie mehr Kompetenzen bekommen, zum Beispiel auch in Nachbarzimmern im Asylbewerberheim nach Ausreisepflichtigen zu suchen, die abgeschoben werden sollen.

Abschiebungen sollen auch Menschen, die länger als ein Jahr mit einer Duldung in Deutschland leben, nicht mehr wie bisher angekündigt werden. Einige Grüne fürchten, dass das dann doch Menschen treffen kann, die im Chancenaufenthaltsrecht gerade versuchen, über vorbildliche Integrationsleistungen und die Aufnahme von Arbeit in Deutschland zu bleiben. Dass es am Ende also doch deutlich mehr als die 600 prognostizierten Abschiebungen geben wird.

Umstritten sind auch die Pläne Faesers, Angehörige sogenannter Clans künftig schneller abzuschieben - auch wenn sie persönlich gar nicht wegen Clankriminalität verurteilt wurden. Kritiker sprechen hier von der Gefahr einer "Sippenhaft". Die Bundesinnenministerin will außerdem die schnellere Ausweisung von Schleusern vorantreiben.

Eine Forderung des Kanzlers, wonach die Behörden künftig rund um die Uhr erreichbar sein sollen, um Abschiebungen zu vereinfachen, wurde am Mittwoch nicht wiederholt. Einerseits handelt es sich da teilweise um Landesrecht, andererseits fehlen der Bundespolizei und auch den Ausländerbehörden der Länder schlicht Personal, wie Kritiker wie die Gewerkschaft der Polizei betonten.

"Ein Stück weit Symbolpolitik" nannte der Migrationsforscher Hannes Schammann den Vorstoß der Ampelregierung. Klar ist, der Streit um die Migrationszahlen wird weitergehen. Zumal die Grünen an das Abschiebegegesetz eigentlich die Bedingung geknüpft hatten, die Arbeitsaufnahme für Geflüchtete zu vereinfachen. Doch anders als beim groß angekündigten Rückführungsgesetz gibt es dazu noch keinen ausgearbeiteten Gesetzentwurf, wie die Grünen bemängeln.

Michael Kappeler    Polizeibeamte begleiten einen Afghanen auf dem Flughafen Leipzig-Halle in ein Charterflugzeug. 45 abgelehnte Asylbewerber wurden mit dem Sonderflug in Afghanistans Hauptstadt Kabul abgeschoben.31/07/2019 Michael Kappeler    Polizeibeamte begleiten einen Afghanen auf dem Flughafen Leipzig-Halle in ein Charterflugzeug. 45 abgelehnte Asylbewerber wurden mit dem Sonderflug in Afghanistans Hauptstadt Kabul abgeschoben.31/07/2019

**Load-Date:** October 25, 2023

**CDU will nach antisemitischen Demos Stopp der Einbürgerungsreform; An propalästinensischen Protesten haben auch Menschen mit Migrationshintergrund teilgenommen. Die CDU sieht darin ein Zeichen gegen eine "Express-Staatsbürgerschaft".**

ZEIT-online

Donnerstag 2. November 2023 5:42 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Zuwanderung und Integration; Ausg. 1

**Length:** 549 words

**Byline:** Katharina James

## Body

---

Die CDU fordert angesichts antisemitischer Demonstrationen in Deutschland einen Stopp der geplanten Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. An den Protesten hatten zahlreiche Menschen mit **Migrationshintergrund** teilgenommen. "Ein solches Gesetz löst gerade in der aktuellen politischen Lage kein einziges Problem, sondern schafft nur neue", sagte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann der Bild-Zeitung.

"Die Geschehnisse der vergangenen Tage und Wochen haben gezeigt, dass weder die Staatsbürgerschaft noch der bloße Erwerb der deutschen Sprache zu einer entsprechenden Integration in unsere Wertegemeinschaft führen", sagte Linnemann weiter. Deshalb sei beispielsweise eine "Expresseinbürgerung" nach drei Jahren "nicht der richtige Weg und sendet völlig falsche Signale". Deutschland habe bereits eines der liberalsten Staatsangehörigkeitsrechte der Welt, sagte der CDU-Generalsekretär. Einbürgerung müsse am Ende einer gelungenen Integration, nicht am Anfang stehen.

### Spahn will Migrations-Abstimmungen ohne Fraktionszwang

Unionsfraktionsvize Jens Spahn rief Bundeskanzler Olaf Scholz auf, bei einzelnen Abstimmungen über die Migrationspolitik im Bundestag den Fraktionszwang aufzuheben. Die Begrenzung der Migration lasse sich nur erreichen, wenn auch Gesetze im Bundestag und in der EU geändert würden, sagte der frühere Gesundheitsminister der Funke Mediengruppe. "Die Grünen müssten da noch einen weiten Weg gehen. Deswegen sagen wir ja: Herr Bundeskanzler, im Zweifel muss es in diesen Fragen ohne die Grünen gehen." Der Kanzler könne einzelne Abstimmungen freigeben. "So wie zu Beginn dieser Wahlperiode bei der Impfpflicht, als Olaf Scholz keine Mehrheit in der eigenen Koalition hatte."

Der CDU-Politiker pochte zudem auf drastische Leistungskürzungen für Asylbewerber. Nur, wer ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht habe, solle die regulären Sozialleistungen bekommen. Zur Umsetzung müsse notfalls die Verfassung geändert werden. Nach aktueller Rechtslage würden selbst ausreisepflichtige Ausländer gleichgestellt

CDU will nach antisemitischen Demos Stopp der Einbürgerungsreform An propalästinensischen Protesten haben auch Menschen mit Migrationshintergrund teilgenommen. ....

mit Bürgergeld-Empfängern. "Wenn sich die Welt verändert, muss man aber auch die Regeln anpassen. Unser Grundrecht auf Asyl war nicht auf die heutige Form der irregulären Massenmigration ausgelegt."

Die Bundesregierung hatte Ende August eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Menschen aus dem Ausland, die legal in Deutschland leben, können sich demnach künftig bereits nach fünf Jahren um den deutschen Pass bewerben. Bislang beträgt die Frist im Regelfall acht Jahre. Mehrstaatigkeit soll zudem künftig generell hingenommen werden. Der Bundestag muss dem Gesetz noch zustimmen.

Andreas Arnold Polizeikräfte beobachten die Kundgebung auf dem Opernplatz. Auf dem Opernplatz findet eine Pro-Palästinensische Kundgebung unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten" statt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat das ursprünglich von der Stadt verhängte Verbot der anti-israelischen Demonstration aufgehoben. Andreas Arnold Polizeikräfte beobachten die Kundgebung auf dem Opernplatz. Auf dem Opernplatz findet eine Pro-Palästinensische Kundgebung unter dem Motto „Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten" statt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat das ursprünglich von der Stadt verhängte Verbot der anti-israelischen Demonstration aufgehoben.

**Load-Date:** November 2, 2023

---

End of Document

**Marokkos Marine rettet mehr als 800 Menschen aus dem Atlantik; 845 Menschen wurden seit vergangener Woche aus dem Atlantik gerettet. Die meisten stammen aus Subsahara-Afrika. Bei einer Aktion bargen die Hilfskräfte auch eine Leiche.**

ZEIT-online

Dienstag 18. Juli 2023 10:46 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlinge; Ausg. 1

**Length:** 383 words

**Byline:** Anne Schwedt

## Body

---

Oliver Weiken

Mediennummer 415103716 Beschreibung **Migranten**, die von der Nordküste Afrikas zur italienischen Insel Lampedusa gelangen wollen, treiben augenscheinlich mit einem Motorschaden im Mittelmeer. Von Tunesien aus setzen immer mehr afrikanische **Flüchtlinge** nach Italien über. Viele **Migranten** zahlen für die Reise nicht nur finanziell einen hohen Preis. Service +++ dpa-Bildfunk +++ Aufnahmedatum 29.06.2023 Bildnachweis picture alliance/dpa | Oliver Weiken

Marokkos Marine hat seit Beginn letzter Woche 845 Menschen vor dem Ertrinken gerettet. Das berichtete die staatliche Nachrichtenagentur MAP am Dienstag mit Verweis auf eine Quelle aus dem Militär. Demnach wurde während einer Rettungsaktion auch eine Leiche geborgen.

Wie MAP berichtete, handelte es sich bei den meisten Geretteten um Menschen aus Subsahara-Afrika. Etwa die Hälfte von ihnen sei in marokkanischen Hoheitsgewässern vor der Südküste des Landes aufgegriffen worden. Die Zahlen beziehen sich demnach auf den Zeitraum vom 10. bis zum 17. Juli.

### Transitland auf dem Weg nach Europa

Marokko ist für viele Migranten ein Transitland auf dem Weg nach Europa. Die Kanarischen Inseln liegen nur etwa 150 Kilometer von der Küste des nordafrikanischen Landes entfernt. Die Route über den Atlantik gilt jedoch wegen starker Strömungen als besonders gefährlich. Die Migranten reisen häufig mit unzureichendem Wasservorrat in überladenen Holzboten, die nicht für die Überfahrt geeignet sind.

Nach Zunahme der Kontrollen auf der Flüchtlingsroute über das Mittelmeer nach Europa stieg die Anzahl der Atlantiküberquerungen ab Ende 2019. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 haben Zahlen des spanischen Innenministeriums zufolge mehr als 7.200 Migranten die Kanarischen Inseln per Boot erreicht.

Marokkos Marine rettet mehr als 800 Menschen aus dem Atlantik 845 Menschen wurden seit vergangener Woche aus dem Atlantik gerettet. Die meisten stammen aus Subs....

Marokkanische Behörden zufolge wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 26.000 illegale Einwanderungsversuche unterbunden. Im vergangenen Jahr lag die Gesamtzahl laut Innenministerium bei etwa 71.000.

Die Notrufhotline Alarm Phone schrieb am Dienstag im Onlinedienst Twitter, bei einem Schiffsunglück vor der Küste der Westsahara seien 24 Menschen ums Leben gekommen. Das Boot sei vor zwei Tagen gekentert, von den 61 Insassen seien 37 gerettet worden. Die marokkanischen Behörden bestätigten die Angaben zunächst nicht.

**Load-Date:** July 19, 2023

---

End of Document

**So empört wie selten; Die Grünen haben schon viele Zumutungen mitgetragen. Doch beim Thema Asyl ist für viele eine Grenze überschritten. Kommt es auf dem kleinen Parteitag zum Eklat?**

ZEIT-online

Freitag 16. Juni 2023 3:56 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Grüner Länderrat; Ausg. 1

**Length:** 1136 words

**Byline:** Katharina Schuler

## Body

---

Michael Kappeler

Annalena Baerbock und Robert Habeck müssen beim Länderrat der Grünen mit viel Kritik rechnen.

Die Parteiführung der Grünen hatte sich das so schön vorgestellt. Auf einem kleinen Parteitag wollte man sich an diesem Wochenende der eigenen Erfolge in der Ampel-Koalition versichern: Gaskrise erfolgreich gemanagt, Atomausstieg vollzogen, wichtige Klimaschutzprojekte wie den Ausbau der erneuerbaren Energie oder eben auch das umstrittene Heizungsgesetz zumindest in den Bundestag gebracht. Nicht umsonst findet das Treffen der etwa 90 Delegierten, der sogenannte Länderrat, im hessischen Bad Vilbel statt. Den dortigen Parteifreunden wollte man auf diese Weise Rückenwind für den anstehenden Landtagswahlkampf geben.

Doch nun könnte das Treffen zur vielleicht härtesten Zerreißprobe für die Partei seit ihrem Regierungsantritt werden. Und das liegt erstaunlicherweise nicht an der schlechten Performance, die die Ampel insgesamt, aber speziell auch der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck in den vergangenen Wochen im Streit um das Heizungsgesetz abgegeben hat. Auch nicht an dem von der Ampel gestutzten Klimaschutzgesetz oder den Umfragen, in denen die Grünen nach ihren Höhenflügen vom vergangenen Jahr wieder auf ihr Bundestagswahlergebnis zurückgefallen sind. Sondern an einem Thema, das außerhalb der grünen Bubble für relativ wenig Aufregung sorgt: dem Kompromiss der EU-Innenminister zur Reform des **Asylrechts**. Dass ausgerechnet grüne Ministerinnen und Minister einer massiven Verschärfung des EU-**Asylrechts** zustimmen und sie damit überhaupt erst möglich machen, entsetzt seither nicht nur den linken Flügel der Partei, sondern auch viele Realos.

Die Spaltung zieht sich dabei auch durch die Führungsgremien der Partei. Während Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck der EU-Einigung zustimmten, haben sowohl die beiden Parteials auch die Fraktionsvorsitzenden gegensätzlich abgestimmt. Mittlerweile hat der Bundesvorstand zwar einen gemeinsamen Antrag zur Migrationspolitik für den Länderrat formuliert, doch aufgelöst wird der Konflikt darin nicht. "In der Gesamtschau bewerten wir das Ergebnis unterschiedlich", heißt es in dem Papier stattdessen. Auch wenn man sich gegenseitig für die "jeweiligen Meinungen großen Respekt" zollt.



So empört wie selten Die Grünen haben schon viele Zumutungen mitgetragen. Doch beim Thema Asyl ist für viele eine Grenze überschritten. Kommt es auf dem kleinen....

### **Zustimmung war falsch**

Die Kritiker und Kritikerinnen des Beschlusses wollen sich damit jedoch nicht zufriedengeben. Während es zum Hauptantrag des Parteitags, in dem es um klimaneutralen Wohlstand, Gerechtigkeit und Sicherheit geht, keinen einzigen Änderungsantrag gibt, wurden zu dem Migrationsantrag 46 Änderungsanträge eingereicht. Am weitesten geht dabei die Grüne Jugend. "Wir halten die deutsche Zustimmung bei den im JI-Rat (Gremium der europäischen Justiz- und Innenminister, Anmerkung der Redaktion) geeinten Verordnungen für falsch", heißt es in ihrem Änderungsantrag klipp und klar. Sollte diese Formulierung durchkommen, wäre das eine Ohrfeige für die Minister Baerbock und Habeck sowie die anderen zustimmenden Führungsmitglieder.

Zumal die Grüne Jugend auf dem Parteitag auch klare Bedingungen für eine deutsche Zustimmung zum endgültigen europäischen Verhandlungsergebnis festlegen will. Die dürfe es nur geben, wenn es im weiteren Verfahren "substantiellen Verbesserungen" wie zum Beispiel eine "grundsätzliche Ausnahme von Kindern und Familien aus den Grenzverfahren, eine verpflichtende Verteilung von Geflüchteten, sowie eine Verhinderung von Haft und Lagern an den Außengrenzen" gebe. Forderungen, die im Trilogverfahren allerdings kaum durchsetzbar sein dürften.

Ähnlich wie die Grüne Jugend positioniert sich auch eine Gruppe von Europa-Parlamentarierinnen, auch wenn ihre Änderungsanträge etwas weniger scharf formuliert sind. Zwar spricht sich auch der Bundesvorstand dafür aus, im Trilogverfahren für weitere Verbesserungen etwa für Familien mit Kindern zu kämpfen, die Änderungsanträge der Kritiker gehen darüber jedoch weit hinaus und würden den Spielraum für eine Einigung massiv einschränken. In einem Antrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration werden Grenzverfahren beispielsweise generell abgelehnt auch das widerspricht der Haltung der grünen Regierungsmitglieder.

### **"Danken unseren zuständigen Ministerinnen"**

Wieder zurücknehmen wollen manche Parteimitglieder auch ein anderes kleines Zugeständnis, das die Grünen in der Ampelfraktion zuletzt gemacht hatten. So hatten sie signalisiert, dass sie zwar das Konzept Sichere Herkunftsstaaten weiter ablehnen, welches ermöglicht, dass die Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden können. Allerdings waren sie bereit, bei Ländern, die wie Moldau oder Georgien bereits einen EU-Beitrittskandidatenstatus haben, von diesem Grundsatz abzuweichen. Einen entsprechenden Passus im Antrag des Bundesvorstands wollen mehrere Änderungsanträge nun wieder streichen.

Doch auch wenn die Mehrheit der Anträge sich deutlich gegen Verschärfungen des Asylrechts ausspricht, gibt es auch Anträge, die die Haltung der grünen Regierungsmitglieder eindeutig stützen. "Wir danken unseren zuständigen Minister\*innen Annalena Baerbock, Lisa Paus und Robert Habeck für ihren Einsatz und haben Vertrauen, dass sie in dieser schwierigen Situation im Sinne von Humanität und Ordnung das erreicht haben, was möglich war", heißt es etwa in einem Änderungsantrag.

Wie die Abstimmungen ausgehen, lässt sich natürlich nicht prognostizieren. Auf einem Länderrat sitzen anders als bei einem großen Parteitag überwiegend Parteifunktionäre. Diese sind in der Regel eher bereit, die Positionen der Parteiführung zu stützen als einfache Basismitglieder nur dass sich in diesem Fall eben selbst die Parteiführung nicht einig war. Außerdem haben sich in den vergangenen Tagen auch mehrere Landesverbände kritisch zu dem Ergebnis des EU-Rates geäußert.

Die Kritiker und Kritikerinnen wiederum dürften tunlichst vermeiden, den Konflikt zu personalisieren und etwa Außenministerin Baerbock scharf anzugreifen, auch wenn viele von ihr besonders enttäuscht sind, da sie sich in der Vergangenheit immer in besonderer Weise für Flüchtlingsrechte starkgemacht hatte. Trotzdem wissen sie: Wenn der Eindruck entsteht, man wolle die Führungsmannschaft schwächen, wird das ihrem Anliegen eher schaden als nützen.

Letztendlich wird es deshalb auch darauf ankommen, wer bei dem Treffen am überzeugendsten für seine Position wirbt, und ob es etwa einen ähnlichen Moment wie beim vergangenen Bundesparteitag geben wird, als die Klimaaktivistin Luisa Neubauer eine sehr emotionale Rede gegen die Räumung des Protestdorfes Lützerath hielt.

So empört wie selten Die Grünen haben schon viele Zumutungen mitgetragen. Doch beim Thema Asyl ist für viele eine Grenze überschritten. Kommt es auf dem kleinen....

Damals konnte die Parteiführung nur relativ einen knapp einen Abstimmungssieg der Aktivisten verhindern. Bei diesem Länderrat könnte es mindestens genauso schwieriger werden, die aufgebrachte Partei wieder einzufangen.

**Load-Date:** June 16, 2023

---

End of Document

**Wie viel Geld sollen Asylbewerber erhalten?; Die Sozialleistungen für Asylsuchende seien zu hoch, behaupten FDP und Union. Doch die Gelder abzusenken, ist politisch hochumstritten - und kompliziert.**

ZEIT-online

Freitag 3. November 2023 11:27 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Asylpolitik; Ausg. 1

**Length:** 1616 words

**Byline:** Lisa Caspari

## Body

---

Händeringend sucht die deutsche Politik nach Lösungen für die **Migrationsfrage**. Mit Blick auf die aufgeheizte Stimmung im Land und das Umfragehoch der in Teilen rechtsextremen AfD hat die Bundesregierung zuletzt stationäre Grenzkontrollen eingeführt und ihre Abschiebe-Regeln verschärft. Wird sie jetzt zu einer noch drastischeren Maßnahme greifen - und bald auch die Sozialleistungen für **Asylbewerber** kürzen?

Vor allem Politiker aus FDP und Union wollen die Leistungen zusammenstreichen, weil sie glauben, dass das Deutschland weniger attraktiv für **Migranten** machen könnte. Die SPD reagiert grundsätzlich offen für Vorschläge, die Grünen sind entsetzt: Am kommenden Montag dürfte eine mögliche Überprüfung der **Asylbewerberleistungen** auch Thema auf der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder mit Kanzler Olaf Scholz werden.

Die Gespräche sind mit hohen Erwartungen aufgeladen. In mehreren Vorbereitungspapieren von Bund und Ländern ist beispielsweise die Rede davon, dass eine "Harmonisierung der Sozialhilfestandards auf EU-Ebene geprüft werden soll". Schließlich sind die deutschen Leistungen für **Asylbewerber** höher als zum Beispiel im ebenso wohlhabenden Dänemark.

Die beiden FDP-Bundesminister Christian Lindner und Marco Buschmann haben sogar für eine Kürzung der Leistungen auf "nahezu null" für solche Asylbewerber vorgeschlagen, die bereits in einem anderen EU-Land registriert sind, sich aber in Deutschland aufhalten. Ähnlich argumentiert CDU-Fraktionsvize Jens Spahn: Bundeskanzler Scholz könne solche Politik im Bundestag mit der Union und notfalls gegen den eigenen Koalitionspartner durchsetzen: "Im Zweifel muss es in diesen Fragen ohne die Grünen gehen."

Ob die deutschen Sozialleistungen tatsächlich sogenannte Pull-Faktoren darstellen, die Asylbewerber nach Deutschland locken, ist hochumstritten. Zweifellos ist Deutschland allerdings das beliebteste Land für Asylsuchende, was jüngste Zahlen der EU-Asylbehörde aus dem Monat August zeigen: 30 Prozent der Menschen, die in der EU ankamen, stellen in Deutschland ihren Antrag. "Wir wissen, dass auch die Sozialstandards ein wesentlicher Grund für die illegale Migration nach Deutschland sind", gibt sich Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer überzeugt. Ähnlich argumentieren Lindner und Buschmann. In einem Gastbeitrag für die Welt

Wie viel Geld sollen Asylbewerber erhalten? Die Sozialleistungen für Asylsuchende seien zu hoch, behaupten FDP und Union. Doch die Gelder abzusenken, ist politi....

am Sonntag forderten beide eine "neue Realpolitik" bei den Leistungen für Asylbewerber: Die Spielräume für Anpassungen seien "möglicherweise größer, als viele meinen".

### **Eine pauschale Kürzung wäre verfassungswidrig**

Mit dieser Aussage zielen die beiden FDP-Minister auf Einwände, dass es verfassungsrechtlich kaum möglich ist, die Asylbewerberleistungen, die ohnehin schon geringer sind als das Bürgergeld, noch weiter zu kürzen. Schließlich hat das Verfassungsgericht in zwei Urteilen festgelegt, dass stets der Grundsatz der Menschenwürde geachtet sein muss. Der persönliche Bedarf für Asylbewerber, über deren Antrag noch nicht entschieden ist, kann nicht beliebig auf Sachleistungen zusammengeschrumpft werden - auch ein kleines Taschengeld muss im Regelfall ausgezahlt werden.

Wie viel Geld erhalten Asylsuchende überhaupt? Der Staat macht Unterschiede je nach persönlicher Lebenssituation. Eine alleinstehende Asylbewerberin erhält 410 Euro monatlich, wenn sie in einer eigenen Wohnung lebt. Das sind gut 100 Euro weniger als eine Bürgergeld-Empfängerin. Darunter sind 182 Euro sogenanntes Taschengeld zur freien Verfügung, 228 Euro sind als Bedarf für Lebensmittel und Körperpflege angesetzt. Die Miete wird ebenfalls vom Sozialamt bezahlt. Asylbewerber mit Kindern erhalten höhere Leistungen als Kinderlose. Für ein Kleinkind im Alter bis zu 5 Jahren zahlt der Staat 278 Euro monatlich, ein Jugendlicher ab 14 Jahren bekommt 364 Euro.

Wer aber als Asylbewerber in einer Gemeinschaftseinrichtung lebt, erhält mit 369 Euro weniger Geld, weil vermutet wird, dass der Staat in der Einrichtung einige Kosten für die Küchenausstattung oder die Rundfunkgebühren übernimmt. Eine pauschale Kürzung der Sozialleistungen um 10 Prozent für alle Bewohner von Gemeinschaftseinrichtungen, wie sie die Große Koalition im Jahr 2019 beschloss, ist hingegen verfassungswidrig, wie das höchste Gericht vergangenes Jahr entschied. Eine Neuregelung steht noch aus.

### **Manche Sanktionsmöglichkeit wird nicht umgesetzt**

Schon heute ist es aber möglich, Leistungen zu kürzen. Wer abgeschoben werden soll und bereits einen Ausreisetermin genannt bekommen hat, dem werden laut Gesetz ausschließlich sogenannte Sachleistungen gewährt: Unterkunft, Zahnbürste, Essen. Wer sich seiner Abschiebung entzogen hat, kann laut Gesetz ebenfalls nicht mehr mit Geldleistungen rechnen. Ebenso wie Menschen, die bereits in einem anderen EU-Staat ein erfolgreiches Asylverfahren durchlaufen haben oder in ihrem laufenden Asylverfahren "ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachkommen", heißt es im Gesetz.

Wie oft diese strengeren Maßnahmen in der Praxis wirklich verhängt werden, ist unklar, wie auch das SPD-geführte Bundesarbeitsministerium auf Anfrage einräumt: Das sei Sache der Länder und Kommunen, eine allgemeingültige Übersicht gebe es nicht. Auch die Göttinger Migrationsanwältin Claire Deery, die viele Asylbewerber vor Gericht vertritt, sagt ZEIT ONLINE: "Ob die aktuell existierende Möglichkeit von Leistungskürzungen wirklich angewandt wird, hängt sehr von den jeweiligen Sozialämtern ab. Manche Ämter tun das grundsätzlich nicht, weil dies ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand ist und sie sowieso schon überlastet sind. Außerdem fürchten manche Sozialämter die Gerichte, weil bei solchen Kürzungen schnell das Grundrecht auf Menschenwürde verletzt ist. Oft entscheiden sich solche Fälle vor Gericht zugunsten meiner Mandanten."

Trotzdem könnte sich die Politik vornehmen, ein bisschen weiter an den sensiblen Schrauben zu drehen, die das Verfassungsgericht für mögliche weitere Verschärfungen vorgibt. Eine Gesetzesänderung wäre recht einfach zu handhaben: Bisher erhalten Asylbewerber nach 18 Monaten in Deutschland Bürgergeld, auch wenn ihr Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. "Bei sehr langen Verfahren, die über 18 Monate dauern, und die der Antragsteller zu verantworten hat, könnte man durchaus überlegen, ob man den automatischen Wechsel ins Bürgergeld jetzt ebenfalls nach hinten verschiebt", sagt SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese. Das Gleiche fordern die FDP-Minister Buschmann und Lindner.

Wie viel Geld sollen Asylbewerber erhalten? Die Sozialleistungen für Asylsuchende seien zu hoch, behaupten FDP und Union. Doch die Gelder abzusenken, ist politi....

Allerdings würde ein späterer Wechsel ins Bürgergeld den Bund entlasten, der diese Sozialleistung bezahlt, und die Länder mehr kosten, die für die Asylbewerberausgaben aufkommen. Ob das also in deren Sinne ist, darüber wird am Montag bei der Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Punkt Finanzen sicher gerungen werden.

### **Was kommt in den Warenkorb?**

Lindner und Buschmann haben außerdem daran erinnert, dass das Bundesverfassungsgericht zwar pauschale Kürzungen für Menschen in Gemeinschaftseinrichtungen untersagt habe, allerdings nicht "detaillierte und sachlich begründete". Die Höhe des Asylbewerberleistungssatzes wird, genau wie das Bürgergeld, über einen statistischen Warenkorb berechnet. Ob für Asylbewerber unbedingt statistisch berechnete Kosten für das Theaterticket oder Kosten für Zeitungen sowie einen Festnetzanschluss in diesen statistischen Warenkorb einfließen müssten, sei zumindest fraglich, argumentieren die Minister.

Möglicherweise könnte sich die Politik also darauf einigen, die grundsätzliche Berechnung der Asylbewerberleistungen noch mal auf den Prüfstand zu stellen. Eben auch weil das Verfassungsgerichtsurteil zum Verbot pauschaler Kürzung für Menschen in Gemeinschaftsunterkünften noch umgesetzt werden muss.

Asylanwältin Deery hat mit dem WLAN-Argument grundsätzlich erst mal kein Problem, wie sie sagt: "Aber wenn man den Warenkorb für Asylbewerber neu berechnet, sollte man auch berücksichtigen, dass Asylbewerber zum Teil hohe Kosten für die Passbeschaffung haben. Syrer müssen bei der syrischen Botschaft Bearbeitungsgebühren zwischen 500 und 1.000 Euro für ihren Pass bezahlen. Und dass sie vor allem auf dem Land zur gesellschaftlichen Teilhabe und Jobsuche ein ÖPNV-Ticket brauchen." Ob der Betrag für das statistisch berechnete Existenzminimum dann am Ende wirklich geringer ausfallen werde, sei fraglich, sagt Deery.

### **Zeltstädte statt Gemeinschaftsunterkunft?**

Vor dem FDP-Vorstoß, die Leistungen für Asylbewerber, die bereits in einem anderen Land registriert wurden, auf "quasi null" zu setzen, warnt die Rechtsanwältin. Sie kennt eine solche Handhabung aus anderen EU-Ländern wie den Niederlanden: "Wer ihre Leistungen auf null kürzt, treibt diese Menschen im Zweifel in die Illegalität. Oder sie gründen wie in anderen EU-Ländern aus purer Not Zeltstädte am Rand der Metropolen."

Drastische Kürzungen müssen die allermeisten Asylbewerber wohl nicht befürchten, schon weil das aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht geht. Aber gerade für die, die eigentlich kein Bleiberecht haben, könnte es nach den Beratungen zwischen SPD und Union in der Ministerpräsidentenkonferenz noch ungemütlicher werden. Die Grünen erinnern schon mal vorsorglich daran, dass eine Änderung der Asylbewerberleistungen im Bundestag auch mit ihren Stimmen beschlossen werden müsste. "Wer jetzt weitere Einschnitte bei den Sozialleistungen fordert, dreht an der verbalen Eskalationsspirale, statt pragmatische Lösungen umzusetzen", sagt der Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch ZEIT ONLINE: "Das entlastet die Kommunen überhaupt nicht. Menschen müssen in Arbeit, dann zahlen sie Steuern, dann geben sie etwas zurück. Wir brauchen echte Lösungen statt plumper Scheindebatten." Das klingt nach weiterem Streit. Kategorisch ausschließen will man aber auch bei den Grünen nichts.

We AreWe Are

**Load-Date:** November 3, 2023

**Wüst fordert vom Bund mehr Geld für die Unterbringung von Geflüchteten;  
Die finanzielle Zuwendung vom Bund müsse verdoppelt werden, sagt der  
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Unterstützung kommt aus  
Niedersachsen.**

ZEIT-online

Sonntag 19. Februar 2023 7:45 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 349 words

**Byline:** Timo Stukenberg

## Body

---

Rolf Vennenbernd

Hendrik Wüst (CDU), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Im Streit um die Belastung der Länder und Kommunen durch die gestiegenen **Flüchtlingszahlen** hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst noch einmal deutlich mehr Geld vom Bund gefordert. "Es wäre das Mindeste, wenn man zu den gleichen Quoten kommt wie 2016. Das hieße eine Verdopplung", sagte der CDU-Politiker in der ARD-Sendung *Bericht aus Berlin*.

In den Monaten November, Dezember und Januar kamen laut Wüst weniger Menschen aus der Ukraine nach Deutschland dafür aber mehr Menschen aus anderen Ländern, wie Afghanistan, Syrien, dem Irak oder der Türkei. Die Kommunen fordern seit Wochen mehr Geld vom Bund für die Unterbringung von Geflüchteten.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) kündigte an, das Thema im Kreise der Regierungschefs beraten zu wollen. "Die Kommunen verweisen mit Recht auf ihre schwierige Situation und fordern mehr Unterstützung", sagte er der *Welt*. "Wir werden dieses Thema ganz oben auf die Agenda der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz setzen müssen und auf eine stärkere Hilfe durch den Bund dringen." Weil ist Vorsitzender der Konferenz.

### Unzufriedenheit trotz "Flüchtlingsgipfel"

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai mahnte in der ARD dagegen, dass die Länder die Mittel des Bundes an die Städte und Gemeinden weitergeben müssten. "Die Länder dürfen hier keine klebrigen Hände haben", sagte er. Was der Bund für die Länder hinsichtlich der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine tat, nannte Djir-Sarai "enorm".

In Deutschland hatten im vergangenen Jahr 217.774 Menschen erstmals Asyl beantragt so viele wie seit 2016 nicht. Wegen der gestiegenen Flüchtlingszahlen in Deutschland verlangen die Länder mehr Hilfe vom Bund.

Wüst fordert vom Bund mehr Geld für die Unterbringung von Geflüchteten Die finanzielle Zuwendung vom Bund müsse verdoppelt werden, sagt der Ministerpräsident vo....

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) lud am vergangenen Donnerstag Vertreterinnen und Vertreter der Länder und der kommunalen Spitzenverbände nach Berlin ein, um mit ihnen über die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerberinnen und Geflüchteten zu sprechen. Mit den Ergebnissen waren allerdings viele unzufrieden.

**Load-Date:** February 19, 2023

---

End of Document

**Israel, Ukraine-Hilfen, Migration - die wichtigsten Themen in Brüssel; Am Donnerstag startet ein zweitägiger Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs. In mehreren Fragen hoffen sie, Einigkeit zu erzielen - doch einfach wird das wohl nicht.**

ZEIT-online

Mittwoch 25. Oktober 2023 8:44 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Gipfel; Ausg. 1

**Length:** 1900 words

**Byline:** Alexander Eydlin

## **Body**

---

In Brüssel treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU am Donnerstag und Freitag zu einem Gipfel, der vom Krieg zwischen Israel und der Hamas überschattet ist. Doch die Befürchtung einer Eskalation im Nahen Osten wird nicht das einzige umstrittene Thema des Treffens sein. Ein Überblick

### **Israel: Aufruf zu Feuerpause oder nicht?**

Das aktuellste Thema des Gipfels wird die Lage in Israel und dem Gazastreifen sein. Bereits am 15. Oktober haben die EU-Mitglieder bei einem Sondergipfel die Angriffe der Hamas verurteilt und eine sofortige Freilassung der Geiseln gefordert. Für das kommende Treffen hat EU-Ratspräsident Charles Michel vor allem die Notwendigkeit in den Vordergrund gestellt, eine "vereinte und kohärente Front" zu bilden, was die Haltung der EU zu dem Konflikt betrifft.

Denn schon bei den Beratungen der EU-Außenminister am Montag hatten sich Differenzen gezeigt. Zwar gab es keine Meinungsunterschiede bei der Unterstützung von Israels Selbstverteidigungsrecht gegen die Hamas "im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht". Doch was das konkret bedeutet, interpretieren verschiedene Instanzen unterschiedlich: So forderte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell eine humanitäre Feuerpause, etliche Außenminister, darunter die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, schlossen sich dem aber nicht an.

Die Bundesregierung argumentierte am Mittwoch, dass es keine Waffenruhe geben könne, wenn die Hamas Israel täglich weiter beschieße. Die Frage sei eher, ob es "zeitlich und räumlich begrenzte" Lücken beim Beschuss geben könne, um Hilfslieferungen zu ermöglichen. Dafür setze sich die Bundesregierung ein, etwa mit der Forderung einer "permanenten und umfassenden" Öffnung des Grenzübergangs Rafah zwischen Ägypten und dem Gazastreifen. Israel lehnt seinerseits eine Feuerpause ab.

Dementsprechend dürfte Michels Hoffnung sein, eine gemeinsame Position zu den Lieferungen von Hilfsgütern in den weitgehend isolierten Gazastreifen zu entwickeln. "Wir müssen erörtern, wie wir dringend die wirksame



Israel, Ukraine -Hilfen, Migration - die wichtigsten Themen in Brüssel Am Donnerstag startet ein zweitägiger Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs. In mehr....

Bereitstellung humanitärer Hilfe und den Zugang zu den grundlegendsten Bedürfnissen sicherstellen können", heißt es in der Einladung des Ratspräsidenten an die Regierungschefs.

Laut Diplomaten zeichnet sich hier als möglicher Kompromiss der Begriff von "humanitären Pausen" ab. Die Formulierung im Plural solle deutlich machen, dass die EU Israel nicht auffordere, den Kampf gegen die Hamas sofort einzustellen. Vor allem Deutschland und Österreich wollen diesen Eindruck unbedingt vermeiden. Spanien und Irland gelten hingegen als Unterstützer eines Aufrufs für einen sofortigen Waffenstillstand.

### **Ukraine: Bundesregierung will Finanzhilfen fest verankern**

Ursprünglich sollte der russische Krieg gegen die Ukraine und die Unterstützung des Landes durch die EU im Fokus des Gipfels stehen, ehe die Eskalation im Gazastreifen das Thema von der Bildfläche schob. Ratspräsident Michel zeigte sich in seinem Einladungsschreiben an die Regierungschefs des Themas bewusst: Der Nahostkonflikt dürfe nicht "von unserer anhaltenden Unterstützung der Ukraine ablenken", teilte er mit. Erwartet wird, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj per Video zugeschaltet wird.

Ein Ziel des Gipfels ist weiterhin, eine dauerhafte Finanzierung der Ukraine-Hilfe zu erwirken. Ein geplantes Paket von insgesamt 70 Milliarden Euro für mehrere Jahre ist allerdings nicht beschlussreif. Allein an Wirtschaftshilfen forderte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine Summe von 50 Milliarden Euro. Außenbeauftragter Borrell schlug zusätzlich 20 Milliarden Euro für Waffenkäufe für die Ukraine vor.

Aus Berlin hieß es, die Bundesregierung unterstütze grundsätzlich diese Größenordnung und habe "eine klare Präferenz für Zuschüsse" anstelle von Darlehen, damit sich die Ukraine nicht weiter verschulde. Zusätzliche Haushaltsmittel sind allerdings wegen der klammen Finanzlage, in der sich viele Mitgliedsländer befinden, schwierig. Erwartet wird, dass es zu Umschichtungen im EU-Budget kommt, was allerdings die Zustimmung aller Mitglieder erfordert.

Die Ukraine hofft für 2024 auf eine Wiederholung der Budgethilfe von 18 Milliarden Euro, die sie bereits für dieses Jahr von der EU erhalten hat. Die Bundesregierung will darauf dringen, dass die langfristige Hilfe für die Ukraine fest im mehrjährigen Finanzrahmen der EU verankert wird. Das habe "höchste Priorität", sagte ein deutscher Regierungsvertreter der Nachrichtenagentur Reuters.

Dafür hofft Bundeskanzler Olaf Scholz auf eine feste Zusage spätestens im Dezember beim nächsten EU-Gipfel. Eine Überarbeitung des bis 2027 laufenden mehrjährigen Finanzrahmens ist bis zum 1. Januar 2024 vorgesehen.

Für die Ukraine ist die Finanz- und Militärhilfe der EU derzeit so wichtig wie wohl nie zuvor. Grund dafür ist die Blockade im Kongress der USA, des nach absoluten Zahlen größten Unterstützers des Landes. Zwar hat US-Präsident Joe Biden das Parlament um die Bewilligung eines Hilfspakets von mehr als 100 Milliarden US-Dollar für die Ukraine und Israel gebeten - doch bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden im Repräsentantenhaus ist die Kammer nicht beschlussunfähig.

Und auch sobald es einen Vorsitzenden gibt, ist nicht klar, ob die Republikaner, die in der Kammer die Mehrheit haben, derartig umfassenden Hilfen zustimmen. Die Befürchtung, die US-Amerikaner könnten im November 2024 erneut den russlandfreundlichen Ex-Präsidenten Donald Trump oder einen anderen Republikaner vom rechten Rand der Partei zum Staatsoberhaupt wählen, machen eine Aussicht auf langfristige EU-Unterstützung umso wichtiger für die Ukraine.

Die meisten EU-Staaten sehen eine dauerhafte Unterstützung der Ukraine ebenfalls als notwendig an. Allerdings könnte ein Beschluss von weniger überzeugten Mitgliedsländern blockiert werden. Vor allem der ungarische Regierungschef Viktor Orbán zeigte sich zuletzt immer ablehnender gegenüber der Unterstützung des Landes und traf sich jüngst demonstrativ mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in China. Doch auch in der Slowakei, einem bislang zuverlässigen Unterstützerstaat, könnte der neue Regierungschef Robert Fico einen Kurswechsel einleiten. Der Linksnationalist hatte im Wahlkampf angekündigt, Waffenhilfen für die Ukraine zu beenden.

Israel, Ukraine -Hilfen, Migration - die wichtigsten Themen in Brüssel Am Donnerstag startet ein zweitägiger Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs. In mehre....

### **Migration: Appell der Kommissionspräsidentin**

Nach Angaben der EU-Kommission sind seit Jahresbeginn fast 195.000 Migrantinnen und Migranten irregulär eingereist. Damit sind es mehr als in jedem Jahr seit 2016, als die Zahl mit mehr als 370.000 noch höher lag. Mit einer Asylreform, die unter anderem die Umverteilung von Migranten und Flüchtlingen zwischen EU-Ländern vorsieht, will die Kommission der Lage Herrin werden. Allerdings scheiterte eine Erklärung dazu Anfang Oktober beim Veto Polens und Ungarns beim vergangenen EU-Gipfel in Granada.

Bei der Unterbindung von irregulärer Migration setzt die EU auf bilaterale Abkommen mit Herkunfts- und Transferländern vor allem in Nordafrika. In Verbindung damit hat Kommissionspräsidentin von der Leyen am Mittwoch an die Staats- und Regierungschefs appelliert, die Zusammenarbeit mit Ägypten zu intensivieren.

"Das Land nimmt eine wachsende Zahl von Flüchtlingen auf und wir haben die Pflicht, es zu unterstützen", schrieb von der Leyen an die Gipfelteilnehmer. Zudem spiele Ägypten eine entscheidende Rolle für die Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten. Es müsse eine Priorität sein, eine "strategische und für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft" aufzubauen, schrieb die Politikerin. Auch müssten weitere Länder wie die Türkei, Jordanien und der Libanon besonders unterstützt werden.

Die EU und Ägypten hatten bereits im vergangenen Jahr ein Abkommen geschlossen, um unerwünschte Migration über das Mittelmeer einzudämmen. Eine umstrittene Vereinbarung hat die EU auch mit Tunesien getroffen: Im Gegenzug für millionenschwere Finanzhilfen sollte das nordafrikanische Land stärker gegen Schlepper vorgehen. Wegen Menschenrechtsverletzungen, die der tunesischen Regierung vorgeworfen werden, erfuhr die Vereinbarung viel Kritik.

Weil sich die Position von etwa Polen und Ungarn seit Anfang Oktober kaum verändert haben dürfte, ist es unwahrscheinlich, dass es bei dem Gipfel zu einem Durchbruch beim Migrationsthema kommt. Verkompliziert wird das Thema wiederum mutmaßlich von den Auswirkungen des Nahostkonflikts.

Ratspräsident Michel hatte bereits vor dem Sondergipfel am 15. Oktober und erneut im Einladungsschreiben zum Gipfel am Donnerstag und Freitag davor gewarnt, dass der Krieg zwischen Israel und der Hamas im Fall einer Eskalation "Migrationsbewegungen" provozieren könne. Dabei geht es aber weniger um Zuwanderung in die EU als um Flucht innerhalb des Nahen Ostens.

### **Weitere Themen: Wettbewerb, Haushalt, Westbalkan**

Neben den großen Themenkomplexen Israel, Ukraine und Migration wollen die Staats- und Regierungschefs über mehrere weitere Fragen beraten. Dazu gehören nach Angaben von Michel etwa die Wettbewerbspolitik der EU. Sie sei davon bedroht, dass "andere internationale Akteure und Partner ihre Industrie und Unternehmen stark subventionieren".

Auch ist die Frage des gemeinsamen langjährigen EU-Haushalts nicht mit dem Bereich der Ukraine-Hilfen erschöpft. So berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf deutsche Regierungskreise, man habe sich über viele Ausgabenvorschläge der EU-Kommission gewundert. Die Bundesregierung wolle erreichen, dass Umschichtungen im Haushalt und nicht zusätzliche Beiträge der Mitgliedsstaaten die erhöhten Zinskosten der von der EU aufgenommenen Kredite finanzieren.

Geldpolitik wird ebenfalls zu den Themen des Gipfels gehören. Ratspräsident Michel kündigte Gespräche mit der Europäischen Zentralbank und der Eurogruppe an, "um die Wirtschafts- und Finanzlage sowie die weiterhin enge Koordinierung und Steuerung unserer makroökonomischen Politik" zu besprechen. Auch die "begonnenen Arbeiten an einem digitalen Euro" sollen Thema der Gespräche sein.

Am Rande des Gipfels wollen weiterhin Serbiens Präsident Aleksandar Vucic und der kosovarische Regierungschef Albin Kurti mit mehreren EU-Spitzenpolitikern über Lösungen im Konflikt zwischen den beiden Balkanstaaten beraten. Ziel des Treffens sei eine "Wiederaufnahme des Dialogs", sagte ein Sprecher des Außenbeauftragten

Israel, Ukraine -Hilfen, Migration - die wichtigsten Themen in Brüssel Am Donnerstag startet ein zweitägiger Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs. In mehre....

Borrell. Zuletzt hat es erneut gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staaten gegeben, bei denen nach einem serbischen Angriff ein kosovarischer Polizist und drei der Angreifer starben.

palinchak RECORD DATE NOT STATED BRUSSELS, BELGIUM - May 13, 2019: Flags on the meeting of EU leaders at the EU headquarters. High Level Conference for Eastern Community Leaders in Brussels , 35730090.jpg, affairs, belgium, brussels, building, council, defence, eap, eastern, eu, euro, eurogroup, europe, european, finance, foreign, leaders, minister, ministers, ministry, offices, palace, partnership, party, people, political, politician, politics, residence, summit, union palinchak RECORD DATE NOT STATED BRUSSELS, BELGIUM - May 13, 2019: Flags on the meeting of EU leaders at the EU headquarters. High Level Conference for Eastern Community Leaders in Brussels , 35730090.jpg, affairs, belgium, brussels, building, council, defence, eap, eastern, eu, euro, eurogroup, europe, european, finance, foreign, leaders, minister, ministers, ministry, offices, palace, partnership, party, people, political, politician, politics, residence, summit, union

**Load-Date:** October 25, 2023

---

End of Document

**Nancy Faeser dementiert Pläne für erleichterten Familiennachzug; Laut Bundesinnenministerium soll es beim Familiennachzug keine Erleichterungen geben. Priorität hätten derzeit Steuerung und Begrenzung der irregulären Migration.**

ZEIT-online

Freitag 22. September 2023 7:38 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migration; Ausg. 1

**Length:** 490 words

**Byline:** Jona Spreter

## Body

---

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat einen Bericht über eine geplante Ausweitung des Familiennachzugs für **Migrantinnen** und **Migranten** zurückgewiesen. Sie plane nicht, den Familiennachzug zu erleichtern, sagte die Sozialdemokratin im Bundestag. Wie ZEIT ONLINE auf Nachfrage im Bundesinnenministerium erfuhr, ist der entsprechende Referentenentwurf bereits ein Jahr alt und wird nicht mehr weiterverfolgt.

Insbesondere Erleichterungen beim Familiennachzug hätten angesichts der aktuellen Lage in den Kommunen keine Priorität, sagte ein Sprecher. Derzeit wichtig seien Steuerung und Begrenzung der irregulären Migration. Die Welt am Sonntag hatte zuvor über den vermeintlich aktuellen Entwurf berichtet.

Wie der Sprecher weiter mitteilte, seien die im damaligen Arbeitsentwurf vorgesehenen restriktiven Regelungen zur Begrenzung irregulärer Migration - wie die Verlängerung der Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage - in den vom Innenministerium Anfang August vorgelegten Vorschlägen für effektivere Rückführungen enthalten.

Die Welt am Sonntag hatte zuvor unter anderem berichtet, der Entwurf sehe vor, dass künftig bei subsidiär Schutzberechtigten der Familiennachzug dem von anerkannten Geflüchteten gleichgestellt werden solle - so wie es bis 2016 war. Die derzeit geltende Begrenzung der Personenanzahl solle demnach entfallen. Zudem würde in dem Entwurf vorgeschlagen, dass der Geschwisternachzug "künftig gleichzeitig mit dem Elternnachzug zum unbegleiteten Minderjährigen erfolgen" solle.

Vorwürfe der Opposition, beim Thema Migration untätig zu sein, wies Bundesinnenministerin Nancy Faeser im Bundestag zurück. Faeser verwies auf die geplante Reform des europäischen Asylsystems, gemeinsame Arbeit mit polnischen und tschechischen Behörden an den Grenzen und verstärkte Bundespolizei zur sogenannten Schleierfahndung. "Wir handeln also schon, wo Sie nur fordern."

Nancy Faeser dementiert Pläne für erleichterten Familiennachzug Laut Bundesinnenministerium soll es beim Familiennachzug keine Erleichterungen geben. Priorität ....

Maja Hitij BERLIN, GERMANY - MAY 19: Refugees from Ukraine play basketball at the temporary refugee shelter and welcome center at former Tegel airport on May 19, 2023 in Berlin, Germany. Authorities are expecting 10,000-12,000 new refugees to arrive in the Berlin this year, well below the record number of 95,000 the city registered last year but pushing its already strained capacity nonetheless. Berlin lacks sufficient accommodation as well as open spots in schools for refugee children. (Photo by Maja Hitij/Getty Images) Maja Hitij BERLIN, GERMANY - MAY 19: Refugees from Ukraine play basketball at the temporary refugee shelter and welcome center at former Tegel airport on May 19, 2023 in Berlin, Germany. Authorities are expecting 10,000-12,000 new refugees to arrive in the Berlin this year, well below the record number of 95,000 the city registered last year but pushing its already strained capacity nonetheless. Berlin lacks sufficient accommodation as well as open spots in schools for refugee children. (Photo by Maja Hitij/Getty Images)

**Load-Date:** September 22, 2023

---

End of Document

**Bundesregierung verhandelt mit sechs Staaten über Migrationsabkommen;  
Deutschland will Fachkräfte gewinnen und irreguläre Zuwanderung  
begrenzen. Dazu strebt die Regierung Vereinbarungen mit Ländern in Afrika,  
Zentralasien und Osteuropa an.**

ZEIT-online

Mittwoch 9. August 2023 5:37 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

**ZEIT**  **ONLINE**

**Section:** Fachkräftemangel; Ausg. 1

**Length:** 397 words

**Byline:** Mathias Peer

## Body

---

Jan Woitas

Zakaria Raffali, Mitarbeiter der Linamar Antriebstechnik GmbH aus Marokko, prüft die Verschlüsse der Filteranlage. In Sachsen gehen mehr Fachkräfte in den Ruhestand als junge Menschen ins Arbeitsleben starten. Deswegen braucht es nach Ansicht von Fachleuten mehr Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland. (Illustration zu "Was soll sich ändern bei Fachkräfteeinwanderung und Weiterbildung?") +++ dpa-Bildfunk +++ Crimmitschau 15/06/2023

Die Bundesregierung verhandelt mit mindestens sechs Staaten über Migrationsabkommen, mit denen einerseits der Fachkräftemangel bekämpft und andererseits die irreguläre Zuwanderung begrenzt werden soll. "Genannt werden können aktuell Gespräche in Georgien, Moldau, Usbekistan, Kirgisistan sowie Vorbereitungen für Gespräche in Kenia und Marokko", teilte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums dem *Tagesspiegel* mit. Die Erarbeitung von Migrationsabkommen erfordere in vielen Fällen Vertraulichkeit, sagte er.

Besonders im Fokus stehen bei den Verhandlungen demnach die zwei potenziellen EU-Beitrittskandidaten Georgien und Moldau. "Für mich haben Georgien und Moldau Priorität, weil wir hier sofort irreguläre Migration reduzieren könnten und sich beide Länder Partnerschaften wünschen", sagte der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für die Migrationsabkommen, der FDP-Politiker Joachim Stamp. Sie seien besonders relevant, "weil über zehn Prozent der abgelehnten Asylanträge in Deutschland allein aus diesen beiden Ländern kommen". Die Abkommen würden "Kommunen und Gerichte in Deutschland entlasten dazu müssen beide Staaten auch als sichere Herkunftsländer eingestuft werden".

Zu den Erfolgsaussichten von Abkommen mit Usbekistan und Kirgistan sagte Stamp, er habe dort bei einem Besuch in der vergangenen Woche "sehr engagierte und kompetente junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erlebt, die sehr gut Deutsch sprechen und bei uns als Fachkräfte gebraucht werden". Zudem hätten ihm "die dortigen Regierungsvertreter eine enge Rückkehrkooperation zugesichert".

Bundesregierung verhandelt mit sechs Staaten über Migrationsabkommen Deutschland will Fachkräfte gewinnen und irreguläre Zuwanderung begrenzen. Dazu strebt die ....

Die Wirtschaftsweiserin Monika Schnitzer hat angesichts des Fachkräftemangels in Deutschland eine Zuwanderung von 1,5 Millionen Menschen pro Jahr gefordert. Deutschland brauche jährlich 400.000 zusätzliche Arbeitskräfte, sagte sie. "Da viele aber das Land wieder verlassen, benötigen wir brutto deutlich mehr Menschen, die kommen, nämlich 1,5 Millionen."

**Load-Date:** August 9, 2023

---

End of Document

**Tausende Afghanen verlassen wegen drohenden Abschiebungen Pakistan;  
Pakistan forderte Migranten ohne gültige Papiere zur Ausreise auf.  
Zahlreiche Afghanen kehren nun in ihr Land zurück, aus dem sie vor den  
Taliban geflohen waren.**

ZEIT-online

Mittwoch 1. November 2023 9:09 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Afghanische Flüchtlinge; Ausg. 1

**Length:** 511 words

**Byline:** Konstantin Zimmermann

## Body

---

Infolge einer angedrohten Massenabschiebung haben Tausende afghanische **Flüchtlinge** Pakistan in Richtung ihrer Heimat verlassen. "Mehr als 10.000 Afghanen haben gestern die Grenze überquert und wir erwarten, dass weitere 25.000 heute folgen werden", sagte ein Vertreter der pakistanischen **Flüchtlingsbehörde** der Nachrichtenagentur dpa.

50 Lastwagen voller Menschen warteten nach Angaben eines Grenzbeamten in Torcham, einem der wichtigsten Grenzübergänge zwischen den beiden Ländern, um die Grenze zu überqueren. An gewöhnlichen Tagen passieren Behördenangaben zufolge bis zu 5.000 Menschen den Grenzübergang in Torcham, allerdings in beide Richtungen.

Die pakistanische Regierung hatte kürzlich angekündigt, Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus abzuschieben, wenn sie nicht bis Ende Oktober freiwillig das Land verlassen haben. Nach Regierungsangaben leben etwa 4,4 Millionen afghanische Geflüchtete im Land, 1,7 Millionen davon ohne gültige Papiere. Seit Beginn der Ankündigung haben nach Angaben von Behörden mehr als 100.000 Afghanen bereits das Land verlassen.

### Flüchtlinge ohne Papiere werden verhaftet

"Wir haben angefangen, illegale Migranten zu verhaften", sagte ein Polizeisprecher aus Karatschi im Süden Pakistans der Nachrichtenagentur dpa. In verschiedenen Teilen des Landes seien Abschiebezentren eingerichtet worden, wo Flüchtlinge ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Abschiebung untergebracht werden sollen, sagte Innenminister Sarfraz Bugti.

Human Rights Watch hat am Dienstag das Vorgehen der pakistanischen Behörden kritisiert. Die afghanischen Flüchtlinge würden durch Drohungen, Missbrauch und Verhaftungen dazu gedrängt, nach Afghanistan zurückzukehren. Zudem drohe von nun an auch Afghanen die Abschiebung, die in Pakistan auf eine Weiterreise in die USA, Großbritannien, Deutschland oder Kanada warteten.

### Taliban nehmen Mitarbeiter von Hilfsorganisationen fest



Tausende Afghanen verlassen wegen drohenden Abschiebungen Pakistan Pakistan forderte Migranten ohne gültige Papiere zur Ausreise auf. Zahlreiche Afghanen kehren....

Die Situation in Afghanistan ist weiterhin angespannt, besonders die humanitären Bedingungen sind katastrophal. Die Arbeit von Hilfsorganisationen wird durch die regierenden Taliban stark eingeschränkt. Laut einem Bericht des US-Generalinspektors für den Wiederaufbau in Afghanistan wurden im August 26 Entwicklungshelfer festgenommen. Darüber hinaus haben demnach Taliban-Vertreter sensible Daten eingefordert und versucht, Einfluss auf die Programme auszuüben.

Als direkte Folge der anhaltenden Einflussnahme wurden den Angaben nach im August 49 Programme der humanitären UN-Partner vorübergehend ausgesetzt.

Die Taliban hatten im August 2021 in Afghanistan nach rund zwei Jahrzehnten wieder die Macht an sich gerissen. Trotz der Ankündigung, moderater zu regieren, wurde die Taliban-Herrschaft zuletzt autoritärer und dogmatischer. Frauen und Mädchen sind vom öffentlichen Leben weitgehend ausgegrenzt.

Abdul Majeed Afghanische Flüchtlinge warten am Grenzübergang in Torkham darauf, die pakistanisch-afghanische Grenze zu überqueren. Abdul Majeed Afghanische Flüchtlinge warten am Grenzübergang in Torkham darauf, die pakistanisch-afghanische Grenze zu überqueren.

**Load-Date:** November 1, 2023

**Österreich droht in Migrationsstreit offenbar mit Blockade; Der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer fordert eine Verstärkung des EU-Außengrenzschutzes. Ansonsten werde er eine gemeinsame Erklärung der EU nicht mittragen.**

ZEIT-online

Mittwoch 8. Februar 2023 2:39 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EU-Gipfelerklärung; Ausg. 1

**Length:** 315 words

## **Body**

---

Heinz-Peter Bader

Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer droht der EU mit Blockade.

Österreich droht die gemeinsame Abschlusserklärung der EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen in dieser Woche zu blockieren, falls keine konkreten Vereinbarungen zu **Migrationsfragen** erzielt werden. "Leere Worthülsen werden nicht ausreichen", sagte Bundeskanzler Karl Nehammer der *Welt*. Mehrere EU-Staaten hätten deshalb im Vorfeld des am Donnerstag beginnenden zweitägigen Gipfels in Brüssel ein gemeinsames Schreiben mit ihren Forderungen verfasst.

"Es braucht endlich ein klares und deutliches Bekenntnis zur Verstärkung des Außengrenzschutzes und zum Einsatz entsprechender finanzieller Mittel aus dem EU-Budget dafür", forderte Nehammer. Es müssten "konkrete Schritte" erfolgen. Sollte dies ausbleiben, dann werde Österreich die Abschlusserklärung des EU-Gipfels "nicht mittragen können", sagte der konservative Regierungschef.

### **Starker Anstieg illegaler Migration**

Mehrere Staaten drängen den Angaben zufolge im Vorfeld des EU-Gipfels auf konkrete Fortschritte bei den Beratungen, um die im vergangenen Jahr wieder stark angestiegene illegale Migration einzudämmen. Ein entsprechendes Schreiben hätten neben ihm auch die Staats- und Regierungschefs von Dänemark, Estland, Litauen, Lettland, Malta, Griechenland und der Slowakei unterzeichnet, sagte Nehammer.

In dem Schreiben heißt es den Angaben zufolge unter anderem: "Unserer Ansicht nach ist das gegenwärtige Asylsystem zerrüttet und es profitieren davon vor allem die zynischen Menschenhändler, die aus dem Unglück von Frauen, Männern und Kindern einen Vorteil ziehen." Die acht Staats- und Regierungschefs fordern "schnellstmöglich Fortschritte beim gesamten EU-Migrations- und Asylpakt und eine Revision des Schengen-Grenzcodes und eine Einigung auf Gesetzesvorhaben, die die Situation bei der Migration adressieren."

Österreich droht in Migrationsstreit offenbar mit Blockade Der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer fordert eine Verstärkung des EU-Außengrenzschutzes. A....

**Load-Date:** February 8, 2023

---

End of Document

**Zahl der Zuzüge nach Deutschland stieg 2021 deutlich an; Laut Migrationsbericht, der heute vom Kabinett verabschiedet wird, zogen im Jahr 2021 1,32 Millionen Menschen nach Deutschland. Die meisten kamen erneut aus Rumänien.**

ZEIT-online

Mittwoch 11. Januar 2023 4:23 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Migrationsbericht; Ausg. 1

**Length:** 313 words

**Byline:** Ferdinand Otto

## Body

---

Der **Migrationsbericht** wird alljährlich vom Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf)

Nach einem Einbruch im ersten Corona-Jahr 2020 ist die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland im Jahr 2021 wieder deutlich gestiegen. Wie aus dem **Migrationsbericht** hervorgeht, der an diesem Mittwoch vom Bundeskabinett beschlossen werden soll, wurden 2021 rund 1,32 Millionen Zuzüge nach Deutschland erfasst. Das war ein Anstieg um 11,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2020, das noch stärker von Reisebeschränkungen geprägt war.

Die Abwanderung nahm 2021 ebenfalls leicht zu, allerdings nur um 2,9 Prozent. Damit lag die Nettomigration 2021 mit rund 329.000 Menschen in etwa auf dem Niveau von 2019, also vor Ausbruch der Corona-Pandemie in Europa.

Wichtigstes Herkunftsland der Zuwanderer war im Jahr 2021, wie schon im Vorjahr, Rumänien. Von dort kamen 202.686 Menschen nach Deutschland. Auf Platz zwei der Liste standen Zuwanderinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit, gefolgt von Menschen aus Polen, Bulgarien, Syrien und der Türkei.

Am höchsten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung demnach in Berlin. Im Jahr 2021 hatte laut Ausländerzentralregister rund jeder fünfte Hauptstadtbewohner (20,2 Prozent) keinen deutschen Pass. In Bremen lag der Anteil mit 19,3 Prozent fast genauso hoch. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen hatten rund 14 Prozent der Einwohnerinnen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Der Migrationsbericht wird alljährlich vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) erstellt.

Im Jahr 2021 war die Mehrheit der Zuwanderer, die nach Deutschland kamen, männlich. Laut Statistischem Bundesamt kamen rund 802.000 Männer und 521.000 Frauen nach Deutschland. Für das Jahr 2022 dürfte das Bild etwas anders ausfallen, da die Flüchtlinge, die als Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zugewandert sind, mehrheitlich weiblich sind.

Zahl der Zuzüge nach Deutschland stieg 2021 deutlich an Laut Migrationsbericht, der heute vom Kabinett verabschiedet wird, zogen im Jahr 2021 1,32 Millionen Men....

**Load-Date:** January 11, 2023

---

End of Document

**Olaf Scholz und Grüne rufen zu Einigung im Bund-Länder-Streit auf; Bund und Länder streiten um die Finanzierung von Flüchtlingskosten, Scholz mahnt Zusammenarbeit an. Die Grünen fordern ein Signal der Unterstützung für Kommunen.**

ZEIT-online

Dienstag 9. Mai 2023 11:34 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

**Length:** 566 words

**Byline:** Alexander Eydlin

## Body

---

Philipp von Dittfurth

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im EU-Parlament

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat im Streit zwischen Bund, Ländern und Kommunen um die Finanzierung der Unterbringung, Versorgung und Integration von **Flüchtlings** Einigung angemahnt. In einem föderalen Staat müssten die drei Ebenen zusammenarbeiten, sagte er am Rande eines Besuchs in Straßburg. "Deshalb ist es wichtig, dass wir uns verständigen", forderte der Bundeskanzler einen Tag vor dem **Flüchtlingsgipfel** von Bund-Länder-Vertretern im Kanzleramt.

"Wir werden sicher darüber reden, was im Jahr 2023 noch erforderlich ist und möglich", sagte Scholz in Bezug auf die finanziellen Forderungen der Länder. Basis der Gespräche, mahnte er aber an, seien die "harten Fakten". So zahle der Bund schon heute 90 Prozent der Kosten für ukrainische Kriegsflüchtlinge und anerkannte Asylbewerber. Zudem gebe es pauschale Überweisungen an Länder, die diese an die Kommunen weiterleiten könnten.

### **Streit um Bundesmittel für Flüchtlingskosten**

Auch die Grünen fordern eine Einigung allerdings unter günstigeren Konditionen für Kommunen. Das wichtigste Signal, das von der Ministerpräsidentenkonferenz am Mittwoch ausgehen müsse, sei eine notwendige Einigung von Bund und Ländern bei der Unterstützung besonders belasteter Kommunen, sagte Fraktionschefin Katharina Dröge.

Es sei üblich, dass Bund und Länder über Geld stritten, "aber am Ende muss das gemeinsame Signal da sein, dass es Unterstützung für Kommunen gibt", sagte die Grünenpolitikerin. Es seien insbesondere die Kommunen, die in den vergangenen Monaten die humanitäre Pflicht zum Gewähren von Asyl umgesetzt hätten, "und deswegen stehen wir auch in der Verantwortung, einen Teil der Unterstützung zurückzugeben".

Olaf Scholz und Grüne rufen zu Einigung im Bund-Länder-Streit auf Bund und Länder streiten um die Finanzierung von Flüchtlingskosten, Scholz mahnt Zusammenarbei....

Einem Bericht des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND) nach fordern alle 16 Bundesländer, dass sich die Zahlungen des Bundes an der Zahl aufgenommener Menschen orientieren, was einer Pro-Kopf-Pauschale gleichkommt. Das stehe in einem gemeinsamen Beschlussvorschlag der Staatskanzleichefs der Länder.

Die bisher für 2023 zugesagten Bundesmittel von 2,75 Milliarden Euro an Länder und Kommunen reichen demnach nicht aus eine Summe, die der Bund bislang nicht erhöhen will, was den Kern des Streits bildet. Ein zuletzt vom Bundeskanzleramt vorgelegtes Papier verweis auf die bereits festgelegten Zahlungen. Allerdings werfen die Länder dem Bund wiederum vor, die dem zugrundeliegenden Zahlen falsch zu berechnen.

### **Grüne wollen belasteten Kommunen helfen, SPD schnellere Verfahren**

In dem Streit hatten insbesondere die Grünen Verhandlungsbereitschaft gegenüber den Ländern signalisiert und beispielsweise angekündigt, zusätzliche Unterstützung für besonders durch die Flüchtlingskosten belastete Kommunen könne gewährt werden. FDP und SPD wollen hingegen auf anderem Wege Abhilfe schaffen und etwa den Kreis der sogenannten sicheren Herkunftsländer, in die Flüchtlinge wieder zurückgeschickt werden können, erweitern.

Das Kanzleramt will zudem Verfahren beschleunigen, um die Länder auf diese Weise zu entlasten. So werde es bei dem Treffen um eine notwendige Digitalisierung der Ausländerbehörden gehen, kündigte Scholz an. Auch müsse es genügend Abschiebeplätze für abgelehnte Asylbewerber geben. Zudem hofft Scholz auf Änderungen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU, um die Zuwanderung zu begrenzen. Dies allerdings hängt von einer Zusage der anderen EU-Staaten ab.

**Load-Date:** May 9, 2023

**Berliner Senatorin stellt Verteilmechanismus für Geflüchtete infrage; Die aktuelle Regelung zur Verteilung von Geflüchteten sei nicht zeitgemäß, sagt Sozialdemokratin Cansel Kiziltepe. Es brauche eine Sonderregelung für Stadtstaaten.**

ZEIT-online

Montag 31. Juli 2023 9:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Unterbringung von Geflüchteten; Ausg. 1

**Length:** 369 words

**Byline:** Carl Friedrichs

## Body

---

Bernd von Jutrczenka

Cansel Kiziltepe (SPD), Berliner Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Wegen steigender **Geflüchtetenzahlen** fordert Berlins Integrationssenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) Änderungen des innerdeutschen Verteilungsmechanismus. Insbesondere brauche es "eine Sonderregel für Stadtstaaten wie Berlin", sagte Kiziltepe. Sie befinde sich hierzu im Gespräch mit den Stadtstaaten Hamburg und Bremen.

Zur Begründung verwies Kiziltepe darauf, dass dicht besiedelte Stadtstaaten wie Berlin naturgemäß nur begrenzt Flächen für neue Unterkünfte für Geflüchtete zur Verfügung hätten. Daher sei die aktuelle Regelung zur Verteilung der Menschen auf die Länder nicht mehr zeitgemäß. Diese erfolgt nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel und wird nach Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl berechnet. Demnach entfallen laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aktuell 5,2 Prozent der Geflüchteten auf Berlin.

Unter den aktuell nach Deutschland Fliehenden seien nach wie vor viele Ukrainerinnen und Ukrainer, sagte Kiziltepe. Diese Menschen ziehe es oft nach Berlin, weil die Stadt "eine hohe Willkommenskultur" habe und bei Integrationsleistungen bundesweit Vorreiter sei.

Laut Kiziltepe kommen viele aus der Ukraine stammende Menschen privat unter. Insgesamt nahm Berlin laut Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten im ersten Halbjahr 2023 etwa 16.000 Geflüchtete auf. Dabei handele es sich um 7.473 Asylsuchende ein Plus von mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum sowie 8.502 Geflüchtete aus der Ukraine, die einen anderen Aufenthaltsstatus hätten.

Senatorin Kiziltepe geht auf Basis von Prognosen davon aus, dass bis Jahresende weitere 10.000 bis 12.000 Geflüchtete nach Berlin kämen. Zu deren Unterbringung könnten auch zeltähnliche Hallen als Provisorien herangezogen werden. Dies sei eine "Notvariante, die wir als zeitlich begrenzte Lösung sehen".



Berliner Senatorin stellt Verteilmechanismus für Geflüchtete infrage Die aktuelle Regelung zur Verteilung von Geflüchteten sei nicht zeitgemäß, sagt Sozialdemok....

Bund und Länder haben im Mai bei einem Sondergipfel über die steigenden Geflüchtetenzahlen beraten. Anschließend gab Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bekannt, dass der Bund den Ländern in diesem Jahr eine Milliarde Euro zusätzlich für die Versorgung von Geflüchteten bereitstelle.

**Load-Date:** July 31, 2023

---

End of Document

**Überlebende berichten von Untergang bei Abschleppversuch; Die griechische Küstenwache dementiert, dass der Fischkutter mit Flüchtlingen an Bord beim Abschleppversuch gekentert sei. Überlebende berichten von anderen Ereignissen.**

ZEIT-online

Dienstag 20. Juni 2023 5:07 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Bootsunglück in Griechenland; Ausg. 1

**Length:** 360 words

**Byline:** Katharina Heflik

## Body

---

Hellenic Coast Guard

Ein Foto der griechischen Küstenwache zeigt das überladene **Flüchtlingsboot**

Zum Hergang des Bootsunglücks vor der Küste Griechenlands gibt es neue Schilderungen von Überlebenden, die stark von der offiziellen Version der Ereignisse abweichen. Berichte, dass der alte Fischkutter mit bis zu 750 **Migranten** an Bord bei einem Abschleppversuch durch ein Schiff untergegangen sei, wurden online und in syrischen Medien verbreitet.

Griechische Behörden dementierten und teilten mit, der Kutter sei nach abrupten Bewegungen zahlreicher Insassen ins Taumeln geraten und habe daraufhin havariert.

Die griechische Küstenwache steht seit dem Untergang des Schiffs vergangenen Mittwoch in der Kritik. So kam die Frage auf, warum sie die Migranten nicht rettete, ehe deren Schiff sank. Dazu teilte die Küstenwache mit, die Migranten hätten Hilfsangebote ausgeschlagen und darauf beharrt, nach Italien weiterfahren zu wollen. Es wäre viel zu gefährlich gewesen, Hunderte Menschen gegen ihren Willen aus einem überfüllten Schiff zu holen.

### 81 Tote bestätigt

Der Versuch, das Schiff mit Gewalt zu stoppen, ohne Kooperation der Besatzung oder der Passagiere, hätte einen Unfall provozieren können, zitierte die *New York Times* den Sprecher der Küstenwache, Nikos Alexiou. Obwohl sich das Schiff im griechischen Such- und Rettungsgebiet befand, könne man in internationalen Gewässern nicht gegen ein Boot vorgehen, "das nicht in Schmuggel oder ein anderes Verbrechen verwickelt ist", sagte Alexiou demnach.

Überlebende berichten von Untergang bei Abschleppversuch Die griechische Küstenwache dementiert, dass der Fischkutter mit Flüchtlingen an Bord beim Abschleppver....

Hunderte Menschen gelten seit vergangener Woche noch immer als vermisst. Zu Beginn der Woche stieg die Zahl der geborgenen Toten auf 81. 104 Menschen wurden bislang gerettet. Der Internationalen Organisation für Migration und dem UN-Flüchtlingshilfswerk zufolge befanden sich schätzungsweise bis zu 750 Menschen an Bord.

Der Fischkutter war auf dem Weg aus Libyen nach Europa vor der Halbinsel Peloponnes gesunken. Viele Menschen befanden sich der Küstenwache zufolge unter Deck und wurden mit dem Boot in die Tiefe gerissen. Der Unglücksort liegt genau über dem Calypsotief mit mehr als 5.000 Metern die tiefste Stelle des Mittelmeers.

**Load-Date:** June 20, 2023

---

End of Document

**Linkenpolitikerin stellt Strafanzeige gegen Friedrich Merz; Der CDU-Chef hat behauptet, Asylbewerber nähmen Deutschen Arzttermine weg. Eine Linkenpolitikerin sieht darin Volksverhetzung - und zeigt Merz laut einem Bericht an.**

ZEIT-online

Freitag 29. September 2023 2:11 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

**Section:** Aussagen über Asylbewerber; Ausg. 1

**Length:** 704 words

**Byline:** Isabelle Daniel

## Body

---

Die Linkenpolitikerin Daphne Weber hat bei der Staatsanwaltschaft Arnsberg Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen CDU-Chef Friedrich Merz gestellt. Das berichtet das ZDF. Hintergrund ist die Behauptung von Merz, wonach das deutsche Gesundheitssystem ein Anreiz für irreguläre Migration sei.

"Seine Hetze gegen geflüchtete Menschen dient in erster Linie einem Wahlkampfmanöver. Er schürt Hass gegen eine Personengruppe und gefährdet damit den öffentlichen Frieden", heißt es laut ZDFheute in der Anzeige. Merz bediene sich dabei "bei Narrativen der extremen Rechten". Diese besagten, "dass ausreisepflichtige Asylbewerber nicht ausreisen würden, weil sie die deutschen Gesetze ignorierten, und dass der deutsche Sozialstaat dieses Verhalten mit Alimentationen noch bediene, dass dieser Personenkreis bevorzugte medizinische Versorgung bekomme und diese ausnutze". Dem Bericht zufolge will Weber die Aufhebung der Immunität des CDU-Fraktionschefs beantragen.

### "Er gefährdet den sozialen Frieden"

Zuvor hatten bereits andere Menschen mitgeteilt, Merz angezeigt zu haben. Der Volt-Politiker Sahak Ibrahimkhil schrieb am Mittwoch im Onlinedienst X: "Ich habe soeben Friedrich Merz über die Internetwache der Polizei angezeigt." Auch der Dozent Robert Fietzke gab an, den CDU-Chef wegen Volksverhetzung angezeigt zu haben. "In meinen Augen stachelt er mit politischer Intention zum Hass gegen bestimmte Menschengruppen auf und gefährdet damit den sozialen Frieden."

Merz hatte in der Sendung Welt Talk des Fernsehsenders Welt gesagt: "Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen." Der CDU-Chef fügte hinzu: "Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine."

**Zahnersatz nur im Notfall**

Linkenpolitikerin stellt Strafanzeige gegen Friedrich Merz Der CDU-Chef hat behauptet, Asylbewerber nähmen Deutschen Arzttermine weg. Eine Linkenpolitikerin sie....

Die Äußerungen lösten heftige Kritik aus. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sprach von "erbärmlichem Populismus", Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) warf Merz vor, migrationsfeindliche Klischees zu bedienen und damit der AfD zu nutzen.

Auch Ärztevertreter wiesen Merz' Äußerungen zurück. Im Asylbewerberleistungsgesetz heißt es in Paragraf 4 zu Leistungen bei Krankheit: "Zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren." Eingeschränkt wird: "Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist."

### **Anwaltsverein hält Anzeigen für aussichtslos**

Parteikollegen verteidigten Merz dagegen. Das grundsätzliche Problem, das CDU-Chef Merz angesprochen habe, sei, in "Kitas, in Schulen, auf dem Wohnungsmarkt, aber auch im Gesundheitswesen gibt es Grenzen dessen, was geht", sagte Unionsfraktionsvize Jens Spahn im Interview mit dem Fernsehsender Phoenix. Deshalb sei es wichtig, darüber zu reden, dass "wir hier auch Verteilungsprobleme haben". Ähnlich hatte sich zuvor auch Nordrhein-Westfalens CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst geäußert.

Aussicht auf Erfolg haben die Strafanzeigen gegen Merz nach Einschätzung des Deutschen Anwaltvereins (DAV) kaum. "Dass der Vorwurf der Volksverhetzung gegen Friedrich Merz rechtlich haltbar wäre, bezweifle ich", sagte Stefan Conen, Mitglied im Strafrechtsausschuss, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). "Es fehlt am böswillig verächtlich machen und einem Angriff auf die Menschenwürde."

Merz habe lediglich insinuiert, "dass Asylbewerber Leistungen bekommen, aufgrund derer Einheimische länger warten müssten, und impliziert zugleich, dass ihnen diese Leistungen gesetzlich zustehen". Für den Vorwurf der Volksverhetzung müsste man Merz laut Conen mindestens nachweisen, "dass er die Aussage im Wissen darum, dass sie falsch ist, getroffen hat". Dies sei aber schwierig.

Kay Nietfeld Friedrich Merz steht wegen Äußerungen über Asylbewerber in der Kritik. Kay Nietfeld Friedrich Merz steht wegen Äußerungen über Asylbewerber in der Kritik.

**Load-Date:** September 29, 2023